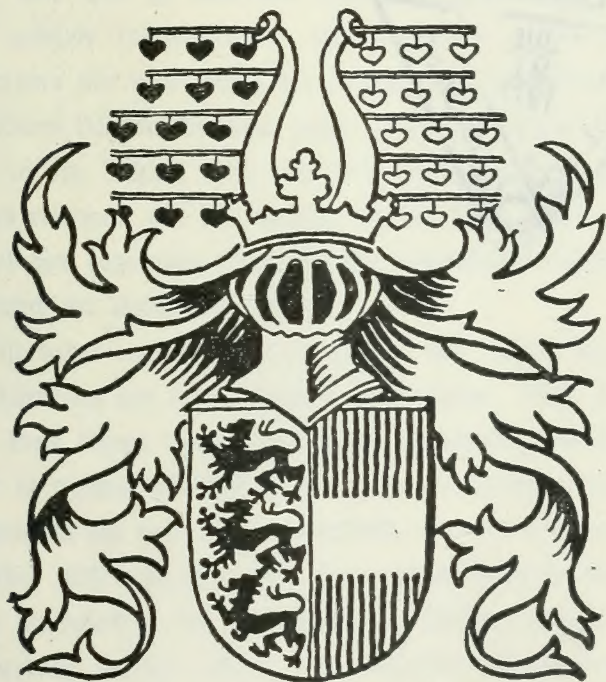

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01595342 5

Kärntens Freiheitskampf,

von Dr. Martin Wutte



Druck und Verlag
Ferd. Kleinmayr Klagenfurt
1922

Vorwort.

Die Zeit vom Zusammenbruche der habsburgischen Monarchie im November 1918 bis zur Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 ist einer der bedeutsamsten und inhaltsreichsten Abschnitte der ganzen, mehr als tausendjährigen Geschichte Kärntens. Nur einmal war vorher der Bestand des Landes in ähnlicher Weise bedroht wie in den Jahren von 1918 bis 1920, das war zur Zeit, als Oberkärnten von Unterkärnten getrennt war und zu dem von Napoleon neugeschaffenen Königreich Illyrien gehörte (1809—1814). Während aber damals die Befreiung Oberkärntens nur eine Folge der siegreichen allgemeinen Erhebung der unterdrückten Völker Europas gegen ihren Zwingherrn war, hat sich Kärnten in den Jahren 1919 und 1920 zweimal durch eigene Kraft befreit, das erstemal mit den Waffen in der Hand, das zweitemal nach einem bei den gegebenen Verhältnissen erklärlichen militärischen Rückschlage durch die Volksabstimmung.

Es ist daher eine dankbare Aufgabe, den zähen und erfolgreichen Kampf Kärntens um seine Freiheit zu schildern. Doch kann das vorliegende Buch seinen Gegenstand weder erschöpfen noch abschließen. Es will nur in großen Umrissen zeigen, wie die Kärntner Frage geworden ist und wie sie sich vom Zusammenbruche des alten Österreich bis zum 10. Oktober 1920 entwickelt hat. Der leitende Gedanke war, die tieferen Ursachen aufzudecken, die zum Siege der kärntnerischen Sache am Abstimmungstage geführt haben. Als Quellen dienten zahlreiche Akten und Schriften, zum Teil auch persönliche Erlebnisse.

Die Schilderung der militärischen Ereignisse und die militärischen Skizzen stellte Herr Oberst Ludwig Hülgerth, der ehemalige Landesbefehlshaber von Kärnten, bei. Herr Oberleutnant in der Reserve Hans

Steinacher lieferte den Stoff für die Darstellung der Ziele und Arbeiten der Landesagitationsleitung und des Kärntner Heimatdienstes. Ihnen beiden sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen.

Eine wichtige Ergänzung der folgenden Darstellung ist Josef Friedrich Perkonigs packendes Buch „Heimat in Not". Will jene ein Bild der allgemeinen Entwicklung geben, so schildert Perkonig in der beredten Sprache des Dichters und mit der kundigen Feder des Chronisten, was ein einzelnes Tal, das Rosental, in der ereignisreichen Zeit von 1918 bis zur Volksabstimmung erlebt hat.

Abgeschlossen zu Ostern 1922.

Dr. Martin Wutte.

Inhalt.

Beilagen.

1. Sprachenkarte von Kärnten auf Grundlage der Volkszählung von 1910.
2. Militärische Lage in der ersten Hälfte Dezember 1918.
3. Gefecht bei Grafenstein, 15. Dezember 1918.
4. Angriffsplan für die Nacht vom 1. auf den 2. Jänner 1919.
5. Kämpfe bei Arnoldstein, Rosegg und Rosenbach am 5. und 6. Jänner 1919.
6. Militärische Lage Mitte Jänner 1919.
7. Übersicht der Heimwehrorganisation im April und Mai 1919.
8. Gliederung der Kärntner und SHS-Streitkräfte im April 1919.
9. Der SHS-Überfall am 29. April und die Kärntner Gegenangriffe am 29. und 30. April 1919.
10. Ereignisse vom 2. bis 7. Mai 1919 in Unterkärnten.
11. Verlauf der Kämpfe vom 28. Mai bis 4. Juni 1919.
12. Allgemeine Lage Mitte Juni 1919.
13. Verhältnis zwischen Umgangssprache 1910, Reichsratswahl 1911 und Volksabstimmung 1920.
14. Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 nach den Gemeinden.

Vorgeschichte.

I. Die Grundlagen der Entwicklung.

1. Natur und Geschichte.

Kein Land in Mitteleuropa ist von Natur aus so klar umgrenzt, keines in Bezug auf Talgliederung und Entwässerung, Verkehrs- und Wirtschaftsleben so einheitlich gestaltet als Kärnten. Ringsum von einem mächtigen, 1600 bis 2300 Meter über die Niederungen sich erhebenden Gebirgswall umschlossen, wird es durch eine Hauptwasserader, die Drau, entwässert, die alle Flüsse und Bäche in sich aufnimmt, ausgenommen Fella und Kanker. Alle Täler des Landes im Westen, Norden und Süden öffnen sich gegen eine teils ebene, teils hügelige und bergige Beckenlandschaft, das Klagenfurter Becken. Auch die Täler im Osten, das Lavant- und Mießtal, sind vom Klagenfurter Becken nur durch niedrige, leicht überschreitbare Wasserscheiden getrennt und durch bequeme Übergänge mit ihm verbunden. Wie die Flüsse und Täler, so streben auch alle wichtigeren Verkehrswege Kärntens dem Klagenfurter Becken zu, das infolgedessen den Verkehr zwischen West- und Ostkärnten vermittelt.

Im Klagenfurter Becken liegen daher die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte und bedeutendsten Siedlungen des Landes, vor allem die Landeshauptstadt Klagenfurt (1920: 26.000 Einwohner, mit Vororten 35.000), der natürliche, fast in der Mitte gelegene Verkehrsmittelpunkt des Beckens und der Kreuzungspunkt der Bahnlinien Wien—Triest und Franzensfeste—Marburg, dann Villach (1920: 22.000 Einwohner), am äußersten Westrande des Beckens gelegen, der wichtigste Bahnknotenpunkt der Ostalpenländer, wo drei mitteleuropäische Bahnlinien: Wien—Udine—Rom, München—Salzburg—Triest und Franzensfeste—Marburg—Agram oder Budapest sich schneiden, ferner am Nordrande des Beckens die alte Landeshauptstadt St. Veit (1920: 6000 Einwohner), wo die Linie St. Veit—Klagenfurt—Aßling—Triest von der Bahn Wien—Villach—Udine abzweigt, endlich Völkermarkt (1920: 2200 Einwohner), das heute zwar dem Bahnverkehre ziemlich entrückt ist, einst aber als Kreuzungspunkt der Straßen Klagenfurt—Lavanttal und Friesach—Völkermarkt—Seeberg—Triest ein lebhafter Handelsplatz war und nach Erbauung der Ostbahn wieder erhöhte Bedeutung bekommen wird. Im Rosentale liegen Ferlach mit seiner weltberühmten Gewehrfabrikation, ferner Unterloibl und Feistritz mit Eisenindustrie, im Jauntale die stille

Stadt Bleiburg und der Bahnknotenpunkt Kühnsdorf, von dem eine schmalspurige Bahn über Eberndorf zum alten Markt Eisenkappel an der Seebergstraße führt.

Das Klagenfurter Becken ist mit seinem nördlichen Ausläufer, dem Krappfelde, der industriereichste Teil des Landes. Die reizenden Ufer des Wörthersees haben den stärksten Fremdenverkehr. In den weiten Ebenen und an den sonnigen Gehängen seiner Berg- und Hügelzüge liegt mehr als die Hälfte des Kärntner Ackerbodens, obwohl es nur ein Sechstel der Fläche von Kärnten einnimmt. So ist das Klagenfurter Becken durch seine hohe Bedeutung für Verkehr und Wirtschaft, durch seine Lage und Größe die Kernlandschaft von Kärnten, mit der das Land steht und fällt.

Infolge der scharfen Geschlossenheit des Landes nach außen hin und der innigen natürlichen Zusammenhänge im Innern bildet Kärnten seit Jahrhunderten eine politische Einheit. Wohl reichte das Herzogtum Kärnten, als es von Kaiser Otto II. von Bayern abgetrennt wurde (976), mit den dazugehörigen Marken weit über seine ihm von Natur gegebenen Grenzen hinaus. Aber schon im zwölften Jahrhundert hatte es im ganzen und großen die Grenzen, die es beim Zusammenbruche der österreichischen Monarchie besaß.

Die Verschiedenheit der natürlichen Verhältnisse im Donaulande und in Italien erzeugte schon früh ein lebhaftes Bedürfnis nach einem Warenaustausche. Der Verkehr zwischen Nord und Süd vollzog sich auf den Wegen, die von Westen und Norden her über das Toblacherfeld, den Mallnitzer Tauern, den Katschberg, den Neumarkter- und den Obdachersattel nach Kärnten und über Villach, das Kanaltal und den Predil weiter nach Italien führen. So wurde Kärnten durch seine natürliche Lage ein Durchzugsland für den Handel zwischen Deutschland und Italien und trat es in lebhafte Beziehungen zum Norden und zum Südwesten. Im Altertum, als der politische und kulturelle Schwerpunkt in Italien lag, stand Kärnten unter dem beherrschenden Einflusse Italiens. Als aber nach der Völkerwanderung Mitteleuropa der Träger der geschichtlichen Entwicklung wurde, mußte es sich schon infolge der natürlichen Verkehrsverhältnisse politisch und kulturell an den deutschen Norden anschließen.

Viel geringer waren die Beziehungen Kärntens zum Osten und Südosten. Die Länder im Osten und Südosten sind in Bezug auf ihre Bodenerzeugnisse von Kärnten und dem Norden nicht wesentlich verschieden und blieben infolge der geschichtlichen Entwicklung kulturell zurück. Standen sie doch durch Jahrhunderte unter dem Einflusse kulturfeindlicher Mächte! Von Osten her kamen Hunnen, Awaren, Madjaren, Mongolen und Türken. Von dorther waren auch die Slowenen gekommen, die in ihrer

kulturellen Entwicklung weit hinter den Germanen zurückstanden. Das Bedürfnis nach einem Warenaustausche mit dem Südosten war daher naturgemäß gering. Dazu ist Kärnten gerade im Südosten durch eine scharfe Naturgrenze, die Karawanken, abgeschlossen, die nicht nur durch ihre Breite und durch die geringe Zahl, die Höhe und Steilheit ihrer Pässe, sondern auch durch ihre spärliche Besiedlung ein starkes Verkehrshindernis bis zum heutigen Tage bilden. Erst mit dem Aufschwunge Triests unter Karl VI. wurde der Handel über den Loibl und den Seeberg, die zwei bedeutenderen Karawankenpässe, etwas lebhafter. Seit Erbauung der Eisenbahnen sind beide Straßen wieder verödet.

Die politische und kulturelle Verbindung Kärntens mit dem germanischen Mitteleuropa reicht bis in die Mitte des achten Jahrhunderts zurück. Aber schon zu Ende des fünften und im sechsten Jahrhundert war Kärnten unter germanischer Herrschaft gestanden, da es nicht nur zum Reiche des Ostgotenkönigs Theoderich, sondern nach 568 teilweise auch zum langobardischen Reiche gehört hatte. Als dann zu Ende des sechsten Jahrhunderts die Slowenen in die Ostalpenländer eindrangen, stießen sie im Pustertal auf die Bayern. Von den Awaren hart bedrängt, wandte sich der Slowenenfürst Boruth um 750 an Herzog Tassilo von Bayern um Hilfe. Tassilo folgte dem Rufe, besiegte die Awaren, behielt sich aber die Oberherrschaft über Kärnten, damals Karantanien genannt, vor. Als Karl der Große Bayern seinem Reiche einverleibte (788), wurde auch Kärnten ein Teil des fränkischen Reiches. Die Slowenen standen noch einige Zeit unter eigenen Stammesfürsten. Nach wiederholten Aufständen verloren sie ihr Stammesfürstentum und wurde Kärnten der Verwaltung bayrisch-fränkischer Grafen unterstellt, von welchen der erste 828 nachweisbar ist. Im Jahre 976 wurde Kärnten ein eigenes Herzogtum. 1335 kam es an die Habsburger, 1866 schied es durch die Auflösung des Deutschen Bundes mit den anderen deutsch-habsburgischen Ländern aus dem politischen Verbande mit Deutschland aus.

Mit der Begründung der bayrisch-fränkischen Herrschaft begann die Christianisierung Kärntens durch deutsche Geistliche, die vom Bistum Salzburg nach Kärnten geschickt wurden. Unter Bischof Virgilius (745—784) wurden die beiden ältesten, heute noch bestehenden Kirchen des Landes gegründet, Maria Saal am Zollfeld und St. Peter im Holz. Deutsche Bistümer und Klöster, wie Salzburg, Brixen, Freising, Bamberg, Admont und andere, und deutsche Adelige wurden von den Karolingern und später den deutschen Königen mit reichen Ländereien bedacht. Unter dem Schutze und auf Veranlassung der deutschen Grundeigentümer strömten deutsche Geistliche, Bauern, Handwerker und Kaufleute ins

Land, gründeten hier Kirchen und Klöster und machten weite, von der spärlichen slowenischen Bevölkerung unbebaut gelassene Wald- und Sumpflandschaften urbar. Sie bauten Straßen und Brücken, Städte und Märkte, eröffneten Bergwerke, brachten Gewerbe, Handel und geistiges Leben zu hoher Blüte und führten eine höhere staatliche Ordnung auf deutscher Grundlage ein. Im Kloster Millstatt entstanden Ende des zwölften Jahrhunderts religiöse Dichtungen, die ältesten Denkmäler deutscher Literatur in Österreich. Im dreizehnten Jahrhundert blühte der deutsche Minnegesang in Kärnten und tauchten im Gegensatze zu den bisher allein gebräuchlichen lateinischen Urkunden die ersten deutsch geschriebenen Urkunden und die ersten Schulen auf, so die in St. Veit und Völkermarkt. Aus dem vierzehnten Jahrhundert stammen die deutschen Stadtrechte von St. Veit, Klagenfurt, Völkermarkt und Bleiburg und die Bestätigung der Privilegien des Kärntner Adels, geschrieben in deutscher Sprache, der „lingua materna" des Adels, wie der gelehrte Zeitgenosse Abt Johann von Viktring sagt. Im fünfzehnten Jahrhundert schreibt der Pfarrer Jakob Unrest in Sankt Martin am Techelsberg, hoch über dem Gestade des Wörthersees, in einer Gegend, die noch unlängst slowenische Mehrheit hatte, deutsche Chroniken. Alle Aufzeichnungen des bäuerlichen Rechtes, die Weistümer, sind in deutscher Sprache abgefaßt. Manche von ihnen gehen bis ins Mittelalter zurück. Die deutsche Baukunst schuf herrliche romanische und gotische Kirchen, deutsche Holzschnitzer, Bildhauer und Maler schmückten sie unter dem Einflusse Nürnberger und Augsburger Meister mit unvergänglichen Werken ihrer Kunst. Von Jahrhundert zu Jahrhundert wurde der deutsche Kultureinfluß stärker. Alle großen Bewegungen des geistigen Lebens, die in Deutschland aufstanden, schlugen ihre Wellen bis hinunter zu Kärntens Karawankengrenze. Im Jahre 1611 erschienen die „Klagenfurter Reimchronik" von Paul Khepitz und die deutsch geschriebenen „Annales Carinthiae" von Hieronymus Megiser. 1658 erhielt Klagenfurt eine deutsche Druckerei, seit 1730 hat es ein ständiges deutsches Theater, seit 1777 erscheint die „Klagenfurter Zeitung", seit 1811 die „Carinthia", eine der ältesten ununterbrochen bestehenden Zeitschriften auf deutschem Boden.

Der Zuzug der deutschen Einwanderer reichte hinunter bis zu Kärntens äußerster Südgrenze. Schon im Mittelalter sind in den heute gemischtsprachigen Landesteilen Südkärntens zahlreiche deutsche Ansiedler neben den slowenischen urkundlich nachweisbar. Alle Städte und Märkte des Landes sind deutschen Ursprunges. Durch alle Jahrhunderte hindurch läßt sich die Einwanderung von Norden her verfolgen. Von 168 Riemergesellen z. B., die in Klagenfurt 1597 bis 1715 arbeiteten, stammten 47 aus Kärnten (größtenteils aus den deutschen Städten und Märkten), 46 aus

den rein deutschen Alpenländern und 58 aus dem Deutschen Reiche. Das Riemerhandwerk in Völkermarkt erhielt 1733 bis 1773 ausschließlich Zuzug aus den deutschen Gebieten („Carinthia I", 1920, 8 ff.). Die starke deutsche Zuwanderung erhielt Städte und Märkte deutsch, während die deutschen Bauern, die im Süden des Landes die Minderheit bildeten, größtenteils in den Slowenen aufgingen. Zeugnis von diesen slowenisierten deutschen Bauern geben heute noch außer den Urkunden die zahlreichen deutschen Personennamen, die nicht bloß in vergilbten Handschriften, sondern auch in allen Friedhöfen des gemischtsprachigen Kärnten zu finden sind, und die vielen deutschen Orts- und Flurnamen, die sich weit in das Mittelalter zurückverfolgen lassen.

Die höhere deutsche Kultur ging auch auf die Slowenen über. Unter dem Einflusse dieser höheren Kultur vertauschte die slowenische Bevölkerung in dem größeren Teile des Landes im Laufe der Jahrhunderte allmählich die slowenische Sprache mit der deutschen. Die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit der Deutschen, die vielfachen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Slowenen zu den Deutschen, die Länge der Sprachgrenze und die Durchsetzung des gemischtsprachigen Gebietes durch die wirtschaftlich führenden deutschen Sprachinseln, die Zunahme von Industrie, Handel und Verkehr, der Aufschwung des Fremdenverkehres, der geringe Geburtenüberschuß bei den Slowenen, die Auswanderung vieler Slowenen nach Amerika haben bis heute eine ständige Zunahme der deutschen Sprache und dementsprechend einen Rückgang der slowenischen Sprache zur Folge gehabt, namentlich dort, wo der Verkehr am größten ist, das ist in der Gegend von Villach und Klagenfurt und am Wörthersee. Im Zeitraume von 1880 bis 1910 ist die Zahl der Bewohner mit slowenischer Umgangssprache von 30% auf 21% gesunken. Ebenso haben sich die Kärntner Slowenen oder Windischen in Bezug auf Wirtschaftsform, Hausbau, Sitte und Brauch, Sage und Lied den Deutschen angeglichen. So stellen die Kärntner Windischen einen Mischtypus dar, der in Bezug auf Abstammung, Kultur und Wirtschaft den deutschen Kärntnern viel näher steht als den Slowenen in Krain und in Untersteier und sich auch in der Mundart stark von diesen unterscheidet.

Dies alles vollzog sich in ruhiger und friedlicher Weise, „ein langsamer, zwangloser Weg der Natur", wie sich der slowenische Pfarrer Urban Jarnik, ein von den nationalen Slowenen gefeierter Forscher, schon 1826 in der „Carinthia" (S. 59) ausgedrückt hat. Nie hören wir von nationalen Streitigkeiten bis herauf in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts, im Gegenteil haben Deutsche und Slowenen gemeinsam Freud und Leid getreulich miteinander geteilt.

2. Die sprachlichen und nationalen Verhältnisse vor dem Weltkriege.

So ist Kärnten teils durch die deutsche Einwanderung, teils durch die friedliche Eindeutschung des slowenischen Teiles der Bevölkerung zu drei Vierteln deutsch geworden. Im Jahre 1910 bekannten sich 301.000 Einwohner = 79% zur deutschen und 80.600 = 21% zur slowenischen Umgangssprache. Dabei kann von einem geschlossenen slowenischen Sprachgebiete nicht gesprochen werden. Denn einerseits sendet das geschlossene deutsche Sprachgebiet zwei tiefe Einbuchtungen nach Süden, die eine südlich von Villach über Arnoldstein, Tarvis und Raibl bis zur alten österreichischen Landesgrenze, die andere südlich von Klagenfurt bis Ferlach, so daß das Gebiet mit slowenischer Mehrheit in drei Teile geteilt ist, einen westlichen im unteren Gailtale, einen mittleren südlich vom Wörthersee (Rosental und Sattnitzgebiet) und einen östlichen in Südostkärnten. Anderseits ist jeder dieser drei Teile von zahlreichen deutschen Sprachinseln und Gemeinden mit starken deutschen Minderheiten durchsetzt. Im westlichen Teile bilden Tarvis, Malborghet und der frühere Grenzort Pontafel, alle heute in italienischem Besitz, im mittleren Teile der Markt Ferlach, im östlichen Teile die Städte Völkermarkt und Bleiburg und die Märkte Eisenkappel und Griffen, sowie die an Südslawien zwangsweise abgetretenen Märkte Gutenstein und Unterdrauburg deutsche Sprachinseln. Daher ist denn auch das Gebiet südlich der Sprachgrenze noch immer von rund 24 000 Deutschen (= 25% der Gesamtbevölkerung dieses Gebietes) bewohnt. Die Sprachgrenze selbst hat einen so vielfach gewundenen Lauf, daß man sie nur auf einer Karte größeren Maßstabes verfolgen kann. Die Zahl der deutschen und slowenischen Gemeinden vor und nach dem Zwangsfrieden von St. Germain und ihre sprachliche Mischung von 1910 ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. (Vgl. auch Beilage 1.)

	% slowenisch					% deutsch					Gesamtzahl der Gemeinden
	95–100	80–95	65–80	50–65	Summe	50–65	65–80	80–95	95–100	Summe	
1910	15	25	12	7	59	9	3	11	181	204	263
1919	12	20	10	6	48	8	2	10	179	199	247

Die Abgeschlossenheit des Landes gegen Krain und Untersteier, die mannigfachen gemeinsamen Schicksale, die innigen wirtschaftlichen und vielfachen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Nachbarn,

die Durchdringung durch die deutsche Kultur bewirkten, daß sich auch die slowenischen Bewohner von Kärnten im bewußten Gegensatze zu den sprachverwandten Krainern stets als Kärntner fühlten. Mit Recht sagt der slowenischnationale Professor Apih 1890 (I, 84), daß die Slowenen durch die höchst ungünstige Konfiguration des von ihnen bewohnten Gebietes zersplittert wurden und sich infolgedessen gesonderte politische Einheiten bildeten, die naturgemäß zu Kultur- und Interesseneinheiten wurden, so daß die große Masse mit der Zeit das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum slowenischen Volke verlor, ja, der „Steirer", der „Krainer", der „Kärntner" und der „Meeranwohner" sogar feindliche Brüder wurden.

Dieses in Natur und Geschichte wurzelnde Kärntner Heimatgefühl ist stärker als der nationale Zusammenhang der windischen Bevölkerung in Kärnten mit den Slowenen in Krain und Untersteier und erklärt die Haltung, welche die Slowenen in nationaler und politischer Hinsicht auch nach dem Erwachen der nationalen Bewegung an den Tag gelegt haben. Stets war es der Wunsch der überwiegenden Mehrzahl der Kärntner Slowenen, mit den deutschen Nachbarn in Frieden zu leben. Dies zeigt sich z. B. im Vereinsleben. In den letzten Friedensjahren gab es in den gemischtsprachigen Teilen von Kärnten nicht weniger als 285 deutsche, aber — nach slowenischer Angabe — nur 131 slowenische Vereine. Dabei ist diese Zahl sicher zu hoch gegriffen, da bei der Behörde nur 67 slowenische Vereine angemeldet waren. Bezeichnend ist die Verbreitung der nationalen Schutzvereine. Während es nämlich im gemischtsprachigen Kärnten kurz vor dem Kriege 42 Ortsgruppen des Deutschen Schulvereines mit 2678 Mitgliedern und 29 Ortsgruppen der „Südmark" mit 2153 Mitgliedern gab, waren an slowenischnationalen Schutzvereinen nur 16 Ortsgruppen der „Slovenska Straža" (Slowenische Wacht) in Laibach und 6 Ortsgruppen des slowenischen Schulvereines (Cyrill- und Methodverein) angemeldet. Klagenfurt, das von den Laibachern als halbslowenische Stadt bezeichnet wurde, zählte 1914 bei rund 24.300 deutschen und 600 slowenischen Einwohnern nur 13 slowenische, aber 323 deutsche Vereine

II. Die nationale Frage bis zur Entstehung der großserbischen Bewegung.

1. Kärnten und die Anfänge der slowenischnationalen Bewegung. Die Jahre 1848 und 1849.

Während das deutsche Schrifttum in Kärnten bis weit in das Mittelalter zurückreicht und im Laufe der Jahrhunderte reiche und schöne Blüten

trieb, fallen die ersten schüchternen literarischen Versuche der Slowenen insgesamt, abgesehen von Trubers und Dalmatins Bibelübersetzung, erst in der Zeit der Kaiserin Maria Theresia. In Kärnten waren sie bis in das neunzehnte Jahrhundert hinein auf Gebet- und Erbauungsbücher und Gutsmanns († 1790) „Windische Sprachlehre" und „Deutsch-windisches Wörterbuch" beschränkt. Erst Anton Slomšek, der hochgepriesene „Apostel der Slowenen", aus Ponikl in Untersteier, 1846—1862 Bischof von Lavant, verfaßte als Spiritual am Klagenfurter Priesterseminar (1827—1844) die ersten windischen Lesebücher für das Volk. Urban Jarnik († 1844), Pfarrer von Moosburg, der erste nationalbewußte slowenische Schriftsteller in Kärnten, schrieb in deutscher und windischer Sprache. In deutscher Sprache sind seine „Andeutungen über Kärntens Germanisierung" (1826) geschrieben, eine für die damalige Zeit bedeutende Arbeit, in der er auf Grund von Fluß-, Berg- und Ortsnamen den Nachweis lieferte, daß Kärnten einst zum großen Teile von Slowenen bewohnt war. Die Deutschen bereiteten Jarnik und den übrigen slowenischen Schriftstellern nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern förderten sie, soviel sie konnten. Gutsmanns Werke erschienen mit Unterstützung des Grafen Rudolf Goëß und die von slowenischem Volksbewußtsein erfüllten Aufsätze Jarniks wurden in der „Carinthia" abgedruckt, wiewohl sie manchmal über das Ziel schossen.

Jarnik nimmt an, daß die Germanisierung der Kärntner Slowenen alle hundert Jahre um eine Wegstunde vorrücke. Die fortschreitende Zunahme der deutschen Sprache führt er auf die deutsche Kolonisation, die Einführung der deutschen Kanzleisprache, die Wanderungen der Slowenen auf die deutsche Seite, „eine große Schule zur Erlernung der deutschen Sprache, die durch keine Stiftung, keinen Zwang, sondern durch den freien Willen des Volkes schon seit Jahrhunderten besteht" und die Verheiratung der jungen Slowenen mit deutschen Bräuten zurück. „Die fortschreitende Germanisierung Kärntens", sagt er, „ist ein Strom, der sich schon vor Jahrhunderten aus natürlichen Veranlassungen bildete und den man, weil das Volk einmal diese Richtung eingenommen hat, nicht leicht einhalten kann. Die Germanisierung befördern nicht soviel die Schulen, als vielmehr das fortgesetzte praktische Leben unter den Deutschen. Diese Schule ist bei weitem die wirksamere und von bleibenderen Folgen für die Aufnahme der deutschen Zunge." („Carinthia" 1826, S. 59, 106.)

In die Zeit vor 1848 fällt die illyrische Bewegung, begründet vom Kroaten Ludwig Gaj. Ihr Ziel war, eine gemeinsame Literatursprache für die Südslawen zu schaffen, ein Gedanke, welchen selbst nationale Slowenen wie Dr. Fr. Simonič und Apih als absonderliche Idee

und utopischen Plan bezeichneten (Simonič bei Suman, „Die Slowenen", S. 153; Apih, I, 83). In Kärnten fand die Bewegung einen Vertreter im Gailtaler Matthias Majer. Allein Majer war eine vereinzelte Erscheinung und die anderen nationalen Führer der Kärntner Slowenen, wie Einspieler und Janežič, wandten sich sehr bald vom Gedanken wieder ab. Als Gaj sich 1848 vom öffentlichen Leben zurückzog, erlosch die Bewegung.

Die Führung in den literarischen Bestrebungen der Slowenen vor und nach 1848 hatte die Hauptstadt des slowenischen Kernlandes Krain, Laibach. Hier gab Dr. Bleiweis, der „Vater der Slowenen", seit 1843 die epochemachenden „Novice" (Neuigkeiten) heraus, die lange Zeit den „Mittelpunkt der gesamten schriftstellerisch tätigen Welt der Slowenen" (Simonič bei Suman, S. 156) bildeten. Hier entstanden 1848 vier slowenische Zeitungen, ein slowenischer literarischer und politischer Verein. Hier sollte auch eine slowenische Universität gegründet werden und wurde 1863 die „Slovenska Matica" (Slowenisches Mütterchen) zur Herausgabe wissenschaftlicher Werke in slowenischer Sprache ins Leben gerufen. Darum wurden auch die 1848 neueingeführten Farben der Provinz Krain, blau-weiß-rot, die slowenischen Nationalfarben. Es muß diese führende Stellung Laibachs festgestellt werden, weil in der slowenischen Propagandaliteratur der letzten Jahre immer wieder behauptet wurde, daß Klagenfurt in der slowenischen Literatur 1848 die Führung übernommen habe.

Als im Jahre 1848 die nationale Frage aufgerollt wurde, traten auch die nationalen Slowenen, die damals auch in Krain und Untersteier noch gering an Zahl waren, mit Forderungen auf den Plan. Führer der Bewegung waren die slowenischnationalen Kreise in Laibach, ferner die in Wien und Graz wohnenden slowenischen Gebildeten. In Laibach stellte Dr. Johann Bleiweis am 29. März 1848 als erster die Forderung auf, „daß die slowenischen Gebiete in eine einzige administrative Einheit mit der Bezeichnung ‚Königreich Slowenien' vereinigt werden" (Apih, I, 98). Am gleichen Tag richteten 44 in Wien lebende Slowenen unter Führung des bekannten Slawisten Miklosich an den Krainer ständischen Landtag eine Adresse, in der sie unter anderem die Sicherstellung der slowenischen Nationalität in Krain, im Küstenland und in den slowenischen Bezirken Steiermarks und Kärntens verlangten. Der Krainer Landtag ging jedoch auf die Forderung nicht weiter ein. Im Laufe des April gründeten die in Graz und Wien lebenden Slowenen politische Vereine unter dem Namen „Slovenija". Ihre Ziele waren: Auflösung der alten Gliederung Österreichs nach Kronländern und Umwandlung Österreichs in einen Nationalitätenstaat, somit Ersatz der historisch-politischen Individualitäten durch nationale, ferner Unab-

hängigkeit Sloweniens vom Frankfurter Parlament und Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in Schule und Amt.

Bleiweis hatte mit seiner Forderung, namentlich soweit sie Kärnten betraf, kein Glück. Als er den angeblichen Wunsch des slowenischen Volkes nach Vereinigung auch dem Erzherzog Johann vortrug, dem man in Krain großes Vertrauen entgegenbrachte, richtete der Prinz an ihn die Frage, ob das, was die Krainer wünschten, auch der Wunsch der Kärntner, Steirer und der übrigen Slowenen sei. Diese Frage konnte Bleiweis nicht bejahen (Apih, I, 104 f). Auch Slomšek sprach sich gegen die Gründung eines Königreichs Slowenien aus und tadelte die Beteiligung mancher Priester an der Agitation zugunsten Sloweniens.

In Kärnten war die slowenischnationale Bewegung auf einige wenige Geistliche beschränkt. An ihrer Spitze standen Andreas Einspieler († 1888) und Matthias Majer. Einspieler gründete in Klagenfurt im Sommer 1848 einen slowenischen Lesezirkel, der sich im Herbst in einen slowenischen Verein umwandelte, aber keine Rolle spielte, „da die nationale Lethargie der Slowenen Kärntens dem Verein ein kräftiges Auftreten nicht gestattete“ (Apih, II, 180). In der „Klagenfurter Zeitung“ vom 29. Mai 1848 wandte sich ein geborener Slowene, Bezirkskommissär Preschl, gegen die Errichtung eines Königreiches Slowenien. Ein Beweis, wie wenig tief die slowenischnationale Bewegung in Kärnten ging, ist die Tatsache, daß sich die Wahlen in das Frankfurter Parlament trotz der Gegenagitation Einspielers und Majers auch in den gemischtsprachigen Gebieten Kärntens ohne Schwierigkeiten vollzogen. Ein geborener Slowene aus St. Michael bei Bleiburg, der ausgezeichnete Volkswirt Jakob Scheließnig, wurde gleichzeitig in zwei Wahlbezirken, St. Veit und Völkermarkt, gewählt, ein Zeugnis für das gute Einvernehmen beider Volksstämme. Am 6. April wurde die deutsche Fahne unter tausendfachem Jubelruf auf dem Klagenfurter Stadtpfarrturme gehißt. Die „Klagenfurter Zeitung“ schrieb dazu: „Glückliche Zeit, wo wir, Österreichs Untertanen, es Europa auch laut und deutlich zeigen können, was schon lange in unseren Herzen glühte: Deutschlands Freiheit und Einigkeit!“

Im Juli 1848 trat der erste österreichische Reichstag zusammen. Zum erstenmal zeigte sich hier zwischen den Deutschen in Böhmen und den Deutschen in den doppelsprachigen Alpenländern jener Gegensatz der politischen Ziele, der später so oft zutage getreten ist und die deutsche Politik in Österreich so sehr gehemmt hat. Drei Programme wurden in Bezug auf die neue Ausgestaltung Österreichs verfochten: Zentralismus unter Beibehaltung der bisherigen Länder als historisch-politischer Individualitäten, Föderalismus auf Grund dieser historisch-politischen Individualitäten,

Föderalismus auf Grund der Nationalitäten. Das Ergebnis war schließlich ein Kompromiß.

Schon wenige Tage nach dem Zusammentritte des Reichstages wurden Anträge eingebracht, die Kärnten aufs tiefste verletzten. Der deutschböhmische Abgeordnete von Saaz, Ludwig von Löhner, beantragte, die bestehenden Provinzen aufzulösen und an ihrer Stelle nach dem Muster der französischen Departements national abgegrenzte Kreise zu schaffen. Sosehr dieser Antrag vom deutschböhmischen Standpunkte aus begreiflich war, so schwer traf er die gemischtsprachigen Alpenländer, die dadurch in ihrem Bestande als Verwaltungseinheiten bedroht wurden. Ebenso bedrohlich war für diese Länder ein Antrag, der, wie es heißt, von slawischer Seite ausging oder ausgehen sollte. Danach sollten an Stelle der bisherigen Provinzen neue, nach ethnographischen Verhältnissen umgrenzte Verwaltungsgebiete geschaffen werden. Damit wäre auch die Bahn für das Königreich „Slovenija" freigeworden.

Diese beiden Anträge lösten in Kärnten bei Deutschen und Slowenen die stärkste Beunruhigung aus. Am 17. August wies der Abgeordnete Jakomini im provisorischen Landtage darauf hin, daß eine ethnographische Einteilung Kärntens wegen der ausgebreiteten Sprachenvermengung unausführbar und wegen der engen Verschlingung aller volkswirtschaftlichen und politischen Bestrebungen in Kärnten verderblich, ja geradezu zerstörend wäre. Er beantragte, der Landtag möge erklären, in keinen der beiden Anträge einwilligen zu können, und diese Erklärung dem Gesamtministerium mit der Bitte vorlegen, sie dem Reichstage zur Kenntnis zu bringen. Ein Slowene, Dr. Rulitz, aus dem Rosentale gebürtig, unterstützte den Antrag und setzte hinzu, daß er, obschon selbst Slowene, doch feierlichst gegen die Abtrennung der slowenischen Gebietsteile von Kärnten und deren Vereinigung mit Krain protestieren müsse und zur Abgabe einer solchen Erklärung auch im Namen der slowenischen Bevölkerung in der Gegend seiner Heimat Ferlach berechtigt sei. Der Abgeordnete Karner pflichtete Rulitz als Vertreter des slowenischen Bezirkes Hollenburg bei. Der Antrag Jakominis wurde einstimmig angenommen. Die Denkschrift an das Ministerium, für die im Lande überall Unterschriften gesammelt wurden, nimmt besonders gegen den zweiten Antrag Stellung, der Kärnten „unter Vernichtung seiner Nationalität" zu zerreißen und selbst dem Namen nach verschwinden zu machen drohe. Als dann am 31. August der Verfassungsentwurf des Landes Kärnten zur Verhandlung kam, wurde im § 1 Kärnten als ein unteilbares Herzogtum erklärt.

Da trotz des Widerspruches der damaligen Vertretung Kärntens und zum offenkundigen Schaden des Landes der Villacher Kreis 1814 und

der Klagenfurter Kreis 1826 dem Gubernium Laibach untergeordnet worden war, so beantragte Dr. Rulitz auch, das Ministerium zu bitten, daß der Sitz der politischen Regierungsbehörden für Kärnten nach Klagenfurt verlegt und Kärnten nicht mehr wie bisher von einer anderen Provinz aus regiert werde. Tatsächlich richtete der Landtagsausschuß, wie Dr. Rulitz in der Landtagssitzung vom 17. Oktober berichtete, an das Ministerium und an die Reichstagsabgeordneten in Wien Denkschriften, in welchen ersucht wurde, für Kärnten eine eigene, unmittelbar unter dem Ministerium stehende Landesbehörde zu schaffen. In der ersten Denkschrift wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die Erwerbsquellen und die Lebensart des Kärntners von denen der Bewohner Krains so verschieden seien, daß der erstere mit den letzteren durchaus jede Verschmelzung in politischer Beziehung vermieden haben wolle.

Als im Jänner 1849 der Verfassungsausschuß des österreichischen Reichstages zusammentrat, wurde im Ausschusse auch über die Teilung Kärntens gesprochen. Die Stellung, welche die slowenischen Abgeordneten dazu einnahmen, ist höchst bezeichnend. Kärnten war im Verfassungsausschusse durch einen Deutschen, Landrat Scholl aus Villach, vertreten, Krain durch den Advokaten Dr. Kavčič, den radikalen Führer der nationalen Slowenen, ferner durch Kreishauptmann v. Laufenberg, nach Apih trotz seines Namens Slowene von Gesinnung, Untersteier durch Dr. Krainz, den Abgeordneten von Windischgraz, „einen gediegenen, aufgeklärten Mann von (slowenisch)nationaler Gesinnung“ (Apih). Abgeordneter Scholl beanspruchte für Kärnten provinzielle Selbständigkeit und wies darauf hin, daß Kärnten immer ein selbständiges Herzogtum gewesen sei und bis 1804 auch eine selbständige Landesstelle gehabt habe. Schon vor ihm hatte v. Laufenberg die Trennung der administrativen Verbindung der zwei Länder Kärnten und Krain gefordert, die stets abgesonderte Landstände gehabt hätten und durch die Sprache und die territorialen Verhältnisse getrennt seien. Dr. Kavčič meinte, man solle bei der provinziellen Einteilung dem Grundsatze der Nationalität und dem der Konvenienz Rechnung tragen, und verlangte, daß bei der provinziellen Einteilung jede Nationalität berücksichtigt werde, sprach sich aber gegen unnatürliche Landesverbindungen aus, die ein Fluch der Menschheit seien. Er schlug die Einteilung Österreichs in 14 Provinzen vor, darunter die Provinz „Deutschsteiermark und Kärnten“, dann die Provinz Slowenien, bestehend aus Slowenisch-Steiermark, Krain und Slowenisch-Küstenland. Kavčič trug also den natürlichen Verhältnissen Rechnung und wollte die Einheit Kärntens nicht antasten. Dr. Krainz erklärte den Antrag Kavčič, soweit er die Slowenen betreffe, als ideal. Auch er bekannte sich zum Grundsatze der

Konvenienz, weil man jedenfalls nationale Rücksichten auf Kosten des materiellen Wohles in der Humanität nicht auf die Spitze treiben dürfe; er werde daher nicht für die Teilung Böhmens und nicht für die Teilung Kärntens stimmen, weil dort eine Sonderung der Nationalitäten nicht so möglich sei, wie in Steiermark. Alle slowenischen Redner sprachen sich also gegen eine Teilung Kärntens aus. Nur die tschechischen Abgeordneten Palatzky und Rieger schlugen eine Einteilung Österreichs vor, nach der Deutsch-Kärnten und Deutsch-Steiermark zu Deutsch-Österreich, die slawischen Teile von Kärnten und Steiermark aber zu Illyrisch-Österreich kommen sollten.

Angenommen wurde schließlich nahezu einstimmig der Antrag Brestel: Es sei die alte Provinzeinteilung beizubehalten; doch seien die großen Provinzen in zwei oder mehrere möglichst nationale Kreise zu teilen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Provinzen ergaben sich als je ein Bestandteil die Länder Steiermark, Kärnten, Krain usw. Galizien und Lodomerien, Böhmen, Mähren, Österreich unter der Enns, Tirol, Steiermark sollten in Kreise eingeteilt werden, die übrigen Länder nicht, also auch nicht Kärnten.

Der Verfassungsentwurf des Verfassungsausschusses blieb auf dem Papier, da der Reichstag am 7. März 1849 gesprengt wurde. Nach der oktroyierten Verfassung vom 4. März 1849 sollte Kärnten zum Königreich Illyrien gehören, das außerdem noch Krain, Görz und Gradiska, Istrien und Triest umfassen sollte. Allein schon am 11. März erfloß eine Ministerialverordnung, nach welcher Kärnten vom Gubernium Laibach losgelöst wurde und eine eigene Landesbehörde erhielt. Unbeschreiblich war der Jubel der Kärntner. Am 13. März wurde ein Fackelzug vor das Gebäude der Landesregierung in Klagenfurt veranstaltet und die Stadt festlich beleuchtet. Eine Dankadresse an den Kaiser wurde abgeschickt, in der es heißt: „Unsere Berge, unsere Täler widerhallen von Jubel, er dringt in die Hütten, er tönt in die Schächte, er steigt als heißes Dankgebet zum allmächtigen Gott empor. Eurer Majestät segensreiche Hand hat unserem Lande seine Selbständigkeit gegeben, Eure Majestät haben die Fesseln abgestreift, welche seit einem halben Jahrhundert das Herzogtum Kärnten an die Nachbarländer ketteten, ... haben Ihrem treuen Kärnten seine nationale Ehre wiedergegeben ... Als kaiserliches Kronland erklärt, mit Gewährleistung seiner eigenen Landesregierung beglückt, verehrt das Herzogtum Kärnten in Eurer Majestät seinen größten Wohltäter ...“

Der erste Gedanke, Kärnten zu teilen, war somit auch an dem Verhalten der nationalen Slowenen gescheitert, ja, Kärnten hatte sich gegenüber dem Gubernium Laibach seine volle Selbständigkeit erkämpft.

2. Ruhe nach dem Sturm. (1849—1903.)

Die politisch-nationale Bewegung der Slowenen flaute nach 1849 ab, besonders seit der Wiedereinführung des Absolutismus (1851), der den Slowenen in mancher Hinsicht entgegenkam. Die politischen Bestrebungen der Slowenen wurden durch literarische abgelöst. Die Wiener „Slovenija" löste sich auf, die „Slovenija" in Graz und der slowenische Verein in Laibach verwandelten sich in literarische Vereinigungen. In Kärnten wurde 1851 der Hermagorasverein zur Herausgabe slowenischer Bücher gegründet. Ein Aufruf zum Beitritt erschien auch in der „Carinthia", die auch Aufsätze Einspielers brachte, in welchen er für slowenischnationale Forderungen eintrat. So konnte Heinrich Hermann, der bekannte Geschichtsschreiber Kärntens, 1860 in der „Carinthia" (S. 114) mit Recht schreiben: „Bei uns in Kärnten kann man diese nationale Sonderung nicht wahrnehmen, da der deutsche Grundstock sich bereitwillig erweist, jede fremde Abstammung und Einzelheit, ohne die Aufgebung derselben zu verlangen, sich gleichzustellen und mit ihr seine geistigen Errungenschaften zu teilen."

Seit den Märztagen 1848 war die Einführung der slowenischen Sprache in Schule und Amt die Hauptforderung der nationalen Führer der Slowenen. In Kärnten suchte die Landesregierung unter dem den Slowenen sehr günstig gesinnten Baron Schloißnigg (1849—1860) dieser Forderung Rechnung zu tragen. Allein die praktischen Bedürfnisse der Kärntner Windischen erwiesen sich stärker, als ihr Verständnis für die Wünsche einiger weniger nationaler Vorkämpfer. „Eine feste Sprachgrenze", erklärte der Minister Bach am 5. Juli 1849 in einem Amtsvortrage beim Kaiser, „läßt sich (in Kärnten) nicht auffinden, da beide Volksstämme weder geographisch, noch in Beziehung auf den Verkehr oder sonstige Interessen gesondert sind und die erfreuliche Erscheinung eines friedlichen, durch separatistische, den Grundsatz der Gleichberechtigung verkennende Bestrebungen wenig gestörten Zusammenlebens bieten." Das slowenische Volk in Kärnten blieb daher gegenüber den heißen Bemühungen der slowenischnationalen Vorkämpfer kalt und teilnahmslos, ja es trat ihnen sogar vielfach entgegen. Daher erlebten denn auch Einspieler und seine wenigen Freunde mancherlei Enttäuschungen.

Für die sprachliche Einrichtung der Kärntner Volksschulen war es von entscheidender Bedeutung, daß die Kenntnis der deutschen Sprache bei der slowenischen Bevölkerung Kärntens seit jeher ein allgemeines und zwingendes Bedürfnis war. Zur Zeit, als die slowenische Jugend noch nicht Gelegenheit hatte, in der Schule deutsch zu lernen, schickten die slowenischen Eltern ihre Kinder auf die „deutsche Seite", damit sie dort deutsch lernten. Nach Jarnik lebten so jährlich 4000 Slowenen im deutschen Gebiete

Kärntens. Darum sprachen sich auch Männer wie Slomšek für doppelsprachige Schulen im gemischtsprachigen Gebiete aus.*) Die slowenische Bevölkerung selbst verlangte in zahllosen Äußerungen immer und immer wieder, daß den Kindern in der Volksschule die Kenntnis des Deutschen beigebracht werde. Da die Schulen in den gemischtsprachigen Landesteilen zum Teil slowenisiert worden waren, kam es zu zahlreichen Klagen und Beschwerden der slowenischen Bevölkerung. „Man sucht unter uns seit jeher vereinten Kärntnern", schrieb der slowenische Bürgermeister von Hohenthurn im Gailtale 1860 in einer Beschwerde, „eine Zwietracht zu stiften, während wir Kärntner als eine vereinte Nation friedlich und einverständlich miteinander leben wollen." Als Schulrat Pavissich 1859 die Schulen bereiste, wurde er nahezu in allen Schulorten ersucht, daß der Unterricht in der deutschen Sprache wieder eingeführt werde.

Desgleichen hatten die slowenischnationalen Bestrebungen bei der Mittelschule nur geringen Erfolg. Der neue Lehrplan für Gymnasien von 1849 führte die slowenische Sprache für Schüler mit slowenischer Muttersprache als obligaten Unterrichtsgegenstand ein, wie Einspieler es wiederholt gefordert hatte. Die slowenischen Schüler zogen es aber vor, sich als deutsche Schüler eintragen zu lassen, um so dem Zwange, den Unterricht in der slowenischen Sprache zu besuchen, zu entgehen (Apih, IV, 153).

Nicht besser ging es mit den Versuchen, die slowenische Amtssprache einzuführen. Vor allem fehlte es an einer allgemein verständlichen slowenischen Schriftsprache. Am 24. April 1849 beschloß der Kärntner Landtagsausschuß auf Antrag des Slowenen Millonig, den Landeschef zu ersuchen, es mögen die Gesetze und Verordnungen für die Slowenen Kärntens im Kärntner Dialekt herausgegeben werden, weil der Krainer Dialekt den Slowenen Kärntens unverständlich sei. Slowenische Bauern schickten die slowenischen Verordnungsblätter zurück und verlangten dafür deutsche (Apih). In der „Carinthia" 1851 verlangte ein „Stockslowene", daß wegen der vielen slawischen Dialekte in Illyrien in einer Sprache, in der deutschen, amtiert werde; die große Mehrzahl der Slowenen lese lieber den deutschen Text als slowenische Übersetzungen, die nur der Übersetzer verstehe und sonst kein Mensch.

Das Justizministerium ordnete am 29. Oktober 1850 an, daß in Kärnten nicht bloß das Deutsche, sondern auch das Slowenische als Gerichtssprache anzusehen sei, die Protokolle in Strafsachen mit Personen und bei Aussagen von Zeugen, wenn sie nur der slowenischen Sprache mächtig

*) Vgl. das Gutachten Slomšeks vom 8. Oktober 1851 bei Wutte, „Die utraquistische Volksschule in Kärnten", S. 6.

seien, daher in dieser Sprache aufgenommen werden sollen. Aber die Aufnahme rein slowenischer Protokolle führte arge Verwicklungen herbei, so daß das Justizministerium bereits am 17. März 1851 sich zur Verordnung veranlaßt sah, daß Protokolle mit den bloß der slowenischen Sprache kundigen Personen zugleich in slowenischer und deutscher Sprache aufgenommen werden.

Als durch das Oktoberdiplom 1860 die konstitutionelle Monarchie wieder eingeführt worden war, gründete Einspieler eine Zeitschrift in deutscher Sprache, die „Stimmen aus Innerösterreich", in deren erster Nummer er sein nationales Programm entwickelte. Mit Absicht nennt er dieses Programm „Kärntens Selbständigkeit". Er gab darin zunächst seiner Freude Ausdruck, daß der Kärntner — nach Abtrennung Kärntens von der Statthalterei in Graz, der es kurz vorher untergeordnet worden war — wieder in seinem eigenen Hause wohne, und forderte im wesentlichen: Errichtung slowenischer Schulen in slowenischen Pfarren, slowenische Verlautbarung der Gesetze und Verordnungen, Kenntnis der slowenischen Sprache seitens der Beamten in den slowenischen Bezirken, Abgrenzung der Wahlkreise möglichst nach der Nationalität. In einer späteren Aufsatzreihe, „Neuösterreich" betitelt (1862, S. 223), spricht er sich ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Länder und Landtage aus und nennt er das südslawische Königreich eine Erfindung, die den Zweck habe, die Slowenen zu verdächtigen.

Einspielers Forderungen stießen auch jetzt beim slowenischen Volk auf Widerstand.

Im Jahre 1860 gaben sämtliche Gemeinden Kärntens mit einer einzigen Ausnahme (Windisch-Bleiberg) die Erklärung ab, die Reichsgesetzblätter lediglich in deutscher Sprache erhalten zu wollen, da sie die slowenische Sprache, namentlich die Terminologie des Reichsgesetzblattes, nicht verstünden (Bericht des Statthalters Freiherrn von Schloißnigg vom 23. Juni und 24. August 1860, Z. 637 und 1134/Präs.). In den Siebzigerjahren machte man mit den slowenischen Ausgaben des Landesgesetzblattes und der „Landwirtschaftlichen Mitteilungen" dieselbe Erfahrung.

Im Jahre 1867 überreichten slowenische Reichsratsabgeordnete aus Krain und Untersteier eine Denkschrift über die angeblichen Wünsche der slowenischen Bevölkerung in Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande nach Einführung der slowenischen Amts- und Schulsprache. Der damalige Landespräsident von Kärnten, Graf Hohenwart, der 1871 an der Spitze eines deutschfeindlichen Ministeriums stand und den Slowenen gewiß sehr gewogen war, wies jedoch nach, daß die Verfasser der Denkschrift über Kärnten schlecht unterrichtet waren und die darin aufgestellten

Forderungen den tatsächlichen Wünschen der slowenischen Bevölkerung in Kärnten geradezu entgegenliefen (Bericht Hohenwarts vom 22. August 1862, Z. 1034/Präs.).

Gelegentlich der Durchführung des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 verlangten nahezu alle slowenischen Gemeindeausschüsse und Ortsschulräte eine sorgfältige Pflege der deutschen Sprache und die meisten das Deutsche als Unterrichtssprache in allen oder wenigstens in den mittleren und oberen Klassen, weil nur durch die deutsche Unterrichtssprache Gewähr geboten scheine, daß die deutsche Sprache auch wirklich erlernt werde. Als dann später die utraquistische Schule von der slowenischen Geistlichkeit und von außerkärntnerischen slowenischen Reichsratsabgeordneten angegriffen wurde, sprachen sich die Gemeinden durch ihre berufenen Vertretungen immer wieder entschieden für die Aufrechterhaltung der utraquistischen Schule aus, so zum Beispiel 1888 und 1891. Dies veranlaßte den Krainer Abgeordneten Klun 1889 zur Forderung, daß die Wünsche der slowenischen Eltern nach der deutschen Unterrichtssprache überhaupt nicht zu berücksichtigen seien.

Ende der Sechzigerjahre tauchte in Krain und Görz der Gedanke einer Provinz Slowenien wieder auf. Im Jahre 1870 versuchte man den Gedanken auch nach Kärnten zu verpflanzen. Zu diesem Zwecke wurde ein Tabor (Versammlung im Freien) in Feistritz bei Bleiburg veranstaltet, auf dem der Krainer Dr. Zarnik sprach. Allein auch dieser Versuch hatte keinen Erfolg. In den folgenden Jahren trat der Gedanke selbst in Krain vollständig in den Hintergrund. Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg erscheint der Plan der Vereinigung der Slowenen wieder auf der Tagesordnung.

Wenn es ab und zu zwischen Deutschen und Slowenen in Kärnten zu Meinungsverschiedenheiten kam, so handelte es sich nie um die Abtrennung der gemischtsprachigen Landesteile, sondern ausschließlich um den Sprachgebrauch in Amt und Schule und um die politische Vertretung in den gesetzgebenden Körpern.

III. Die Slowenen und die großserbische Bewegung.

Das politische Leben der slowenischen Bevölkerung in Krain und Untersteier wurde bis zum Zusammenbruche der habsburgischen Monarchie von zwei Parteien beherrscht, der Partei der Liberalen (jetzt Demokraten) und der 1905 durch J. Krek gegründeten christlichsozialen slowenischen Volkspartei, die 1909 ihre Organisation auf Untersteier, Görz und das

gemischtsprachige Kärnten ausdehnte und sich daher „allslowenische Volkspartei" nannte. Das führende Blatt der liberalen Partei war der „Slovenski Narod", das der Volkspartei der „Slovenec". Die Sozialdemokraten und ihr Blatt, der „Naprej", spielten vor dem Zusammenbruche nur eine geringe Rolle. In Kärnten standen die slowenischen Geistlichen und ihr Anhang im Lager der Volkspartei.

Im Krainer Landtage hatte die allslowenische Volkspartei seit der Wahlreform von 1908 mit 27 Mandaten gegen 12 slowenischliberale und 11 deutsche (Großgrundbesitz und Gottschee) die absolute Mehrheit, mithin die unbedingte Herrschaft. Beide slowenischen Parteien waren einig in der Bekämpfung des Deutschtums, beide strebten seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina (1908) nach staatsrechtlicher Vereinigung mit den übrigen Südslawen der Monarchie. Aber im Endziele gingen ihre Wege auseinander. Während die slowenische Volkspartei im Sinne des Programmes der kroatischen Rechtspartei von 1893 die Bildung eines die Slowenen, Kroaten und Serben umfassenden südslawischen Staates unter der Führung der katholischen Kroaten innerhalb der habsburgischen Monarchie und eine trialistische Ausgestaltung der Monarchie anstrebte, suchte ein Teil der liberalen Partei die Lösung der südslawischen Frage durch den Anschluß an das Königreich Serbien.

Bald nach dem blutigen Sturze der Obrenović (1903) trachteten vereinzelte Anhänger der liberalen Partei, eine Verbindung mit Belgrad herzustellen. Durch südslawische Künstler- und Journalistentage und Besuche serbischer Journalisten in Laibach und slowenischer Journalisten in Belgrad sollte die südslawische Idee immer mehr vertieft werden. Am 8. September 1908 fand in Laibach der allslawische Journalistenkongreß statt, an dem auch der russische Kadettenführer Miljukow teilnahm. Die Erinnerung an das alte großserbische Reich des Königs Stefan Duschan († 1355) wurde im Volk aufgefrischt. In einem Kalender von 1908/9, der im Süden der Monarchie verbreitet wurde, wird auf eine Karte des französischen Historikers Thiers hingewiesen, nach welcher dieses Reich bis Villach gereicht haben soll! („Südland", S. 547.) Auch die alte illyrische Idee Gajs wurde wieder hervorgeholt. Dr. Bogomil Vošnjak, Privatdozent an der Agramer Universität, arbeitete auf eine möglichst weitgehende Ausgleichung der slowenischen und serbokroatischen Sprache hin. Unter dem Deckmantel der Pflege südslawischer Kultureinheit, deren Mittelpunkt Belgrad sei, wurden hochpolitische Ziele verfolgt.

Die Erfolge der Serben im Balkankrieg entflammten das südslawische Nationalbewußtsein und lösten namentlich in Laibach lebhafte Begeisterung aus. Im Jahre 1914 wurde auch die Studentenschaft in Laibach

in den Strudel der nationalen Leidenschaft hineingerissen. Vladko Fabiančič, ein slowenischer Mittelschüler, der sich vorher ein Jahr in Belgrad aufgehalten hatte, rief, unterstützt durch serbische Dinare, unter der Laibacher Mittelschuljugend einen Geheimbund mit großserbischen Zielen ins Leben. Der Bund kam auf, Fabiančič flüchtete nach Serbien und tauchte später in der Schweiz auf.

Während so die radikalen Mitglieder der liberalen Partei Fäden nach Belgrad spannen, hielt die allslowenische Volkspartei, hinter der die Massen standen, am Trialismus fest. „Slovenec" nahm wiederholt gegen die systematische Aufreizung der slowenischen Jugend durch die slowenischen Radikalen Stellung. Im Jahre 1910 beklagte er sich darüber, daß die serbische Regierung in Laibach eine bezahlte Agentur zur Propaganda der serbisch-irredentistischen Bewegung errichtet habe. Als die Bluttat von Sarajewo geschah, war die ganze slowenische Volkspartei aufs tiefste erschüttert. Der Laibacher Bischof Jeglič, der später nach dem Zusammenbruche von 1918 eine führende politische Rolle spielte, erließ einen Hirtenbrief, in dem er Gott bat, Österreich zu einem vollen Siege über die Serben zu helfen. Am 5. Juli 1914 wurde in Laibach eine großartige Trauerkundgebung für den Thronfolger veranstaltet. Der „Slovenec" veröffentlichte eine Reihe von leidenschaftlichen Aufsätzen gegen die Serben, die „größten Feinde des slowenischen Volkes", und gegen die großserbische Bewegung; nur im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie könne der Slowene als Kulturvolk bestehen, deshalb müsse das ganze katholische Volk in Slowenien und Kroatien mit allen Kräften auf die Ausrottung des großserbischen Gedankens hinarbeiten. Im Juli 1914 erließ Landeshauptmann Šušteršič ein Rundschreiben an die Vertrauensmänner der slowenischen Volkspartei, in dem er sie aufforderte, über alles, was sie über die verbrecherische großserbische Bewegung erführen, unverzüglich an das Parteisekretariat zu berichten, damit die Parteileitung rechtzeitig alle erforderlichen Schutzmaßregeln treffen könne. Als dann Österreich an Serbien den Krieg erklärte, dankte „Slovenec" vom 27. Juli unter kaum mehr zu überbietenden Schmähungen gegen die Serben dem Kaiser, daß er zur Ehre und Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes das Schwert ergriffen habe. So wie der „Slovenec", so dachten und fühlten auch die Massen des slowenischen Volkes. Nur ein kleiner Teil der liberalen Intelligenz stand auch jetzt im Herzen auf Seite Serbiens.

Wurde die großserbische Bewegung vom slowenischen Volke in Krain mit geringen Ausnahmen abgelehnt, so hatten die Kärntner Slowenen in ihrer Mehrheit auch für ein südslawisches Reich unter kroatischer Führung innerhalb der habsburgischen Monarchie kein Verständnis. Die

Mehrheit der slowenischen Bevölkerung Kärntens war nach wie vor deutschfreundlich, wie sehr sich auch der 1882 begründete „Mir“ und der 1890 gegründete „Katholisch-politische und wirtschaftliche Verein der Slowenen in Kärnten“ bemühten, sie in das Fahrwasser der allslowenischen Volkspartei zu bringen. Bei der Reichsratswahl 1911, die bereits nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte stattfand, wurde der slowenischnationale Wahlwerber Grafenauer im Wahlkreise III, der aus den am stärksten slowenischen Bezirken Bleiburg, Eberndorf, Eisenkappel und Ferlach bestand, für die Slowenen daher so günstig als möglich war, bei starker Wahlbeteiligung nur mit einer Mehrheit von 51 Prozent gewählt. Im Kärntner Landtage waren die gemischtsprachigen Bezirke der Landgemeindenkurie — und die allein kamen für die zu 67 Prozent aus Bauern bestehenden Slowenen in Betracht — durch zwei nationale Slowenen, zwei deutschfreundliche Slowenen und drei Deutsche (darunter zwei Abgeordnete der zu 30 und 56 Prozent slowenischen Bezirke Klagenfurt-Umgebung und Ferlach) vertreten.

Immerhin machten sich in den letzten Jahren vor dem Weltkriege die Wirkungen der südslawischen Agitation in Laibach auch in Kärnten bemerkbar. Es war dies hauptsächlich das Werk des Rechtsanwaltes Doktor Janko Brejc, eines geborenen Flitschers, der nach dem Umsturz 1918 Minister des Innern und im Jänner 1919 Landespräsident in Laibach wurde, und des „Mir“ und seiner geistlichen Mitarbeiter, vor allem des Schriftleiters Domvikar Franz Smodej, eines geborenen Untersteirers. „Mir“ vom 25. Mai 1912 bezeichnete es als Hauptaufgabe der politischen Führer der Kärntner Slowenen, daß sie alle ihre Kräfte in der allslowenischen Volkspartei betätigen, welche früher oder später auf eine allsüdslawische Politik im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie übergehen müsse. Als Nordgrenze des an Südslawien anzugliedernden Gebietes von Kärnten wurde die „Volksgrenze“ bezeichnet, welche nördlich von der Drau liege. Alle Slowenen südlich von dieser Grenze müßten ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung an den südslawischen Staat angeschlossen werden, schreibt „Mir“ vom 17. August 1912. Der Kroate Bjelovučič zog diese Grenze auf einer 1910 erschienenen Karte des zu gründenden südslawischen Staates über Hermagor, die Gegend von Kellerberg, dann nach der Drau bis Villach, das außerhalb der Grenze bleibt, hierauf über die Ossiacher Tauern bis in die Gegend des Ulrichsberges, dann südlich um Klagenfurt herum und weiter über die Gegend von Maria Saal und Ottmanach, von da über Diex und die Saualpe bis St. Andrä, endlich die Lavant abwärts bis zu ihrer Mündung und von dieser hinauf auf den Hühnerkogel.

Nebenher liefen Vorstöße gegen die utraquistische Schule und gegen den Sprachgebrauch bei Gericht. Im Jahre 1911 wurde die Hauptversammlung der „Slovenska Straža“ in Klagenfurt abgehalten. Bei dieser Gelegenheit verwies Dr. Brejc zum erstenmal auf das Zollfeld als das slowenische Mekka, zu dem alle Slowenen pilgern müßten. In Wirklichkeit ist das Zollfeld gerade eine Stätte der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit des Landes Kärnten. Dort erhebt sich die malerische Kirche von Maria Saal, von der aus Christentum und deutsche Kultur in das ganze Unterland ausstrahlten, dort steht heute noch der altehrwürdige Kärntner Herzogstuhl, auf dem die deutschen Herzoge die Huldigung der Kärntner entgegennahmen, dort stand einst die Pfalz Kaiser Arnulfs, die Karnburg, und fand beim Fürstenstein der feierliche Regierungsantritt der vom deutschen Könige mit Kärnten belehnten Herzoge statt.

Fortan waren das Zollfeld und die Fürsteinzeremonie zwei der wichtigsten slowenischnationalen Agitationsmittel, zumal 1914 gerade 500 Jahre seit dem letzten Regierungsantritte beim Fürstenstein verflossen waren. Mit ihrer Hilfe hoffte man vor allem die slowenischen Bauern aufzustacheln, indem man ihnen vortäuschte, daß ihre Vorfahren, die angeblich einst das Recht gehabt hätten, den Kärntner Herzog durch diese Zeremonie einzusetzen, von den Deutschen mit Blut und Eisen unterjocht und niedergehalten worden seien. Der Ausgangspunkt der Angriffe, die jetzt gegen Kärnten einsetzten, war auch diesmal Laibach.

Die Kärntner Bauern des gemischtsprachigen Gebietes sahen diesem Treiben nicht untätig zu. Am 19. April 1914 fand in Kühnsdorf bei Völkermarkt ein hauptsächlich von deutschfreundlichen slowenischen Bauern besuchter Kärntner Tag statt, der zu einer großartigen Kundgebung für die Einheit Kärntens und die Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens zwischen Deutschen und Slowenen in Kärnten wurde. Als Antwort darauf wurde von den slowenischnationalen Führern dies- und jenseits der Karawanken ein Tabor in St. Michael bei Bleiburg veranstaltet, auf dem auch Dr. Krek sprach. Im Juni 1914 wollten die Laibacher eine große „Wallfahrt“ nach Maria Saal, ins Zollfeld und nach Klagenfurt veranstalten, die augenscheinlich auch eine politische Demonstration sein sollte. Schon war ein Sonderzug vorbereitet. Die Nachricht von diesem Plane wurde in Kärnten mit Entrüstung aufgenommen. Deutsche und slowenische Bauern versammelten sich um den Herzogstuhl, um den fremden Eindringlingen den Zutritt zu verwehren. Im letzten Augenblicke wurde der Sonderzug von der Regierung verboten, weshalb die „Wallfahrt“ unterblieb.

So schlugen die Wogen der slowenischnationalen Bewegung knapp vor

Ausbruch des Weltkrieges von Laibach über die Karawanken herüber in das bisher verhältnismäßig so ruhige Kärnten. Träger der slowenisch-nationalen Bewegung in Kärnten waren neben Dr. Brejc, dem Abgeordneten Grafenauer und einigen wenigen Lehrern auch jetzt slawische Geistliche. Unter diesen waren über 50, das ist fast die Hälfte, landfremde Slowenen aus Krain und Untersteier und Tschechen. Auch diese Kreise legten nach außen hin eine kaisertreue Gesinnung an den Tag. Als die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgers nach Klagenfurt kam, war Dr. Brejc der erste, der beim Landespräsidenten erschien, um das tiefste Beileid und den Abscheu vor dem Mord auszusprechen, und als am 12. Juli 1914 unter dem Vorsitze Smodejs ein großer slowenischer Tabor in Sankt Jakob im Rosentale stattfand, wurde namens der Versammlung ein Beileids- und Huldigungstelegramm an den Kaiser abgesandt, das mit den Worten schloß: „Die Eiche und der Berg werden erschüttert, die Treue der Slowenen aber schwindet nicht."

IV. Die südslawische Bewegung während des Weltkrieges (1914–1918).

1. Der Londoner Ausschuß.

Als der Weltkrieg ausbrach, flüchteten sich die Führer der großserbischen Bewegung in Österreich in das Ausland. Am 1. Mai 1915 gründeten sie in Paris den südslawischen Ausschuß. Er hatte seinen Hauptsitz später in London und bestand aus 18 Mitgliedern. Vorsitzender war Rechtsanwalt Dr. Anton Trumbić, ehemals Bürgermeister in Spalato und Abgeordneter von Zara im österreichischen Abgeordnetenhause. Von den Mitgliedern waren nur drei Slowenen: Dr. Josef Jedlovski, Sekretär des slowenischen Vereines „Edinost" in Triest, der uns schon bekannte Dr. Bogumil Vošnjak aus Görz und Dr. Župančič aus Möttling in Krain, Kustos des ethnographischen Museums aus Belgrad, also serbischer Staatsbürger. Im Mai 1915 trat noch der Abgeordnete Dr. Gustav Gregorin aus Görz hinzu.

Das Ziel des Ausschusses war unter anderem die „Befreiung" der österreichischen Südslawen und die Vereinigung der „dreinamigen Nation" der Serben, Kroaten und Slowenen in Österreich unter serbischer Führung. Zu diesem Zwecke trat der Ausschuß, nachdem die serbische Nationalversammlung am 23. November 1914 erklärt hatte, daß Serbien für die

Befreiung und Einigung der gesamten Nation der Serben, Kroaten und Slowenen kämpfe,*) mit der serbischen Regierung in Verbindung. Anfang Mai 1915 überreichte er der französischen und englischen Regierung Denkschriften, die über das nationale Programm der Südslawen unterrichten sollten. Die Denkschriften beanspruchten für den südslawischen Staat auch Unterkärnten und Untersteier; denn die gemischtsprachigen Gegenden an der äußersten Peripherie seien Erscheinungen, welche auf den Kontakt mit den Nachbarrassen zurückzuführen seien, beziehungsweise künstliche Produkte einer feindlichen Politik ohne Bedeutung für den nationalen Charakter des Gebietes. Auch könnten die Slowenen ihrer Aufgabe als Alpenwacht des Adriatischen Meeres nur dann gerecht werden und sich nur dann dem drohenden Vordringen der Germanen gegen das Mittelländische Meer entgegenwerfen, wenn sie in den Besitz der Länder Kärnten und Steiermark kämen. Wir begegnen hier einem Gedankengange, der sich später immer wieder in der Laibacher Presse und in der slowenischnationalen Propagandaliteratur findet. Österreich wird da als Vorhut des Pangermanismus hingestellt und Kärnten, durch das der kürzeste Weg zur Adria führe, als erste Linie der Slowenen, die dem stärksten Ansturm ausgesetzt gewesen sei (L. Ehrlich, „La Carinthie"). Die „halbgermanisierten" Städte Villach, Klagenfurt und Marburg seien nur die Pfosten, die der gemeinsame Gegner — Deutschland — in die Erde getrieben habe. Diese Pfosten müßten wieder ausgerissen werden (Dr. Zbašnik im „Slovenski Narod" vom 10. März 1919).

Nach dem serbischen Zusammenbruche (Herbst 1916) beschlossen die Mitglieder der serbischen Regierung und die Vertreter des Londoner Ausschusses am 20. Juli 1917 die Erklärung von Korfu, wonach der zu gründende Staat der Serben, Kroaten und Slowenen ein freies und unabhängiges, konstitutionelles, demokratisches und parlamentarisch regiertes

---

*) Wie man sich die Nordgrenze des neuserbischen Reiches dachte, zeigt ein Kartenentwurf, den die österreichischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Belgrad im Dezember 1916 vorfanden und Prof. Oberhummer im Septemberheft 1920 der Petermannischen Mitteilungen veröffentlicht hat. Dieser Entwurf wurde bereits im September 1914 „gemäß der politischen Lage und den nationalen Bestrebungen" gezeichnet und begrenzt das neuserbische Reich im Norden durch eine Linie, die von Pontafel nach Villach und von Villach nach Osten längs der Drau bis Barcz unterhalb der Mündung der Mur in die Drau verläuft. Südwestkärnten, im Osten bis zur Linie Tarvis—Villach und im Norden bis zur Drau reichend, sollte an Italien fallen, der Rest bei Österreich bleiben. Kärnten sollte also nicht bloß geteilt, sondern sogar gedrittelt werden. Nach einem anderen Plane, den der russische Kadettenführer Miljukow in einem im Jahre 1916 veröffentlichten Buch über die russischen Kriegsziele mitteilt, sollte ganz Unterkärnten und ein Teil von Oberkärnten an den neuserbischen Staat fallen.

Königreich bilden und alle Länderteile umfassen sollte, in welchen die dreinamige Nation geschlossen und ohne Lücken wohne.

Diese Erklärung wurde veröffentlicht und den Regierungen der verbündeten Mächte mitgeteilt. Am Tage der Krönung Karls IV. zum König von Ungarn (18. Dezember 1916) veröffentlichten die Londoner „Times" eine Erklärung des südslawischen Ausschusses, daß das südslawische Volk vom Eide der Treue gegenüber der habsburgischen Monarchie entbunden und das Band mit der österreichischen Monarchie durchschnitten sei. Der Ausschuß protestierte darin weiters gegen jeden Versuch einer Umgestaltung der Monarchie, womit das südslawische Volk noch weiter in den Grenzen dieses Kaiserreiches zurückgehalten werden soll.*) Damit waren von Seite des südslawischen Ausschusses in London die entscheidenden Schritte zur Lossagung von der Monarchie getan.

Da die Engländer die Bestrebungen des südslawischen Ausschusses mit Mißtrauen aufnahmen, so bemühte sich der Ausschuß, die Sympathien der Engländer durch eine rege Propagandatätigkeit zu gewinnen. Zu diesem Zwecke gab er von Zeit zu Zeit ein „Boulletin Yougoslave" heraus und ließ er eine Anzahl von Flugschriften und Karten in mehreren Sprachen erscheinen. Bogumil Došnjak, auf literarischem Gebiete der fähigste Kopf des Ausschusses, ließ ein Buch nach dem anderen in englischer Sprache erscheinen. Eine seiner Schriften befaßt sich mit der Fürstensteinzeremonie bei Karnburg und sucht den Nachweis zu erbringen, daß das slowenische Volk, wenn es mit dem Herrscher nicht zufrieden sei, ein Recht zur Revolution habe.**)

Ein anderer Mittelpunkt der südslawischen Agitation war Genf. Hier entstand nach Kreks Tod (1917) eine südslawische Vereinigung „Johann Krek"***) und gab Dr. Lazare Marković ein Wochenblatt, „La Serbie", heraus, in welchem Fabiančič, der Anstifter der Studentenverschwörung von 1914, leidenschaftliche Artikel über das „ganz mit Blut befleckte" Kärnten erscheinen ließ (1917), den „Schauplatz zahlreicher Morde", die „alte jugoslawische Provinz", wo die Deutschen die Bäche mit slowenischem Blute gerötet hätten, wo man Schullehrer aus deutschen Ländern, sogar aus Preußen, herbeigeholt habe, um das Land zu germanisieren, wo vor und nach Ausbruch des Weltkrieges Hunderte slowenischer Lehrer und Beamten, Priester und Bauern in den Kerker geworfen und die slowenischen Nationalgüter eingezogen worden seien (!). Von diesem Kreise

*) Vgl. Brunngereuth, „Wie das Reich zerfiel", „Klagenfurter Zeitung" vom 28. Oktober 1920.

**) Vgl. die Besprechung von Dr. Jaksch in „Carinthia I", 1919, S. 93.

***) Oblak, „Koroška Slovenja", Ljubl. 1919, S. 19.

aus wurden auch die französischen Blätter in der Schweiz bedient. Auch Gabrys „Carte Ethnographique de L'Europe",*) auf der die Sprachgrenze in Kärnten über Spittal läuft, scheint von Genf aus beeinflußt worden zu sein. Wenn auch diese und ähnliche Veröffentlichungen schon an sich den Stempel der Erfindung tragen, so waren sie doch geeignet, im feindlichen und neutralen Auslande, wo man Kärnten kaum dem Namen nach kannte und vielfach nur allzu geneigt war, deutschfeindlichen Ausstreuungen zu glauben, Stimmung gegen Kärnten und für die Pläne der Südslawen zu machen, die die angeblich so hart und grausam behandelten Kärntner Slowenen „befreien" wollten.

In einer Erklärung vom 12. Februar 1919, abgedruckt im „Slovenec" vom 26. Februar 1919, behauptet der Londoner Ausschuß, Dr. Trumbić habe schon im Jahre 1914 bei einer Zusammenkunft der „südslawischen nationalen" Abgeordneten das formelle Mandat erhalten, das südslawische Volk in den Staaten der Verbündeten zu vertreten. Er berief sich auch auf „verschiedene Erklärungen der südslawischen nationalen Vertreter und auf die Kundgebungen des öffentlichen Fühlens des südslawischen Volkes in Österreich-Ungarn" und gab sich den Anschein eines bevollmächtigten Vertreters der österreichischen Südslawen.

2. Verhalten der Slowenen und Kroaten und ihrer gesetzlichen Vertreter.

Die Ziele der überwiegenden Mehrheit der südslawischen Abgeordneten waren jedoch ganz andere als die des Londoner Ausschusses und sind in der Erklärung niedergelegt, welche die 32 Abgeordneten des südslawischen Klubs im österreichischen Abgeordnetenhause am 30. Mai 1917 abgaben. Diese für die weitere Entwicklung der südslawischen Frage grundlegende „Mai-Deklaration" betont neben den nationalpolitischen Forderungen die Treue zur Dynastie und lautet:

„Die gefertigten, im südslawischen Klub vereinigten Abgeordneten erklären, daß sie auf Grund des nationalen Prinzips und des kroatischen Staatsrechtes die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Zepter der habsburgisch-lothringischen Dynastie fordern und daß sie für die Verwirklichung dieser Forderung ihrer einheitlichen Nation mit allen Kräften einstehen werden. Mit diesem Vorbehalte werden die Gefertigten an den Arbeiten des Parlamentes teilnehmen."

---

*) Vgl. „Carinthia I", 1919, S. 86.

Dieser Erklärung schlossen sich insbesondere auch die nationalen Slowenen an. Mit Entrüstung und Verachtung wiesen sie die Bestrebungen des Londoner Ausschusses zurück. In Laibach nahmen die Landesvertreter beider Parteien, der allslowenischen Volkspartei sowohl als auch der slowenischliberalen, die Mai-Deklaration an. Die slowenischen Reichsratsabgeordneten Dr. Korošec, Dr. Krek, Pogačnik, Roškar, Doktor Rybar, Verstovšek legten im Abgeordnetenhause wiederholt Bekenntnisse zur habsburgischen Monarchie ab. Dr. Zolger, derselbe, der 1919 als südslawischer Delegierter nach Paris geschickt wurde, gehörte von August 1917 bis Mai 1918 als Vertreter der Südslawen dem Ministerium Seidler an.

Aus dem Briefe Lansings von Anfang Februar 1919 (abgedruckt im „Corriere della Sera" vom 9. Februar 1919 und „Le Temps" vom selben Tage), in dem er Dr. Trumbić mitteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Vereinigung der Südslawen, welche unter österreichisch-ungarischer Herrschaft standen, mit dem Königreiche Serbien anerkenne, wissen wir, daß diese Regierung am 29. Mai 1918 ihre Sympathien für die nationalen Bestrebungen der südslawischen Rasse zum Ausdrucke gebracht und am 28. Juli 1918 erklärt hat, daß alle slawischen Stämme vollkommen von der Herrschaft der Deutschen und Österreicher befreit sein müssen. Damit sollten offenbar die Bestrebungen der serbenfreundlichen Südslawen gestärkt und diese in ihrer Arbeit gegen Österreich gefördert werden. Erst vom August 1918 an scheinen die österreichfeindlichen Kreise im geheimen die Oberhand bekommen zu haben.

Die Erklärung des südslawischen Klubs vom 30. Mai 1917, deren Verwirklichung zu einer Teilung Kärntens geführt hätte, zwang auch die Bevölkerung dieses Landes, dazu Stellung zu nehmen.

Entschiedene Anhänger der Mai-Deklaration waren in Kärnten hauptsächlich slowenische Geistliche. Ebenso entschieden, wenigstens nach außen hin, war aber auch ihre Ablehnung des großserbischen Gedankens.*) Am 26. April 1918 ließen 104 slowenischnationale Geistliche in Kärnten im „Mir" eine feierliche Zustimmungserklärung zur Mai-Deklaration erscheinen. Sie verlangten insbesondere die Lösung des Kärntner Problems im Sinne der südslawischen Deklaration, betonten aber nachdrücklich, daß

*) Pfarrer Dolinar von St. Margareten am Töllerberg hat später die geheimen Gedanken, die einzelne slowenische Geistliche schon damals gehegt haben mögen, verallgemeinert, indem er im „Slovenec" vom 21. Jänner 1920 schrieb: „Die slowenischen Geistlichen in Kärnten waren schon 1914 und noch früher im klaren. Ich kenne auch nicht einen slowenischen Geistlichen, der mit den Serben nicht sympathisiert hätte, wenn auch nur im Herzen."

der neue südslawische Staat im Rahmen der Monarchie unter dem Zepter der habsburgisch-lothringischen Dynastie bleiben solle. Sie gaben diese Zustimmungserklärung als eine „entschiedene Verwahrung gegen alle äußeren Feinde, welche die Südslawen von Österreich abtrennen wollen“, ab, wünschten ein großes, mächtiges Österreich, welches gleichzeitig eine mächtige Stütze der katholischen Kirche sein soll, wiesen auf die von den Südslawen gezeigte, von niemandem übertroffene Opferfreudigkeit für das Reich und für den Kaiser hin und verwahrten sich auf das entschiedenste gegen jede Verdächtigung der Aufrichtigkeit ihres Patriotismus, als ob der von ihnen ersehnte südslawische Staat gegen Österreich gerichtet sei.

Im Frühjahre 1918 wurde von den südslawisch gesinnten slowenischen Geistlichen eine Sammlung von Unterschriften zugunsten der südslawischen Erklärung eingeleitet. Hiebei bedienten sie sich fast ausnahmslos der ganz unter ihrem Einflusse stehenden Mitglieder der Jungfrauen- und Marienvereine, denen sie einzureden suchten, daß es sich um ein gottgefälliges Werk und eine religiöse Pflicht handle. Nicht bloß Erwachsene und Schulkinder wurden zur Unterschrift aufgefordert,, sondern es wurden auch die Namen noch nicht schulpflichtiger Kinder aufgeschrieben. Nach amtlichen Berichten wurden die Unterschriften in vielen Fällen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erworben, indem man als Zweck der Sammlung die Herbeiführung eines baldigen Friedens, die Aufhebung des Ablieferungszwanges, die Gründung eines neuen Vereines und dergleichen hinstellte Trotzdem wurden nach Lambert Ehrlich („La Carinthie“) bei 80.000 Bewohnern mit slowenischer Umgangssprache nur 19.000 Unterschriften aufgebracht. Die Regierung hatte die Sammlung der Unterschriften zugelassen, da immer wieder die kaisertreue Gesinnung und der patriotische Zweck hervorgehoben wurden.

Auf deutscher Seite verfolgte man die südslawischen Umtriebe mit großer Unruhe. Man sah darin nicht bloß eine Bewegung gegen die bestehende Verfassung, sondern auch gegen den Staat. Allenthalben wurden die südslawischen Bestrebungen nach einer Zerreißung Kärntens aufs schärfste verurteilt. Vom deutschen Volksrate für Kärnten aufgefordert, sich über die Mai-Deklaration zu äußern, haben von den 263 Gemeinden Kärntens 239, darunter 35 gemischtsprachige, durch ihre gewählten Gemeindeausschüsse gegen sie Einsprache erhoben. Nur neun slowenische Gemeinden haben sich ihr angeschlossen; 15 haben keinen Beschluß gefaßt. Auch der deutsche Priesterbund nahm in einer zahlreich besuchten Versammlung entschieden Stellung gegen die auf die Errichtung eines südslawischen Staates hinzielenden Bestrebungen. Am 20. Mai 1918 erklärten

die im Wappensaale des Landhauses in Klagenfurt versammelten Vertreter fast aller Gemeinden Kärntens in Gegenwart und mit Zustimmung der kärntnerischen Mitglieder des österreichischen Reichsrates und des Kärntner Landtages, unverbrüchlich festzuhalten an der Einheit und Unteilbarkeit des Landes. Ein slowenischer Abgeordneter und Bürgermeister brachte hiebei die Ansicht der Kärntner Slowenen kurz und bündig mit dem Satze zum Ausdruck: „Wir Slowenen sind Kärntner und wollen Kärntner bleiben!" Vier Tage später erschienen unter Führung des Landeshauptmannes Leopold Freiherrn v. Aichelburg zwanzig angesehene Männer aus verschiedenen Teilen des Landes, darunter sieben Slowenen, bei Kaiser Karl, um gegen die geplante Teilung Kärntens Verwahrung einzulegen.

Vom Ende des Weltkrieges bis zum Beginne der Friedensverhandlungen

(Oktober 1918 bis 22. Februar 1919).

I. Gründung des serbisch-kroatisch-slowenischen Königreiches (SHS) und der Republik Österreich.

Nach der erfolglosen Offensive an der Piave und den Mißerfolgen auf dem deutschen Kriegsschauplatz im Juli und August 1918 schien sich das Geschick der Mittelmächte in Bälde erfüllen zu wollen. Die staatsfeindlichen Führer der slawischen Völker in Österreich hielten daher die Zeit für gekommen, die letzten Schritte zum Abfalle zu tun. In der ersten Hälfte des August berichteten die Blätter, Ministerpräsident Hussarek plane die Umwandlung Österreichs in eine Konföderation nationaler Staaten. Der Prager „Cech" vom 15. August brachte dazu die Meldung, daß auch südslawische Politiker für eine solche Staatsform eintreten. Für den 17. August wurde eine Tagung von tschechischen, polnischen und südslawischen Abgeordneten nach Laibach einberufen, um, wie es scheint, die südslawischen Abgeordneten oder wenigstens einen Teil von ihnen für den Abfall von Österreich zu gewinnen. Die offizielle Mitteilung über die Verhandlungen besagte, die Konferenz habe sich mit allen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen beschäftigt, welche die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der beteiligten Völker betreffen, sowie auch mit der Frage, wie die Verhältnisse dieser Völker untereinander und zu anderen Staaten geregelt werden sollen; hiebei sei sowohl hinsichtlich der Grundsätze als auch der taktischen Fragen zur Erreichung des Endzieles vollständige Übereinstimmung erzielt worden.

Nunmehr schritten die südslawischen Abgeordneten zur Gründung von Organisationen, welche beim erwarteten Zusammenbruche der Monarchie das ins Auge gefaßte nationale Ziel verwirklichen sollten. Noch am 18. August wurde der slowenische Volksrat (Narodni Svet) in Laibach ins Leben gerufen. Er bestand aus 40 Mitgliedern und hatte die Aufgabe, alle auf slowenischem Boden zur Begründung des südslawischen Staates notwendigen Arbeiten durchzuführen. Sein Vorsitzender war der Reichsratsabgeordnete Dr. Korošec. Nach der Gründung des Laibacher Volksrates wurden Provinzialvolksräte für Steiermark, Kärnten, Triest, Görz und Istrien aufgestellt. Am 6. Oktober trat die Nationalversammlung der Slowenen, Kroaten und Serben in Agram zusammen, die sich fortan bis zum 1. Dezember als oberste Vertretung der innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden Südslawen betrachtete.

Nachdem Österreich-Ungarn durch das Friedensangebot vom 4. Oktober 1918 an den Präsidenten Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker offiziell anerkannt und das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober eine bundesstaatliche Ausgestaltung Österreichs unter Mitwirkung der Nationalräte der Völker in Aussicht gestellt hatte, erklärte die südslawische Nationalversammlung auf Grund der in der Sitzung vom 17. bis 19. Oktober gefaßten Beschlüsse, daß sie nunmehr die Leitung der nationalen Politik der Südslawen in die Hand nehme. Zugleich stellte sie als grundlegende Forderung für die Lösung der nationalen Frage den Satz auf: „Vereinigung des gesamten Volkes der Slowenen, Kroaten und Serben auf dessen gesamtem ethnographischen Territorium ohne irgendwelche Rücksicht auf provinziale und staatliche Grenzen in einem einheitlichen, vollkommen souveränen, auf den Grundsätzen der politischen und ökonomischen Demokratie eingerichteten Staate." Der im kaiserlichen Manifest enthaltene Plan wurde abgelehnt.

Am 30. Oktober erklärte der Volksrat in Laibach, daß er mit diesem Tage die Regierungsgewalt über alle von Slowenen bewohnten Gebiete übernehme. Am gleichen Tage forderte er die Bevölkerung auf, Ortsausschüsse und Nationalgarden zu bilden. Tags darauf wurde die „Nationalregierung" in Laibach auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Parteien und im Einverständnisse mit der Nationalversammlung in Agram aufgestellt. An ihrer Spitze stand Josef Pogačnik, Minister des Innern wurde Dr. Brejc, Justizminister Dr. W. Ravnikar, Unterrichtsminister Dr. Verstovšek.

In den nächsten Wochen gab es erbitterte Kämpfe zwischen der allslowenischen Volkspartei und den Demokraten, der früheren slowenisch-nationalen Fortschrittspartei. Während nämlich die allslowenische Volkspartei ebenso wie die Kroaten eine föderative Republik anstrebte, deren Mittelpunkt Agram sein sollte, traten die Demokraten für eine Monarchie unter der Dynastie Karageorgjević ein. Schließlich beschloß die Nationalversammlung in Agram am 24. November in Gegenwart eines französischen Generals, bis zum Zusammentritte der konstituierenden Nationalversammlung dem serbischen Kronprinzen Alexander die Regentschaft zu übertragen. Entscheidend war dabei der Gedanke, daß die Serben auf keinen Fall für eine Republik zu haben sein würden und nur die Vereinigung mit Serbien ein kraftvolles Auftreten gegen Italien ermögliche.

Am 1. Dezember proklamierte ein Sonderausschuß der Agramer Nationalversammlung in einer feierlichen Adresse an den Kronprinzen Alexander die Vereinigung des Gesamtvolkes der Slowenen, Kroaten und Serben in einem einheitlichen Staat unter der Herrschaft König Peters,

beziehungsweise des Kronprinzen Alexander. Am 20. Dezember wurde ein Ministerium gebildet. Stojan Protić wurde Vorsitzender, Dr. Korošec sein Stellvertreter, Dr. Trumbić Minister des Äußern. Mitte Jänner wurde Dr. Brejc zum Landespräsidenten von Slowenien ernannt. Bei Beginn der Friedensverhandlungen mit Österreich im Mai 1919 war der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen bereits anerkannt. Mittlerweile hatte sich auch die Gründung der Republik Deutschösterreich vollzogen.

Die schweren Schicksalsschläge des Oktobers 1918 trafen die Deutschen in Österreich gänzlich unvorbereitet. Die österreichische Regierung ging ihre eigenen Wege. Unmittelbar vor der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes vom 16. Oktober teilte Ministerpräsident Hussarek den Parteiführern mit, daß die bevorstehende Proklamation die Bildung von vier Nationalstaaten in Aussicht stelle, eines deutschösterreichischen, eines tschecho-slowakischen, eines südslawischen und eines ruthenischen. Allein dieser Plan wurde sowohl von den Deutschen als auch von den Slawen abgelehnt. Die deutschen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses erklärten sich am 21. Oktober im Wiener Landhaus als vorläufige Nationalversammlung des deutschösterreichischen Volkes und beschlossen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, Deutschösterreich als selbständigen Staat zu errichten. Am 12. November rief die Nationalversammlung Deutschösterreich als demokratische Republik aus. Ende Dezember erging eine ausführliche Denkschrift über die internationale, politische und wirtschaftliche Stellung Deutschösterreichs an die Vereinigten Staaten, die Ententemächte und die neutralen Staaten. Aber erst am 29. Mai 1919 wurde der neue Staat durch die Friedenskonferenz unter dem Namen „Republik Österreich“ anerkannt.

Auch Kärnten sprach sich gegen die im kaiserlichen Manifest vom 16. Oktober in Aussicht genommene Neuordnung des österreichischen Staates aus. Am 26. Oktober erklärte der Landesausschuß in seiner letzten Sitzung Kärnten für unteilbar, da die Slowenen in Kärnten, mit Ausnahme von Seeland, nicht in geschlossenen Siedlungen lebten und das Land im Süden durch die Gebirgskämme seine natürliche Grenze finde. Noch am Abend desselben Tages versammelten sich die Vertreter des Landesausschusses und sämtlicher politischen Parteien des Landes im kleinen Wappensaale des Landhauses zu Klagenfurt, erklärten sich bis zum Zusammentritte der Landesversammlung als provisorische Landesvertretung und wählten aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß mit dem Handelskammerpräsidenten Max Ritter v. Burger, dem Obmanne des Deutschen Volksrates für Kärnten, als Vorsitzenden. Zugleich wurde

folgende Kundgebung an die deutsche Nationalversammlung in Wien beschlossen:

„Die provisorische Landesversammlung lehnt die Schaffung eines Bundesstaates, der den Keim des Verfalles in sich tragen würde, ab und spricht sich für die Bildung eines freien und unabhängigen Staates (Ostmark) aus, welcher über seine Verfassung, Regierungsform und Vertretung nach außen aus eigener Machtvollkommenheit durch Beschlüsse der aus Vertretern der nationalpolitischen und wirtschaftlichen Organisationen und aus dem Frontdienste zurückgekehrten Vaterlandsverteidiger ergänzten Nationalversammlung verfügt und durch seine ehemöglichst zu bildende Regierung seine Abgrenzung und seine Beziehungen zu den übrigen Staaten regelt."

Der Vollzugsausschuß führte die Geschäfte bis zum 11. November. An diesem Tage hielt der alte Landtag seine letzte Sitzung ab und trat unmittelbar darauf die vorläufige Landesversammlung von Kärnten zusammen, die bis zum Juni 1921 tagte. Sie war nach dem Schlüssel der letzten Reichsrats- und Landtagswahlen von 1911 zusammengesetzt und bestand demgemäß aus 27 Deutschfreiheitlichen (5 Alldeutschen, 14 Bauernbündlern, darunter mehreren deutschfreundlichen Slowenen, ferner 2 Vertretern des Verbandes „Deutsche Einheit" in Villach und 6 Vertretern des Deutschen Volksvereines), 11 christlichsozialen und 18 sozialdemokratischen Abgeordneten, endlich aus je einem Vertreter der Offiziere und Mannschaften der Kärntner Truppen. Die nationalen Slowenen hatten eine Beteiligung abgelehnt.

Gemäß der von der Landesversammlung beschlossenen neuen Landesverfassung wurde ein zehngliedriger Landesausschuß, später Landesrat genannt, und von diesem die neue Landesregierung gewählt. Diese bestand aus dem Landesverweser Dr. Artur Lemisch und dessen zwei Stellvertretern, August Neutzler und Dr. Gustav Franck, und übernahm am 14. November die Verwaltung des Landes vom bisherigen k. k. Landespräsidenten Dr. Karl Graf Lodron. Die neue Landesregierung war zugleich das Präsidium des Landesausschusses.

II. Die Kärntner Grenzfrage.

1. Ziele der Südslawen.

Präsident Wilson erklärte in seiner am 18. Oktober 1918 erteilten Antwort auf das österreichische Friedensangebot, die amerikanische Re-

gierung habe in weitestgehender Weise die Gerechtigkeit der nationalen Freiheitsbestrebungen der Südslawen anerkannt; er sei daher nicht mehr in der Lage, die bloße Autonomie dieser Völker als Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern sei gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seite der österreichisch-ungarischen Regierung die Aspirationen und die Auffassung der Völker von ihren Rechten und von ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen werde. Graf Andrassy, der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, stimmte namens seiner Regierung der Auffassung Wilsons über die Rechte der Völker Österreich-Ungarns, insbesondere auch jener der Südslawen, bedingungslos zu und ließ damit den nationalen Bestrebungen der slawischen Völker der Monarchie freien Lauf.

Wenn auch der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung in seiner am 30. Oktober an Wilson gerichteten Note erklärte, daß niemand berechtigt sei, im Namen Deutschösterreichs über den Frieden zu verhandeln und Frieden zu schließen, als die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsgewalt, so hatten die Erklärung Wilsons, die schwächliche Haltung der anscheinend zu jedem Zugeständnisse bereiten österreichisch-ungarischen Regierung und die Verwirrung, die damals in Österreich herrschte, doch zur Folge, daß die Südslawen nunmehr ihre Grenzforderungen gegen Österreich so weit als möglich stellten.

Schon am 19. Oktober 1918 hatte der gerade gegründete slowenische Nationalrat für Kärnten, in dem zwei Nichtkärntner, Franz Smodej und Dr. Johann Brejc, das entscheidende Wort führten, beschlossen, in Bezug auf Kärnten folgende drei Forderungen zu stellen: 1. als Maximalforderung das ganze Land, 2. die sogenannte wirtschaftliche Grenze und 3. als Minimalforderung die Sprachengrenze („Jugoslavija“ vom 18. Februar 1919). Die Maximalforderung wurde vom „Slovenec“ Ende Oktober eingehend begründet. „Slovenec“ zeigt, daß ganz Kärnten eine Einheit ist, welche zu teilen unnatürlich wäre; Kärnten dürfe daher, folgert er weiter, nicht geteilt, sondern müsse in seiner Gänze an das südslawische Reich angegliedert werden, einerseits wegen der slowenischen Vergangenheit des Landes und als Entschädigung für die Verluste, welche die Slowenen im Laufe der Jahrhunderte erlitten hätten, und anderseits, weil Südslawien natürliche Grenzen haben müsse. Da nun die Drau nicht Grenze sein könne und die Karawanken noch weniger, so müßten es die Hohen Tauern werden. Übrigens sei es auch die Meinung des verewigten Krek gewesen, daß Kärnten südslawisch sein müsse, und habe gerade Krek

die Unteilbarkeit Kärntens aus natürlichen Ursachen begründet. Dieses Vermächtnis Kreks müsse aufgenommen und durchgeführt werden.

So richtig die Ausführungen des „Slovenec" über die Unteilbarkeit Kärntens auch waren, so sah man in den führenden südslawischen Kreisen doch ein, daß derlei maßlose Forderungen nicht durchzusetzen wären. Die Ansprüche auf ganz Kärnten wurden daher bald fallen gelassen. Nun galt es aber eine Teilungslinie zu suchen.

Dem nationalen Prinzip hätte es bei oberflächlicher Betrachtung am besten entsprochen, als künftige Staatsgrenze die Sprachgrenze zu verlangen. Allein ein Blick auf die Sprachenkarte zeigte, daß eine so vielfach gewundene, an vielen Stellen ohne jeden natürlichen Anhaltspunkt verlaufende Linie als Staatsgrenze undenkbar war. Die slowenischnationalen Politiker mußten daher eine andere Linie ausfindig machen. Das war jedoch eine schwierige Aufgabe. Durch Monate hindurch bemühte man sich auf slowenischnationaler Seite dies- und jenseits der Karawanken, eine befriedigende Grenze zu finden. Im ganzen tauchten etwa neun verschiedene Grenzvorschläge auf. Gerade dieses krampfhafte Suchen nach einer geeigneten Grenzlinie ist ein schlagender Beweis, daß eine Teilung Kärntens geographisch und wirtschaftlich unmöglich ist. Um den Willen der Bevölkerung hat man sich in diesen Kreisen überhaupt nicht gekümmert.

Domvikar Smodej forderte in den Verhandlungen im November 1918 als Nordgrenze Südslawiens die sogenannte „lebendige ethnische" Grenze, die er von Unterdrauburg über Griffen, Brückl, Maria Saal, dann im Süden um Klagenfurt herum, über den Wörthersee nach Moosburg, hierauf über St. Martin am Techelsberg, südlich um Villach herum und schließlich das Gailtal aufwärts bis Hermagor und von dort bis zur Südgrenze gegen Italien zog. Die Städte Klagenfurt und Villach betrachtete Smodej als strittige Gebiete. Das Gebiet südlich der genannten Grenzlinie aber nahm er als „zweifellos südslawisch" in Anspruch.

In den Laibacher Verhandlungen (9. bis 12. Dezember 1918) verlangte Dr. B r e j c alle jene Gebiete von Kärnten, in denen Slowenen wohnen, für Südslawien. Dabei stellte er den Grundsatz auf, daß der Slowene Slowene bleibe, auch wenn er deutschfreundlich sei und sich nicht als Slowene bekenne, ja selbst dann, wenn er nicht einmal slowenisch sprechen könne, aber slowenisches Blut in den Adern habe.

Da man wohl wußte, daß Südkärnten ohne Klagenfurt und Villach nicht lebensfähig sei, so ging man sehr bald über die von Smodej angegebene „ethnische" Linie hinaus und verlangte auch Klagenfurt und Villach für Südslawien. So bezeichnete Dr. T r i l l e r als Vertreter der Nationalregierung in den Laibacher Verhandlungen den Besitz von Klagenfurt und

Villach als conditio sine qua non für den südslawischen Staat und erklärte Dr. Brejc am 15. Jänner 1919 als Landespräsident von Slowenien in einer Äußerung gegenüber einem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse", daß Kärnten wirtschaftlich so zusammenhänge, daß eine Trennung schwierig sei, daß aber eben deshalb die den Südslawen zukommenden Gebietsteile so gestaltet werden müßten, daß sie lebensfähig seien. Die Südslawen müßten daher die Nordlinie mit einigen überwiegend deutschen Städten wie Klagenfurt und Villach haben („N. Fr. Pr.", 16. Jänner 1919, Nr. 19.538).

Nach langem Hin und Her einigten sich die Laibacher Politiker auf die sogenannte wirtschaftliche Linie, die von der alten österreichisch-italienischen Grenze bei Pontafel nach Norden verläuft, dann östlich von Hermagor, nördlich von Villach und nördlich vom Zollfelde (somit auch nördlich von Klagenfurt), hierauf längs der Nordgrenze des politischen Bezirkes Völkermarkt mit Ausnahme der Gemeinde Pustritz und längs der Nordgrenze der Gemeinden Lavamünd und Kienberg zum Hühnerkogel nordwestlich von Unterdrauburg. Diese Linie war im großen und ganzen schon von Lubor Niederle, Professor der Archäologie und Ethnographie an der tschechischen Universität in Prag, in einem 1910 mit Unterstützung der Petersburger Akademie der Wissenschaften herausgegebenen und später ins Tschechische und Französische übersetzten Werk über das Slawentum fälschlich als ethnographische Grenze zwischen Deutschen und Slowenen bezeichnet worden.*) Das beanspruchte Gebiet zählt rund 3240 Quadratkilometer (über ein Drittel von Kärnten), 114.000 Deutsche und 80.000 Slowenen, zusammen also 194.000 Einwohner, das ist mehr als die Hälfte der gesamten Bewohner Kärntens.

Wären diese Ansprüche durchgedrungen, so wäre die Verbindung zwischen Wien und Italien durch einen schmalen südslawischen Streifen Landes bei Arnoldstein unterbrochen worden. Österreich hätte ein agrarisch sehr leistungsfähiges Gebiet **) verloren, Kärnten aber wäre dem wirt-

*) Niederles ethnographische Grenze fand auch in ein von der geographischen Gesellschaft in New York 1917 herausgegebenes Buch Leon Dominians „The Frontiers of Language and Nationality in Europe" Eingang. Auf einer Kartenskizze bei Dominian erscheint der Irrtum noch vergrößert, indem der Fluß Gurk mit dem Orte Gurk verwechselt und die Sprachgrenze daher von der Gegend von Moosburg nach Norden bis zum Markte Gurk und von da nach Diex an der Saualpe gezogen wird, so daß also die ganze rein deutsche Gegend von St. Veit dem slowenischen Sprachgebiete zugeteilt erscheint.

**) Die nachmalige Zone I, die 18·6% der gesamten steuerpflichtigen Fläche von Kärnten umfaßt, hat allein 36.338 Hektar Ackerland, d. i. 26·7% des Ackerlandes von ganz Kärnten, ferner 19.800 Hektar Wiesen, 17.800 Hektar Hut- und Alpenweiden

schaftlichen Ruin preisgegeben und zerstückelt worden. Denn die Täler der Gail, der oberen Drau, der Glan, der oberen und mittleren Gurk und der Görtschitz wären vor oder unmittelbar nach ihrer Einmündung in das Klagenfurter Becken durch die neue Staatsgrenze geschnitten und der Verkehrszusammenhang zwischen ihnen unterbunden worden. Der bei Österreich verbleibende Rest von Kärnten wäre also in mehrere voneinander durch die natürliche Bodengestaltung getrennte Stücke zerfallen. Schon die bloße Angliederung des Klagenfurter Beckens ohne Gailtal und Villach an Südslawien hätte aus Kärnten zwei lebensunfähige Gebiete geschaffen; denn die beiden Teile hängen wirtschaftlich so innig miteinander zusammen und ergänzen sich gegenseitig so, daß der eine Teil ohne den anderen nicht leben kann. Die Abtrennung Südkärntens hätte dessen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhang mit dem Norden aufgehoben. Was das bedeutet, kann man beiläufig ermessen, wenn man bedenkt, daß auf dem Bahnhofe von Klagenfurt im Jahre 1913 von 14.000 Eisenbahnwagenladungen 11.600 von Norden und Westen her und bloß 1530 aus südslawischen Ländern anrollten und daß über 20.000 in den beiden Abstimmungszonen I und II heimatberechtigte Personen außerhalb dieser beiden Zonen im übrigen Kärnten und in den deutschösterreichischen Ländern leben, die bei Verlust des Klagenfurter Beckens alle heimatlos geworden wären. Endlich hätte der Verlust des Bezirkes Völkermarkt die Verbindung zwischen dem Lavanttal und dem übrigen Kärnten aufgehoben.

Da sich die südslawischen Grenzforderungen auch auf rein deutsche Gebiete erstreckten und die slowenischnationalen Führer wohl wußten, daß sich bei einer Volksabstimmung in Kärnten nicht einmal bei den Slowenen eine Mehrheit für den Anschluß an Südslawien finden würde, so lehnten sie eine Volksabstimmung von vornherein ab.

Zur Begründung ihrer weitgehenden Forderungen verwiesen die slowenischnationalen Politiker auf die frühmittelalterliche slowenische Besiedlung des Landes und stellten hiebei die haltlosesten Behauptungen auf. „Mir" vom 14. November 1918 behauptete zum Beispiel, die Kärntner Slowenen seien im Mittelalter durch das Schwert, in den letzten 60 Jahren aber durch Schule und Amt, durch Militär, Gendarmerie und Kerker germanisiert worden. Weil also ein großer Teil Kärntens, so folgerte Dr. Oblak im „Slovenec" vom 15. November 1918 weiter, meist gewalttätig dem slowenischen Volk entfremdet worden sei und aus der gewalttätigen Entfremdung niemals ein Rechtsanspruch auf einen ungerecht erworbenen Besitz entstehen könne, so gehöre eigentlich ganz Kärnten bis

und 88.200 Hektar Wald. Dazu kommt die blühende Industrie in Ferlach und Feistritz im Rosentale.

zu den Hohen Tauern den Slowenen; wenn sich die Slowenen mit weniger begnügten, so sei das ein unverdientes Geschenk an die Deutschen. Villach und Klagenfurt wurden trotz ihrer unzweifelhaft rein deutschen Vergangenheit und trotz ihres gegenwärtigen rein deutschen Charakters als halbslowenische Städte hingestellt. In Villach und Klagenfurt, so schrieb „Mir" am 6. Dezember 1918, sei die Mehrzahl der Kaufleute und Gewerbetreibenden und auch der anderen Bürger aus slowenischen Orten eingewandert; Klagenfurt habe daher ein deutsches Gesicht und slowenisches Blut, weshalb es keine Schwierigkeiten machen werde, daß sich auch die sogenannten Deutschen an ihre richtige Muttersprache erinnern werden. Dr. Oblak bezeichnete im „Slovenec" vom 2. Dezember 1918 das Deutschtum in Villach und Klagenfurt als ein Kartenhäuschen, das beim ersten Windhauch zusammenfallen werde. Klagenfurt sei zu zwei Dritteln slowenisch; nur eine deutsche Clique stehe an der Spitze. Ähnliche Übertreibungen und Fälschungen finden sich auch in offiziellen südslawischen Darstellungen. (Vgl. weiter unten, S. 89 f.)

Die Grundlosigkeit dieser Behauptungen ergibt sich schon aus dem, was oben, S. 7—9, über die deutsche Besiedlung und die gegenwärtigen sprachlichen Verhältnisse Kärntens gesagt wurde. Was Klagenfurt betrifft, so läßt sich an der Hand der Volkszählungen nachweisen, daß die Einwanderung aus slowenischen Gebieten sehr gering ist. Nach der Volkszählung von 1910 zum Beispiel stammten 62% der Bewohner der Stadt aus Klagenfurt selbst oder anderen rein deutschen Gebieten, der Rest hauptsächlich aus den überwiegend deutschen Bezirken Hermagor, Villach und Klagenfurt-Land und nur zum geringen Teil aus dem Bezirke Völkermarkt, dessen Bewohner selbst wieder zu 37% deutsch sind, und aus den Karstländern.

Das Ergebnis dieser zum Teile bewußt falschen Propaganda im In- und Auslande war, daß nicht nur das Ausland, wenigstens für die nächste Zeit, sondern auch die Krainer Bevölkerung über die wahren Verhältnisse in Kärnten und besonders in Klagenfurt getäuscht wurde. Als im Juni 1919 nach der Besetzung Klagenfurts durch die Südslawen französische Offiziere in der Stadt erschienen, waren sie nicht wenig erstaunt, eine rein deutsche Stadt an Stelle der vermeintlich slowenischen zu finden, und als zur selben Zeit ein Berichterstatter des „Naprej" nach Klagenfurt kam, mußte er nach Laibach berichten: „Ich lief in Klagenfurt von frühmorgens bis zum späten Abend umher, durchstöberte dieses freundliche Städtchen von einem Ende bis zum andern, aber die Eindrücke, die ich als Slowene empfangen habe, waren sehr niederdrückend. Wohin sind die Anzeichen des slowenischen Klagenfurt geschwunden? Wohin verkroch sich jener unterdrückte Rajah, welcher angeblich den Tag der Befreiung kaum erwarten konnte?" („Na-

prej“ vom 28. Juni 1919.) Glücklicherweise fanden sich Mittel und Wege, um noch zur rechten Zeit die Wahrheit über Kärnten verbreiten zu können.

2. Der Standpunkt der Kärntner.

Während die Laibacher Politiker und ihr Kärntner Anhang die gemischtsprachigen Gebiete von Kärnten ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung unter südslawische Herrschaft zwingen wollten, forderten die Kärntner Landesvertretung und die deutsche Bevölkerung Kärntens ohne Unterschied der Partei, weit entfernt, auf die slowenischen Landsleute irgendeinen Zwang ausüben zu wollen, für die bedrohten Landesteile von Anfang an das volle, freie Selbstbestimmungsrecht.

Wohl hatte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des gemischtsprachigen Gebietes die Lostrennung von Kärnten wiederholt klar und deutlich abgelehnt. Allein bisher hatte es sich nur um die Eingliederung in ein neues Verwaltungsgebiet desselben Staates gehandelt. Nunmehr aber sollte Südkärnten nach dem Wunsche der Südslawen an einen neuen, auf nationaler Grundlage aufgebauten Staat angeschlossen werden. Es war daher nur billig, daß den rund 80.000 Slowenen und den zahlreichen deutschen Bewohnern des gemischtsprachigen Kärnten Gelegenheit geboten werde, auch zur neuen Form der Frage Stellung zu nehmen und selbst über ihre künftige staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden.

Zu den geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Gründen, welche für die Zuerkennung einer Volksabstimmung an die gemischtsprachigen Gebiete Kärntens geltend gemacht werden konnten, kamen noch die Erklärungen Wilsons vom 12. Februar 1918 und 4. Juli 1918. Im Punkte 3 der Erklärung an den Kongreß vom 12. Februar hatte Wilson nämlich verlangt, „daß jede Lösung einer durch den Krieg aufgeworfenen Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden müsse“, und im Punkte 2 seiner Rede vom 4. Juli 1918 hatte er als Ziel, das erreicht werden müsse, bevor der Friede geschlossen werden könne, aufgestellt die „Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar davon betroffen ist, und nicht auf Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines anderen Landes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht“.

Diese beiden Punkte sprachen so klar für das Selbstbestimmungsrecht der von den Südslawen beanspruchten Gebiete in Kärnten, daß die slo-

wenischnationalen Politiker sich hüteten, in der Kärntner Frage die Grundsätze Wilsons heranzuziehen. Wenn sie gelegentlich auf das Selbstbestimmungsrecht zu sprechen kamen, so stellten sie sich auf den merkwürdigen Standpunkt, es gelte nicht für einige Gemeinden, sondern für die Mehrheit des ganzen Volkes (so zum Beispiel ein gewisser Zapečnik im „Mir“ vom 31. Dezember 1918). Wilson spricht jedoch ausdrücklich von den „Bevölkerungen“ und vom „Volke“ strittiger Gebiete, das unmittelbar betroffen werde.

So schlug denn die deutschösterreichische Nationalversammlung schon in der Note an Präsident Wilson vom 30. Oktober 1918 unter Anerkennung der von Wilson am 9. Jänner, 12. Februar und 4. Juli 1918 aufgestellten Grundsätze für strittige Fälle vor, daß die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete berufen werde, selbst durch eine allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, zu welchem Staate sie gehören wolle. Nach dem Staatsgebietsgesetze vom 22. November 1918 umfaßte die Republik Deutschösterreich das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Die Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsrates vom 3. Jänner 1919 bezog ganz Kärnten mit Ausnahme der Gemeinde Seeland, doch unter Angliederung der Gemeinde Weißenfels in Krain in das deutschösterreichische Staatsgebiet ein.

Als Ergänzung dazu ist das erste Hauptstück der von der vorläufigen Kärntner Landesversammlung am 11. November 1918 beschlossenen Konstituierungsurkunde zu betrachten. Danach wird das Land Kärnten „durch das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet des ehemaligen Herzogtums Kärnten und jene gemischtsprachigen Siedlungsgebiete dieses Herzogtums, die sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes ihrer Bewohner dem Staatsgebiete des Staates Deutschösterreich verfassungsmäßig anschließen“, gebildet. Dieser Beschluß wurde von der Kärntner Landesversammlung vom 21. Februar 1919 bestätigt.

Damit waren die Grundlagen für die weiteren Grenzverhandlungen geschaffen.

Bevor jedoch an die endgiltige Regelung der Grenze geschritten werden konnte, mußte die Frage entschieden werden, was mit den strittigen Gebieten vor der Volksabstimmung geschehen solle. In dieser Hinsicht beschloß die Kärntner Landesversammlung im III. Hauptstück der Konstituierungsurkunde vom 11. November, daß jene gemischtsprachigen Siedlungsgebiete des ehemaligen Herzogtums Kärnten, die den Anschluß an den Staat Deutschösterreich nicht verfassungsmäßig vollziehen, einstweilen bis zur Durchführung der endgiltigen Grenzbestimmung zwischen dem

deutschösterreichischen und dem südslawischen Staat unter der Verwaltung des Landes Kärnten bleiben. Dieser Beschluß konnte allerdings nicht aufrechterhalten werden, weil die Südslawen schon im Laufe des Novembers und Dezembers einen großen Teil des gemischtsprachigen Gebietes gewaltsam besetzten.

III. Die Lage in Kärnten beim Zusammenbruche.

Die Tage um Allerheiligen 1918 gehören zu den bewegtesten und gefährlichsten, die Kärnten je erlebt hat. Der Kärntner Vollzugsausschuß und später die vorläufige Landesversammlung und die neue Landesregierung sahen sich vor die schwierigsten Aufgaben gestellt. Die bisherige staatliche Ordnung war in Auflösung begriffen und mußte durch eine neue ersetzt werden, auf die die Beamtenschaft, die Gendarmerie und das Militär erst beeidigt werden mußten. Die gewohnte Staatsordnung war einem Teile der Bevölkerung so in Fleisch und Blut übergegangen, daß hie und da die Meinung herrschte, da es keinen Kaiser mehr gebe, so brauche man sich auch an die Gesetze und Verordnungen nicht mehr zu halten.

Von der Front her kamen höchst beunruhigende Gerüchte. In den letzten Tagen des Oktobers wurde der Rückzug der VI. Armee angekündigt. Arge Hiobsposten wurden über Villach verbreitet. In Klagenfurt hieß es, Villach sei von meuternden Soldaten und Banden in Brand gesteckt worden. In Wirklichkeit hatte eine Benzinexplosion furchtbare Verheerungen angerichtet. Allenthalben war man auf Plünderungen und andere Ausschreitungen der zurückströmenden Truppen gefaßt. Glücklicherweise waren diese Befürchtungen übertrieben. Abgesehen von Plünderungen einzelner Lebens- und Bedarfsmittelniederlagen und Proviantzüge durch Militär und Zivil konnte die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und, wo sie gestört war, in wenigen Tagen wieder ganz hergestellt werden. Dank dem aufopferungsvollen Dienste der Eisenbahner, die alle ihre Kräfte einsetzten, und dem prächtigen Herbstwetter vollzog sich der Rückzug der VI. Armee rasch und leicht. Am 6. November allein wurden 70.000 Mann mit der Bahn heimbefördert.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wurde schon Ende Oktober vom Vollzugsausschusse der Landesversammlung allen Gemeinden die Errichtung von Bürgerwehren zum Schutze von Leben und Gut der Bevölkerung aufgetragen. Tatsächlich traten solche Wehren in den größeren Orten in Tätigkeit und erfüllten sie ihren Zweck. In Klagenfurt leisteten hiebei auch die Studenten der mittleren Schulen gute Dienste.

Um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen, bestellte der Vollzugsausschuß mehrere Unterausschüsse, so den Wehrausschuß, den Verkehrsausschuß, den Ernährungsausschuß und den Finanzausschuß. Am 7. November berief der Vollzugsausschuß alle zum Waffendienste geeigneten Männer vom 18. bis zum 36. Lebensjahr ein. Allein schon am 12. wurde die Einberufung auf Weisung des Unterstaatssekretärs für Heerwesen wieder rückgängig gemacht.

Große Sorge bereitete die Lebensmittelversorgung, zumal der slowenische Nationalrat sie dadurch zu stören trachtete, daß er seinen Anhängern auftrug, an die Kärntner Organisationen keinerlei Lebensmittel abzuliefern. Auch diese Schwierigkeiten wurden vom Ernährungsausschuß überwunden.

Da ein gewaltsames Eindringen der Südslawen zu befürchten war, so wies der Vollzugsausschuß alle Staats- und Gemeindeämter des bedrohten Gebietes an, bei Eintreffen südslawischer Kommissionen zu erklären, daß sie die Verwaltung in der bisherigen Weise weiterführen wollen, bis die Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der einzelnen Teile Kärntens getroffen sei, und bis dahin nur der Gewalt zu weichen.

Am 2. November ernannte die Laibacher Nationalregierung in der Person des Domvikars Franz S m o d e j einen Generalkommissär für das „slowenische Kärnten“. Smodej schlug seinen Sitz im Hotel Trabesinger in Klagenfurt auf und hißte dort die südslawische Fahne, die aber alsbald wieder entfernt wurde. Als die Kärntner Landesversammlung zusammentrat, wurde Smodej eingeladen, namens der nationalen Slowenen Vertreter für die Landesversammlung namhaft zu machen. Allein Smodej verlangte zuerst die Festsetzung der Grenze zwischen den südslawischen und deutschösterreichischen Gebieten Kärntens und lehnte die Einladung ab. Die Verhandlungen zerschlugen sich und mußten sich zerschlagen, da die slowenischnationalen Kreise die Absicht hatten, sich des strittigen Gebietes auf jeden Fall zu bemächtigen und es Südslawien anzugliedern.

Die slowenischnationalen Blätter führten eine sehr selbstbewußte Sprache. „Klagenfurt gehört selbstverständlich zum südslawischen Staate“, schrieb zum Beispiel der „Mir“ vom 9. November 1918. „Die Frage, wie weit das südslawische Reich in Kärnten reichen werde,“ heißt es an einer anderen Stelle desselben Blattes, „werden die Sieger, die Amerikaner, Engländer, Franzosen und Italiener, besonders aber die Serben und Tschecho-Slowaken, entscheiden, überdies noch die übrigen slawischen Nationen, insbesondere aber die Vertreter der Nationalregierung. Eines ist sicher: daß nicht e i n Slowene dem südslawischen Reiche verlorengehen wird.“ Den Mitgliedern des Vollzugsausschusses wurde gedroht, daß

sie für jeden „Gewaltakt" gegen die Slowenen persönlich verantwortlich seien.

Zugleich wurden vom „Mir" und den Laibacher Blättern die abenteuerlichsten Nachrichten über Klagenfurt verbreitet, wo der Bolschewismus herrsche und der Slowene seines Lebens nicht sicher sei. Eine Versammlung der allslowenischen Volkspartei in Laibach am 21. November 1918 beschloß eine geharnischte Verwahrung gegen die Gewalt, welche die „usurpatorische kärntnerische deutsche Regierung" in Kärnten ausübe, und wählte zur Führung aller nationalpolitischen Geschäfte einen Sonderausschuß, bestehend aus 22 Mitgliedern, darunter Dr. Brejc, Smodej und Grafenauer für Kärnten.

In der zweiten Hälfte des Novembers sandte die Laibacher Regierung Dr. Korošec und Dr. Žerjav nach Paris, um Fühlung mit französischen Politikern und Journalisten zu nehmen. Nach ihrer Rückkehr berichtete Dr. Korošec nach dem „Slovenec" vom 7. Dezember 1918, sie seien von Clemenceau, Pichon und Politikern verschiedener Parteien auf das herzlichste begrüßt worden; die Lage bezüglich der Nordgrenze gegenüber den Deutschen sei sehr günstig und die Erfüllung der nationalen Forderungen zur Gänze zugesichert. Wie sich später herausstellte und es bei der Lage der Dinge auch nicht anders sein konnte, war bezüglich der Grenzen in Wirklichkeit noch gar nichts entschieden. Der Zweck der falschen Berichte war offenbar, Freund und Feind zu täuschen, jenen, um ihn zu ermutigen, diesen, um ihn einzuschüchtern. Tatsächlich lebten auch führende Laibacher Politiker auf Grund des Berichtes der beiden Abgesandten in der Hoffnung, daß Laibach im Norden freie Hände habe und sich nehmen dürfe, was es noch verdauen könne (Dr. Ravnikar im „Slovenski Narod" vom 12. Juni 1919).

Während das Selbstgefühl und Machtbewußtsein der slowenischnationalen Politiker und Blätter keine Grenzen kannte, herrschte in der deutschen und deutschfreundlichen Bevölkerung Kärntens infolge der furchtbaren Ereignisse im Oktober und November und der von allen Seiten drohenden Gefahren tiefe Bestürzung und Niedergeschlagenheit. So mancher war sich auch des Ernstes der Gefahr, die von den Südslawen her drohte, nicht recht bewußt. Andere wieder — und ihre Zahl war nicht gering — hofften, befangen von den Ideen und Versprechungen Wilsons, der Krieg sei nun endgiltig aus der Welt geschafft und ein Frieden der Gerechtigkeit, aufgebaut auf dem Willen der Bevölkerung und nicht auf Gewalt, werde kommen.

Nicht minder schwierig war die militärische Lage Kärntens. Das Land unterstand dem Militärkommando in Graz, von wo die Verhältnisse

in Kärnten weder überblickt, noch beurteilt werden konnten. Die Kärntner Landesregierung war daher gezwungen, in der Person des Oberstleutnants Ludwig Hülgerth einen eigenen Oberkommandanten zu bestellen, welcher den Titel „Landesbefehlshaber" führte. Er wurde von den in Klagenfurt anwesenden Offizieren gewählt, hierauf von der Kärntner Landesregierung und am 25. November vom Staatsamte für Heerwesen bestätigt. Seine erste Tätigkeit war, das Kommando aufzustellen und für den Wachdienst verwendbare Truppenteile zu schaffen.

Beim Umsturze befanden sich in Klagenfurt die Ersatzbataillone des Infanterieregimentes Nr. 7, des Gebirgsschützenregimentes Nr. 1 und des Kärntner Freiwilliger Schützenregimentes. In St. Andrä im Lavanttale stand eine Ersatzbatterie. Außerdem lagen in Klagenfurt und einigen anderen Orten des Landes verschiedene Depots und Reserveanstalten der Armee im Felde.

Diese Formationen und Anstalten lösten sich größtenteils selbst auf, teils wegen des überall verbreiteten Schlagwortes „Wir brauchen keine Armee und keine Offiziere mehr!", teils infolge des blinden Vertrauens auf die Gerechtigkeit der bisherigen Feinde und das so oft versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker. Trotz der größten Mühe konnte nur ein geringer Teil der Mannschaften, welche kein Heim hatten, an ihrem Dienstorte zurückgehalten werden. Die Disziplin und der innere Halt der in Klagenfurt verbliebenen Abteilungen verschwand vollends und auch die vom Kriegsschauplatze noch in Ordnung einrückenden Truppen verliefen sich bald nach ihrem Einrücken in Kärnten ebenso wie die Ersatzbataillone.

Im Laufe des Monates November wurde als Wehrmacht der Republik von der Staatsregierung in Wien die Volkswehr geschaffen und auch in Kärnten mit der Aufstellung je eines Bataillons in jeder Bezirkshauptmannschaft und von drei Bataillonen in Klagenfurt begonnen. Die Ergänzung der Volkswehr beruhte auf dem System der Werbung mit vierzehntägiger Kündigung. Die Kommandanten wurden von der Mannschaft gewählt.

Die erste militärische Stelle im Lande war anfangs der Wehrausschuß der Landesversammlung, von welchem das Oberkommando seine Weisungen entgegenzunehmen hatte. Als dann die Landesversammlung am 5. Dezember 1918 den Beschluß faßte, dem Landesbefehlshaber in allen rein militärischen Angelegenheiten, welche mit der Landesverteidigung im Zusammenhange standen, vollkommen freie Hand zu lassen, wurde der Wehrausschuß ein Bindeglied zwischen dem Landesbefehlshaber und der Landesversammlung und hatte er nur Entscheidungen über die Abwick-

lung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht, sowie über die Aufstellung, Organisation und Verwaltung der neuen Wehrmacht zu treffen. Der Wehrausschuß war aus Mitgliedern der drei politischen Parteien des Landes zusammengesetzt. Sein Obmann war der Abgeordnete Peter Melcher. Als Berater waren je ein Vertreter der Verbände der Berufsoffiziere, der Reserveoffiziere, der Berufsunteroffiziere und des Landessoldatenrates beigegeben. Die Tätigkeit des Landesbefehlshabers brachte es mit sich, daß bei vielen Verfügungen das Einvernehmen mit den politischen Parteien gepflogen werden mußte. Hiebei hat der Wehrausschuß unter seinem Obmann eine sehr verdienstvolle Tätigkeit entfaltet und insbesondere die großen Schwierigkeiten, welche durch die oft sehr übertriebenen Forderungen einzelner radikaler Elemente entstanden, geebnet. Ohne die Tätigkeit des Wehrausschusses wäre es dem Landesbefehlshaber unmöglich gewesen, die für die Verteidigung des Landes nötigen Maßnahmen durchzuführen.

IV. Der Einbruch der Südslawen und die Besetzung Völkermarkts.

Als es am 5. und 6. November 1918 in den Industrieorten des Mießtales zu Ausschreitungen kam, rückte daselbst eine aus Cilli kommende Abteilung des slowenischen Infanterieregimentes Nr. 87 unter dem Vorwand ein, die Ruhe und Ordnung zu sichern. Im Verlaufe der nächsten Tage besetzten weitere slowenische Abteilungen die größeren Orte des Jauntales. Die eigenen Gendarmerie- und Militärposten, welche den Auftrag hatten, einen Kampf mit den Südslawen nicht aufzunehmen, sondern lediglich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen, wurden in brutaler und rücksichtsloser Weise entwaffnet und zum Rückzuge gezwungen, obwohl am 7. November Generalkommissär Smodej in einer Besprechung mit den Kärntner Bevollmächtigten die Erklärung abgegeben hatte: „Unsere Leute werden sofort die Verständigung erhalten, in loyalster Weise sich mit Ihren Leuten in diese Aufgabe (die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten) zu teilen."

So erhielten am 7. November Prävali, am 8. Mieß, am 12. Eisenkappel, am 14. Miklauzhof, am 16. Kühnsdorf und Ferlach und am 23. Bleiburg südslawische Besatzungen.

Diese slowenischen Abteilungen, deren Angehörige 4¼ Jahre mit den Kärntnern zusammen, vielfach im selben Regimente, gegen die

Entente und mit besonderer Erbitterung gegen Italien gekämpft hatten, gaben sich jetzt plötzlich als „Sieger“ und „Ententetruppen“ aus und nahmen als solche unter Berufung auf die Bedingungen des Waffenstillstandes vom 3. November 1918 das Recht für sich in Anspruch, nach ihrem Belieben Orte in Kärnten zu besetzen. Zur besseren Aufmachung führte jede Abteilung einige kriegsgefangene und jetzt frei gewordene Serben mit sich, um die Kärntner durch den Hinweis auf diese Angehörigen der Entente einzuschüchtern.

Wenig Glück hatten die Südslawen dagegen in den slowenischen Gemeinden des Gailtales. Wohl wurden hier im November einige Orte von südslawischer Gendarmerie besetzt. Allein überall mußten die eingerückten Gendarmen binnen wenigen Tagen wieder abziehen. Bezeichnend für die Stimmung der Bevölkerung sind die Vorfälle, die sich in der Gemeinde St. Stefan an der Gail zutrugen. Dort erschienen am 24. November fünf slowenischnationale Burschen, um eine südslawische Werbeversammlung abzuhalten und im Einverständnisse mit dem südslawisch gesinnten Bürgermeister das Gemeindeamt zu übernehmen. Sie wurden jedoch von mehreren kärntnerisch gesinnten slowenischen Bauern und Arbeitern überrascht, als sie sich gerade bei der Gemeindekasse zu schaffen machten, in Haft genommen und bis zur Gemeindegrenze geführt. Hier wurde ihnen bedeutet, daß sie solange zu laufen hätten, bis sie St. Stefan nicht mehr sehen könnten. Dem Bürgermeister wurde gedroht, daß er in den Schweinestall eingesperrt würde, falls er seine südslawischen Umtriebe fortsetze. Als wenige Tage später südslawische Gendarmen in St. Stefan erschienen, setzten ihnen die slowenischen Burschen so arg zu, daß sie alsbald wieder das Weite suchten. Zu Anfang Dezember hieß es, daß am 5. d. M. 80 Mann Südslawen mit der Bahn nach St. Stefan kommen würden. Daraufhin bezog eine Schar von slowenischen Männern den Bahnhof, um die Südslawen zu empfangen. Diese unterließen jedoch den beabsichtigten Vorstoß.

Das Vorgehen der Gemeinde St. Stefan war vorbildlich. In wenigen Tagen war die südslawische Gendarmerie aus allen Gemeinden westlich der Gailitz von der einheimischen slowenischen Bevölkerung vertrieben, so aus Göriach, Feistritz, Achomitz, Nötsch und Hohenthurn.

Das Präsidium des Kärntner Landesausschusses und die Kärntner Landesversammlung waren von Anfang an bestrebt, die zwischen Kärnten und dem neuen südslawischen Staate entstandene Grenzfrage auf friedliche Art zu regeln. Die Kärntner Landesversammlung genehmigte daher in der Sitzung am 12. November 1918 den Beschluß des Wehrausschusses vom 8. November 1918, welcher lautete:

„Bei allfälliger Besetzung von Gebieten des Landes Kärnten durch Truppen oder Kommissionen der Entente haben die betreffenden militärischen Kommandanten, sowie die Kommandanten von Bürgerwehren des Vollzugsausschusses für Kärnten zu erklären, daß sie und ihre unterstellten Formationen nicht zu Kampfzwecken, sondern nur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestimmt sind."

Dieselbe friedliche Sprache führt folgende Zuschrift des Präsidiums des Landesausschusses von Kärnten an den Wehrausschuß in Klagenfurt vom 18. November 1918:

„Laut Beschlusses des Landesausschusses vom 18. November 1918 sollen in das Gebiet Kühnsdorf—Eberndorf deutsche Wachen geschickt werden, welche die slowenischen an Stärke übertreffen, und sodann die slowenischen Offiziere höflich, ohne Anwendung von Gewalt, zum Abzug oder doch zur Einstellung ihrer Tätigkeit aufgefordert werden. Beim Bahnamte Kühnsdorf ist die Weiterbeförderung der von Rechberg nach Graz aufgegebenen Zellulose durchzusetzen."

Diese versöhnliche Haltung fand jedoch bei der Gegenseite kein Entgegenkommen und hatte zur Folge, daß die Südslawen immer weiter vorrückten.

Am 18. November traf in Ferlach der slowenische Hauptmann Lavrič mit einigen Offizieren und etwa 30 Mann ein und besetzte den Ort. Dem Bevollmächtigten der Kärntner Landesregierung erklärte er, er habe von der slowenischen Nationalregierung in Laibach den Auftrag, vorläufig das Gebiet südlich der Drau in Besitz zu nehmen und militärisch zu organisieren. Das Präsidium des Kärntner Landesausschusses erhob Einsprache gegen diese Vergewaltigung. Es blieb ihm aber infolge der früher erwähnten Beschlüsse der Landesversammlung nichts übrig, als am 23. November ein vorläufiges Abkommen mit Hauptmann Lavrič zu treffen, in welchem sich das Präsidium verpflichtete, die wenigen südlich der Drau stehenden Kärntner Truppenteile auf das Nordufer der Drau zurückzunehmen. Weiters wurde eine Demarkationslinie bestimmt, welche, an der italienischen Besetzungslinie bei Thörl beginnend, entlang der Gailitz bis zur Einmündung in die Gail, dann die Gail abwärts bis zu deren Einmündung in die Drau, dann drauabwärts bis zirka drei Kilometer östlich von Völkermarkt verlief. Für den weiter östlich liegenden Raum schloß Hauptmann Lavrič kein Abkommen, da dieser Raum angeblich dem General Majster in Marburg unterstand. Über diese Demarkationslinie war freier Personen- und Wagenverkehr gestattet und jedwede Behinderung der persönlichen Freiheit untersagt. Das Abkommen konnte jederzeit mit zwölfstündiger Frist von den vertragschließenden

Parteien gekündigt werden. Für diese gelungene Besitznahme des Rosentales für den südslawischen Staat wurde Hauptmann Lavrič von der slowenischen Nationalregierung in Laibach zum Major ernannt.

Am 28. November erklärte Major Lavrič dem Präsidium des Kärntner Landesausschusses, er habe von seinem vorgesetzten Kommandanten, dem General Majster in Marburg, den Befehl erhalten, auf Grund eines mit dem steirischen Militärkommando in Graz abgeschlossenen Vertrages vom 27. November nicht nur die ganze Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt zu besetzen, sondern noch bis in die Linie Waisenberg—Völkermarkt—Karnburg—Feldkirchen—Villach—Hermagor vorzugehen und diesen ganzen Raum in Besitz zu nehmen.

Das Präsidium des Kärntner Landesausschusses konnte selbstverständlich einen vom steirischen Militärkommando geschlossenen Vertrag, welcher über Kärntner Gebiet Verfügungen traf, nicht anerkennen und brachte den Major Lavrič nach längeren Verhandlungen und nach Androhung eines bewaffneten Widerstandes dazu, daß er sich bereit erklärte, mit Vertretern des Präsidiums des Landesausschusses nach Marburg zu reisen, um dort die ganze Grenzfrage zu bereinigen. Auf eine an das Staatsamt des Äußern in Wien gerichtete telephonische Anfrage lief die Antwort ein, daß der fragliche Vertrag als gegenstandslos zu betrachten sei und daß am 29. November in Marburg neue Verhandlungen zwischen der steirischen Landesregierung und General Majster stattfinden werden und es sich empfehlen würde, daß sich auch die Kärntner Landesregierung an diesen Verhandlungen beteilige.

Die Verhandlungen in Marburg dauerten vom 29. bis 30. November und hatten lediglich den einen Erfolg, daß der Vertrag als ungiltig erklärt wurde. Über die Grenzfrage konnte kein Einvernehmen erzielt werden, da General Majster die für Kärnten unannehmbaren Bestimmungen des fraglichen Vertrages durch noch maßlosere Forderungen übertraf.

Während dieser Verhandlungen wurde am 30. November die deutsche Stadt Völkermarkt vom slowenischen Oberleutnant Malgaj mit etwa 300 Mann besetzt. Widerstand wurde kärntnerseits nicht geleistet, da die bereits erwähnten friedlichen Beschlüsse der Kärntner Landesversammlung dies hinderten.

Die Besetzung Völkermarkts steigerte die durch die Ereignisse der letzten Zeit entstandene Erregung der Bevölkerung aufs höchste. Der Landessoldatenrat hatte schon am 28. November abends den Beschluß gefaßt, bei einer Fortsetzung der slowenischen Übergriffe die Bereitwilligkeit zum Kampfe zu erklären. Als nun am 30. November die Nachricht von der Besetzung Völkermarkts nach Klagenfurt kam, beschloß der

Landesausschuß noch am selben Tage, einen Versuch zur Befreiung Völkermarkts zu unternehmen. Er konnte sich aber noch nicht entschließen, Befehle zum Kampfe zu geben, sondern ordnete bloß die Entsendung eines Parlamentärs nach Völkermarkt an, welcher den Oberleutnant Malgaj aufzufordern hatte, Völkermarkt zu räumen oder wenigstens zuzugeben, daß neben der südslawischen Besatzung auch eine österreichische Besatzung in der Stadt liege. Um dem Parlamentär einen entsprechenden Nachdruck zu geben, wurde ihm eine Abteilung von etwa 300 Mann, zwei Panzerautos und zwei Autokanonen beigegeben. Das ganze Unternehmen brachte nicht den gewünschten Erfolg und machte überall den kläglichsten Eindruck. Dennoch hatte es eine günstige Folge: die Kärntner Bevölkerung begann langsam einzusehen, daß mit dem Verhandeln und dem Schlagworte „Selbstbestimmung" allein nichts erreicht werde, sondern daß gegen die eingedrungenen slowenischen Truppenteile Taten nötig seien. Auch dem einfachsten Manne wurde langsam klar, daß Kärnten, in zwei Teile geteilt, nicht bestehen könne. So bedeutet der Fall von Völkermarkt einen Wendepunkt in der Verteidigung Kärntens.

Als Major Lavrič nun auch noch die Verlegung seines Kommandostandortes nach Klagenfurt und den exterritorialen Schutz der südslawischen Trikolore auf seinem Stabsquartier verlangte, hatte endlich die gutmütige Kärntner Bevölkerung genug. Die Kärntner Landesversammlung konnte am 5. Dezember folgenden einstimmigen Beschluß fassen: „Ententetruppen sind ungehindert passieren zu lassen, südslawischen Truppen ist Widerstand zu leisten."

V. Südslawische Verwaltungsmaßnahmen. Zustände im besetzten Gebiete. Rückwirkungen auf das freie Kärnten.

Im Laufe des Novembers und Dezembers erließ die Laibacher Nationalregierung eine Anzahl von Verordnungen für das von ihr beanspruchte Gebiet, gleichgiltig ob es von ihr besetzt war oder nicht, um damit den Anschein zu erwecken, als ob es von Rechts wegen schon zu Südslawien gehöre.

Am 17. November erschien eine Sonderausgabe des „Mir", in welcher der slowenische Nationalrat für Kärnten verkündete, daß für das „slowenische Kärnten" nur die Nationalreginerung der Slowenen, Kroaten und

Serben und der von der Nationalregierung bestellte Kommissär für Kärnten maßgebend seien; nur die Behörden, welche auf den südslawischen Staat beeidet seien und von der Nationalregierung des südslawischen Staates Vollmachten besäßen, hätten im „slowenischen" Gebiete in Kärnten das Recht, zu befehlen und Verordnungen zu erlassen.

Am 21. November veröffentlichte „Slovenski Narod" eine Verordnung der Nationalregierung in Laibach, wodurch die ganze Verwaltung für Krain, Görz, Stadt Triest und Gebiet, dann Steiermark und Kärnten, soweit diese zwei Länder einen Teil des Staates Südslawien bildeten, in der Nationalregierung von Laibach zentralisiert wurde. Die Bezirkshauptmannschaften Völkermarkt, Klagenfurt, Villach und Hermagor erhielten zahlreiche Erlässe der Nationalregierung in Laibach über alle Zweige der Verwaltung.

Am 22. November bezeichnete die Laibacher Regierung in einem Protest an das Oberlandesgericht Graz als Machtbereich des südslawischen Staates das Gebiet südlich der Linie St. Veit—Spittal (!) und am 10. Dezember erklärte sie, daß für den südslawischen Staat nur die Orte nördlich der Linie St. Veit—Spittal als strittig angesehen würden, Villach und Klagenfurt aber samt ihren Gerichtssprengeln für Südslawien nicht als streitig gelten könnten (!); es bestehe kein Zweifel, daß die endgiltige Grenze zwischen beiden Staaten so verlaufen werde, daß die angeführten Bezirke innerhalb der südslawischen Grenzen bleiben; die slowenische Regierung werde daselbst niemandem eine Einmischung in ihre Verwaltung gestatten. Die Anregung des Oberlandesgerichtes Graz, eine Vereinbarung in Bezug auf einzelne Fragen der Justizverwaltung zu treffen, wurde durch die Laibacher Regierung abgelehnt.

Das Laibacher Finanzministerium wies Mitte November die Finanzprokuratur in Laibach an, ihre Wirksamkeit über das ganze Gebiet des Landesgerichtes Klagenfurt, also über ganz Kärnten, auszudehnen.

Im Eisenbahnwesen wurde von der Laibacher Regierung die Verwaltung über alle Strecken östlich von Spittal beansprucht.

Endlich verlangte die Laibacher Nationalregierung am 3. und 6. Dezember durch einen Bevollmächtigten von den zuständigen Forst- und Domänenverwaltungen die Übergabe der Staatsforste bei Hermagor, Arnoldstein, Tarvis und Villach.

Alle diese Verordnungen und Forderungen wurden jedoch von den Kärntner Behörden im unbesetzten Gebiete entweder zurückgewiesen oder nicht zur Kenntnis genommen.

Dagegen gelang es der Laibacher Nationalregierung, im besetzten Gebiete die gesamte Verwaltung an sich zu reißen. Sie entfernte die öster-

reichstreuen Beamten und errichtete neben der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt, die mit südslawischen Beamten besetzt wurde, eine zweite Bezirkshauptmannschaft in Ferlach. Die neuen Machthaber lösten alle Gemeindevertretungen, die ihr nicht genehm waren, auf und übertrugen die Gemeindeverwaltung südslawischen Gerenten. Die Steuerämter wurden der Finanzdirektion in Laibach, die Bezirksgerichte Rosegg und Ferlach dem Oberlandesgerichte Laibach, die Bezirksgerichte Bleiburg, Eberndorf, Eisenkappel und Völkermarkt dem Oberlandesgerichte Marburg untergeordnet. Die bisherigen Richter wurden ihres Amtes enthoben. Ein Telegramm des Kommissärs für Verkehrswesen bei der Laibacher Regierung unterstellte am 2. Dezember „ohne Präjudiz für Erweiterung des südslawischen Machtbereiches" alle im augenblicklichen Machtbereiche des südslawischen Staates gelegenen Eisenbahnlinien der Südbahn dem neu errichteten Betriebsinspektorat in Laibach, darunter auch die Strecken Marburg—Kühnsdorf und Kühnsdorf—Eisenkappel. Ende Dezember erließ die Laibacher Regierung eine Kundmachung, durch welche die Jahrgänge 1895—1899 einberufen wurden. Doch wurde der Einberufung in Kärnten nicht Folge geleistet.

Obwohl die Laibacher Regierung ihre Anordnungen in den besetzten Landesteilen durchsetzte, gab der deutschösterreichische Staat doch auch für diese Gebiete seine Hoheitsrechte nie auf. Die vorläufige Kärntner Landesversammlung legte am 5. Dezember, nachdem sowohl sie als auch die Kärntner Landesregierung schon früher durch ihre Bevollmächtigten wiederholt gegen die militärischen und politischen Maßnahmen der Laibacher Regierung in Kärnten Einsprache erhoben hatte, feierlich Verwahrung ein gegen alle Eigenmächtigkeiten und Übergriffe der Südslawen wider die deutsche Bevölkerung Kärntens und erklärte alle diese Vorgänge als offenkundige Eingriffe nicht bloß in ihre eigenen Rechte, sondern auch in die Gebietshoheit der deutschösterreichischen Republik. Zugleich forderte sie die deutschösterreichische Staatsregierung auf, sich diesem Einspruch anzuschließen und aufs rascheste die Herstellung des alten Rechtszustandes im Verhandlungswege mit der südslawischen Regierung zu sichern. Und das deutschösterreichische Staatsamt des Äußern stellte sich auf den Standpunkt, die Besetzung mache zwar die Ausübung der Hoheitsrechte des deutschösterreichischen Staates unmöglich, hebe aber die Hoheitsrechte selbst nicht auf und könne nie und nimmer Anlaß zu einem Verzicht auf diese Hoheitsrechte geben; die Festsetzung der staatlichen Grenzen sei vielmehr der Friedenskonferenz vorbehalten.

Mit dem ersten Augenblicke der Besetzung begannen die südslawischen Kommanden und neu eingesetzten Zivilbehörden die deutsche und deutsch-

freundliche slowenische Bevölkerung zu unterdrücken und zu verfolgen. In den größeren Orten wurde sofort das Standrecht verkündet, so in Unterdrauburg, St. Paul, Völkermarkt samt der deutschfreundlichen Umgebung, Bleiburg, Gutenstein, Mieß und an anderen Orten. Die deutschen Aufschrifttafeln wurden überall gewaltsam entfernt, ein sichtbares Zeichen der beginnenden Verfolgung und beabsichtigten Ausrottung alles Deutschen.

In Völkermarkt erklärte der südslawische Kommandant Oberleutnant Malgaj, als Befreier zu kommen. Wie diese „Befreiung" aussah, zeigte sich am zweiten Tage nach der Besetzung, als er drohte, die ganze Stadt in Flammen aufgehen und die männliche Bevölkerung erschießen zu lassen, wenn bei einem Angriff einer seiner Leute falle. Am Hauptplatz und an den Stadtausgängen wurden Maschinengewehre aufgestellt, die Einrichtungen in den Räumen des Turnvereines und des Gesangvereines — Turngeräte, Musikinstrumente, Noten usw. — vernichtet, die deutsche Volks- und Bürgerschule mit Militär belegt, eine strenge Zensur eingeführt und der Verkehr mit dem übrigen Kärnten unterbunden. Wiederholt fanden bei den Bürgern rücksichtslose Hausdurchsuchungen statt und wurden angesehene Bürger als Geiseln verhaftet, auf die gemeinste Weise beschimpft, in elenden Räumen zugleich mit Gesindel eingesperrt und zum Teil auch verschleppt. Eine am 11. Jänner 1919 in Völkermarkt angeschlagene Kundmachung besagte, wenn ein Schuß von der Zivilbevölkerung auf das Militär abgegeben werde, würden die eingezogenen zehn Geiseln auf dem Hauptplatze justifiziert. Die Bevölkerung wurde durch zweckloses Schießen und Werfen von Handgranaten mitten in der Stadt und deren unmittelbarer Nachbarschaft geängstigt. Ein Feilhauer erhielt aus nichtigen Gründen 25 Stockstreiche, ein Knecht in Griffen deren 15. Am Weihnachtsabend prangte in einem Schaufenster des südslawischen Telephonzimmers in Völkermarkt ein Weihnachtsbaum in den südslawischen Farben, behangen mit Lebensmittelpäckchen, die die Aufschrift trugen: „Für die braven Slowenen", und solchen mit Handgranaten und Munition mit der Aufschrift: „Passende Weihnachtsgeschenke für die Deutschen". Die Waffen mußten abgeliefert werden, auch Jagdgewehre, und verschwanden auf Nimmerwiedersehen. In der Umgebung wurden Bauernhäuser geplündert und Requisitionen ohne Bezahlung vorgenommen. Trotzdem blieb der Mut der Völkermarkter ungebrochen. Als die Südslawen für den 22. Jänner 1919, einen Markttag, eine Versammlung auf den Platz einberiefen, welche eine Kundgebung zugunsten des südslawischen Staates zum Zwecke hatte, erschien die Bevölkerung aus Stadt und Land zur angegebenen Stunde in Masse am Platz, aber nicht, um sich für Südslawien zu erklären, sondern um sich, zum Erstaunen der Südslawen, die gehofft hatten, daß die Völker-

markter durch den furchtbaren Druck mürbe gemacht worden seien, stürmisch und begeistert zu Deutschösterreich zu bekennen.

Ähnlich hausten die Südslawen gegen die Deutschen in Unterdrauburg, Gutenstein, Eisenkappel, Griffen, Ferlach usw. Überall wurden die deutschen und utraquistischen Schulen in rein slowenische umgewandelt und die deutschen und deutschfreundlichen Bewohner durch einen furchtbaren Druck niedergehalten. Die Gleichheit des Vorgehens läßt darauf schließen, daß alles nach einem genau bestimmten Plane geschah. Verwahrungen der Kärntner Landesregierung gegen diese Drangsalierungen blieben ohne jeden Erfolg.

Geängstigt und verschüchtert schwiegen die Gemeinden. Kaum aber wurde eine von ihnen frei, erhob sie ihre Stimme. Die Gemeindeusschüsse von Vorderberg, St. Stefan und Görtschach im Gailtale legten, obwohl slowenisch, unmittelbar nach ihrer Befreiung im Dezember 1918 gegen jeden Versuch einer Angliederung an den südslawischen Staat entschiedene Verwahrung ein und erklärten, eine solche Angliederung mit allen Mitteln verhindern zu wollen. In Feistritz an der Gail unterfertigten von insgesamt 128 wehrfähigen Männern 101 einen Protest gegen die beabsichtigte Einverleibung der Gemeinde in Südslawien.

Besonders wacker verhielt sich trotz der Besetzung die Gemeinde Arnoldstein. Als hier die eingerückten Südslawen die Übergabe der Ämter verlangten, faßte der erweiterte Gemeindeausschuß am 8. Dezember unter anderem folgende Beschlüsse:

„1. Es ist bei jeder Gelegenheit mit größtem Nachdrucke zu betonen, daß wir Deutschösterreicher sind und gegen die Angliederung an das südslawische Reich protestieren. 2. Ein zwölfgliedriger Sonderausschuß mit dem Bürgermeister an der Spitze soll in allernächster Zeit unter Hervorhebung des Umstandes, daß in Klagenfurt über unsere Köpfe hinweg das Übereinkommen (vom 23. November bezüglich der Demarkationslinie) getroffen wurde, mit den Vertretern der Südslawen in Verhandlungen treten und dabei verlangen, daß keine slawische Fahne mehr ausgesteckt werde, daß alle Ämter bleiben wie bisher und gegebenenfalls die deutschösterreichische Gendarmerie wieder zurückkehre. 3. Der von den Südslawen zum Gemeindeadministrator bestellte Pfarrer darf als solcher nicht anerkannt werden. 4. Dem Pfarrer ist zu eröffnen, daß die Gemeindevertretung als gesetzlich bestellte Machthaberin der Pfarr- und Schulgemeinde auf keinen Fall gestatten kann, daß in Kirche und Schule Politik betrieben werde. Es ist ihm ferner nahezulegen, auf seine Pfarre freiwillig zu verzichten.“

Der Erfolg war, daß die Gemeindevertretung bis zu der Befreiung

im Jänner im Amte blieb. Doch gelang es den Arnoldsteinern trotz dieser mannhaften Haltung nicht, die südslawische Gendarmerie zu vertreiben.

Die Nachrichten, die insbesondere durch Flüchtlinge aus dem besetzten Gebiete Kärntens über die Bedrückungen der Landsleute bereits im November in das freie Kärnten kamen, verstärkten hier die Erregung, welche schon durch die südslawische Besetzung Südkärntens und die dadurch drohende Zerreißung Kärntens, durch die Herausforderungen der südslawischen Presse und durch die Kunde von der Verfolgung der Deutschen in Krain und Untersteier entstanden war. Überall war der Angriff unter Verspottung der Kärntner Bevölkerung und der anscheinend machtlosen deutschösterreichischen Regierung von den Südslawen ausgegangen. Es kam daher in einzelnen Orten des freien Kärnten zu leidenschaftlichen Ausbrüchen der Erregung, namentlich gegen einige slowenischen Geistlichen, die sich in der Betätigung ihrer südslawischen Gesinnung allzusehr hervorgetan hatten. Doch waren das einzelne Fälle und sind die deutschösterreichischen Behörden im Gegensatze zu den südslawischen dagegen sofort mit Nachdruck eingeschritten. Die Bevölkerung Klagenfurts aber bewahrte gegenüber den südslawischen Herausforderungen vollständige Ruhe. Smodej, einer der Haupturheber des Unglücks, das über Kärnten hereinzubrechen drohte, und sein Helfershelfer Dr. Müller konnten sich in Klagenfurt frei und unbelästigt bewegen. Der „Mir", der Nummer für Nummer die gehässigsten Ausfälle gegen Kärnten brachte, wurde ohne Störung bis Mai in der Hermagorasdruckerei in Klagenfurt gedruckt und sein Erscheinen erst am 3. Mai durch behördlichen Auftrag eingestellt, während die Verbreitung der deutschen Zeitungen im besetzten Gebiete gleich nach der Besetzung verboten wurde. Erst als Major Lavrič am 28. November mit einer bis an die Zähne bewaffneten Leibwache im Landhaus erschien, um so mit der Kärntner Landesvertretung zu unterhandeln, flammte die Bevölkerung in gerechter Entrüstung über diese unerhörte Herausforderung auf. Militär und Zivil durchzog die Straßen der Stadt, um zu zeigen, daß die Bevölkerung eines Sinnes sei. Und nun geschah erst das, was in den Orten, die in die Hände der Südslawen gefallen waren, mit den deutschen Aufschrifttafeln schon längst geschehen war: es wurden die wenigen slowenischen Aufschrifttafeln — im ganzen vier — von den Häusern herabgenommen. Darauf wußte „Slovenec" vom 30. November 1918 zu berichten, daß die Nationalregierung in Agram der Laibacher Nationalregierung den Auftrag gegeben habe, beim Landesausschusse in Klagenfurt gegen jede an der slowenischen Bevölkerung verübte Gewalttat zu protestieren, die Mitglieder des Landesausschusses persönlich für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich zu machen und

zu verlangen, daß diese Note durch Maueranschlag und in den Zeitungen veröffentlicht werde, was, wie es sich von selbst verstand, nicht geschah.

VI. Die Abwehr.

1. Vergebliche Versuche einer friedlichen Lösung.

Während die Laibacher Nationalregierung von Anfang an den Weg der Eroberung betrat, wollte die Kärntner Landesregierung die zwischen Klagenfurt und Laibach entstandenen Streitfragen im Einvernehmen mit der Wiener Regierung durch Verhandlungen bereinigen. Um eine unparteiische Volksabstimmung sicherzustellen, strebte sie seit November 1918 nach einer Neutralisierung und Besetzung des strittigen Gebietes durch eine neutrale oder uninteressierte Macht.

Das österreichische Staatsamt des Äußern sprach sich gegen jede Art von bewaffnetem Widerstand aus, um nicht Menschenleben aufs Spiel zu setzen und die Verhandlungen wegen Lebensmittellieferungen nicht zu gefährden, und unternahm auf Wunsch der Kärntner Landesregierung durch Vermittlung der schwedischen und schweizerischen Regierung Schritte, um für Kärnten eine Besetzung durch amerikanische oder britische Truppen zu erwirken. Diese Bemühungen wurden im Dezember fortgesetzt, als die südslawischen Truppen in Kärnten die ersten Schlappen erlitten hatten. Eine Zeitlang schien es, als ob sie Erfolg haben sollten. Ende Dezember erhielt das Staatsamt die Nachricht, daß die britische Regierung sich bei der französischen dafür eingesetzt habe, die Frage der Besetzung der strittigen Gebiete in Kärnten durch amerikanische oder britische Truppen bei den Militärbehörden anhängig zu machen. Am 9. Jänner 1919 teilte das Staatsamt der Landesregierung mit, daß laut Mitteilung der Regierung in Washington Präsident Wilson den Antrag auf Besetzung der strittigen Gebiete Kärntens durch amerikanische oder britische Truppen der demnächst in Paris zusammentretenden Konferenz zur eingehenden Prüfung übermitteln werde. Leider kam es über diese Anfangserfolge nicht hinaus. Wieviel Menschenleben wären verschont, wieviel schwere Stunden, Aufregungen und materielle Schäden der Bevölkerung erspart worden, wäre dem Wunsche nach Neutralisierung Rechnung getragen worden!

Wirkungslos verhallten auch die Beschwerden und Proteste, welche die deutschösterreichische Regierung gegen die gewaltsame Besetzung deutscher Gebiete im Norden und im Süden des deutschösterreichischen

Sprachgebietes bei den Vereinigten Staaten, den Entente- und den neutralen Mächten erhob. Das französische Außenministerium lehnte in einem Antwortschreiben an die Schweizer Regierung vom 20. Dezember die von Deutschösterreich gestellte Forderung nach einer sofortigen Volksabstimmung und Einsetzung eines Schiedsgerichtes ab, erklärte jedoch, daß die Gebietsfragen tatsächlich nur vom Friedenskongreß gelöst werden können. Ähnliche Erklärungen gaben im Jänner auch die englische und die italienische Regierung ab. Damit war wenigstens festgestellt, daß das Vorgehen der Laibacher Nationalregierung eine Eigenmächtigkeit war und nicht im Einverständnis oder gar im Auftrage der Ententemächte geschah. Diese Erkenntnis trug viel dazu bei, die Widerstandskraft in Kärnten zu stärken.

Die deutschösterreichische Regierung und die Kärntner Landesregierung suchten die strittigen Fragen auch durch unmittelbare Verhandlungen mit der Laibacher Nationalregierung zu lösen. Schon am 20. November regte das deutschösterreichische Staatsamt des Äußern auf Ersuchen der Kärntner Landesregierung bei der Laibacher Nationalregierung an, über die Abgrenzung und verschiedene wirtschaftliche Fragen in Unterhandlungen zu treten. Die Laibacher Regierung erklärte sich hiezu zwar grundsätzlich geneigt, fand aber immer wieder einen Vorwand, um die Verhandlungen hinauszuschieben. Offenbar wollte sie Zeit zu weiteren Besetzungen gewinnen. Erst am 9. Dezember wurden die Verhandlungen in Laibach eröffnet. Es nahmen daran einerseits Vertreter der Republik Deutschösterreich und der Landesregierungen von Steiermark und Kärnten teil, anderseits Vertreter der Nationalregierung in Laibach. Gleich am ersten Tage kamen die nationalen und die Verwaltungsverhältnisse in Kärnten zur Sprache. Da die Laibacher Vertreter erklärten, daß von einer Volksabstimmung in den besetzten Gebieten keine Rede sein könne, und sogar durchblicken ließen, daß weitere Besetzungen folgen würden und auch Klagenfurt besetzt werden soll, die Vertreter Kärntens aber an der Volksabstimmung unter allen Umständen festhielten, so mußten die Verhandlungen über die Grenz- und Verwaltungsfrage sehr bald abgebrochen werden. Das Ergebnis der Verhandlungen war lediglich ein am 12. Dezember abgeschlossenes vorläufiges Abkommen über gewisse wirtschaftliche Fragen. Artikel 13 des Übereinkommens besagt, daß die Entscheidung über die Grenze dem Friedenskongreß vorbehalten bleibe. Allein auch dieses Übereinkommen wurde von der Laibacher Nationalregierung nicht genehmigt.

Da eine Abwehr der von den Südslawen vorgebrachten unrichtigen Behauptungen notwendig war und die Entente und die neutralen Staaten

von den tatsächlichen Verhältnissen in Kärnten wahrheitsgetreu unterrichtet werden mußten, so wurde bereits Ende Oktober 1918 mit den Vorbereitungen zur wissenschaftlichen Begründung des Kärntner Standpunktes begonnen. Schon Anfang Jänner 1919 lag eine auf Grund der soeben in Druck erschienenen Ergebnisse der Volkszählung von 1910 ausgearbeitete Sprachenkarte von Kärnten mit erläuterndem Text in deutscher, französischer und englischer Sprache vor.

Im Laufe der nächsten Monate wurde das wissenschaftliche Rüstzeug zum großen Teil unter Mitwirkung des Geschichtsvereines für Kärnten weiter ausgebaut. Primus Lessiak zeigte in seiner Schrift „Die Einheit Kärntens im Lichte der Namenkunde und Sprache" die rassenmäßige und kulturelle Einheitlichkeit Kärntens, das Ergebnis eines tausendjährigen Mischungsprozesses zweier Völker im Zeichen deutschen Geistes und deutscher Gesittung. Georg Graber wies in seinem Buche über den „Herzogseinritt" beim Fürstensteine nach, daß die einzelnen Teile der Fürstensteinzeremonie deutschen Ursprunges oder wenigstens nicht ausgesprochen slawisch sind, die Zeremonie also nicht eine „Einsetzung" des Herzogs durch den Herzogbauer als Vertreter des slowenischen Volkes sein könne, eine Ansicht, die schon vor Graber Goldmann, Jaksch, Dopsch und andere ausgesprochen hatten. Max Pirker schilderte in seinem Buche „Die Zukunft der deutschen und österreichischen Alpenländer" unter anderem auch die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Kärntens. Lichtbilder des Oberlercherschen Schulreliefs von Kärnten wurden hergestellt, um die Einheitlichkeit des Landes und insbesondere die scharfe Naturgrenze der Karawanken zu veranschaulichen. Endlich erschienen nach und nach Studien über die von slowenischnationaler Seite so heftig bekämpfte utraquistische Schule in Kärnten, die, wie sich zeigte, im Einvernehmen mit den slowenischen Gemeindevertretungen geschaffen worden war und sich als Folge der von Natur und Geschichte gegebenen Verhältnisse erwies, über die geschichtliche Entwicklung der Kärntner Landesgrenze, über die von Natur gegebene und im Laufe der geschichtlichen Entwicklung fast unverändert gebliebene Karawankengrenze, über die slowenischnationale Statistik, deren Haltlosigkeit aufgezeigt werden mußte, und die ethnographischen Verhältnisse im Klagenfurter Becken, über die deutsche Vergangenheit des von den Slowenen so heiß begehrten Klagenfurt, die slowenischnationalen Kampfschriften und anderes. Hiebei leisteten die „Monumenta Carinthiae" des Landesarchivars Dr. v. Jaksch und seine Arbeiten über die Ortsnamenforschung in Kärnten, sowie die umfangreichen und eingehenden Vorarbeiten zum historischen Atlas der österreichischen Alpenländer wesentliche Dienste. Auch wurden im März

1919 handschriftliche Karten im Maßstab 1 : 75.000 aufgelegt, die in Form von Kreisen und Punkten auch die absoluten Zahlen der deutschen Minderheiten darstellten, da diese auf den bisherigen Sprachenkarten wegen der territorialen Kleinheit der deutschen Sprachinselgemeinden nicht entsprechend zum Ausdrucke kamen, ferner Karten über die Stellungnahme der slowenischen Gemeinden zur südslawischen Idee, die Ergebnisse der letzten Wahlen und dergleichen.

Am 18. November 1918 beschloß der Landesausschuß die Bildung einer Nationalpolitischen Gruppe, auch Nationalpolitischer Ausschuß genannt. Ihr Obmann war bis Mai 1919 der Rechtsanwalt Dr. Jakob Reinlein. Sie hatte sich mit allen Fragen zu beschäftigen, welche die Abgrenzung Kärntens und die Besetzung von Gemeinden durch die Südslawen betrafen, die Verbindung mit den Vertrauensmännern des besetzten Gebietes aufrechtzuerhalten, die in- und ausländische Presse zu verfolgen und sie, soweit sie zugänglich war, über die wahren Verhältnisse Kärntens und dessen Ziel: Erhaltung der bisherigen natürlichen Grenzen mit Ausschluß der Gemeinde Seeland im Weg einer Volksabstimmung, aufzuklären und den unwahren Darstellungen des „Mir", der Laibacher Presse und namentlich des Laibacher Korrespondenzbureaus entgegenzutreten. Sie sollte weiters das wissenschaftliche Rüstzeug verwerten, die heimische Bevölkerung durch Flugschriften und Aufsätze in den Kärntner Blättern im laufenden erhalten und mit dem Gedanken der Volksabstimmung vertraut machen. Durch Beschluß der Landesversammlung vom 18. Dezember 1918 wurde die Nationalpolitische Gruppe dem Landesverweser unterstellt und ihr ein aus Vertretern der politischen Parteien bestehender Beirat zur Seite gegeben. Am 9. Mai 1919 beschloß die Landesversammlung, an Stelle der bisherigen Nationalpolitischen Gruppe einen aus Vertretern aller drei Parteien bestehenden parlamentarischen Nationalpolitischen Ausschuß mit dem gleichen Wirkungskreise zu bestellen, dessen Mitglieder von der Landesversammlung gewählt wurden. Er bestand bis zur Errichtung des Heimatdienstes am 10. März 1920.

Durch die Bildung des Nationalpolitischen Ausschusses wurde die geistige Abwehr Kärntens auf eine einheitliche Grundlage gestellt, was sich in der Folgezeit aufs beste bewährte. In ständiger Verbindung mit der Landesregierung hat der Nationalpolitische Ausschuß und seine Kanzlei während seines fast anderthalbjährigen Bestandes eine Fülle von Arbeit geleistet und viel dazu beigetragen, daß der Kampf um die Volksabstimmung von Erfolg begleitet war.

Um seinen Aufgaben gerecht zu werden, gab der Nationalpolitische Ausschuß eine größere Anzahl von Flugblättern in deutscher und sloweni-

scher Sprache heraus, ferner ab 9. Jänner 1919 wöchentlich einmal die „Kärntner Landsmannschaft", die zunächst bis zur Besetzung Klagenfurts durch die Südslawen im Mai 1919 erschien. Das südslawische Gegenstück dazu war der „Jugoslovanski Korotan", erschienen vom Dezember 1918 bis April 1919.

Eine schwierige, aber sehr wichtige Aufgabe war es, aufklärende Nachrichten über Kärnten in die große Presse zu bringen. Durch die welterschütternden Ereignisse jener Tage wurden die Zeitungen dermaßen in Anspruch genommen, daß für das kleine Kärnten kein Raum übrig zu bleiben schien. Aber schließlich gelang es der unermüdlichen Arbeit der Presseabteilung des Nationalpolitischen Ausschusses doch, die Verbindung mit der Zeitungswelt herzustellen. Wertvolle Dienste leistete in dieser Hinsicht das Wiener Korrespondenzbureau. Anfang Dezember 1918 erschienen die ersten Nachrichten über die Zustände und Vorgänge in Kärnten in Schweizer Blättern. Ende Jänner begann sich die italienische Presse, natürlich vom italienischen Standpunkt aus, mit Kärnten zu befassen. Von Februar an brachten auch französische und englische Blätter ab und zu kurze Nachrichten über Kärnten.

2. Beginn des Abwehrkampfes.

Grafenstein.

Der Beschluß der Kärntner Landesversammlung vom 5. Dezember (siehe Seite 52) änderte die militärische Lage des Landes von Grund aus, denn erst jetzt war dem Landesbefehlshaber die Möglichkeit gegeben, entschieden aufzutreten. Er wurde mit weitgehenden Rechten ausgestattet, so daß er von jetzt an allein die Verantwortung für alle militärischen Ereignisse trug.

In den maßgebenden Körperschaften des Landes war man sich von vornherein klar, daß ein auf seine eigenen schwachen Kräfte angewiesenes Kärnten einen Krieg mit dem südslawischen Staate nicht führen könne und daß es unmöglich sei, der südslawischen Regierung die Kärntner Anschauungen über die Grenzfrage aufzuzwingen. Man mußte sich daher darauf beschränken, die Besetzung der vom südslawischen Staate beanspruchten, aber kärntnerisch gesinnten Landesteile durch südslawische Truppen solange hinauszuhalten, bis die Friedenskonferenz die Grenzen zwischen Österreich und Südslawien bestimmt habe. Dies lag im Bereiche der Möglichkeit und war das militärische Ziel Kärntens, das man sich bei Beurteilung aller militärischen Ereignisse vor Augen halten muß.

Die beiderseitige militärische Lage in der ersten Hälfte Dezember ist

aus der Beilage 2 zu ersehen. Aus ihr kann entnommen werden, daß die Verbindung von Klagenfurt in das Lavanttal nur auf dem Umweg über Obersteiermark möglich war. Diese umständliche und zeitraubende Verbindung machte sich in jeder Hinsicht auf das unangenehmste fühlbar.

Der Landesbefehlshaber suchte vor allem die Volkswehr, die in militärischer Hinsicht große Mängel aufwies, für den Kampf verwendbar zu machen. Dies war keine leichte Aufgabe, da die Folgen der durch den Umsturz hervorgerufenen Verwirrung bei der Volkswehr besonders stark zutage traten. Die als Kommandanten eingeteilten Offiziere hatten einen sehr schweren Stand. An Stelle des Befehlens im alten militärischen Sinne war ein Anordnen mit Zureden und vielfach nur ein Ersuchen getreten. Infolgedessen war auch die Stellung der höheren Kommandanten ungemein schwierig.

Die Unterabteilungen der Volkswehr waren aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt und hatten sehr verschiedenen Kampfwert. Doch muß festgestellt werden, daß dem größeren Teile die Verteidigung des Heimatlandes und der Freiheit höher stand als alles andere. Dieser größere Teil der Volkswehr trug während der ganzen Kärntner Kämpfe die Hauptlast. Er stand ununterbrochen in der Front und hat mehr geleistet, als von der ganzen Volkswehrorganisation erwartet werden konnte. Sonderbestrebungen einzelner konnten bei dem guten Kerne dieses Teiles keinen fruchtbaren Boden finden. Die den militärischen Wert im günstigen Sinne beeinflussenden Elemente behielten die Oberhand. Zu diesem Teile der Volkswehr gehörten in erster Linie die Bataillone Klagenfurt Nr. 1, 2 und 3, welche aus dem ehemaligen Gebirgsschützenregiment Nr. 1, dem Infanterieregiment Nr. 7 und dem Kärntner Freiwilligen Schützenregiment gebildet waren.

In den ersten Tagen des Monates Dezember standen dem Landesbefehlshaber im ganzen Lande etwa 600 kampfbereite Männer der Volkswehr zur Verfügung. Die zur Sicherung in Betracht kommende Front vom Hühnerkogel bis Arnoldstein betrug rund 125 Kilometer.

Das Hauptziel der Südslawen war vom Anfang an Klagenfurt. Schon am 21. November liefen beim Wehrausschusse Meldungen ein, aus welchen hervorging, daß die Südslawen einen Handstreich gegen Klagenfurt planen. So war in Kühnsdorf ein auf die Besetzung Klagenfurts bezügliches Gespräch südslawischer Offiziere abgehorcht worden und hatte Kommissär Smodej von Klagenfurt aus nach Laibach die Anregung gegeben, Klagenfurt, insbesondere die dortigen Postämter, zu besetzen. Um einen Vorwand zur Besetzung zu haben, wurde von den Laibacher Blättern, die von der Kanzlei des slowenischnationalen Rechtsanwaltes Dr. Mül-

ler in Klagenfurt bedient wurden, das Gerücht verbreitet, daß ein großer Teil der Klagenfurter Bevölkerung sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, zu Südslawien zu kommen, daß nur eine Minderheit damit nicht zufrieden sei, die Intelligenz und die Hausbesitzer aber geradezu eine Besetzung Klagenfurts wünschten. In Villach rechnete man tatsächlich schon Ende November mit einer Besetzung durch die Südslawen und forderte die Bevölkerung durch Plakate auf, sich ruhig zu verhalten, wenn südslawische Truppen in die Stadt einrückten. Besonders bezeichnend ist die Nachricht, die am 8. Dezember, also kurz vor den Laibacher Verhandlungen, aufgefangen wurde, daß die südslawischen Truppen von Ferlach nach Klagenfurt erst marschieren würden, wenn Lavrič von Laibach zurückgekommen sei. Diese Meldung zeigt, daß man zumindest in der Umgebung des südslawischen Kommissärs in Klagenfurt die Laibacher Verhandlungen nur als Scheinmanöver betrachtete. Am 11. Dezember richtete Bezirkshauptmann Kakl in Völkermarkt nach Laibach die dringende Bitte, doch endlich Klagenfurt besetzen zu lassen, wo die Deutschen ohnehin niemand leiden möge. Am selben Tag erteilte Smodej von Laibach aus an Kakl den Auftrag, den Oberleutnant Malgaj anzuweisen, er möge sich zum weiteren Vorrücken bereithalten, und am 14. teilte Major Lavrič dem Kommando in St. Jakob i. R. mit, die Verhandlungen in Laibach seien gescheitert, er hoffe, in einigen Tagen mit der Offensive beginnen zu können.

Über die Auffassung der Lage seitens der südslawischen Militärkreise in Kärnten gibt ein erbeuteter Bericht des Majors Lavrič an die südslawische Nationalregierung in Laibach vom 13. Dezember 1918, der bezeichnenderweise in deutscher Sprache verfaßt ist, Aufschluß; unter anderem heißt es darin:

„Beurteilung der Situation: Ich melde, daß ich auf Grund meines einmonatigen Aufenthaltes in dem Kärntner Grenzraum, auf Grund meiner persönlichen Wahrnehmungen, auf Grund der Orientierung durch den Generalbevollmächtigten Vikar Smodej, auf Grund zahlreicher persönlicher Vorsprachen, auf Grund der Verhandlungen mit den Vertretern der Gegenpartei, dann auf Grund der Zeitungsnachrichten des eigenen und feindlichen Lagers folgenden Überblick über die Situation gewonnen habe: Unter dem überwiegenden Teile der Bevölkerung des Kärntner Territoriums, speziell südlich der Linie Hermagor—Villach—Feldkirchen—St. Veit—St. Johann am Brückl—St. Paul, macht sich das dringende, durch keine andere Rücksicht einschränkbare Bedürfnis nach ehester, klarer Unterstellung unter die südslawische Staatsoberhoheit offenkundig bemerkbar.

Ausnahmen in diesem geographischen Gebiete bilden die Stadt Klagenfurt und die Stadt Villach, wo unter dem moralischen und materiellen Zwange, dann unter der Einwirkung ränkevoller Überredungskünste der derzeit noch geltenden deutschnationalen Machthaber der slowenische Teil der Bevölkerung durch Drohungen und offenkundige Gewaltsamkeiten eingeschüchtert ist und die Stunde der Befreiung mit aller Sehnsucht erwartet. Der Freistaat Südslawien, auf rein demokratischer Basis ruhend, hätte in dem Sinne des ersten Grundsatzes der Demokratie, das ist des Zubekenntnisses zu den Menschheitsrechten, die unbedingte Pflicht, mit allen Kräften die unverzügliche Einverleibung dieses unerlösten Gebietes in das heilige Territorium der Jugoslavija durchzuführen, eine Forderung, die von dem Volke einmütig verlangt wird und der sich demnach die Regierung nicht verschließen darf. Die eheste Besetzung des Kärntner Territoriums inklusive der genannten Demarkationslinie und die darauffolgende eheste Übernahme dieser Gebiete durch die jugoslawischen Verwaltungs- und Verkehrsbehörden ist daher dringend geboten. Mit Ausnahme des Territoriums der beiden angeführten Städte wird eine eigenerseits eingeleitete militärische Besetzung im wesentlichen ohne besondere Friktionen durchgeführt werden können.

Die militärische Kraft von Villach ist mit zirka 500 Mann, die von Klagenfurt mit zirka 1000 Mann und zwei Batterien einzuschätzen.

Der Militärkommandant von Kärnten, Oberstleutnant Hülgerth, hat anscheinend unter den gegenwärtigen anarchistischen Verhältnissen die militärische Kommandogewalt verloren und bekleidet seine Stelle lediglich als Ehrenamt.

Die wahre Gewalt ruht in den Händen des Soldatenrates, der Deutschradikalen und der anarchistischen Elemente.

Ich erlaube mir daher, die hohe Regierung Südslawiens in Laibach auf Grund meiner persönlichen Überzeugung zur ehesten Besitznahme des Kärntner Territoriums südlich der schon einmal genannten Linie einzuladen."

Die folgenden Ereignisse zeigten, daß Lavrič von seinen Gewährsmännern falsch unterrichtet worden war, daß er die gesamte Lage und namentlich die politischen Verhältnisse ganz unrichtig beurteilte und seine Schlußfolgerungen somit auf unrichtigen Voraussetzungen beruhten.

Der lange geplante Vorstoß gegen Klagenfurt ging nicht von Ferlach über Hollenburg, sondern von Völkermarkt über Grafenstein (zirka 15 Kilometer östlich von Klagenfurt). Am 14. Dezember abends traf in Grafenstein ein südslawisches Halbbataillon mit 7 Offizieren, 300 Mann und einigen Maschinengewehren ein, ohne daß in Grafenstein oder dessen

Umgebung irgendein Anlaß dazu gegeben worden wäre. Wie sich später herausstellte, waren es 6 Offiziere und zirka 200 Mann kriegsgefangene Serben und 1 Offizier und 100 Mann Slowenen. Sie äußerten sich der Bevölkerung gegenüber, daß sie am 15. nach Klagenfurt marschieren werden. Die bei St. Peter stehende Kärntner Feldwache wurde überrannt, die bei der Annabrücke von einer serbischen Abteilung unter der ortskundigen Führung eines einheimischen Verräters von rückwärts überrascht und mit Handgranaten zersprengt.

Der Landesbefehlshaber faßte den Entschluß, dieses südslawische Halbbataillon mit einigen Abteilungen der Volkswehr aus Klagenfurt beim Morgengrauen des 15. zurückzuwerfen. Bei der Durchführung dieses Angriffes wurde es nach kurzem Kampfe nahezu vollständig gefangen, entwaffnet und interniert. Der Kommandant wurde nach Klagenfurt geführt, wo mit ihm beim Präsidium des Landesausschusses die Sachlage erörtert wurde. Er konnte sich nur mit einer Personallegitimation eines slowenischen Kommandos in Laibach ausweisen und weder einen Besetzungsbefehl der Belgrader Regierung, geschweige denn einen solchen von der Entente vorweisen. Das ganze Halbbataillon wurde darauf mit der Bahn über Wiener-Neustadt nach Serbien zurückbefördert. Der Verlauf des Gefechtes ist aus Beilage 3 zu ersehen.

Die entschlossene Abwehr des Überfalles auf Grafenstein wurde von der Bevölkerung mit geteilten Gefühlen aufgenommen. Die einen freuten sich und waren gehobenen Mutes, die anderen waren ängstlich und fürchteten die nun zu erwartende Strafe der Entente. Sie bedachten nicht, daß es nicht Art der Entente sein könne, bei Nacht und Nebel in einen Ort zu marschieren, Kärntner Feldwachen von rückwärts auf Schleichwegen zu überfallen und mit Handgranaten zu bearbeiten. Die Entente hatte nach dem Waffenstillstandsvertrage vom 3. November das Recht, Orte Österreichs nach Belieben zu besetzen. Wenn sie Klagenfurt hätte besetzen wollen, so hätte es nicht des Umweges über Völkermarkt und Grafenstein und nicht des Überfalles bei Nacht bedurft. Die ganze Unternehmung war zweifellos nichts anderes als ein Überrumpelungsversuch der slowenischen Nationalregierung in Laibach. Die erfolgreiche Abwehr befreite Klagenfurt von einer schweren Gefahr, nahm von der Bevölkerung den Druck, der von dem Worte „Ententetruppen" ausgegangen war, und gab den führenden Männern in Kärnten die Freiheit des Handelns.

3. Nutzloser Notenkampf.

Die Schlappe der Südslawen bei Grafenstein führte zu einem lebhaften Notenwechsel zwischen Klagenfurt und Wien einerseits, Laibach ander-

seits. Die Laibacher Nationalregierung, obwohl selbst Angreifer, spielte die Rolle des unschuldig Angegriffenen und protestierte schon am 16. Dezember unter vollständiger Verdrehung der Tatsachen gegen den Angriff „auf die zum Schutze der Sicherheit und Ordnung nach Grafenstein gesandte serbische Militärabteilung, also eine Ententetruppe“ und gegen dieses „sowohl die Waffenstillstandsbedingungen (vom 3. November), als auch besondere Vereinbarungen gröblich verletzende Vorgehen“. Eine ähnliche Darstellung der Vorfälle bei Grafenstein wurde durch das Laibacher Korrespondenzbureau verbreitet. Die Kärntner Landesregierung verwahrte sich gegen diese bewußten Entstellungen und Irreführungen in einer scharfen Note vom 17. Dezember, in der sie darauf hinwies, daß Ruhe und Ordnung bis zum Einmarsche der Südslawen in Grafenstein vollkommen ungestört waren und es sich nicht um Ententetruppen handeln könne. Im übrigen erklärte sich die Landesregierung auch jetzt zu Verhandlungen bereit. Die Laibacher Nationalregierung wußte auf die Feststellungen der Kärntner Landesregierung nichts zu erwidern, sondern teilte am 19. verlegen mit, sie werde die Note vom 17. nicht beantworten, da dies Sache der serbischen Regierung als einer Ententeregierung sei. Zugleich verlangte sie gewissermaßen zur Strafe für den Widerstand, den sie bei Grafenstein gefunden hatte, daß einer „serbischen“ Abteilung, die angesagt nach Grafenstein kommen und dort bleiben werde, die Waffen der gefangengenommenen serbischen Truppen ausgefolgt, die deutschösterreichischen Besatzungen östlich der Gurk bis einschließlich Klein-St. Veit zurückgezogen werden und ein fünf Kilometer westlich der Gurk liegender Streifen als neutrales Gebiet anerkannt werde. Dieses Verlangen wurde von der Kärntner Landesregierung selbstverständlich nicht zur Kenntnis genommen. Vielmehr kennzeichnete diese ihren Standpunkt in einer Note vom 24. Dezember neuerdings dahin, daß Kärnten mit Ausnahme der Gemeinde Seeland bis zur Feststellung der Staatsgrenzen durch den Friedenskongreß unter Gebietshoheit des deutschösterreichischen Staates stehe und daher die Laibacher Regierung kein Recht zu militärischen Maßnahmen und Eingriffen in die Verwaltung des Landes habe.

Am gleichen Tage ließ die Laibacher Nationalregierung eine umfangreiche Denkschrift nach Klagenfurt ergehen, in welcher sie der Kärntner Landesregierung jedes Recht, sich um die Verwaltung der slowenischen Landesteile zu kümmern, absprach und gegen einzelne namentlich angeführte Vorfälle protestierte. Die Kärntner Landesregierung erwiderte am 8. Jänner mit einer ausführlichen Gegendenkschrift, worin sie die Vorwürfe der Gegenseite Punkt für Punkt widerlegte und das gewaltsame, imperialistische, gegen den Willen der Bevölkerung gerichtete Vorgehen der

Laibacher Nationalregierung, die Drangsalierungen der Deutschen und der deutschfreundlichen Slowenen und die Verwirrung und Unordnung, welche durch die Entfernung der alten Verwaltungsbehörden im besetzten Gebiete entstanden war, schilderte.

Da aber infolge der unversöhnlichen Haltung der Laibacher Nationalregierung eine Verständigung unmöglich und ein weiterer Notenwechsel daher zwecklos war, so richtete die Kärntner Landesregierung an das Staatsamt für Äußeres die Bitte, die Denkschrift den neutralen und den Ententeregierungen zur Kenntnis zu bringen und Schritte zu tun, um die Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission nach Kärnten zu erwirken. Weitere Bemühungen in dieser Hinsicht wurden durch die Ereignisse überholt.

4. Die Volkserhebung im Lavanttal und die Befreiung des Gail- und Rosentales.

Mittlerweile war die Erregung in den von den Südslawen besetzten Landesteilen infolge der zunehmenden Bedrückung der deutschen und deutschfreundlichen Bevölkerung von Tag zu Tag größer geworden. Immer mehr drang im Volke die Überzeugung durch, daß dem unerträglichen Zustande nur durch Waffengewalt ein Ende gemacht werden könne.

Am 20. Dezember kam es beim Birbaumer, 13 Kilometer nordöstlich von Völkermarkt, zu einem Zusammenstoße zwischen einer Feldwache der Bauern von Pustritz und einer südslawischen Abteilung, in dessen weiterem Verlauf auf der südslawischen Seite auch Geschütze verwendet und ein großer Stadel in Brand geschossen wurden. Die Kärntner Bauern mußten wegen Mangels an Munition auf den Schönweger Rücken zurückgehen. Es war dies die erste, nicht mit Zutun von außen, sondern aus reinem Freiheitsdrang erfolgte Erhebung in Kärnten.

Zwischen Ferlach und Hollenburg wurde in diesen Tagen fast täglich Infanterie- und Maschinengewehr-, manchmal auch Artilleriefeuer gewechselt, bei Trixen und Reinegger (nordwestlich von Völkermarkt) kam es wiederholt zu Patrouillenzusammenstößen.

Für die Weihnachtsfeiertage (24.—27. Dezember) wurde auf Veranlassung der beiden Bischöfe von Klagenfurt und Laibach ein Waffenstillstand geschlossen. Während dieser Zeit fanden zwischen der Laibacher Nationalregierung und dem Präsidium des Kärntner Landesausschusses Vorbesprechungen statt, um neuerliche Verhandlungen herbeizuführen. Der vereinbarte Waffenstillstand wurde aber am 26. Dezember von einer südslawischen Patrouille unter Führung eines Leutnants gebrochen, indem diese Patrouille die Lavantbrücke bei Ettendorf (sechs Kilometer südöstlich

von St. Paul) überschritt. Es kam in Ettendorf zu einem Kampf, in dem der Leutnant gefangengenommen wurde. Als die Meldung hierüber in St. Paul eingetroffen war, ging ein Teil der dortigen südslawischen Besatzung nach Ettendorf ab und hielt dort Strafgericht über die am Kampfe beteiligt gewesenen Bewohner. Auf das hin bemächtigte sich der ohnehin schon auf das äußerste erbitterten Bevölkerung des mittleren Lavanttales eine derartige Erregung, daß von Oberleutnant Maierhofer, Kommandanten des in Aufstellung begriffenen Wolfsberger Volkswehrbataillons, der Plan gefaßt wurde, noch in derselben Nacht die Slowenen aus dem Tale zu vertreiben. Der Plan wurde auch ausgeführt und der größte Teil der südslawischen Besatzung gefangengenommen. Am 27. Dezember 1918 vormittags war St. Paul wieder deutsch. Die Lavanttaler gingen hierauf bis südlich Lavamünd vor. Eine Besetzung von Unterdrauburg wurde zwar versucht, aber nicht durchgeführt, da hiezu leider die Kräfte fehlten. Dieser Kampf hatte zur Folge, daß die Laibacher Nationalregierung weitere Vorbesprechungen zu den geplanten Verhandlungen ablehnte.

Das entschlossene, tatkräftige Handeln der Lavanttaler wirkte zündend auf die ohnehin schon stark erregte und kampflustige heimattreue Bevölkerung. Im Gailtal und in der Umgebung von Villach, besonders in den Gemeinden Maria Gail und Finkenstein, wurde die Stimmung äußerst erregt, weil die südslawische Besatzung in Arnoldstein den Eisenbahnverkehr von Villach ins Gailtal mit allerlei raffiniert ausgedachten Schikanen erschwerte und den Wagenverkehr aus dem für die Approvisionierung Villachs besonders wichtigen Raume von Maria Gail—Finkenstein—Fürnitz nach Villach sperrte.

Die Stimmung und Kampflust der Bevölkerung, der Ausbau der Volkswehr und die Anmeldung zu Freiwilligenformationen waren zu der Zeit so weit gediehen, daß der Landesbefehlshaber von Kärnten daran denken konnte, die Jugoslawen, wenn schon nicht aus ganz Kärnten, so doch wenigstens aus dem Rosental und aus Völkermarkt hinauszudrängen. In dieser Erkenntnis wurde der Plan gefaßt, in der ersten Jännernacht nach dem aus der Beilage 4 ersichtlichen Plan anzugreifen. Wäre er gelungen, so wäre auch Ferlach in den nächsten Tagen leicht zu nehmen gewesen. Voraussetzung für die Durchführung dieses Planes war natürlich die Kündigung des mit Major Lavrič geschlossenen Vertrages. In Villach entstanden jedoch verschiedene Schwierigkeiten, so daß der geplante Angriff vom 1. auf den 2. Jänner nicht stattfinden konnte und daher das ganze Unternehmen unterbleiben mußte.

Der Vertrag mit Major Lavrič wurde aber trotzdem am 2. Jänner

1919 vom Landesbefehlhaber gekündigt, da möglicherweise die erbitterte Bevölkerung sonst eigenmächtig und ohne Rücksicht auf den Vertrag zur Selbsthilfe geschritten wäre. Dadurch hätten sich die für den Kampf begeisterten Freiwilligen nur in zusammenhanglosen Teilkämpfen zersplittert und verbraucht; Unlust zu weiteren Kämpfen wäre die unausbleibliche Folge gewesen.

Am 3. Jänner erhielt der Landesbefehlshaber aus Nötsch im Gailtale von dem zur Organisation der Erhebung dorthin entsandten Offizier die Meldung, daß alles zum Angriff auf Arnoldstein vorbereitet sei und dieser zweifellos gelingen werde. Durch einen Kurier sandte der Landesbefehlshaber die Weisung nach Nötsch, den Angriff ehestens durchzuführen, in der Hoffnung, daß ein Erfolg in Arnoldstein und ein darauffolgendes Vorgehen der Gailtaler nach Fürnitz auch die Schwierigkeiten in Villach überwinden werde.

Gleichzeitig wurden alle Vorbereitungen getroffen, um die Brücke von Rosegg zu nehmen und von dort nach Rosenbach vorzustoßen. Von Klagenfurt wurden Geschütze und von Villach die Maria Gailer Freiwilligen nach Velden verschoben.

Ende Dezember 1918 standen dem Landesbefehlshaber zur Verfügung:

in Klagenfurt: die Volkswehrbataillone Nr. 1, 2 und 3, die Volkswehrkompagnie Jäger Nr. 8, die Volkswehr-Reiterabteilung, die Volkswehr-Artillerieabteilung, die Volkswehr-Soldatenwache (ehemalige Miltärpolizei) und die Kärntner Fliegerkompagnie;

in Velden: die Kärntner Marinekompagnie und eine Volkswehrkompagnie in Aufstellung;

in Villach, Spittal, St. Veit und Wolfsberg je ein Volkswehrbataillon in Aufstellung, jedes mit einigen Teilen verwendungsfähig;

im Gailtal eine Volkswehrkompagnie in Aufstellung.

Alles zusammen standen am Papier beiläufig 2500 Mann. Davon waren für einen Kampf ausgerüstet und verwendbar rund 600 Feuergewehre, 25 Maschinengewehre und 6 Geschütze.

Außerdem hatten sich zahlreiche Freiwillige zum Kampfe gemeldet. Die diesbezüglichen Zahlenangaben schwankten sehr bedeutend. Mit bestimmten und verläßlichen Zahlen war ebenso wie bei der Volkswehr nicht zu rechnen, da zur Aufstellung fester und geordneter Verbände die Zeit gefehlt hatte.

Diesen Kärntner Truppen standen auf südslawischer Seite gegenüber:

in Völkermarkt: beiläufig 600 Mann (mit wenigstens 14 Maschinengewehren) und 6 Geschütze;

in Kühnsdorf und Umgebung: beiläufig 80 Mann;

in Ferlach (nach einem erbeuteten Standesausweise): 377 Mann, 9 Maschinengewehre und 2 Geschütze;

in Rosenbach (nach einem erbeuteten Standesausweise): 320 Mann und 8 Maschinengewehre, und

in Arnoldstein: beiläufig 80 Mann;

alles zusammen beiläufig 1200 bis 1300 Mann, wenigstens 31 Maschinengewehre und 8 Geschütze.

Die Gailtaler (Volkswehr und Freiwillige) griffen am 5. Jänner 1919 beim Morgengrauen Arnoldstein an, nahmen nach kurzem, aber heftigem Kampfe die dortige südslawische Besatzung gefangen und rückten bis Fürnitz vor. (Siehe Beilage 5.)

Das Villacher Volkswehrbataillon übernahm nun auch wirklich den von den Gailtalern erkämpften Raum bei Fürnitz, während die Gailtaler Volkswehr die Sicherung am Wurzenpaß übernahm und die Gailtaler Freiwilligenabteilungen in ihre Heimat zurückkehrten.

Noch am selben Tage drang das Villacher Volkswehrbataillon bis in die Gegend östlich des Faakersees vor. Ein Versuch einer kleineren Abteilung, bis Rosenbach vorzudringen, mißlang.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Jänner ließ der Landesbefehlshaber durch die in Velden stehende Gruppe die von südslawischen Truppen besetzte Brücke von Rosegg stürmen und dann gegen Rosenbach vorgehen. Vormittags war die Station Rosenbach in Kärntner Besitz. Die Gruppe Velden vereinigte sich in Rosenbach mit einem Teile des Volkswehrbataillons Villach und beide hielten nun gemeinsam mit verschiedenen Freiwilligenabteilungen den Bahnhof Rosenbach. Den südslawischen Truppen war es gelungen, sich am Nordausgange des Rosenbacher Tunnels festzusetzen und sich allen Kärntner Angriffen gegenüber zu halten.

Der vom Landesbefehlshaber geplante Angriff auf Völkermarkt mußte wegen Unstimmigkeiten in St. Veit aufgegeben werden. Dafür war es im Abschnitte Hollenburg möglich, am Abend des 7. Jänner die Hollenburger Brücke zu nehmen, die Truppen während der Nacht am Südufer der Drau zum Angriff auf Ferlach zu gruppieren und am 8. früh Ferlach zu nehmen. Ein Teil der Gegner wurde gefangen, ein anderer entkam über das Gebirge. Major Lavrič wurde am 7. abends schwer verwundet gefangengenommen, sein Adjutant blieb tot am Platze.

Bei all diesen Kämpfen seit der Einnahme von St. Paul wurden 10 Offiziere und 172 Mann des Gegners gefangengenommen, 2 Geschütze und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Die südslawische Besatzung in Völkermarkt scheint von dem geplanten Angriffe Nachricht bekommen zu haben, denn am 10. Jänner nahm sie

ihre nach Griffen, Trixen und Tainach vorgeschobenen Abteilungen in eine engere Brückenkopfstellung um Völkermarkt zurück, worauf unsere Abteilungen nachfolgten. Der Landesbefehlshaber versuchte zwar einen überraschenden Angriff auf Völkermarkt durchzuführen. Die Überraschung war aber infolge verschiedener mißlicher Umstände und wegen des seit Neujahr andauernden Regens und Schneefalles nicht möglich, da man nicht viel weiter als bis zum Antreten zum Angriffe kam. Es gelang lediglich bis zum 13. früh, die bei der Steiner Eisenbahnbrücke am Westufer der Drau stehende südslawische Abteilung über die Drau zurückzuwerfen und nördlich davon in die Linie Tainach—Rack—Trixen—Sankt Stefan—Haimburg Hirschenau—Dürrnwirt vorzukommen.

Immerhin war dadurch endlich eine weit kürzere Verbindung in das Lavanttal hergestellt und die bis dahin bestehende große Lücke von der Reinegger Brücke bis Schönweg ausgeschaltet. An einen planmäßigen Angriff auf Völkermarkt konnte damals noch nicht gedacht werden. In diesen Kämpfen seit 27. Dezember hatten die Kärntner Truppen einen Verlust von 26 Toten.

Am 13. Jänner, 8 Uhr früh, trat der von der Laibacher Nationalregierung und dem Präsidium des Kärntner Landesausschusses mittlerweile geschlossene Waffenstillstand in Kraft. Bald darauf begannen die Verhandlungen in Graz.

Die beiderseitige Lage Mitte Jänner zeigt die Beilage 6.

Die Abwehrkämpfe im Dezember 1918 und im Jänner 1919 wurden für die weitere Entwicklung der Kärntner Frage von entscheidender Bedeutung. Von Kärntner Seite war die Überzeugung vertreten worden, nicht nur die deutsche Bevölkerung der gemischtsprachigen Landesteile, sondern auch die Mehrheit der Kärntner Slowenen sei gegen eine Loslösung von Kärnten und gegen einen Anschluß an den südslawischen Staat. Allein diese Ansicht, so begründet sie auch war, hatte außerhalb Kärntens nicht den entsprechenden Widerhall gefunden. Nun aber hatten nicht bloß die deutschen Lavanttaler, sondern auch die slowenischen Gail- und Rosentaler, die slowenischen Bewohner der Umgebung von Völkermarkt und die Volkswehr, die selbst wieder zum großen Teil aus Slowenen bestand, zu den Waffen gegriffen. So lieferten die Abwehrkämpfe den unwiderleglichen Beweis, daß die Bevölkerung der von Südslawien verlangten Gebiete ihren Nacken auf keinen Fall einer Fremdherrschaft beugen wolle. Die Kunde davon drang hinaus weit über Kärntens Berge und lenkte die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit auf das kleine Land, das der großen Welt bisher sozusagen unbekannt geblieben war und nach einem so furchtbaren viereinhalbjährigen Kriege seine Freiheit und sein

Selbstbestimmungsrecht so mutig verteidigte. Die Jännerkämpfe gaben auch den Anlaß, daß eine amerikanische Kommission nach Kärnten kam, ein Erfolg, den man erst später voll zu schätzen lernte.

VII. Die Verhandlungen in Graz und die amerikanische Kommission.

Mit wachsender Wut hatte die Laibacher Presse die Vorgänge in Kärnten verfolgt. Die Nationalregierung wurde mit Vorwürfen überschüttet, daß sie Villach und Klagenfurt nicht gleich anfangs besetzt und so das Beispiel der Tschechen nachgeahmt habe. Nur so, hieß es, sei die Kärntner Frage zu lösen gewesen, denn sie sei eine harte Nuß, deren Kern auszulösen eine große Kunst sei. „Slovenski Narod" vom 15. Jänner 1919 forderte offen, daß das slowenische Volk der Entente noch vor Eröffnung des Friedenskongresses den Beweis erbringe, daß es mächtig genug sei, sich selbst durchzusetzen.

In Kärnten dagegen hoffte man, daß die Laibacher Nationalregierung, nachdem sie gerade von der Bevölkerung der beanspruchten Gebiete eine so eindeutige Ablehnung erfahren hatte, vielleicht doch einer friedlichen Lösung zugänglich sein werde. Sofort nach der Befreiung des Rosentales schickte daher die Kärntner Landesregierung einen Parlamentär über Marburg nach Laibach, welcher dort anzufragen hatte, ob die Nationalregierung nunmehr bereit wäre, in Verhandlungen einzutreten. Die Nationalregierung verlangte, daß die Feindseligkeiten auf beiden Seiten sofort eingestellt werden, womit die Kärntner Landesregierung einverstanden war. Zugleich erklärte das Wiener Staatsamt des Äußern in einer Depesche an das Präsidium der Laibacher Nationalregierung, jederzeit bereit zu sein, durch Einleitung von Verhandlungen den Kämpfen in Kärnten ein Ende zu machen und unverrückt am Rechtsstandpunkte festzuhalten, daß bis zur Entscheidung durch den Friedenskongreß nur provisorische Demarkationslinien vereinbart werden könnten.

Am 14. Jänner begannen die Verhandlungen in Graz. Dank dem Entgegenkommen der Kärntner Unterhändler schienen sie nach anfänglichen Schwierigkeiten ein gutes Ende nehmen zu wollen. Allein die Laibacher Nationalregierung lehnte die in Graz bereits erreichte Verhandlungsbasis rundweg ab. Schon schickten sich die Unterhändler an, unverrichteter Dinge nach Hause zurückzukehren. Da griffen Amerikaner in die Verhandlungen ein.

Seit Anfang Jänner befand sich nämlich eine amerikanische Studienkommission unter Leitung Professor Coolidges in Wien. Da nun das österreichische Staatsamt des Äußern im Einvernehmen mit der Landesregierung in Klagenfurt schon bald nach dem Eintreffen dieser Kommission eine Reise in die strittigen Gebiete Kärntens angeregt hatte, sandte Professor Coolidge den ihm zugeteilten Oberstleutnant Miles und dessen Adjutanten Leutnant King mit dem Auftrage nach Graz, den Waffenstillstandsverhandlungen zu informativen Zwecken beizuwohnen. Als nun die Verhandlungen zu scheitern drohten, machte Oberstleutnant Miles, vorbehaltlich der Zustimmung seines Chefs, folgenden Vorschlag:

„Eher als zuzulassen, daß der bestehende Waffenstillstand abgebrochen und ein bereits verwüstetes Land neuerlich nutzlosen Kämpfen ausgesetzt werde, mache ich, die Zustimmung des Professors Coolidge, des Chefs unserer Delegation, sowie der kompetenten Stellen beider Teile vorausgesetzt, folgenden Vorschlag. Ich schlage dies vor, weil Feindseligkeiten keiner Seite in der gegenwärtigen Streitfrage helfen können, da die endgiltigen Grenzen zwischen den beiden Ländern in Paris nach großen Richtlinien niedergelegt werden und nicht auf Grund der augenblicklichen Besetzung irgendeines Teiles des Landes durch kleine bewaffnete Abteilungen.

Ich schlage vor:

1. daß ich und Leutnant King uns nach Kärnten begeben, und zwar begleitet von einem Repräsentanten jeder Partei, und daß wir nach dem Studium der Frage an Ort und Stelle die administrative Demarkationslinie festsetzen;

2. daß beide Parteien in der gegenwärtigen Streitfrage vor unserer Abreise ihre schriftliche Zustimmung dazu erklären, daß sie sich unserer Entscheidung bezüglich der obigen Demarkationslinie fügen und daß sie den bestehenden Waffenstillstand unter Rücksicht auf diese Linie bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz in Paris einhalten werden.

Keine Partei soll das Recht haben, den Waffenstillstand unter irgendeinem Vorwande zu kündigen;

3. daß es von allen Seiten festgehalten werde, daß die von uns festzusetzende Demarkationslinie nur provisorisch ist, und zwar nur für die Dauer der Friedenskonferenz, und daß sie in gar keiner Weise bestimmen soll, wo die endgiltige Grenze zwischen den beiden Ländern verlaufen wird, noch irgendwie einer der Parteien in ihren in Paris vertretenen Ansprüchen mit Bezug auf die zukünftige Grenze präjudizieren soll;

4. daß keine neutrale Zone festgelegt werden soll, und zwar aus dem Grunde, weil eine solche Zone unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht überwacht werden könnte und eine Verletzung ihrer Neutralität stets

sowohl von der einen wie von der anderen Seite vermutet werden und so zu weiteren Mißhelligkeiten führen könnte, anstatt sie zu vermeiden;

5. daß die Demarkationslinie, wie sie oben erwähnt ist, von uns in der Weise festgelegt werden soll, daß soweit als möglich die Wünsche der Bevölkerung mit Bezug auf deren künftige nationale Zugehörigkeit berücksichtigt werden, vor allem aber in der Art, daß gegenwärtig eine klare, jeden Irrtum ausschließende geographische Linie zum Zwecke der provisorischen Abgrenzung zwischen den beiden Verwaltungsgebieten festgelegt werde.

Da Übereinstimmung darüber besteht, daß diese Linie nicht die endgiltige Grenze darstellt, sondern nur die Trennungslinie zweier Verwaltungsgebiete bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz, so ist es klar, daß bei deren Festlegung kein Versuch gemacht zu werden braucht, sich allen Details der schwierigen Nationalitätenfrage anzupassen, daß aber anderseits diese Linie die Frage in großen Zügen berücksichtigen muß und vor allem, daß sie durch die natürlichen geographischen Bedingungen des Terrains so klar definiert ist, daß kein Irrtum sich hierüber ergeben werde.

Die Anwendung dieser bisher festgelegten Grundsätze bei Festlegung der Linie bleibt Oberstleutnant Miles und Leutnant King überlassen und ihre Entscheidung ist endgiltig."

Professor Coolidge genehmigte diesen Vorschlag, behielt sich jedoch den endgiltigen Vorschlag über die Demarkationslinie, der vereinbarungsgemäß von beiden Parteien anerkannt werden mußte, vor und teilte Oberstleutnant Miles zwei der amerikanischen Studienkommission angehörige Professoren als Sachverständige zu, den Professor der physischen Geographie an der Wisconsin-Universität in Madison, Lawrence Martin, und den Professor für slawische Sprachen, R. G. Kerner, der auch die slowenische Sprache beherrscht.

Die Laibacher Vertreter zögerten anfangs mit der Zustimmung, weil sie es offenbar nicht wünschten, daß die Amerikaner durch persönlichen Augenschein genauen Einblick in die Kärntner Verhältnisse gewinnen und die wahre Stimmung der Bevölkerung erfahren, gaben aber schließlich den Widerstand auf. Am 22. Jänner wurde der Vorschlag Miles' von beiden Parteien angenommen. Das von Jakob (Freiherrn von) Reinlein, Fregattenkapitän A. Peter als Vertretern der Kärntner Landesregierung, Konsul Max (Ritter von) Hoffinger als Vertreter des deutschösterreichischen Staatsamtes für Äußeres, dann Generalkommissär Franz Smodej, Major von Andrejka und Dr. Žerjav, Vizepräsidenten der Laibacher Nationalregierung, als Vertretern der südslawischen Regierung in Laibach unterfertigte Protokoll besagt:

„Im Sinne des Vorschlages des amerikanischen Oberstleutnants Miles unterwerfen sich beide Parteien der Entscheidung desselben bezüglich der vorläufigen Abgrenzung der beiderseitigen Verwaltungs- und Besetzungsgebiete in Kärnten bis zur endgiltigen Entscheidung der Grenzfrage durch die Friedenskonferenz und verpflichten sich, bis zu diesem Zeitpunkte den Waffenstillstand einzuhalten und auf jede Kündigung desselben zu verzichten. Es besteht ferner Einverständnis darüber, daß die Bestimmung der Demarkationslinie durch Oberstleutnant Miles nur in dem Gebiete zwischen der von den italienischen Truppen besetzten Linie im Westen bis zur kärntnerisch-steirischen Landesgrenze im Osten erfolgen wird."

Nachdem Miles von beiden Parteien Akten, Karten und sonstige Behelfe zur Begründung der beiderseitigen Ansprüche entgegengenommen hatte, fuhr die Kommission am 27. Jänner von Graz nach Marburg. Hier ereignete sich jene bekannte südslawische Schreckenstat, die allgemeines Entsetzen hervorrief: südslawische Soldaten schossen in die wehrlose deutsche Menge hinein, die erschienen war, um vor den Amerikanern ihr Deutschtum zum Ausdrucke zu bringen. 10 Tote und 60 Verwundete blieben auf dem Platze.

Am 28. Jänner fuhr die Kommission weiter über Unterdrauburg—Lavamünd—Griffen—Völkermarkt nach Klagenfurt. Da das Eintreffen der Kommission in Kärnten schon für den 27. erwartet wurde, an diesem Tage aber nicht erfolgte, so war ihre Ankunft am 28. überraschend. Trotzdem fanden sich überall Leute ein, um ihren unbedingten Willen, bei Kärnten zu bleiben, zum Ausdrucke zu bringen. In Lavamünd, das damals bereits frei war, wurde eine von 1860 Personen unterschriebene Erklärung gegen den Anschluß an Südslawien überreicht. In Griffen, das gleichfalls frei war, hatten sich tags zuvor etwa tausend Personen eingefunden, um die Amerikaner zu erwarten. Da sie nicht kamen, wurde eine eindrucksvolle Entschließung gefaßt, die so recht die Stimmung der gemischtsprachigen Bevölkerung zum Ausdrucke bringt und lautet:

„Wir am 27 Jänner 1919 am Platze zu Griffen versammelten deutschen und slowenischen Bürger und Bürgerinnen der Ortsgemeinden Griffen und Pustritz bekunden hiemit vor Gott und aller Welt frei und unbeeinflußt unseren festen und unbeugsamen Willen, wie bisher auch in aller Zukunft offen und treu an unserem lieben gemeinsamen Heimatlande Kärnten festzuhalten.

Wir legen ebenso feierlich wie entschieden den schärfsten Protest dagegen ein, daß unser liebes, teures Kärntnerland, das uns Deutschen und Slowenen seit Jahrhunderten schon eine gemeinsame treue Mutter war, durch fremde Gewalt zerrissen und zerstückelt und die von uns bewohnten

Gebiete einem südslawischen Reich angegliedert werden, von dem uns alles trennt, was Menschen auf Erden trennen kann.

Wir wollen alle, Deutsche wie Slowenen, daß die südlichen Grenzberge Kärntens, auf die wir täglich blicken und die das Kärntnervolk einig und treu so oft gegen seine Feinde verteidigt hat, auch ferner die südliche Schutzmauer unseres Landes bleiben, als welche sie Gottes Allmacht und das Walten einer unermeßlichen Natur geschaffen haben.

Wir legen ebenso einig wie entschieden dagegen Verwahrung ein, daß volksfremde Hetzer und Gewalthaber unter dem Vorwande der „Befreiung" der Kärntner Slowenen unser friedliches und einiges Kärntnervolk zersplittern, knechten und entrechten, sowie uns mit Gewalt den südslawischen Völkern anschließen, von denen uns nicht nur Blut, Sprache und Sitten, sondern vor allem unser Seelenleben und Gemüt himmelweit scheiden. Nicht bezwungene und geduldete Mitglieder eines von uns durch einen natürlichen Grenzwall getrennten, wirtschaftlich wie verkehrspolitisch fremden Staatsgebildes und unterworfene Brüder von uns blut- und sprachenfremden Völkern wollen wir sein, sondern wie bisher wollen wir bleiben ein freies, einiges, arbeitsames und heimattreues Kärntnervolk!

Wir bestehen als ein wenn auch gemischtsprachiges, so doch einiges und durch vielfache Bande der Blutsverwandtschaft, der Liebe, Freundschaft und Treue, durch Gebräuche, Sitten und Gemütsleben seit Jahrhunderten verbundenes Volk nicht nur auf dem Rechte der Selbstbestimmung, sondern vor allem auch auf dem Rechte gegenseitiger Achtung, auf welchen beiden Grundlagen allein der uns allen vom Herzen erwünschte Völkerfriede aufgebaut werden und dauernd bestehen kann.

In diesem Sinne sagen und fordern wir: ‚Kärnten den Kärntnern und Hände weg von unserer Heimat und unserem Volke!'"

Als am folgenden Tage die Amerikaner im Markte Griffen wirklich erschienen, wurde die Entschließung in Anwesenheit von etwa 300 bis 400 Personen, meist Slowenen, überreicht. Als der Vertreter der Südslawen fragte, welche Leute slowenisch sprechen, erhoben sich viele Hände; als er aber an sie die Frage stellte, ob sie sich nicht zum südslawischen Staate bekennen wollten, brach ein Sturm los: „Nicht Südslawen wollen wir sein!" hieß es, „Heil Kärnten! Heil Deutschösterreich!". In Ruden, Trixen, Diex und Haimburg zeigte sich dasselbe Bild, obwohl auch diese Orte fast rein slowenisch sind. In Haimburg wurde die Kommission von einer mehrhundertköpfigen Menge durch den Leitspruch des Kärntner Sängerbundes begrüßt: „Vom Tal bis an die Gletscherwand tön' deutsches Lied im Kärntnerland!" In Völkermarkt empfing die Kommission zuerst die Slowenen, hernach die Deutschen. Diese überreichten ihr eine ausführ-

liche Denkschrift, in welcher auf den rein deutschen Charakter der Stadt und die gut deutschösterreichische Gesinnung der slowenischen Bevölkerung der Umgebung, auf den wirtschaftlichen Zusammenhang der Stadt mit der Umgebung, den ausschließlichen Verkehr mit Klagenfurt und auf die Drangsalierungen der Bevölkerung durch die Südslawen hingewiesen wurde.

Am 30. Jänner fuhr die Kommission nach Köttmannsdorf, Grafenstein und bis zur Annabrücke, tags darauf nach Viktring, Keutschach, Schiefling, Augsdorf, Velden und von da über Villach nach Arnoldstein bis zur italienischen Demarkationslinie. Am 1. Februar wurde das Rosental besucht. Im fahnengeschmückten Ferlach erklärten unter anderem zwei Vertreter der Arbeiter, daß die ganze Arbeiterschaft ohne Unterschied der Sprache für Deutschösterreich sei. In St. Jakob hatte sich eine vielhundertköpfige Menge versammelt, die sich in zwei Lager teilte, von welchen das südslawische an Zahl viel geringer war. Am 3. Februar ging die Fahrt über Rosegg—St. Jakob—Ledenitzen Mallestig nach Fürnitz, am 4. ins Jauntal. Das Bild, das sich ergab, war auch hier für Deutschösterreich günstig. So erklärten sich von den Leuten, welche auf der Straße nach Völkermarkt angehalten wurden, 60 Prozent für Deutschösterreich. Mit Sehnsucht wurden die Amerikaner auch im Mießtal erwartet. Da sie nicht kamen, richteten die Arbeiterschaft von Unterdrauburg und Mieß und der alte, von den Südslawen abgesetzte Gemeindeausschuß von Gutenstein ausführliche Denkschriften an die Kommission, in welchen sie gegen die Gewaltherrschaft protestierten und um Zuteilung an ein ungeteiltes Kärnten unter Anschluß an Deutschösterreich, beziehungsweise um eine Volksabstimmung unter neutraler Leitung baten.

Auf allen diesen Fahrten waren die Amerikaner eifrig bemüht, die Bevölkerung zu überraschen und womöglich Angehörige aller Kreise zu befragen, um so ein ungetrübtes Bild über deren Stimmung zu gewinnen. „Sie fragten die Leute bei der Arbeit," schrieb „Mir" vom 7. Februar 1919, „auf der Straße, in und vor den Häusern, Kinder, Frauen, alles, was ihnen zur Beurteilung der Verhältnisse wichtig erscheint." Am 6. Februar schlossen sie ihre mühevolle, mit größter Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführte Arbeit in Kärnten ab und kehrten sie nach Wien zurück. Auf ihren Fahrten durch Kärnten wurden sie vom Fregattenkapitän Peter als Vertreter Kärntens und vom Generalkommissär Smodej, später vom Theologieprofessor Dr. Lambert Ehrlich als Vertreter der nationalen Slowenen begleitet.

Ganz Kärnten erwartete nun mit Spannung den baldigen Schieds-

spruch. Auf deutscher Seite sah man ihm mit voller Zuversicht entgegen, auf südslawischer mit innerer Unruhe und zunehmendem Unbehagen. Schon am 1. Februar veröffentlichte „Slovenski Narod“ einen Leitaufsatz in englischer Sprache, in welchem die Befürchtung ausgesprochen war, daß die Amerikaner die Wahrheit nicht erfahren würden, und ihnen geraten wurde, die Leute überhaupt nicht zu fragen und jenen, die sagen, daß sie nicht zu Südslawien kommen wollen, und die Vorteilhaftes über ihre Feinde, die Deutschen, berichten, nicht zu glauben: besser wäre es, die Berge und Flüsse mit ihren slawischen Namen zu fragen; diese würden untrüglich erzählen, daß das Recht auf südslawischer Seite stehe. Bevor noch die Amerikaner Kärnten verlassen hatten, äußerten sich südslawische Vertrauensleute, ein für Südslawien ungünstiger Schiedsspruch würde von den Südslawen gar nicht anerkannt werden; im Gegenteil würden Klagenfurt und Villach mit Waffengewalt besetzt werden. Der den Laibacher Machthabern nahestehende „Slovenec“ vom 4. Februar berichtete, die Nationalregierung habe alles Notwendige verfügt, daß für die Bestimmung der Demarkationslinie nicht die Erklärung der Bewohner, sondern die tatsächlichen ethnographischen Verhältnisse maßgebend seien. „Jugoslavija“ vom 8. Februar erklärte, daß die Meinung der amerikanischen Kommission nicht maßgebend sei; wenn man die Äußerungen des „geknechteten“ Volkes berücksichtigen würde, würde man soviel erfahren, als wenn man ein altes Weib, das in die Frühmesse gehe, fragen würde, in welchem Stile die Kirche erbaut sei; man müsse vielmehr einen Fachmann fragen; auch im vorliegenden Falle seien Fachleute — Geschichtsforscher, Ethnographen und Ökonomen — zu berücksichtigen, welchen bekannt sei, wie Dörfer und Ortschaften in wirtschaftlicher Hinsicht zusammengehörten; dies könne aber nur die Konferenz in Paris regeln, nicht aber eine Kommission, die zu den verführten und geblendeten Bauern in Kärnten komme.

Die Südslawen waren sich also bewußt, daß die Ergebnisse der amerikanischen Erhebungen für sie nicht günstig waren. Es scheint ihnen auch gelungen zu sein, sich in Paris Kenntnis vom amerikanischen Gutachten zu verschaffen. Dr. Ravnikar hat später in einer Rede vom 10. Juni nach dem Berichte des „Slovenski Narod“ vom 12. Juni 1919 unter heftigen Ausfällen gegen die Amerikaner verraten, daß Belgrad und Paris auf Drängen der Laibacher die Veröffentlichung des amerikanischen Schiedsspruches vereitelt haben. So war denn das Warten auf den Schiedsspruch vergeblich.

Die Laibacher waren aber mit der Geheimhaltung des Schiedsspruches noch nicht zufrieden, sondern suchten sogar, wie es scheint, ihm mit Hilfe der Franzosen durch einen für Südslawien günstigen zu begegnen. Am

20. Februar erschienen unangesagt zwei französische Hauptleute in Klagenfurt, um sich, wie „Slovenski Narod" vom 24. Februar berichtete, im Auftrage des Generalstabes der französischen Orientarmee an Ort und Stelle über die Verhältnisse in Kärnten zu unterrichten. Die beiden Offiziere wurden in der Kanzlei des slowenischen Rechtsanwaltes Dr. Müller beim Studium von Karten überrascht. Einen Monat später, am 19. März, traf beim Landesbefehlshaber von Kärnten ein französischer Hauptmann der „Mission de controle de Styrie-Carinthie" aus Laibach ein, welcher den Besuch dieser Mission der alliierten Mächte für die nächste Zeit ankündigte. Die Kommission sollte aus einem Oberst, acht Offizieren der alliierten Nationen und zwölf Mann bestehen, in Klagenfurt amtieren und wie die frühere amerikanische Kommission das Land bereisen, um die verschiedenen Fragen des Waffenstillstandes zu bereinigen. Doch wurde zwei Tage später dem Landesbefehlshaber vom Chef der genannten Mission mitgeteilt, daß die Reise auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei. Offenbar wurde die Sendung dieser Kommission von Laibach aus angeregt, aber schließlich von Paris wieder abgesagt, da sie ein Mißtrauensvotum gegenüber den Amerikanern bedeutet hätte.

Wenn der Schiedsspruch der Amerikaner auch nie veröffentlicht wurde, so ist ihr Gutachten doch eine wichtige, ja ausschlaggebende Grundlage für die weiteren Verhandlungen in Paris gewesen. Kärnten hatte in ihnen unparteiische Beurteiler seiner geographischen, wirtschaftlichen und nationalen Verhältnisse gewonnen, deren Wort auf der Friedenskonferenz umsomehr in die Wagschale fallen mußte, als sie persönlich ganz und gar uninteressiert waren. Daß dieses Gutachten für Kärnten günstig war, wie es ja anders nicht sein konnte, wissen wir von Dr. Ravnikar, der erzählt, die Amerikaner in Paris hätten sich auf Grund des Gutachtens der amerikanischen Kommission in die Einheit des Klagenfurter Beckens verbissen und nicht einmal die Drau, sondern die Karawanken als Demarkationslinie vorgeschlagen.

Friedensverhandlungen und neue Kämpfe.

(Vom Jänner 1919 bis 10. September 1919.)

I. Vorgänge und Zustände während des Waffenstillstandes.

(Vom 13. Jänner bis 20. April 1919.)

Die Anwesenheit der amerikanischen Kommission in Kärnten gab den bedrohten Gemeinden, soweit sie frei waren, Anlaß, im Sinne einer Anregung des deutschen Volksrates gegen die Pläne der Südslawen Stellung zu nehmen. Von 41 gemischtsprachigen — abgesehen von 36 deutschen — Gemeinden legten 31 durch ihre gewählten Gemeindeausschüsse gegen das Vorgehen der Südslawen und den Anschluß an den südslawischen Staat Verwahrung ein und erklärten sich für das Verbleiben bei Kärnten.

Ferner wurde auf Veranlassung des deutschen Volksrates unter Mitwirkung aller politischen Parteien des Landes eine Probeabstimmung in den freien, von den Südslawen beanspruchten Gemeinden vorgenommen. Diese Abstimmung dürfte die erste dieser Art nach dem Weltkriege gewesen sein. Zugelassen wurden alle Männer und Frauen, welche das Wahlrecht für die deutschösterreichische Nationalversammlung hatten. Durchgeführt wurde die Abstimmung in den meisten Fällen durch die Gemeinden mit Hilfe von Stimmzetteln, die durch Gemeindeangestellte von Haus zu Haus verteilt und einige Tage später wieder abgeholt wurden. Sie zeigten zwei Spalten mit den Aufschriften „Deutschösterreich" und „Südslawien". Nichtgewünschtes war zu durchstreichen. Die Bevölkerung beteiligte sich mit großer Begeisterung an der Abstimmung. Das Ergebnis war, daß 81.451 — 84·6% der Wähler sich für Deutschösterreich und 771 — 0·8% für Südslawien erklärten. 14.000 Wähler nahmen an der Abstimmung nicht teil. Der jeweilige Stand der Abstimmung wurde von Zeit zu Zeit in den Blättern mitgeteilt und fand das lebhafteste Interesse. Sogar „Le Temps" nahm am 6. Februar 1919 Notiz von der Abstimmung und von den Protesten der Gemeinden. In den südslawischen Blättern aber ging alsbald ein Sturm los über den „deutschen Bluff" und die „verbrecherische Mystifikation der Öffentlichkeit", welche die Deutschen in Kärnten durch die Probeabstimmung begangen hätten. In Wirklichkeit nähert sich das Ergebnis dieser Volksabstimmung auffallend dem vom 10. Oktober 1920, wie folgende Gegenüberstellung der im nichtbesetzten Teile der späteren Zone I abgegebenen Stimmen zeigt:

6*

	Zahl der Stimmberechtigten	Stimmen für Deutschösterreich	Südslawien	fehlend und ungiltig
Probeabstimmung 1919	26.070	16.694 = 64·0%	462 = 1·8%	8914 = 34·2%
Volksabstimmung 1920	26.529	16.405 = 61·8%	8953 = 33·8%	1171 = 4·4%

Man sieht, die Stimmen für Deutschösterreich halten sich fast die Wage. Doch ist auch von den 8914 Personen, die an der Probeabstimmung nicht teilnahmen, ein Teil den deutschösterreichischen Stimmen zuzuzählen, so daß sich die Zahl der österreichisch gesinnten Wähler noch erhöht. Ebenso ist von den 8953 südslawischen Stimmen der Abstimmung von 1920 ein Teil nur unter dem Drucke der südslawischen Verwaltung zugunsten Südslawiens abgegeben worden, so daß auch in diesem Falle bei wirklich freier Abstimmung die Zahl der österreichischen Stimmen größer gewesen wäre.

Auch die am 16. Februar durchgeführte erste Wahl in die deutschösterreichische Nationalversammlung gestattete einen Schluß auf die Volksstimmung. Die südslawischen Parteiführer hatten für ihren Anhang die Losung ausgegeben, von der Wahl fernzubleiben, da eine Beteiligung an der Wahl die Zugehörigkeit zum deutschösterreichischen Staate zum Ausdrucke bringe. Trotzdem nahmen in den von den Südslaven beanspruchten Gebieten 84·6% an der Wahl teil, nur um 2·5% weniger als in den rein deutschen Bezirken.

Aus alledem ergab sich, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung trotz oder vielmehr infolge der geänderten Verhältnisse nach dem Zusammenbruch einem Anschluß an Südslawien noch mehr abgeneigt war als zuvor.

Nach der Abreise der Amerikaner wurde im besetzten Gebiete der Druck auf die kärntnerisch gesinnte Bevölkerung noch stärker. In Völkermarkt wurden die Geschütze, die vor den Amerikanern versteckt worden waren, wieder in Stellung gebracht, Drahtverhaue angelegt und Schützengräben gezogen. Im März wurden von Bleiburg aus militärische Schriftstücke versendet mit der Aufschrift: „Königliches südslawisches Ergänzungsbezirkskommando Klagenfurt in Bleiburg“. Dadurch sollte der Bevölkerung vorgetäuscht werden, daß die Angliederung Klagenfurts an Südslawien schon vollkommen sicher sei. Plünderungen, Drohungen, Ausschreitungen betrunkener Soldaten und Herausforderungen verschiedenster Art

ließen die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Eine Besserung trat dort ein, wo königlich serbische Truppen die Stellungen bezogen. Nach wie vor wurden viele Deutsche interniert, eingesperrt, verschleppt oder ausgewiesen. Besonders schwer zu leiden hatten jene, welche sich vor der amerikanischen Kommission als Deutsche oder Deutschfreundliche bekannt hatten. In Eberndorf wurden sie sogar in ein eigenes Verzeichnis eingetragen, das dann die Grundlage für weitere Verfolgungen bildete. Die besetzten Gebiete waren streng vom übrigen Kärnten abgeschnitten, der Briefverkehr mit dem freien Kärnten unterbunden, die Verbreitung deutscher Zeitungen bei Strafe verboten.

Schwer litten besonders die Anrainer der Demarkationslinie. Schon im Februar begannen die Südslawen mit Herausforderungen und Patrouillenübergriffen, die bis zur Artilleriebeschießung einzelner Orte im unbesetzten Gebiet ausarteten, besonders im Raume Völkermarkt und Lavamünd. Die Kärntner Truppen antworteten mit Gegenmaßnahmen. Die wiederholten südslawischen Waffenstillstandsbrüche und fortwährenden Schießereien, durch welche Brände entstanden und der Frühjahrsanbau verhindert wurde, die monatelang fortgesetzten Herausforderungen, Drohungen und Drangsalierungen, namentlich aber das Ausbleiben des sehnlichst erwarteten amerikanischen Schiedsspruches brachten die Grenzbevölkerung zur Verzweiflung. Die maßgebenden Kreise waren fortgesetzt eifrigst bestrebt, die erregte Bevölkerung zu beruhigen, und hatten die größte Mühe, sie von der Wiederaufnahme des Kampfes abzuhalten.

Der geistige Kampf zwischen Klagenfurt und Laibach dauerte mittlerweile fort. Am 4. März teilte die Laibacher Nationalregierung dem Wiener Staatsamte des Äußern mit, daß Dr. Janko Hočevar zum Stellvertreter des in die Belgrader Nationalversammlung berufenen „Kommissärs für die slowenischen Gebiete Kärntens", Smodej, sowie zum Leiter der Kommissariatskanzlei in Klagenfurt bestellt worden sei. Das Bestellungsdekret wies Hočevar an, „die Erlässe der Laibacher Landesregierung durchzuführen und in jenen Fällen zu handeln, in welchen die Landesregierung keinen direkten Kontakt und keine Möglichkeit der direkten Ingerenz habe". Das waren bei den bekannten territorialen Zielen der Laibacher Regierung recht weitgehende Befugnisse. Begreiflicherweise wurde diese Neubestellung in Kärnten mit Mißtrauen aufgenommen. War doch das südslawische Kommissariat gewissermaßen ein Beobachtungsposten der so feindseligen Laibacher Nationalregierung gewesen und ein Mittelpunkt der südslawischen Wühlarbeit, von dem aus mit allen Mitteln in der Presse und im geheimen für die Laibacher Regierung und gegen die Maßnahmen der Kärntner Landesregierung gearbeitet worden war! Das

Staatsamt des Äußern suchte dieses Bedenken durch den Hinweis darauf zu zerstreuen, daß sich die Tätigkeit des Kommissärs und seines Stellvertreters lediglich auf die jeweilig von den südslawischen Truppen besetzten Gebiete und auf die Vertretung der Interessen unstreitig slowenischer Staatsangehöriger bei den Landesbehörden erstrecken könne, wozu aber eine ausdrückliche Genehmigung des Staatsamtes erforderlich sei. Tatsächlich blieb Dr. Hočevar in Kärnten, bis er Mitte Mai 1919 von seiner Regierung abberufen wurde.

Am 21. Februar 1919 hatte die vorläufige kärntnerische Landesversammlung erklärt, auf dem in der konstituierenden Sitzung vom 11. November 1918 festgelegten Standpunkt unverrückbar zu verharren, und den Landesrat (Landesausschuß) beauftragt, diesen Beschluß unverweilt dem Staatsamte des Äußern in Wien nachdrücklich zur Kenntnis zu bringen. Am 1. März richtete das Präsidium des Landesrates eine Denkschrift an das Staatsamt des Äußern, in der dieser Beschluß durch den Hinweis auf die geographische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit Kärntens, die Gemischtsprachigkeit der gesamten strittigen Gebiete und den wiederholt zum Ausdrucke gekommenen Willen der überwiegenden Mehrheit der slowenischen Bevölkerung eingehend begründet wurde. Darauf suchte das Laibacher Korrespondenzbureau am 7. März die Beweisführung dieser Denkschrift zu entkräften, indem es unter anderem kühn behauptete, Kärnten bilde weder eine geographische, noch eine wirtschaftliche, noch eine kulturelle Einheit, wohl aber sei das Klagenfurter Becken mit Klagenfurt und Villach geographisch, ethnographisch, klimatisch, wirtschaftlich und kulturell einheitlich und vom übrigen Kärnten wesentlich verschieden. Eine ausführliche Gegenantwort des Präsidiums des Kärntner Landesausschusses widerlegte die Ausführungen des Laibacher Korrespondenzbureaus Punkt für Punkt.

Im Laufe des Frühjahres 1919 erschien auch eine Anzahl von slowenischnationalen Propagandaschriften, deren Unrichtigkeiten, Entstellungen und Fälschungen in der „Carinthia I" 1919 widerlegt wurden.

Um den Erklärungen der bedrohten Gemeinden gegen den Anschluß an Südslawien ein Gegengewicht zu schaffen, wurde von den Südslawen Anfang April den Gemeindeämtern aufgetragen, von der Belgrader Regierung zu verlangen, daß sie alles daransetze, damit das ganze „slowenische" Kärnten an Südslawien falle. In der Tat traf bei der südslawischen Delegation in Paris eine dahingehende Bittschrift von 29 im besetzten Gebiete gelegenen „Gemeinden und Ausschüssen" ein, die von „Bürgermeistern", Pfarrern und Lehrern unterschrieben war. Da aber die Gemeinden im besetzten Gebiete zum größten Teile nicht von den gewählten Bürger-

meistern, sondern von den neueingesetzten südslawischen Gerenten vertreten wurden und auch die Mehrzahl der Lehrer erst von den Südslawen nach Kärnten berufen worden war, so mußte es jedermann klar sein, daß diese Äußerungen nicht als Kundgebungen des Volkswillens angesehen werden konnten.

Ferner nahmen die Südslawen in dem von ihnen besetzten Gebiet auch eine Volksabstimmung vor. Nach einem Rundschreiben des slowenischen Nationalrates in Völkermarkt vom 5. April 1919 wurde diese Volksabstimmung von der Nationalregierung in Laibach angeordnet und ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht durchgeführt. Die Namen der Kinder und jener anderen Personen, die nicht lesen und schreiben konnten, wurden vom Hausherrn in die Zettel eingetragen. Der Stimmzettel war nur in slowenischer Sprache abgefaßt und trug am Kopfe den Vermerk: „Wir Gefertigten stimmen für Südslawien und verlangen die Vereinigung ganz Slowenisch-Kärntens einschließlich Klagenfurts und Villachs mit Slowenien.“ Am Rande war eine Rubrik für jene freigelassen, die für die Vereinigung mit Österreich stimmten. Schon die Fragestellung an und für sich war verfänglich, weil sie den Anschluß an Südslawien mit der Verbindung mit Klagenfurt und Villach verquickte, die für die Landbevölkerung von entscheidender Bedeutung war. Die Stimmzettel wurden amtlich verteilt, in vielen Orten durch Gendarmen oder Militär, teilweise mit aufgepflanztem Bajonett, und mußten sofort ausgefüllt werden. Die südslawischen Kommissäre arbeiteten prompt. Sie brachten bei ungefähr 40.000 Einwohnern 33.000 Stimmen (nach anderen Nachrichten 36.000) für Südslawien zusammen. Nur 600 sollen für Deutschösterreich gestimmt haben!

II. Vorverhandlungen in Paris.

(Februar bis April 1919.)

Am 18. Jänner 1919, genau 48 Jahre nach der Ausrufung des deutschen Kaisertums in Versailles, wurde die Pariser Friedenskonferenz durch Clemenceau eröffnet. Schon einige Tage zuvor hatte sich ein Teil der südslawischen Friedensdelegation in Paris eingefunden. An ihrer Spitze standen als Bevollmächtigte Nik. Pašić als Vorsitzender, Dr. Milenko Vesnić, bisher Vertreter der serbischen Regierung in Paris, und Doktor Anton Trumbić, Minister des Äußern. Ende Jänner folgten die Fachleute und Sachverständigen für Grenzfragen. Nach und nach wuchs die Delegation auf 150 Personen an, darunter 20 Slowenen unter Führung

Dr. J. Žolgers, des ehemaligen österreichischen Ministers, und Dr. Rybars, des früheren Abgeordneten von Triest. Für Kärnten waren Dr. Lambert Ehrlich und Pfarrer Georg Trunk als Sachverständige berufen worden. Über die Tätigkeit der südslawischen Delegation sind wir durch die Schilderungen unterrichtet, welche Bischof Jeglič, Dr. Triller, Dr. Ravnikar und Trunk im Juni und Juli 1919 in den slowenischen Blättern erscheinen ließen.*)

Am 20. Jänner löste die südslawische Regierung nach einer am 23. Juni 1921 im „Slovenski Narod" erschienenen Rechtfertigung Doktor Gregorins den südslawischen Ausschuß auf. Zugleich nahm sie die Vertretung der Südslawen in der Öffentlichkeit für sich allein in Anspruch. Der Ausschuß blieb noch eine Zeitlang beisammen, erbot sich nach wie vor zur Propaganda für Südslawien, erhielt aber zum Ärger seiner Mitglieder von der Delegation keine Antwort und wurde schließlich ganz kaltgestellt.

Die südslawische Delegation besaß, wie Bischof Jeglič und Pfarrer Trunk berichten, in den Kanzleien der französischen, englischen und amerikanischen Diplomaten „einige gute Freunde, von welchen sie über alle wichtigeren Vorgänge in Kenntnis gesetzt wurden". So vollzog sich in der „Hexenküche Paris" ein gut Teil der Arbeit der südslawischen Delegation „hinter den Kulissen" (Trunk) und blieb diese „auf Umwegen" (Dr. Ravnikar) stets am laufenden. Besonders eifrig scheint der Verkehr mit Tardieu, dem Vorsitzenden der Gebietskommission der Friedenskonferenz, gewesen zu sein. Vom Rate der Vier (Clemenceau, Wilson, Lloyd-George und Orlando) wurden die Führer der Delegation bis 12. Juni viermal empfangen.

Ferner suchten die südslawischen Delegierten die Verbindung mit der ausländischen Presse herzustellen, was ihnen auch bestens gelang. Im März konnte „Slovenski Narod" berichten, daß 15 ausländische Blätter die Nachrichten des Laibacher Korrespondenzbureaus bringen, darunter acht französische.

Während also die südslawische Delegation schon seit Jänner 1919 in Paris den Boden für ihre Forderungen ebnen konnte, wurde die deutschösterreichische Delegation erst vier Monate später für den 13. Mai nach St. Germain berufen.

Am 18. Februar wurden Vesnić, Trumbić und Žolger vom Rate der Zehn, das ist einem Ausschusse von je zwei Vertretern der fünf

*) Jeglič im „Slovenec" vom 8. Juli, Dr. Triller im „Slov. Narod" vom 10. Juni, Dr. Ravnikar im „Slov. Narod" vom 12. Juni und Trunk im „Mir" vom 12. und 23. Juli 1919.

Großmächte (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan), zum erstenmal empfangen. Zolger überreichte ein kurzes Exposé über die slowenischen Grenzforderungen in Kärnten und Steiermark (abgedruckt im „Slovenec" vom 30. März 1919). Darin wird verlangt, daß die Grenze nach der Volkszugehörigkeit der breiten Massen ohne Rücksicht auf die Städte mit ihrem, wie es heißt, künstlichen deutschen Charakter bestimmt werde, und zwar nicht nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung, sondern nach älteren Beschreibungen der Sprachgrenze; es müßten nämlich auch jene Gebiete gefordert werden, welche in den letzten 50 oder 60 Jahren germanisiert worden seien; das letzte Dorf, in welchem die Tradition slowenische Bewohner nachweise, müsse von der Grenze einbezogen werden; die neue Staatsgrenze müsse daher knapp östlich von Hermagor, nördlich von Villach und vom Zollfelde (somit über den Ulrichsberg und den Magdalensberg), dann längs der Nordgrenze des Bezirkes Völkermarkt mit Ausschluß von Pustritz, endlich längs der Nordgrenze der Gemeinden Lavamünd und Kienberg verlaufen. (Vgl. oben Seite 39.) Von einer Abstimmung ist im Exposé nicht die Rede. Das ganze geforderte Gebiet sollte also ohne weiteres Südslawien zugesprochen werden. Um die Forderung nach den rein deutschen Städten Villach und Klagenfurt zu rechtfertigen, behauptet das Exposé, Villach, obzwar heute schon stark germanisiert, bilde doch einen Teil des slowenischen Gebietes und sei der wirtschaftliche Mittelpunkt des „slowenischen Kärnten"; übrigens sei die slowenische Sprache aus dem öffentlichen Leben und in den Ämtern erst zu Ende des vorigen Jahrhunderts verdrängt worden und werde dort noch heute in den Kirchen slowenisch gepredigt. Klagenfurt aber sei um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Mittelpunkt des slowenischnationalen Lebens und eine zum größten Teile slowenische Stadt mit 6000 Slowenen und 3419 Deutschen gewesen. Alle diese Behauptungen sind gänzlich unwahr oder unstichhältig. Was insbesondere die für Klagenfurt angeführten Zahlen betrifft, so finden sie sich allerdings in den „Tafeln zur Statistik" (N. F. III, S. 48 u. 109, 1861) und danach bei Ficker, „Völkerstämme der österreichisch-ungarischen Monarchie", 1869. Allein diese Angabe ist bereits wiederholt, auch schon vor 1919, einwandfrei als irrtümlich erwiesen worden,*) einmal auch im Kärntner Landtage.

Zur Begründung der Grenzforderungen legte die südslawische Delegation der Friedenskonferenz die „Travaux ethnographiques" (Paris 1919) vor, das sind 14 von Fachleuten der südslawischen Gebietssektion ausgearbeitete Denkschriften über die gesamten südslawischen Grenzforderungen.

---

*) Zuletzt „Carinthia I", 1919, S. 8.

Die siebente dieser Denkschriften, betitelt „La Carinthie", befaßt sich mit Kärnten und stammt der Hauptsache nach von Dr. Lambert Ehrlich. Außerdem wird Kärnten auch in der Denkschrift des Belgrader Universitätsprofessors Jovan Cvijić, „Frontière septentrionale des Yougoslaves", ausführlicher behandelt.*) Beide Denkschriften sind mit Karten versehen.

Sowohl Cvijić als auch Ehrlich suchen im Sinne des Exposés vom 18. Februar den Nachweis zu erbringen, daß die ethnographische Grenze um die Mitte des vorigen Jahrhunderts über die Ossiacher Tauern, den Ulrichsberg und den Magdalensberg gelaufen sei. Dabei verweisen sie namentlich auf Czörnigs Ethnographie der österreichischen Monarchie und auf dessen ethnographische Karte (1857), auf der tatsächlich eine Grenzlinie über die Gegend der genannten Berge gezogen ist. Diese Linie bedeutet, wie aus dem Texte Czörnigs klar hervorgeht, die Grenze des „rein deutschen" Sprachgebietes. Cvijić und Ehrlich aber bezeichnen sie willkürlich als „ethnographische" Grenze und trugen sie als solche in ihre Karten ein. Sie verschweigen, daß auf Czörnigs Karte das ganze Gebiet vom Magdalens- und Ulrichsberg bis Klagenfurt und darüber hinaus bis Hollenburg, ferner die beiden Ufer des Wörthersees, das ganze westliche Rosental bis einschließlich Feistritz, die Gegend von St. Margareten i. R., die nördliche Umgebung von Völkermarkt und Griffen als deutsch eingetragen sind. Ehrlich beruft sich auch auf Hains „Handbuch der Statistik" (1852), verschweigt aber, daß Hain als Grenze des deutschen Sprachgebietes ausdrücklich den Meridian der Westseite des Wörthersees und den Parallelkreis von Klagenfurt angibt.**) Die heutige ethnographische Grenze zieht Ehrlich in der Gegend von Klagenfurt über Tultschnig (fünf Kilometer nordwestlich von Klagenfurt) und Ottmanach auf den Magdalensberg. Die Stadt Klagenfurt hängt nach ihm nur mit einem schmalen deutschen Streifen zwischen Tultschnig und der Glan mit dem übrigen deutschen Sprachgebiete zusammen. Auch bei Cvijić erscheint die Gemeinde Annabichl (nördlich von Klagenfurt) als slowenisch. Hiebei stützen sich beide auf die Pfarrstatistik, die jedoch ganz und gar unstichhältig ist.***) Die Sprachgrenze verläuft zumeist viel zu weit im Norden und das Gebiet südlich davon erscheint als fast rein slowenisches Gebiet, das bei Ehrlich nur die Sprachinseln Tarvis, Malborghet und die

*) Diese Denkschriften wurden vor der österreichischen Delegation geheimgehalten. Mir wurden die „Travaux" erst zu Beginn des Jahres 1922 bekannt. Nur „La Carinthie" kam uns schon 1919 zur Kenntnis, ohne daß wir von ihrem hochoffiziellen Charakter etwas erfuhren. Vgl. darüber „Carinthia I", 1919, S. 79.

**) Näheres „Carinthia I", 1919, S. 72.

***) Vgl. „Klagenfurt. Eine Entgegnung", S. 2.

ganz klein gezeichnete Sprachinsel Völkermarkt aufweist. Die Karten von Cvijić und Ehrlich geben daher sowohl von den früheren, als auch von den gegenwärtigen Verhältnissen ein ganz falsches Bild.

Die weitere Beratung und Begutachtung der südslawischen Grenzwünsche in Kärnten wurde einer Kommission unter dem Vorsitze Tardieus übertragen. Sie bestand aus je zwei Vertretern der Vereinigten Staaten (Dr. Day und Dr. Seymour), Englands (Sir Eyre Crowe und M. Leeper), Frankreichs (Tardieu und La Roche) und Italiens (Martino und Conte Vanutelli). Damit hatten die diplomatischen Verhandlungen über die deutschösterreichische Grenze gegen Südslawien begonnen, allerdings unter Ausschluß eines der Hauptbeteiligten: Deutschösterreichs.

Die Haltung, welche die Mächte bei den Friedensverhandlungen in der Kärntner Frage einnahmen, war, soweit man dies dem Verhalten der Presse entnehmen kann, verschieden.

Die Vertreter der Vereinigten Staaten gingen vom Gutachten der amerikanischen Kommission aus und hielten daran solange als möglich fest. Ihrer Festigkeit ist es vor allem zu verdanken, daß Kärnten schließlich die Volksabstimmung zuerkannt wurde.

Die Vertreter Englands standen der Sache kühl gegenüber, aber ihre Ansichten näherten sich denen der Amerikaner. Das Londoner Wochenblatt „New Europa“ beklagte sich Anfang März über die übertriebenen Ansprüche der Südslawen, deren eigenartiger Chauvinismus eine Entschuldigung darin finde, daß sie sich mit dem Verlust eines Drittels ihrer kleinen Nation an die Italiener bedroht sähen; trotzdem könne man unmöglich ihre Ansprüche auf so überwiegend deutsche Städte wie Villach und Klagenfurt ernst nehmen.

Die Italiener sahen sich durch die Ansprüche der Südslawen auf Villach und Klagenfurt in ihren eigenen Interessen schwer bedroht. „Corriere della Sera“ vom 1. Februar schrieb, es sei nicht gleichgiltig für den Handel und die Sicherung Italiens, ob Villach und Klagenfurt deutsche Städte blieben und schließlich die Eisenbahnverbindung zwischen Po und Donau sich in südslawischen oder deutschösterreichischen Händen befände. Mitte April brachten die Blätter aus Rom die Nachricht, Italien beabsichtige, die Karawanken- und Wocheinerbahn ab Aßling zur Sicherung der direkten Verbindung zwischen Triest und Deutschösterreich zu besetzen.

Die Franzosen endlich standen mit ihren Sympathien auf Seite der Südslawen. Als im Mai 1921 die Laibacher Blätter heftige Angriffe gegen Tardieu wegen seiner Haltung auf dem Friedenskongreß erhoben, stellte Dr. Žolger im „Slovenski Narod“ vom 2. Juni 1921 folgendes

fest: „Wenn die französischen Delegierten und Sachverständigen (Clemenceau, Tardieu, La Roche und andere) der südslawischen Delegation nicht überall und ohne Vorbehalt an die Hand gegangen wären, so würde in Marburg gewiß nicht die südslawische Fahne wehen, würden die Bewohner des Murgebietes unter ungarischem Terror schmachten und hätten die Südslawen Kärnten uneingeschränkt verloren." Tardieu „drehte" sogar, wie Žolger weiter behauptet, als Vorsitzender der Gebietskommission, welche verschiedene Beschlüsse des Obersten Rates zu formulieren hatte, diese Beschlüsse ein paarmal zugunsten der Südslawen um, so daß er in Streit mit den Vertretern anderer Großmächte kam. „Die Franzosen stellten sich" — immer nach Zolger — „bezüglich Kärntens ganz auf den südslawischen Standpunkt und waren die einzigen, die sich durch den Bericht des Oberstleutnants Miles nicht beeinflussen ließen."

Wichtige Dienste leistete den Südslawen auch die französische Presse. So oft eine wichtigere Frage auftauchte, traten die Pariser Blätter mit wenigen Ausnahmen für die Südslawen ein, namentlich „Journal des Debats" und „Le Temps". „Journal des Debats" bereitete schon vor der Übergabe der Denkschrift Zolgers die Öffentlichkeit auf die angeblich vollständig gerechten südslawischen Grenzwünsche vor und suchte deren Berechtigung ganz nach dem Muster der Laibacher Blätter zu begründen. „Le Temps" hatte im Jänner einen eigenen Berichterstatter nach Laibach entsendet, der unter anderen Merkwürdigkeiten auch fand, daß man in Villach effektiv innerhalb der Grenzen des slowenischen Vaterlandes sei („Le Temps" Nr. 21.017 vom 21. Jänner 1919). Im September 1919 bereiste Graf Begoun als Berichterstatter des „Journal des Debats" in Begleitung des Landespräsidenten Dr. Brejc die Zone I („Slovenec" vom 16. September 1919).

Den Grund dieser Sympathien der Franzosen für Südslawien verrät „Journal des Debats", das am 16. März 1919 die Draugrenze in Kärnten bekämpft, die Grenze weiter im Norden gezogen wissen will und als Ziel hinstellt, daß in allen Ländern von den Dolomiten bis Ungarn ein Wall gegen Deutschland errichtet werden müsse. Die französische Presse sah also das Grenzland Kärnten als deutsches Bollwerk an, das geschwächt werden müsse, indem man ihm seine sichere Südgrenze, die Karawanken, nehme.

Am 2. März verhandelte die Gebietskommission über die Grenze in Steiermark und Kärnten. Der Vertreter der Vereinigten Staaten schlug für Kärnten die Karawankengrenze vor, um die wirtschaftliche Einheit des Gebietes zu erhalten und dem Wunsche der Bevölkerung, bei Österreich zu bleiben, Rechnung zu tragen. Hiebei wies er ausdrücklich auf die Befreiungskämpfe im Jänner hin, an denen sich auch die Slowenen beteiligt

hätten, ein Ereignis, das man wie eine Volksabstimmung auslegen könne. Die Engländer zogen eine Linie vom Hühnerkogel nach Südwesten zum Grintouc und weiter nach dem Karawankenkamme. Die Italiener suchten die Einheit der Bahnlinie Villach—Marburg—Graz zu erhalten und schlugen eine Linie vor, die schon vom Ursulaberg (südwestlich von Unterdrauburg) an nach dem Kamme der Karawanken verlief. Ein französischer Vertreter bezweifelte, daß die Vorfälle im Jänner die Bedeutung radikaler Feindschaft gegen Südslawien hätten; vielmehr seien sie auf den Einfluß der deutschösterreichischen Beamten, welche die durch die Ungeschicklichkeit der südslawischen Truppen hervorgerufene Unzufriedenheit ausgebeutet hätten, zurückzuführen. Ein entscheidender Beschluß scheint in dieser Sitzung nicht gefaßt worden zu sein. Von da an ruhte die Kärntner Frage in Paris bis Anfang Mai.

So schienen sich die Dinge in Paris für Kärnten im Frühjahr 1919 sehr günstig entwickeln zu wollen.

Dies blieb auch den eingeweihten Regierungskreisen in Laibach nicht unbekannt. Doch waren sie sorgsam darauf bedacht, daß nichts davon in die Öffentlichkeit dringe. Alle für Südslawien ungünstigen Nachrichten über den Stand der Grenzfrage in Paris, soweit sie Kärnten betrafen, wurden unterdrückt. So wurden zum Beispiel die Marburger Blätter vom 2. April unmittelbar nach ihrer Ausgabe auf Befehl des Generals Majster beschlagnahmt und vernichtet, weil sie die Meldung der Agramer Blätter enthielten, daß der aus Paris zurückgekehrte Dr. Jelavčič den Journalisten erklärt habe: „Unsere Lage ist sehr schwierig. Wie die Sachen jetzt stehen, sollen Triest und das westliche Istrien an Italien fallen. Marburg und Klagenfurt sind für uns verloren." Dafür brachten die Laibacher Blätter und insbesondere der „Mir" im März und April wiederholt die Meldung, daß die Nordgrenze für Südslawien günstig geregelt worden sei. „Jugoslavija" vom 13. April wußte sogar zu berichten, es sei ein Telegramm aus Paris gekommen, wonach Marburg und Klagenfurt jugoslawisch würden und die Nordgrenze weiter nördlich verlaufen werde, als die provisorische Demarkationslinie. Infolgedessen herrschte in Laibach im März und April allgemein die Überzeugung, die Grenze im Norden sei bereits festgelegt und verliefe acht Kilometer nördlich der Drau, schließe also auch Klagenfurt ein. Man brauchte eben in Laibach günstige Nachrichten über Kärnten, darum wurde das slowenische Volk auch jetzt wieder getäuscht.

Im geheimen allerdings war man in Laibacher Regierungskreisen wegen des Verlaufes der Verhandlungen in Paris äußerst besorgt. Daher holte man Ende April zu einem neuen großen Schlage gegen Kärnten aus,

um Paris vor vollendete Tatsachen zu stellen. „Mariborski Delavec“ vom 11. Mai 1920 verrät, daß dieser Überfall auf einen „Wink von Paris“ erfolgte. Zum Glücke war man auch in Kärnten auf militärischem Gebiete nicht untätig geblieben.

III. Der südslawische Überfall am 29. April 1919, der Kärntner Gegenstoß und die Befreiung Kärntens.

(Bis 7. Mai 1919.)

Das Ausbleiben des amerikanischen Schiedsspruches, die fortwährenden Drohungen der Südslawen, sich einem für sie ungünstigen Schiedsspruche mit Waffengewalt zu widersetzen, und zahlreiche Nachrichten über militärische Vorbereitungen bei den Südslawen ließen es den maßgebenden Kreisen Kärntens zur Gewißheit werden, daß die Südslawen neue Angriffe gegen Kärnten planen. Es mußten daher militärischerseits die Mängel, die sich während der vorhergegangenen Kämpfe bei den neu aufgestellten Truppen und den Freiwilligenabteilungen gezeigt hatten, soviel als möglich behoben werden. Die Volkswehrformationen waren an Zahl viel zu schwach, um den an sie gestellten Anforderungen auch nur halbwegs genügen zu können. Außerdem wirkten auf sie, wie auch sonst überall, die Revolutionserscheinungen mit ihren Auswüchsen in ungünstigster Weise ein.

Die Anwerbungen für die Volkswehr hatten keinen Erfolg mehr. Dafür erklärten aber viele heimattreue Männer, daß sie bereit seien, auf einige Tage einzurücken, wenn Kämpfe zu erwarten seien oder der Feind zum Angriff übergehe. Auf Grund dieser Bereitwilligkeit wurden zunächst Alarmkompagnien formiert, aus welchen später eine Heimwehrorganisation geschaffen wurde.

Die Heimwehrkompagnien setzten sich im allgemeinen aus allen Jahrgängen zusammen, in der Hauptsache jedoch aus älteren und ganz jungen Leuten. In den einzelnen Kompagnien waren die verschiedensten Berufe vertreten. Die Mitglieder der Heimwehren gingen für gewöhnlich ihrem Berufe nach und rückten nur im Falle der Gefahr ein. Die Offiziersstellen waren größtenteils mit Reserveoffizieren besetzt. Die Verwendungsmöglichkeit der Heimwehrkompagnien war wegen der ungenügenden Ausrüstung, wegen des Mangels an Train und eines festen militärischen Gefüges beschränkt. An Stelle des letzteren trat allerdings bei vielen

Kompagnien das Gefühl der Ortszusammengehörigkeit. Die Heimwehrkompagnien waren durchwegs vom besten Willen beseelt und taten ihr möglichstes, obwohl sie namentlich wegen der mangelhaften Ausrüstung unter weit schwierigeren Verhältnissen kämpften als reguläre Truppen. Umsomehr ist anzuerkennen, daß viele Heimwehrkompagnien im Gefechte ganz Hervorragendes geleistet und den Gefechtshandlungen oft auch einen besonderen Zug nach vorwärts verliehen haben.

Besonders charakteristisch für alle Heimwehr- und sonstigen freiwilligen Abteilungen ist ihr Anschwellen im ersten Augenblicke der Gefahr, aber auch ihre rasche Abnahme bei andauernden lebhafteren Kämpfen. Beilage 7 zeigt, in welchen Teilen des Landes sich Heimwehrkompagnien gebildet hatten.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Ausgestaltung der Artillerie gelegt. Es gelang, mit dem im Lande befindlichen Artilleriematerial eine verhältnismäßig sehr starke Artillerie, teilweise als Volkswehr, teilweise als Heimwehr, aufzustellen. Es waren allerdings nur Improvisationen, da sehr wenig Bespannung vorhanden war und sich der größte Teil der Geschütze gelegentlich mit Autos und mit an Ort und Stelle aufgetriebenen Bauerngespannen behelfen mußte.

Am schwierigsten stand es mit der Organisation des Sanitätswesens. Der Mangel an Ärzten und Sanitätsgehilfen, Sanitätsmaterial und Sanitätsfuhrwerken war leider nicht zu beheben. Improvisationen aller Art mußten angewandt werden. Der Wert einer gut organisierten, mit allen Mitteln ausgestatteten Sanitätspflege trat besonders fühlbar zutage. Die Rettungsabteilungen der Klagenfurter und Villacher Feuerwehr haben sich während der Kämpfe ganz besonders bewährt.

Die Zahl und Gliederung der Kärntner und südslawischen Streitkräfte im April 1919 ist aus der Beilage 8 zu ersehen.

Um dem bestehenden Mangel an Mannschaften abzuhelfen, hatte der Landesbefehlshaber im Einvernehmen mit dem Wehrausschuß und der Landesregierung geplant, vorerst die vier jüngsten Jahrgänge einzuberufen, zu sichten und aus ihnen in jeder Bezirkshauptmannschaft eine Infanteriekompagnie und aus entsprechend ausgebildeten Wehrfähigen des ganzen Landes in Klagenfurt eine Artillerie- und eine Telephonabteilung aufzustellen. Die hiezu nötigen Vorbereitungen wurden eingeleitet und Ende April die deutschösterreichische Regierung in Wien um Zustimmung zu dieser Maßregel ersucht. Diese Zustimmung wurde nicht nur für vier, sondern für sechzehn Jahrgänge erteilt. Jedoch konnte das Aufgebot nicht mehr planmäßig durchgeführt werden, da die Südslawen

am 29. April 1919 den geschlossenen Waffenstillstand ohne jede vorherige Kündigung brachen.

Die allgemeine militärische Lage Kärntens war an diesem Tage dieselbe wie beim Abschlusse des Waffenstillstandes im Jänner (Beilage 6).

Bei einigen Frontabschnitten waren am 28. April Nachrichten eingetroffen, welche auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriff der Südslawen schließen ließen. Sie wurden nicht überall ernst genommen, da ähnliche Meldungen in der letzten Zeit fast täglich eingelaufen waren, ohne daß ein Angriff erfolgt wäre.

Am 29. April aber griffen die südslawischen Truppen tatsächlich längs der ganzen Front von Rosenbach bis Lavamünd mit außerordentlicher Kraft an. Einzelne Frontstücke, wie Kreuzerhof—Tainach, mußten dem überraschenden Angriffe nach tapferer Gegenwehr nachgeben, anderen wieder, wie zum Beispiel Glainach bei Ferlach, gelang es, den Überfall aus der eigenen Stellung abzuwehren. Am verworrensten und am schwersten zu lösen war die Lage in Rosenbach. Den Südslawen war es gelungen, den größten Teil der ahnungslosen Besatzung des Bahnhofes gefangenzunehmen, da niemand an einen Überfall dachte. Hatte sich doch der Südslawenführer Hauptmann Martinčič mit Ehrenwort verpflichtet, nur nach vorheriger Ansage den Kampf wieder aufzunehmen.

In den ersten Vormittagsstunden sah die Lage im allgemeinen etwas kritisch aus. Aber rasch herbeigeeilte Heimwehr- und Freiwilligenabteilungen ermöglichten es, die eingedrungenen Südslawen nicht nur bald zum Stehen zu bringen, sondern sie auch wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückzutreiben.

Dank dem tapferen Ausharren einiger hart bedrängter kleiner Abteilungen, dem entschlossenen und verständnisvollen Zusammenwirken der herbeigeeilten Unterstützungen und der geschickten und umsichtigen Führung einiger Abschnitts- und Unterabschnitts-Kommandanten war am 30. nachmittags nicht nur die Lage des 28. abends wieder hergestellt, sondern außerdem noch der südslawische Brückenkopf bei Dullach, der sich stets sehr unangenehm fühlbar gemacht hatte, genommen worden.

Das Hauptziel des Angriffes war zweifellos Klagenfurt. Es ist dies schon aus der Anlage des Hauptstoßes ersichtlich und wurde außerdem durch die Aussagen von Gefangenen, sowie durch aufgefundene Befehle und Tagebuchnotizen bestätigt. Die Beilage 9 zeigt die Lage östlich und südlich von Klagenfurt am 28. und den Verlauf des Angriffes und Gegenangriffes am 29. und 30. April. Am 29. hatten die Kärntner Truppen einen Verlust von 33 und am 30. einen Verlust von 5 Toten.

In Laibach hatte man auf Grund der getroffenen militärischen Vor-

bereitungen auf einen sicheren Erfolg gehofft. Die „Jugoslavija" vom 29. April schrieb jubelnd von einem „Befreiungsspaziergange" nach Kärnten und auch an maßgebenden Stellen zweifelte man nicht am Gelingen des Überfalles. Dies zeigen Briefe des südslawischen Kommissariates in Klagenfurt, die Mitte April aufgefangen wurden und an „die südslawischen Bezirkshauptmannschaften Klagenfurt, Villach und Hermagor" und an die „südslawische Expositur in Feldkirchen in Laibach" gerichtet waren. Es waren also in Laibach diese Verwaltungsstellen bereits eingerichtet und harrten nur des Augenblickes, bis ihnen die militärische Eroberung dieser Bezirke die Übernahme der Verwaltung an Ort und Stelle ermögliche.

Die Siegeshoffnungen der Laibacher waren nun an der zähen Widerstandskraft der Kärntner gescheitert. Volks- und Heimwehrabteilungen hatten sich überall bewährt, fast alle Heimwehrkompagnien waren eingerückt und diejenigen, die dem Kampfplatze nahe waren und aus diesem Grund an dem Kampfe teilnehmen konnten, hatten sich sehr gut gehalten. Auch erst in der Stunde der Gefahr gebildete Freiwilligenabteilungen, besonders aus Studentenkreisen in Klagenfurt, hatten opferfreudig am Kampfe teilgenommen und sehr gute Dienste geleistet. Dr. Rožič, ein bekannter südslawischer Agitator, der damals in Klagenfurt interniert war, entwirft von den Vorgängen in Klagenfurt am 29. April in seinem Tagebuche folgendes Bild: „Die Stadt gleicht einem aufgestörten Ameisenhaufen. Alles, was fleucht und kreucht, eilt in die Kasernen und aus den Kasernen mit Waffen hinaus. Vom Oberlandesgerichtsrate bis zum Handwerker und vierzehnjährigen Schulbuben, alles hatte in wenigen Stunden die Waffen umgehängt. In verschiedenen Formationen, zu Fuß und auf Autos, eilten die Klagenfurter hinaus zur Front." („Slovenec" vom 16. September 1919.) An manchen Orten hatten auch Frauen und Mädchen am Kampfe mitgeholfen, indem sie trotz des feindlichen Feuers Meldungen überbrachten, Munition und Proviant herbeischafften und Artilleriebespannungen führten. So war aus dem Freiheitskampf ein Volkskrieg geworden, der an die Tiroler Kämpfe von 1809 erinnert.

Um den offenkundigen Waffenstillstandsbruch zu verschleiern, wurde von südslawischer Seite ein Aufstand der slowenischen Bevölkerung erfunden. Das Laibacher Korrespondenzbureau meldete am 30. April hierüber folgendes:

„Schon seit Wochen appelliert die slowenische Bevölkerung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete Kärntens an die Regierung und die Armee des Königreiches Südslawien, sowie an die Friedenskonferenz, man möge dem von den undisziplinierten deutschen bolschewistischen Truppen

geübten Terror ein Ende machen und die Bevölkerung befreien. Die jugoslawische Regierung konnte diesem Appell nicht entsprechen, da sie sich an den im Jänner l. J. unter Intervention einer amerikanischen Mission geschlossenen Waffenstillstand gebunden erachtete, obwohl die deutschen Truppen fast jeden Tag den Waffenstillstand durch Angriffe, Schießereien, Artilleriefeuer usw. auf die offene Stadt Völkermarkt brachen. Nachdem sich in Kärnten die Nachricht von den neuesten Ereignissen bei der Friedenskonferenz verbreitet hatte und die Bevölkerung ihre letzte Hoffnung auf einen baldigen errettenden Machtspruch der Konferenz geschwunden sah, griff die slowenische Bevölkerung in den von den Deutschen besetzten Gebieten Kärntens, und zwar vornehmlich im Rosental und im Gebiete von Völkermarkt, zur Selbsthilfe. Sie entwaffnete die schwachen, Widerstand leistenden deutschen Banden, die übrigens teilweise mit der Bevölkerung fraternisierten, proklamierte die Vereinigung dieser Gebiete mit dem Königreiche Südslawien und ersuchte die an der von den deutschen Truppen bisher innegehabten Linie stehenden jugoslawischen Truppen, die Sorge für die Ruhe und Ordnung, sowie den Schutz des Lebens und der Habe zu übernehmen und besonders der infolge der argen Mißstände in der Organisation des Ernährungsdienstes ausgehungerten Bevölkerung die notwendige Nahrung zu beschaffen. Die Abteilungen der jugoslawischen Armee konnten sich dem an sie gerichteten dringenden Appell nicht verschließen und besetzten, ohne Widerstand zu finden, mehrere slowenische Ortschaften jenseits der deutschen Linie. In der Bevölkerung, die die jugoslawischen Truppen überall mit Enthusiasmus empfing, ist seit einem Monat ein vollkommener Stimmungswechsel eingetreten, und zwar auch in den bisher als deutschfreundlich bekannten slowenischen Dörfern. In der Bevölkerung hatte sich namentlich angesichts der von der Kärntner Landesregierung verursachten Anarchie die Erkenntnis durchgerungen, daß Ordnung und Nahrung nur von der jugoslawischen Regierung erwartet und mit Erfolg erlangt werden könne. In hiesigen Kreisen werden die Ereignisse der letzten Nacht dahin beurteilt, daß darin keinerlei Feindseligkeit gegen die deutschösterreichische Republik zu erblicken sei, mit der die jugoslawische Regierung in ein freundschaftliches Einvernehmen zu kommen wünscht. Es ist zu beachten, daß das Wiener Staatsamt des Äußern der jugoslawischen Regierung zu wiederholten Malen erklärt hat, für die Treibereien der Kärntner Landesregierung und der dortigen Volkswehr in keiner Weise haften zu wollen, und daß alle Verschiebungen an der von den beiden Parteien eingenommenen Linie selbstverständlich ohne Präjudiz für den Ausgang der Friedenskonferenz erfolgen."

Wie der Enthusiasmus der Bevölkerung für die Südslawen in Wirk-

lichkeit ausgesehen hat und die südslawischen Truppen für Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens sorgen wollten, ergibt sich daraus, daß der Kommandant der südslawischen Angriffsgruppe von Lavamünd noch vor dem Überfalle deutsch und slowenisch abgefaßte Kundmachungen vorbereitete, welche das schärfste Standrecht verkündeten und jeden mit dem Tode bedrohten, der die Waffen nicht abliefere, den Ort verlasse, gegen den Staat Südslawien hetze oder mit dem Feinde verkehre.

Vom Landesbefehlshaber wurde über die ursächlichen Zusammenhänge dieses Überfalles eine Untersuchung eingeleitet. Es ließ sich einwandfrei feststellen, daß dieser Angriff wohlvorbereitet und planmäßig war, wie es ja schon aus der ganzen Anlage von jedem Laien erkannt werden konnte. Ob er vom Kommandanten der Draudivision in Laibach oder von einer anderen Stelle in Jugoslawien angeordnet war, konnte allerdings nicht ermittelt werden, aber soviel ist mit Gewißheit festgestellt, daß der südslawische Kommandant für Kärnten, Oberst B l e i w e i ß in Völkermarkt, im Monat April von irgendeiner Stelle in Laibach Weisungen für einen Angriff auf Klagenfurt erhielt und schriftlich hierüber berichtete. Den Befehl zum Angriffe soll General M a j s t e r am 26. April gegeben haben. Seither haben auch südslawische Blätter wiederholt zugegeben, daß der Angriff vom südslawischen Militär ausgegangen war.

Weiters wurde festgestellt, daß sich nur ein einziger Fall ereignet hat, in dem Kärntner slowenisch gesinnte Bevölkerung gegen Kärntner Soldaten feindlich vorgegangen ist, und zwar in Mühlbach südlich von Rosegg. Es war dies aber eine so geringfügige Episode, daß sie gar keine Rolle spielte.

Der Stein war also ins Rollen gekommen. Der Landesbefehlshaber von Kärnten mußte nun Sicherungen gegen eine Wiederholung derartiger Angriffe und gegen die stete Bedrohung der Landeshauptstadt schaffen.

Am 30. April und 1. Mai wurden die durch die Kämpfe in Unordnung gekommenen Verbände geordnet, die Munition ergänzt, die eingerückten Heimwehr- und Freiwilligenabteilungen zusammengestellt und ausgerüstet und in ihre voraussichtlichen Verwendungsräume entsendet.

Da der von den Südslawen besetzte Brückenkopf von Völkermarkt wiederholt den Ausgangspunkt südslawischer Unternehmungen gebildet hatte, so war es zur Verhinderung weiterer südslawischer Angriffe vor allem nötig, diesen unschädlich zu machen. Die Front um den Brückenkopf war schon früher ausgebaut und mit einer verhältnismäßig starken Artillerie besetzt worden. Alle notwendigen Maßnahmen waren mit den Führern eingehend besprochen worden, so daß nach Einrücken der Heimwehr die Beseitigung der ständig aus Völkermarkt drohenden Gefahr ins Auge gefaßt werden konnte.

Am 2. Mai früh wurde der Brückenkopf angegriffen und nach kurzem Kampfe mit einem Verluste von acht Toten genommen (siehe Beilage 10). Aber schon am Nachmittag belegte die südslawische Artillerie die Stadt Völkermarkt und einige Orte westlich der Eisenbahnbrücke bei Stein mit einem Rache- und Wutfeuer, das schwere Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte. Um dies für weiterhin zu verhindern und klare Verhältnisse in Unterkärnten zu schaffen, war es notwendig, den Nachstoß fortzusetzen, die südslawische Front an der Drau aufzurollen und die Südslawen über die Landesgrenze zurückzuwerfen.

Daher wurden am 4. Mai vormittags St. Margareten im Rosental und die Hochfläche von Abtei nach heftigem Kampfe genommen (siehe Beilage 10). Auch der stark befestigte und besonders gut armierte nördliche Ausgang des Karawankentunnels bei Rosenbach wurde an diesem Tag erstürmt und für jeden Verkehr gesperrt. Hiebei wurden 10 Feldgeschütze, 3 Infanteriegeschütze, 40 Maschinengewehre und viele Gewehre erbeutet und 200 Mann und 6 Offiziere gefangengenommen. Die freigewordenen Truppen, besonders die bespannte Artillerie, wurden zur Verwendung in Unterkärnten bereitgestellt.

Die südslawischen Truppen warteten die Auswirkungen der Einnahme der Hochfläche von Abtei nicht mehr ab und räumten noch am Abend des 4. Mai die Draufront zwischen Völkermarkt und Annabrücke. Sie scheinen durch die Niederlage am 29. und 30. April, durch den Verlust von Völkermarkt, St. Margareten und Abtei ihren moralischen Halt verloren zu haben und zu keiner entschlossenen Tat mehr fähig gewesen zu sein. Die Kärntner Truppen drängten überall nach, ganz besonders die zweite Kompagnie des Volkswehrbataillons Nr. 2 (ehemaliges Infanterieregiment Nr. 7) und der Panzerzug, welche noch in der Nacht Kühnsdorf erreichten und schon am 5. Mai früh gegen Bleiburg vorgingen. Dort planten die Südslawen, neuen Widerstand zu leisten, wurden aber durch das überraschend schnelle und entschlossene Einsetzen der Verfolgung derart außer Fassung gebracht, daß sie unaufhaltsam und kopflos über Prävali und Gutenstein aus Kärnten zurückgingen. Bei Gutenstein stellte sich eine südslawische Nachhut zum Kampfe. Sie wurde aber bald zersprengt und am 7. Mai standen die Kärntner Truppen im allgemeinen an der Landesgrenze.

Während der Kämpfe vom 29. April bis zum 8. Mai hatten die Kärntner Truppen einen Verlust von 43 Toten. Die Südslawen büßten 23 Offiziere und 904 Mann als Gefangene, mehrere Geschütze und eine größere Zahl von Maschinengewehren ein.

Auch in diesen Kämpfen haben die aufgebotenen Heimwehrkompagnien tapfer mitgekämpft und wesentlich zum Erfolge beigetragen.

In den maßgebenden Kreisen Wiens faßte man die Lage in Kärnten anders auf, als der Landesbefehlshaber von Kärnten.

Am 3. Mai, nachmittags, erhielt der Landesbefehlshaber von der Kärntner Landesregierung folgende Zuschrift: „Der Herr Staatskanzler hat namens des Kabinettsrates der Landesregierung den kategorischen Auftrag erteilt, daß aus gesamtstaatlichen Erwägungen und im Hinblick auf die nervöse Stimmung der Ententestaaten gelegentlich der jetzigen Landesabwehraktion die Demarkationslinie nicht überschritten werden dürfe. Die Landesregierung hält sich verpflichtet, dem militärischen Oberkommando diesen Auftrag zur Kenntnis zu bringen."

Zur Zeit, als dieser telegraphische Auftrag einlangte, waren bereits alle Befehle für den Angriff auf St. Margareten gegeben und in Ausführung begriffen. Das Gelingen dieses Angriffes und seine Auswirkungen auf die ganze südslawische Front waren bestimmt zu erhoffen, da die Südslawen allem Anscheine nach einen Angriff in dieser Richtung nicht erwarteten und sich schon bei der Einnahme von Völkermarkt eine große Einbuße der Kampfkraft der südslawischen Truppen gezeigt hatte.

Der Landesbefehlshaber war der Ansicht, daß als Demarkationslinie nur mehr die Kärntner Landesgrenze betrachtet werden könne, da ja nach den Waffenstillstandsverhandlungen im Jänner keine eigentliche Demarkationslinie bestimmt worden war und erst die amerikanische Kommission eine solche zu bestimmen gehabt hätte. Diese Bestimmung war aber leider unterblieben.

Am 6. Mai langte bei der Kärntner Landesregierung nachstehendes Telegramm von der Staatsregierung in Wien ein: „Der Chef der Ententemission, General Segré, hat soeben beim Staatsamte für Heerwesen gegen die Überschreitung der Draulinie Protest erhoben und Deutschösterreich für die Folgen dieses Bruches des Waffenstillstandsvertrages verantwortlich gemacht. Staatssekretär Dr. Deutsch hat vorgeschlagen, daß durch Vermittlung des Generals Segré mit der jugoslawischen Regierung ein neuerlicher Waffenstillstand vereinbart werde und daß zur Festsetzung einer neuen Demarkationslinie Vertreter der Entente und der südslawischen Regierung nach Klagenfurt eingeladen werden, wohin Staatssekretär Deutsch sich persönlich begeben werde. Staatssekretär Deutsch kommt auf jeden Fall Donnerstag nach Klagenfurt. Das weitere Vorrücken unserer Formationen ist bis dahin unbedingt hintanzuhalten. Die Staatsregierung sieht in dem Vorgehen Kärntens eine Gefährdung des Staates und vor allem Kärntens selbst, das bei den nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen Gefahr läuft, zur Verantwortung gezogen zu werden. Sofortiges Einstellen jeglichen Vormarsches ist Pflicht der Landesregierung."

Vom Hauptausschusse der Nationalversammlung langte folgendes Telegramm ein: „Sämtliche im Hauptausschusse vereinigten Parteien der Nationalversammlung bitten einstimmig ihre Angehörigen und die Landesregierung in Kärnten, dringend dahin zu wirken, daß jedes weitere Vorrücken unterbleibt, da sonst die Folgen für Kärnten und Südsteiermark nicht abzusehen sind. Abgeordnete aller Parteien werden zu mündlicher Rücksprache über die hochernste Lage nach Klagenfurt entsendet."

Der Landesbefehlshaber hatte übrigens gar nicht die Absicht, die Landesgrenze Kärntens zu überschreiten, denn dies wäre nur im Vereine mit einem Vorgehen der Steirer gegen Marburg möglich gewesen. Diesbezügliche Besprechungen des Landesbefehlshabers mit einigen Führern steirischer Freiwilligenformationen hatten keinen Erfolg gehabt. Scheinbar waren die maßgebenden Kreise Steiermarks mit einem Kampfe nicht einverstanden. Dies zeigte sich schon bei der Einnahme von Radkersburg im Jänner 1919 durch freiwillige Kämpfer. Diese Unternehmung, welche vom Landesbefehlshaber in Kärnten tatkräftigst unterstützt worden war, wurde von steirischen Regierungskreisen nicht nur nicht gefördert, sondern in ihrer weiteren Ausdehnung verhindert.

Am 10. Mai begannen in Klagenfurt die Verhandlungen mit den südslawischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Deutsch. Die südslawischen Bevollmächtigten erklärten, daß am 29. April nicht die südslawischen Truppen den Waffenstillstand gebrochen hätten, sondern die Kärntner Truppen durch ihren Nachstoß, und forderten von den Kärntner Bevollmächtigten, daß die Kärntner Truppen in ihre alten Stellungen vom 29. April zurückgenommen werden. Diese Forderung war für Kärnten unannehmbar. In einer Besprechung von Vertrauensmännern aller drei Parteien des Landes unter dem Vorsitze des Landesverwesers wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß die Bedingungen der südslawischen Bevollmächtigten nicht angenommen werden können. Am 17. Mai reisten die südslawischen Bevollmächtigten ab, die Verhandlungen waren somit ergebnislos verlaufen.

Der Ausgang der Waffenstillstandsverhandlungen war für die spätere Volksabstimmung in Kärnten nicht ohne Bedeutung. Kärnten zeigte in diesen Verhandlungen, daß es nicht gewillt sei, sich auch nur einen Teil seines Rechtes durch Gewalt nehmen zu lassen. Die Bewohner der Abstimmungszone konnten den Glauben in die lange Prüfungszeit vor der Volksabstimmung hinübernehmen, daß sie von ihren Landsleuten nicht verlassen werden würden.

Wie bereits erwähnt, war die österreichische Regierung in Wien mit dem Überschreiten der Drau nicht einverstanden. Dies führte zu Unstim-

migkeiten mit den vom Staatsamte für Heerwesen zur Unterstützung nach Kärnten gesandten Wiener Volkswehrabteilungen. Die Kärntner Landesregierung hatte nämlich unter dem Eindrucke der Gefahr des südslawischen Überfalles am 29. April telegraphisch beim Staatsamte für Heerwesen um Entsendung von Hilfstruppen angesucht. Diesem Ansuchen wurde sofort Folge gegeben und es trafen am 2. Mai ein:

im Lavanttale 35 Offiziere, 620 Mann und 2 Gebirgsgeschütze;

in Maria Elend im Rosentale 20 Offiziere, 430 Mann und 8 Gebirgsgeschütze von Volkswehrformationen aus Wien und Umgebung.

Mit Ausnahme der Artillerie waren diese Abteilungen nur mangelhaft ausgerüstet, so daß schon aus diesem Grunde ihre Verwendungsfähigkeit sehr beschränkt war. Vom Staatsamte für Heerwesen hatten sie vor ihrem Abgehen im Sinne der Wiener Anschauungen die Weisung erhalten, nicht über die Demarkationslinie, beziehungsweise die Drau, vorzugehen. Da sich aber die Situation in überraschend kurzer Zeit so geändert hatte, daß Kärnten nur Truppen brauchen konnte, welche gesonnen waren, sich jenseits der Drau verwenden zu lassen, so wurden diese Abteilungen, da diesseits der Drau für sie keine Verwendung mehr war, wieder nach Wien zurückbefördert. Es wurde auch erwogen, sie als Reserve nördlich der Drau, beziehungsweise diesseits der bestandenen Demarkationslinie, zu behalten, da mit einem Rückschlage gerechnet werden mußte. Eine derartige Verwendung dieser Abteilungen hätte jedoch nur den Unwillen der Bevölkerung wachgerufen, welche diese Verwendungsart nicht verstanden hätte. Dadurch wäre es zweifellos zu ernsten Reibungen gekommen, welche gewiß unangenehme Weiterungen in innerpolitischer Beziehung gehabt hätten.

Außer diesen Wiener Volkswehrabteilungen trafen noch aus folgenden Ländern Hilfstruppen in Kärnten ein:

aus Tirol schon im Februar das Tiroler Volkswehr-Halbbataillon unter Hauptmann Dragoni. Es wurde im Abschnitte Rosenbach im Grenzsicherungsdienste verwendet und hat sich besonders in den Tagen vom 29. April bis 4. Mai hervorgetan und dem Lande Kärnten vorzügliche Dienste geleistet. Kärnten wird die Hilfe dieser ganz hervorragenden Truppe in den Tagen schwerster Not nicht vergessen;

aus Steiermark je eine Studentenlegion der Grazer Hochschulen, der Bergakademie in Leoben und der Forstlehranstalt in Bruck an der Mur. Diese Legionen waren erstklassige Truppen in jeder Hinsicht. Leider überstürzten sich die Ereignisse derart, daß es ihnen nicht mehr vergönnt war, Erfolge zu erzielen, die ihrer würdig gewesen wären. Das Land

Kärnten sah sie mit großem Bedauern Mitte Mai wieder nach Steiermark zurückkehren.

Die erfolgreiche Abwehr des Überfalles vom 29. April und die siegreichen Kämpfe von Anfang Mai waren der Höhepunkt in Kärntens Freiheitskampf. Sie haben in Paris den schon durch die Dezember- und Jännerkämpfe gewonnenen Eindruck verstärkt, daß einem Volke, welches so hartnäckig seine Freiheit verteidige, das Selbstbestimmungsrecht nicht vorenthalten werden dürfe. Sie haben ferner durch ihre Erfolge Kärnten den nationalen Stolz gegeben, den tiefen Heimatgedanken vom Kärntner Volkstum gefestigt und im Kärntner Volke die Liebe und Begeisterung für Heimat und Freiheit hell emporlodern lassen. Sie haben endlich die innere Widerstandskraft der Heimattreuen in der so heiß umkämpften Zone I so gefestigt, daß sie imstande waren, die nach dem militärischen Rückschlag im Juni einsetzende Gedrücktheit zu überwinden und die Hoffnung für ihr Heimatland, für das sie schon so viele Opfer gebracht hatten, nicht sinken zu lassen. Der trotzige Geist der Abwehrkämpfer hat in den gleichen Männern fortgewirkt, die später ihr Leben und Gut bei der Werbearbeit für die Volksabstimmung einsetzten. So hat der Freiheitskampf die Kräfte geschaffen, die auch bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 zum Siege führten. Wäre den Südslawen der Überfall geglückt und Klagenfurt schon im April widerstandslos in ihre Hand gefallen, so hätte sich Paris, wo ohnedies ein heftiger Kampf um Kärnten geführt wurde, im letzten Augenblicke vielleicht umstimmen lassen. Sicher aber hätte die Abwehrbewegung einen schweren Stoß erlitten. War doch die Landeshauptstadt der natürliche Mittelpunkt dieser Bewegung, in dem alle Fäden von Ost und Süd und West zusammenliefen!

IV. Die ersten Verhandlungen zwischen St. Germain und Paris.

(Vom 9. Mai bis 2. Juni 1919.)

Am 13. Mai 1919 traf die deutschösterreichische Friedensdelegation, mit Staatskanzler Dr. Karl Renner als Bevollmächtigtem an der Spitze, in St. Germain ein. Kärnten war durch Landesrat Vinzenz Schumy und Gymnasialprofessor Dr. Martin Wutte vertreten. Von der Außenwelt abgeschnitten und in ihrem Quartier ängstlich überwacht, glichen die Delegierten, wie ihre deutschen Schicksalsgenossen in Versailles, eher

Internierten als Vertretern eines verhandlungsberechtigten Staates. Die Verhandlungen wurden ausschließlich schriftlich geführt, ein Ersuchen um mündliche Verhandlungen kurz abgelehnt. Da die Übergabe des Vertrages immer mehr hinausgeschoben wurde, so beschränkte sich die Tätigkeit der Delegation in den ersten drei Wochen hauptsächlich auf interne Beratungen. Am 19. Mai wurde im Gebietsausschusse der Delegation die Kärntner Frage erörtert. Als Grundforderungen für die bevorstehenden Verhandlungen wurden unsererseits aufgestellt: Unteilbarkeit Kärntens und insbesondere des Klagenfurter Beckens aus geographischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen und Volksabstimmung unter unparteiischer Leitung im ganzen strittigen Gebiete bis zu den Karawanken und Julisch-Karnischen Alpen.

In Paris kam die Kärntner Frage am 9. Mai wieder zur Verhandlung. Die Gebietskommission der Friedenskonferenz einigte sich nach den Berichten Dr. Ravnikars und Dr. Trillers nach langen Schwankungen dahin, daß im Klagenfurter Becken innerhalb der Linie Mittagskogel—Karawanken—Westgrenze des Mießbeckens—Hühnerkogel—Speikkogel—Steinbruchkogel—Wernberg—Mittagskogel eine Volksabstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit entscheiden solle. Das Mießtal sollte bedingungslos an Südslawen fallen. Im Westen sollte die Grenze zwischen dem Abstimmungsgebiet und Südslawien erst sieben Kilometer östlich vom Rosenbacher Tunnel, also etwa bei der Kotschna, beginnen. Über das Gebiet von Aßling, auf das die Italiener wegen der Bahnverbindung zwischen Rosenbach und Triest so großes Gewicht legten, sollte nämlich erst später entschieden werden.

Die Vertreter Sloweniens in der südslawischen Delegation fürchteten nun, daß das so umgrenzte Abstimmungsgebiet, welches nach Triller 57.000 Slowenen und 74.000 Deutsche zählt, bei einer Volksabstimmung verlorengehen müßte, wenn es als Ganzes betrachtet würde. Die südslawische Delegation unterbreitete daher der Friedenskonferenz einen Kompromißvorschlag, welcher das Klagenfurter Becken durch die Linie Mallestiger Mittagskogel—Dobrova—Wernberg—Drau bis Rosegg—Velden—Wörthersee—Glanfurt—Glan—Gurk—Nordgrenze des Völkermarkter Bezirkes, also nach der späteren Demarkationslinie, in zwei Zonen teilte, von welchen die südliche Zone I ohne Abstimmung an Südslawien, die nördliche, II, ohne Abstimmung an Deutschösterreich fallen solle (Trunk und Dr. Ravnikar).

Allein Wilson entschloß sich, offenbar auf Grund des Gutachtens der amerikanischen Kommission, für die Volksabstimmung. Nach dem Laibacher „Naprej" vom 23. Juni 1919 war damals einer der einfluß-

reichsten Ratgeber Wilsons der Geograph Johnson, der seinerseits in der Kärntner Frage folgenden Standpunkt einnahm: „Jenseits (nördlich) der Karawanken sind wohl einige Slowenen. Ihre wirtschaftlichen Zentren sind Klagenfurt und Villach. Hier laufen alle Wege aus dem slowenischen Kärnten zusammen. Diese beiden wirtschaftlichen und Verwaltungsmittelpunkte liegen aber im geschlossenen deutschen Sprachgebiete, welches sich mit aller Kraft dagegen sträubt, Südslawien zugeschlagen zu werden. Es sind somit die Karawanken die natürlichen Reichsgrenzen zwischen Südslawien und Deutschösterreich. Wenn sich ein Teil der Bevölkerung jenseits (nördlich) der Karawanken trotzdem für Südslawien und die nationale Vereinigung erklären sollte, wie werden diese Leute ohne Klagenfurt leben? Und umgekehrt, wie wird Klagenfurt ohne dieses Hinterland leben?“

Auch der Viererrat lehnte am 26. Mai den Kompromißvorschlag ab und hielt an der Volksabstimmung fest. Damit waren die Bestimmungen über Kärnten im Vertragsentwurfe festgelegt, der am 28. Mai den sogenannten kleinen Nationen (Rumänen, Tschecho-Slowaken und Slowenen) auszugsweise mitgeteilt wurde und der deutschösterreichischen Delegation am 30. Mai übergeben werden sollte. Obwohl er uns im Wortlaute nie bekannt wurde, so kann man nach den Äußerungen der französischen und südslawischen Presse mit einiger Sicherheit annehmen, daß er folgende Punkte enthielt: Bestimmung der Karawanken als Südgrenze des Abstimmungsgebietes, Volksabstimmung im Klagenfurter Becken als Ganzem binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages und Verwaltung des Abstimmungsgebietes durch den Völkerbund. Die näheren Bestimmungen für die Volksabstimmung sollen nach den südslawischen Blättern für die Südslawen ungünstig gewesen sein.

Während die wenigen, in der französischen Presse durchsickernden Nachrichten über diese Bestimmungen in Kärnten freudige Hoffnung erregten und den nationalpolitischen Ausschuß veranlaßten, die ersten vorbereitenden Werbearbeiten für die Volksabstimmung in Angriff zu nehmen, begannen die Südslawen in Paris dagegen Sturm zu laufen. Da die Vertragsübergabe auf Wunsch der kleinen Nationen auf den 2. Juni verschoben wurde, so erhielt die südslawische Delegation Zeit zu Gegenzügen. Am 27. Mai erschien eine Abordnung aus Laibach in Paris, bestehend aus Fürstbischof Dr. Jeglič, Landespräsident Dr. Brejc, Dr. Ravnikar, Dr. Triller und zwei Sozialdemokraten. Es begannen nun, wie Trunk sich ausdrückt, die Laufereien bei den verschiedenen Diplomaten, vor allem bei den Amerikanern. Allein der Erfolg scheint gering gewesen zu sein. Da erklärte die südslawische Delegation,

zur Vertragsübergabe am 2. Juni nicht zu erscheinen, wenn der Entwurf bezüglich Kärntens unverändert bliebe. Daraufhin wurde anstatt der Südgrenze des Klagenfurter Beckens, also der Karawankengrenze, die Nordgrenze, die aber im Westen nicht über die Polana, wie nach dem endgiltigen Vertrage, sondern über den Rudnik (östlich vom Jaakersee) lief, in den Vertrag eingefügt und alle näheren Bestimmungen über die Volksabstimmung aus dem Vertrag ausgeschieden. Wenn die Darstellung Dr. Zolgers im „Slovenski Narod" vom 2. Juni 1921 richtig ist, so hat Clemenceau diese Bestimmungen aus dem Vertrag auf eigene Faust herausgenommen. So blieb die Kärntner Frage vorläufig offen.

Indes waren die Südslawen in Kärnten am 28. Mai neuerdings zum Angriff übergegangen. Zum drittenmal versuchten sie in Kärnten eine vollzogene Tatsache zu schaffen und durch die Gewalt des Schwertes das zu erreichen, was sie anders zu erreichen nicht imstande waren. In wenigen Tagen geriet Klagenfurt selbst in große Gefahr. Die deutschösterreichische Delegation richtete daher schon am 22. und 29. Mai auf Ersuchen der Kärntner Vertreter Noten an die Friedenskonferenz. In der Note vom 29. Mai wurde die Konferenz auf die Bedrohung Klagenfurts aufmerksam gemacht und ersucht, im strittigen Gebiet entweder auf Grund des eingehenden Studiums der amerikanischen Kommission eine vorläufige oder endgiltige Grenze festzusetzen oder es durch eine dritte Macht besetzen zu lassen. Daraufhin richtete der Rat der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte an die südslawische Regierung folgendes Telegramm:

„Wir wünschen die Aufmerksamkeit der Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen auf die Lage in Kärnten zu lenken, woselbst die Feindseligkeiten, die im Jänner d. J. eingestellt worden waren, wieder aufgenommen worden sind.

Der Rat der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte erfährt, daß, obgleich die österreichische Regierung das Angebot gemacht hat, über einen Waffenstillstand zu verhandeln und die Regelung der strittigen Fragen der Konferenz zu überlassen, die südslawischen Streitkräfte die Feindseligkeiten fortsetzen und sich nicht geneigt zeigen, dieses Waffenstillstandsangebot anzunehmen. Der Rat der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte legt Wert darauf, verstehen zu geben, daß ein solches unabhängiges Vorgehen seitens der südslawischen Streitkräfte nicht nur unnützes Blutvergießen verursacht und die Unordnung und Leiden in den in Betracht kommenden Gegenden verlängert, sondern auch der Sache jener, welche für die Fortsetzung der Feindseligkeiten verantwortlich sind, nur schaden kann.

Der Rat ersucht daher, daß sofort formelle Anordnungen an die südslawischen Armeeführer an Ort und Stelle ergehen, alle Feindseligkeiten in diesen Gegenden einzustellen und ihre Truppen hinter die von der Konferenz festgesetzte und heute der serbisch-kroatisch-slowenischen Delegation mitgeteilte Grenze zurückzuziehen, welche Grenze provisorisch die Südgrenze des Klagenfurter Beckens bildet, dessen Kontrolle seitens Österreichs den alliierten und assoziierten Mächten während der Dauer von sechs Monaten überlassen werden soll. Die österreichischen Armeen sind angewiesen, sich nördlich der Grenze des Klagenfurter Beckens zurückzuziehen."

Zugleich wurde die deutschösterreichische Regierung aufgefordert, die Truppen an die Nordgrenze des Beckens zurückzunehmen.

Am 3. Juni richtete die deutschösterreichische Delegation die dritte Note wegen der Ereignisse in Kärnten an die Friedenskonferenz. Es wurde darin der Genugtuung über den Räumungsauftrag Ausdruck gegeben und mitgeteilt, daß die deutschösterreichische Regierung bereits die notwendigen Befehle gegeben habe, auf daß sich die Kärntner Volkswehr gleich bei Eintreffen der von den alliierten und assoziierten Regierungen mit der Besetzung des Klagenfurter Beckens betrauten Truppen sofort an die Nordgrenze des Klagenfurter Beckens zurückziehe.

Dagegen stellte sich die südslawische Regierung nach der Überreichung des Vertragsentwurfes vom 2. Juni auf den Standpunkt, daß der Räumungsauftrag überholt sei, da die im Vertragsentwurf enthaltenen Bestimmungen über Kärnten, auf die sich der Räumungsauftrag stützte, daraus entfernt worden seien. Während sich daher die deutschösterreichischen Truppen am 4. und 5. Juni zurückzogen, setzten die südslawischen Truppen ihren Vormarsch gegen Klagenfurt fort.

V. Neuerlicher Angriff der Südslawen und Besetzung Klagenfurts.

(Vom 28. Mai bis 6. Juni 1919.)

Schon Mitte Mai, während der Waffenstillstandsverhandlungen in Klagenfurt, waren Meldungen über eine außergewöhnliche Tätigkeit der südslawischen Truppen eingetroffen. Es war zu erkennen, daß große serbische Kräfte herangeführt und sowohl im Drautal, als auch in der Gegend von Windischgraz und südlich des Seebergsattels zum Angriff auf

Kärnten bereitgestellt werden. Alle diese Streitkräfte standen unter dem vierten serbischen Armeekommando, General Božo J a n k o v i ć, das eigens für diesen Angriff nach Krainburg verlegt worden war. Es war klar, daß es nun zum Endkampfe kommen werde.

Das Präsidium der Kärntner Landesregierung wandte sich an die italienischen Militärbehörden in Tarvis und an die italienische Regierung mit der Bitte, das strittige Gebiet zu besetzen, um unnützes Blutvergießen zu verhindern, leider ergebnislos.

Militärischerseits wurden alle Vorbereitungen getroffen, um den bevorstehenden Angriff bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz aufzuhalten. Alle Heimwehrformationen wurden zur Dienstleistung einberufen und Aufrufe zur Bildung von Freiwilligenformationen an die Bevölkerung erlassen. Sie hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Ebenso brachte die neuerliche Einberufung mehrerer Jahrgänge Wehrpflichtiger kein Resultat, wenn auch vom Staatsamte für Heerwesen die nötigen Ausrüstungsgegenstände und die Bewaffnung beigestellt wurden. Es ergaben sich viele Schwierigkeiten, welche die gutgedachte, aber infolge der raschen Aufeinanderfolge der Ereignisse überstürzt durchgeführte Maßnahme vereitelten. Viel hatte zu diesem Mißerfolge der Einberufung gewiß auch die rasche Befreiung des Landes beigetragen, wodurch die Gefahr, die trotz der Befreiung in erhöhtem Maße fortbestand, von der Bevölkerung verkannt wurde. Erst am 28. Mai, als der südslawische Angriff tatsächlich einsetzte, erkannte der Großteil der Bevölkerung der gefährdeten Gebiete den Ernst der Lage. Aber nun war es nicht mehr möglich, die Truppen an der Front zu verstärken und Reserven zu schaffen, was unumgänglich notwendig gewesen wäre. Es gelang zwar, bis Ende Mai in den Bezirkshauptmannschaften Klagenfurt, St. Veit, Villach und Wolfsberg je eine Marschkompagnie mit geringen Ständen aufzustellen, aber sie konnten nicht in irgendein festes militärisches Gefüge gebracht werden.

Auch eine sogenannte Sparmaßnahme des Staatsamtes für Finanzen machte sich in ungünstiger Weise bemerkbar. Die Löhnung für jeden Eingerückten war im Gegensatze zur Löhnung der Volks- und Heimwehrmänner, die sechs Kronen für den Tag betrug, nur mit einer Krone für den Tag festgesetzt worden. Dies erzeugte eine arge Mißstimmung und war ein vorzügliches Agitationsmittel für jene Kreise, die die Einrückung verhindern wollten, und solche gab es aus verschiedenen Ursachen genug.

Vom 20. Mai an verdichteten sich die täglich einlaufenden Meldungen von Angriffen, die am nächsten Tage stattfinden sollten, in Wirklichkeit aber ausblieben oder sich als bloße Patrouillenunternehmungen heraus-

Der Rat ersucht daher, daß sofort formelle Anordnungen an die südslawischen Armeeführer an Ort und Stelle ergehen, alle Feindseligkeiten in diesen Gegenden einzustellen und ihre Truppen hinter die von der Konferenz festgesetzte und heute der serbisch-kroatisch-slowenischen Delegation mitgeteilte Grenze zurückzuziehen, welche Grenze provisorisch die Südgrenze des Klagenfurter Beckens bildet, dessen Kontrolle seitens Österreichs den alliierten und assoziierten Mächten während der Dauer von sechs Monaten überlassen werden soll. Die österreichischen Armeen sind angewiesen, sich nördlich der Grenze des Klagenfurter Beckens zurückzuziehen."

Zugleich wurde die deutschösterreichische Regierung aufgefordert, die Truppen an die Nordgrenze des Beckens zurückzunehmen.

Am 3. Juni richtete die deutschösterreichische Delegation die dritte Note wegen der Ereignisse in Kärnten an die Friedenskonferenz. Es wurde darin der Genugtuung über den Räumungsauftrag Ausdruck gegeben und mitgeteilt, daß die deutschösterreichische Regierung bereits die notwendigen Befehle gegeben habe, auf daß sich die Kärntner Volkswehr gleich bei Eintreffen der von den alliierten und assoziierten Regierungen mit der Besetzung des Klagenfurter Beckens betrauten Truppen sofort an die Nordgrenze des Klagenfurter Beckens zurückziehe.

Dagegen stellte sich die südslawische Regierung nach der Überreichung des Vertragsentwurfes vom 2. Juni auf den Standpunkt, daß der Räumungsauftrag überholt sei, da die im Vertragsentwurf enthaltenen Bestimmungen über Kärnten, auf die sich der Räumungsauftrag stützte, daraus entfernt worden seien. Während sich daher die deutschösterreichischen Truppen am 4. und 5. Juni zurückzogen, setzten die südslawischen Truppen ihren Vormarsch gegen Klagenfurt fort.

V. Neuerlicher Angriff der Südslawen und Besetzung Klagenfurts.

(Vom 28. Mai bis 6. Juni 1919.)

Schon Mitte Mai, während der Waffenstillstandsverhandlungen in Klagenfurt, waren Meldungen über eine außergewöhnliche Tätigkeit der südslawischen Truppen eingetroffen. Es war zu erkennen, daß große serbische Kräfte herangeführt und sowohl im Drautal, als auch in der Gegend von Windischgraz und südlich des Seebergsattels zum Angriff auf

Kärnten bereitgestellt werden. Alle diese Streitkräfte standen unter dem vierten serbischen Armeekommando, General Božo J a n k o v i ć, das eigens für diesen Angriff nach Krainburg verlegt worden war. Es war klar, daß es nun zum Endkampfe kommen werde.

Das Präsidium der Kärntner Landesregierung wandte sich an die italienischen Militärbehörden in Tarvis und an die italienische Regierung mit der Bitte, das strittige Gebiet zu besetzen, um unnützes Blutvergießen zu verhindern, leider ergebnislos.

Militärischerseits wurden alle Vorbereitungen getroffen, um den bevorstehenden Angriff bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz aufzuhalten. Alle Heimwehrformationen wurden zur Dienstleistung einberufen und Aufrufe zur Bildung von Freiwilligenformationen an die Bevölkerung erlassen. Sie hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Ebenso brachte die neuerliche Einberufung mehrerer Jahrgänge Wehrpflichtiger kein Resultat, wenn auch vom Staatsamte für Heerwesen die nötigen Ausrüstungsgegenstände und die Bewaffnung beigestellt wurden. Es ergaben sich viele Schwierigkeiten, welche die gutgedachte, aber infolge der raschen Aufeinanderfolge der Ereignisse überstürzt durchgeführte Maßnahme vereitelten. Viel hatte zu diesem Mißerfolge der Einberufung gewiß auch die rasche Befreiung des Landes beigetragen, wodurch die Gefahr, die trotz der Befreiung in erhöhtem Maße fortbestand, von der Bevölkerung verkannt wurde. Erst am 28. Mai, als der südslawische Angriff tatsächlich einsetzte, erkannte der Großteil der Bevölkerung der gefährdeten Gebiete den Ernst der Lage. Aber nun war es nicht mehr möglich, die Truppen an der Front zu verstärken und Reserven zu schaffen, was unumgänglich notwendig gewesen wäre. Es gelang zwar, bis Ende Mai in den Bezirkshauptmannschaften Klagenfurt, St. Veit, Villach und Wolfsberg je eine Marschkompagnie mit geringen Ständen aufzustellen, aber sie konnten nicht in irgendein festes militärisches Gefüge gebracht werden.

Auch eine sogenannte Sparmaßnahme des Staatsamtes für Finanzen machte sich in ungünstiger Weise bemerkbar. Die Löhnung für jeden Eingerückten war im Gegensatze zur Löhnung der Volks- und Heimwehrmänner, die sechs Kronen für den Tag betrug, nur mit einer Krone für den Tag festgesetzt worden. Dies erzeugte eine arge Mißstimmung und war ein vorzügliches Agitationsmittel für jene Kreise, die die Einrückung verhindern wollten, und solche gab es aus verschiedenen Ursachen genug.

Vom 20. Mai an verdichteten sich die täglich einlaufenden Meldungen von Angriffen, die am nächsten Tage stattfinden sollten, in Wirklichkeit aber ausblieben oder sich als bloße Patrouillenunternehmungen heraus-

stellten. Diese immerwährenden Alarmnachrichten wirkten äußerst ermüdend auf unsere Truppen, da sie Ablösungen verhinderten.

Wie bereits erwähnt, trafen die südslawischen Behörden große Vorbereitungen für den Angriff. Mehrere Jahrgänge wurden zur Auffüllung der Stände einberufen und mehrere serbische Regimenter von Ungarn an die Kärntner Front verschoben. Insgesamt wurden für den Angriff mehr als neun Infanterieregimenter mit sehr starker Artillerie bereitgestellt. Es waren dies die serbischen Infanterieregimenter Nr. 1, 6, 7 und 8, die ehemaligen k. u. k. Infanterieregimenter Nr. 17, 87 und 97, das k. k. Gebirgsschützenregiment Nr. 2 und das Schützenregiment Nr. 26. Diese ehemaligen k. u. k. und k. k. Regimenter waren teilweise mit Mannschaften der serbischen Regimenter Nr. 26 und 36 aufgefüllt.

Diesen südslawischen Truppen standen auf Kärntner Seite im Angriffsraum Eisenkappel—Unterdrauburg gegenüber: die Volkswehrbataillone Nr. 1, 2, 3, 8 und 10, die Marschkompagnien Klagenfurt, Villach und Wolfsberg und einige Heimwehrkompagnien, alles zusammen 1100 bis 1200 Feuergewehre, rund 100 Maschinengewehre und 20 Geschütze.

Am 28. Mai, 4 Uhr früh, setzte der allgemeine südslawische Angriff auf den Raum Eisenkappel—Unterdrauburg ein. Hauptangriffsrichtungen waren Unterdrauburg, Gutenstein, das Mießtal und Eisenkappel.

Die Kärntner Abteilungen hielten tapfer kämpfend dem mit beiläufig zehn- bis zwölffacher Überlegenheit durchgeführten südslawischen Angriffe bis nachmittags stand. Die Lage wurde infolge der feindlichen Übermacht unhaltbar. Der Landesbefehlshaber ordnete daher in den ersten Nachmittagsstunden den allgemeinen Rückzug an die Drau an. Der Rückzug ging mit aufopfernder Unterstützung des Eisenbahnpersonals glatt vonstatten. Am Abend standen die Kärntner Truppen der Abschnitte Gutenstein, Mießdorf und Eisenkappel hinter der Drau und dem Freibach. Im Lavanttal mußten die Truppen des Abschnittes Unterdrauburg im allgemeinen in die Linie Lavamünd—Magdalensberg zurückgehen. Im Abschnitte Ferlach blieb die Lage unverändert. (Siehe Beilage 11.)

Am 29. Mai war die Lage für Klagenfurt insofern kritisch geworden, als die Verbände der Kärntner Truppen im Abschnitte von der Annabrücke bis zur Dullacher Brücke noch nicht derart gefestigt waren, daß sie einen entschlossenen Vorstoß der über Eisenkappel vorgegangenen serbischen Brigade hätten aufhalten können. Der Landesbefehlshaber fühlte sich daher verpflichtet, sowohl die Landesregierung als auch die Gemeindevertretung von Klagenfurt aufmerksam zu machen, daß in der nächsten Zeit mit einer Besetzung von Klagenfurt gerechnet werden könne.

Er ging dabei von der Ansicht aus, daß in dem Augenblick, als stärkere südslawische Truppen die Sattnitzhöhe in Besitz nehmen, eine Verteidigung der Stadt Klagenfurt nur einen Zeitgewinn von kurzer Dauer bedeuten würde und zwecklose Verluste an Gut und Blut die Folgen wären.

Am 30. Mai besserte sich einerseits die Lage in diesem Abschnitte wieder derart, daß Aussicht vorhanden war, einen Übergangsversuch der Südslawen über die Drau erfolgreich verhindern zu können; anderseits verschlechterte sich die Lage im Abschnitte Ferlach so, daß die dort stehenden Truppen auf das Nordufer der Drau zurückgenommen werden mußten. Die Ursache hiezu war weniger das scharfe Vorgehen des Gegners, als der Mangel an frischen Kräften, welche die übermüdeten schwachen Abteilungen hätten ablösen, zumindest aber stützen können.

Auch im Lavanttale war die Linie Lavamünd—Magdalensberg infolge des bereits am 28. Mai erfolgten Verlustes des Hühnerkogels nicht mehr länger zu halten. Die Kärntner Truppen mußten in die Linie: Höhen südlich St. Paul—Weinberg—Brandl zurückgehen.

Der Hauptstoß des Gegners richtete sich jetzt gegen das Lavanttal. Er sollte zweifellos die im Lavanttale stehenden Kärntner Truppen soweit zurückdrängen, daß er den nötigen Raum zur Aufrollung der Draufront gewinne. Die Truppen im Lavanttale, seit 20. Mai ununterbrochen in Kampfbereitschaft, seit 28. Mai stets im Kampf oder in Bewegung, waren derart ermüdet, daß sie dem ununterbrochenen, stetig stärker werdenden Drucke des Gegners nicht mehr standhalten konnten und am 2. Juni nachmittags den Rückzug nach Wolfsberg antreten mußten (siehe Beilage 11). Wenn auch in den letzten Stunden verschiedene Freiwilligenabteilungen zur Hilfe herbeieilten, so war es leider zu spät geworden, dem Kampf eine andere Wendung geben zu können, denn es ist eine längst erwiesene Tatsache, daß in der Stunde der Gefahr zusammengetrommelte Freiwilligenscharen auch bei bestem Willen und größter Aufopferung geordneten Truppenverbänden auf die Dauer nicht standhalten können, wenn es ihnen auch ab und zu gelingt, zeitlich und örtlich beschränkte Erfolge zu erzielen.

Am 3. Juni machte sich die Wirkung dieses Rückzuges bereits auf die östlich von Völkermarkt stehenden Kärntner Abteilungen bemerkbar. Sie mußten, weil ohne Reserven, dem stetigen Drucke des Gegners nachgeben. An diesem Tage langten bereits einige Nachrichten über die Entscheidung der Friedenskonferenz ein. Wiener Zeitungen brachten infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses mit großen Buchstaben die irrtümliche Nachricht, daß Klagenfurt und Völkermarkt für Österreich verloren seien. Diese Nachricht war alles eher als geeignet, den Mut und die Kampf-

begeisterung der abgehetzten, übermüdeten und durcheinander gewürfelten Volkswehr- und Freiwilligenabteilungen zu heben; sie bröckelten daher langsam ab.

Der Druck der südslawischen Truppen vom Lavanttale gegen Völkermarkt hielt auch am 4. Juni ununterbrochen an und wurde durch Artilleriefeuer aus dem Raume Kühnsdorf noch wesentlich verstärkt. Die in der Umgebung Völkermarkts stehenden, bereits stark gelichteten und immer schwächer werdenden Kärntner Truppen gingen langsam auf Klagenfurt und St. Veit zurück. (Siehe Beilage 11.)

Am Nachmittage des 4. Juni trafen in Klagenfurt bereits genauere Nachrichten über die Friedensbedingungen ein. Es war anzunehmen, daß das Becken von Klagenfurt als Abstimmungsgebiet bestimmt sei und die Entente sich alle weiteren Verfügungen über dieses Gebiet vorbehalten habe.

Der Landesbefehlshaber sah sich sowohl aus diesem Grunde, als auch deshalb, weil er einen aussichtslosen Kampf um die Stadt Klagenfurt vermeiden wollte, veranlaßt, jeden weiteren Kampf in diesem, der Entente vorbehaltenen Gebiete einzustellen und es zu räumen, da sonst dem Lande Kärnten der Vorwurf hätte gemacht werden können, daß es den von ihm stets verfochtenen Grundsatz, die endgiltige Entscheidung der Friedenskonferenz zu überlassen, selbst nicht einhalte. In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni räumten die Kärntner Truppen das Abstimmungsgebiet und gingen an dessen nördliche Grenze in gesicherten Halt über. Die Südslawen folgten langsam nach und besetzten am 6. Juni die Stadt Klagenfurt und Umgebung. (Siehe Beilage 12.)

In den Kämpfen vom 21. Mai bis 6. Juni hatten die Kärntner Truppen einen Verlust von 29 Toten.

Während der Endkämpfe fanden in Krainburg Waffenstillstandsverhandlungen statt, welche vom Landesbefehlshaber im Einvernehmen mit der Landesregierung eingeleitet worden waren. Sie bezweckten, unnütze Opfer zu vermeiden, da ja die Entscheidung der Friedenskonferenz stündlich zu erwarten war, wurden aber von den südslawischen Bevollmächtigten, unter denen sich auch General Majster befand, unter allen möglichen Vorwänden und Ausflüchten hinausgezogen, bis endlich die Kärntner Bevollmächtigten in Unkenntnis der bei Beginn der Verhandlungen bereits getroffenen Pariser Entscheidungen nahe daran waren, den Entwurf eines Vertrages zu unterschreiben. Im letzten Augenblicke wurden sie noch rechtzeitig vom Räumungsauftrage verständigt, worauf die Unterfertigung unterblieb.

Somit war der Kärntner Freiheitskampf beendigt. Er kostete dem

Lande Kärnten gegen 200 Tote und etwa 800 Verwundete, einschließlich der Opfer unter der Zivilbevölkerung, welche die zwecklosen Beschießungen friedlicher Ortschaften gefordert hatten. Diese schweren Opfer sollten nicht umsonst gebracht sein! Umsomehr ist es Kärntens Ehrenpflicht, der Helden, die für seine Freiheit gefallen sind, stets dankbar zu gedenken!

VI. Fortsetzung der Friedensverhandlungen.

(Vom 2. Juni bis 20. Juli 1919.)

Nach dem 2. Juni traten die südslawischen Delegierten mit einem neuen Kompromißvorschlage hervor: die Zone I solle unter volle südslawische Souveränität gestellt und der Bevölkerung das Recht eingeräumt werden, binnen sechs Monaten zu erklären, ob sie unter dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen bleiben oder sich an Deutschösterreich anschließen wolle; umgekehrt solle die Zone II unter volle österreichische Souveränität gestellt und der Bevölkerung das Recht zugestanden werden, zu erklären, ob sie sich Südslawien anschließen wolle (Dr. Triller). Das wäre also dieselbe Scheinabstimmung gewesen, wie sie über die beiden Kreise Eupen und Malmedy verhängt wurde: eine Abstimmung ohne Überwachung durch eine übergeordnete Stelle!

Für diesen Plan trat zuerst „Temps" am 4. Juni ein, der überhaupt seit den letzten Maitagen sich besonders warm für die Südslawen einsetzte. Am selben Tage beschloß der Viererrat unter dem Eindruck einer Rede des Dr. Vesnić grundsätzlich die Zweiteilung des Beckens und die Bestellung lokaler Regierungen unter Aufsicht des Völkerbundes. Am 5. Juni erhielten die Laibacher Abgesandten Audienz bei Wilson. Dr. Brejc sprach ihn mit den theatralischen Worten an: „Ave, Wilson, morituri Sloveni te salutant!" — Nach Dr. Ravnikar erklärte sich Wilson mit der Zweiteilung des Beckens einverstanden, bestand aber auf der Volksabstimmung, wie sehr sie auch von den Laibachern bekämpft wurde.

Nach der militärischen Besetzung Klagenfurts bezogen die Südslawen auch Klagenfurt wieder mit größerem Nachdruck in ihre Forderungen ein. Sie hofften, daß die Besetzung ihre „Lage in Paris bedeutend bessern werde, da die Entente in der Regel mit vollzogenen Tatsachen zu rechnen pflege" (Jeglič). Zur Begründung der Ansprüche erschienen im Juni zwei südslawische Propagandaschriften in französischer Sprache, welche be-

In der ersten Zone wird die Volksabstimmung innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages und zu einem vom Ausschusse festgesetzten Zeitpunkte stattfinden.

Fällt die Abstimmung zugunsten des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates aus, so wird in der zweiten Zone eine Volksabstimmung — innerhalb dreier Wochen nach Kundmachung des Ergebnisses der Volksabstimmung in der ersten Zone und zu einem vom Ausschusse festgesetzten Zeitpunkte — stattfinden.

Fällt hingegen die Abstimmung in der ersten Zone zugunsten Österreichs aus, so wird in der zweiten Zone zu keiner Volksabstimmung mehr geschritten werden und das gesamte Gebiet wird endgiltig unter österreichischer Staatsgewalt bleiben.

Stimmberechtigt ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechtes, die den nachstehenden Bedingungen genügt: a) vollendetes 20. Lebensjahr am 1. Jänner 1919; b) ständiger Wohnsitz in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet; c) Geburt in der genannten Zone oder ständiger Wohnsitz seit wenigstens 1. Jänner 1912 oder Zuständigkeit (pertinenza) dortselbst.

Das Abstimmungsergebnis wird durch Stimmenmehrheit in einer jeden Zone als Ganzes genommen bestimmt.

Nach Schluß jeder Abstimmung teilt der Ausschuß ihr Ergebnis den alliierten und assoziierten Hauptmächten gleichzeitig mit einem eingehenden Bericht über die Vorgänge der Abstimmung mit und macht es kund.

Lautet das Abstimmungsergebnis auf Einverleibung sei es der ersten oder der beiden Zonen in den serbisch-kroatisch-slowenischen Staat, so verzichtet Österreich, soweit es in Betracht kommt, schon jetzt zugunsten des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates in dem Ausmaße, das dem Abstimmungsergebnisse entspricht, auf alle Rechte und Ansprüche auf diese Gebiete. Nach Einvernehmen mit dem Ausschusse ist dann die serbisch-kroatisch-slowenische Regierung berechtigt, ihre Staatsgewalt endgiltig auf diese Gebiete zu erstrecken.

Fällt die Abstimmung in der ersten oder in der zweiten Zone zugunsten Österreichs aus, so ist die österreichische Regierung berechtigt, ihre Gewalt wieder endgiltig über das ganze Gebiet von Klagenfurt oder fallweise über die zweite Zone zu erstrecken.

Sobald die Verwaltung des Landes auf diese Art — je nachdem, sei es durch den serbisch-kroatisch-slowenischen Staat oder durch Österreich — sichergestellt ist, erlöschen die Befugnisse des Ausschusses.

Die Kosten des Ausschusses werden zur Hälfte vom österreichischen, zur Hälfte vom serbisch-kroatisch-slowenischen Staate getragen."

Soweit die Bestimmungen der Artikel 49 und 50 des Vertrags-

entwurfes vom 20. Juli 1919. Das gesamte Abstimmungsgebiet umfaßte 2070 Quadratkilometer, 71.800 Bewohner mit deutscher und 54.100 Bewohner mit slowenischer Umgangssprache. Davon entfielen auf die Zone I: 1705 Quadratkilometer, 22.800 Bewohner mit deutscher und 49.600 Bewohner mit slowenischer Umgangssprache, die Zone II: 365 Quadratkilometer, 49.000 Bewohner mit deutscher und 4500 Bewohner mit slowenischer Umgangssprache.

VII. Klagenfurt während der südslawischen Besetzung.

(Vom 6. Juni bis 31. Juli 1919.)

In Klagenfurt herrschte seit dem 29. Mai die größte Bestürzung und Aufregung. Seit 1809 hatte die Stadt keinen Feind innerhalb ihrer Mauern gesehen und nun rückte die Gefahr einer feindlichen Besetzung täglich, ja stündlich näher heran. Böse Gerüchte flatterten auf und ängstigten zaghafte Gemüter. Flüchtlinge aus den bedrohten Gebieten Kärntens erzählten von Plünderungen und anderen Übergriffen der südslawischen Soldateska. Vieles davon war unwahr oder übertrieben. Die Meldungen der Wiener Blätter vom 3. Juni, Klagenfurt und Villach seien im Vertragsentwurfe den Südslawen zugesprochen, waren niederschmetternd. Trotzdem klammerte man sich an den Vorbehalt, von dem im Entwurfe die Rede war, und gab die Hoffnung auf eine Volksabstimmung nicht auf, zumal auch vom Räumungsauftrage der alliierten und assoziierten Mächte und von der Entsendung einer interalliierten Kommission unbestimmte Nachrichten durch die Klagenfurter Blätter sickerten, während die Landesregierung in Spittal in dem herrschenden Wirrwarr erst am 6. Juni offiziell davon verständigt wurde. Mit Sehnsucht erwartete man daher in Klagenfurt die Ententekommission, die sechs Monate bis zur endgiltigen Entscheidung in Kärnten bleiben sollte.

Schon am 2. Juni hatte der Gemeinderat das Staatsamt des Äußern gebeten, Schritte zu unternehmen, damit eine internationale Kommission sofort nach Klagenfurt geschickt werde. Auch an Wilson wurde ein Telegramm abgeschickt mit der gleichen Bitte. Eine Abordnung des Gemeinderates begab sich zum italienischen Kommando nach Tarvis und brachte von dort die Nachricht, daß General Segré, der Chef der interalliierten Waffenstillstandskommission in Wien, nach Klagenfurt kommen werde.

Als dann tatsächlich am frühen Morgen des 4. Juni General Segré in Klagenfurt erschien, atmete die Bevölkerung erleichtert auf. Da sich die Meldung der Blätter über die Entsendung einer interalliierten Kommission zu bewahrheiten schien, so glaubte man annehmen zu können, daß auch die Räumung des von den Südslawen bereits eroberten Gebietes bis zur Südgrenze des Klagenfurter Beckens nicht mehr auf sich warten lassen werde. Statt der erhofften Räumung erfolgte jedoch am 6. die Besetzung Klagenfurts.

In den letzten Tagen vor der Besetzung war die Aufregung in Klagenfurt und Umgebung aufs höchste gestiegen. Tausende von Stadt- und Landleuten verließen mit der Bahn, zu Fuß, auf Wagen und Autos die Heimat und flüchteten auf sicheres Gebiet. Ganze Karawanen zogen auf den Straßen, die nach Norden und Westen führen, dahin. Das mittlere und obere Lavanttal, das Krappfeld, das Glan- und Gurktal, das Gail- und obere Drautal füllten sich mit Flüchtlingen. Es hatte schwere Not, die Massen — sie wurden auf 15.000 geschätzt — unterzubringen. Viele mußten durch Wochen und Monate hindurch in Eisenbahnwagen hausen, die ihnen in den Stationen Oberdrauburg, Dellach im Drautale, Greifenburg, Kleblach-Lind, Rothenthurn, Villach und St. Veit zur Verfügung gestellt worden waren. Andere fanden bei ihren glücklicheren Landsleuten verständnisvolle Aufnahme und Hilfe.

Der Sitz des Präsidiums der Landesregierung, des Landesrates und der vorläufigen Landesversammlung wurde nach Spittal verlegt. Nur so ließ sich die Einstellung der Tätigkeit der obersten Behörden und die Unterbrechung des Verkehres mit Wien und St. Germain verhindern. Ein Teil der Landesregierung und des Landesrates blieb in Klagenfurt zurück, ebenso auch die Vorstände der Finanz- und der Postdirektion und der anderen Ämter. Die zurückgebliebenen Landesräte und Amtsvorstände hielten nach Einzug der südslawischen Truppen von Zeit zu Zeit behufs gegenseitiger Fühlungnahme Besprechungen ab. Als Richtschnur galt, daß die Beamten bei einer versuchten Übernahme der Ämter durch südslawische Kommissäre nur der Gewalt zu weichen hätten. In der Tat scheiterten alle Versuche der Südslawen, sich der Verwaltung der Finanzen, der Post, des Gerichtes usw. zu bemächtigen oder wenigstens die Oberaufsicht zu bekommen, an dem standhaften Widerstande der Amtsvorstände, welche die südslawischen Zivilkommissäre nicht anerkannten und jede Verhandlung mit ihnen ablehnten. Besonders mannhaft war auch das Verhalten des Gemeinderates, der sich gleich nach der Besetzung entschieden dagegen verwahrte, das Verlangen, dem südslawischen Zivilkommissär Zutritt zu den Gemeinderatssitzungen und Einblick in die Gebarung des Magistrates

zu gewähren, höflich, aber bestimmt zurückwies und die Versuche der Südslawen, das Versammlungsrecht und die Vereinstätigkeit einzuschränken, nicht zur Kenntnis nahm. Gewalt anzuwenden, hielten die Südslawen nicht für ratsam.

Auf Grund der wiederholten Noten der deutschösterreichischen Delegation an die Friedenskonferenz — die letzte war am 6. Juni abgegangen und hatte die sofortige Einstellung der südslawischen Offensive verlangt — war nämlich am 10. und 11. Juni eine interalliierte Militärmission nach Klagenfurt gekommen. Allerdings war sie, wie sich später herausstellte, lediglich eine Waffenstillstandsmission. Sie bestand nach der Abreise Segrés aus dem englischen General Walker als Vorsitzenden und je einem Vertreter der Vereinigten Staaten (Oberstleutnant Riggs), Frankreichs (General Hallier, später Maleissye-Melun) und Italiens (Oberst Invernizzi). Seit Ende Juli hatte den Vorsitz der englische Brigadegeneral Charles Delme-Radcliffe, der sich durch seine strenge Unparteilichkeit viele Sympathien erwarb. Diese Militärmission blieb bis zur Ankunft der Abstimmungskommission im Juli 1920 in Klagenfurt.

Zu diesem Erfolge der deutschösterreichischen Delegation trat noch ein zweiter. Die Friedenskonferenz kam nämlich ihrem wiederholten Ersuchen nach einer Entsendung von interalliierten Truppen wenigstens teilweise nach, indem sie Italien beauftragte, zur Sicherung der Eisenbahnlinie Tarvis—Villach—St. Veit—Wien Truppen einmarschieren zu lassen. Am 13. und 14. Juni besetzte das italienische XXI. Korps unter Generalleutnant de Bono die Eisenbahnlinie Tarvis—St. Veit.

Am 25. Juni gab der Oberste Rat den österreichischen und südslawischen Truppen den Auftrag, sich nördlich, beziehungsweise südlich der Demarkationslinie zurückzuziehen. Aber auch jetzt noch machten die Südslawen keine Miene, Klagenfurt zu räumen. Vielmehr suchten sie nach Vorwänden, um Stadt und Umgebung noch weiter in ihrer Hand zu behalten, indem sie sich, allerdings ohne den geringsten Erfolg, bemühten, die Bevölkerung durch ihre Gendarmerie, durch Briefe und durch Bestechung für die Erklärung zu gewinnen, daß sie mit der Besetzung durch südslawische Truppen einverstanden sei. Auch verstanden sie meisterhaft, die Verhandlungen über die Festsetzung der Demarkationslinie in die Länge zu ziehen, um auf diese Weise Zeit zur Verschleppung von Waren und Einrichtungsgegenständen aus den Militärmagazinen zu gewinnen, die ihnen allerdings nur gegen Bestätigung überlassen wurden. Besondere Schwierigkeiten bereiteten die Vereinbarungen bezüglich des Wasserwerkes und des Elektrizitätswerkes der Stadt Klagenfurt. Erst auf

energisches Drängen der interalliierten Kommission wurde diese Frage in einer für Klagenfurt günstigen Weise gelöst.

So waren die Bemühungen des deutschösterreichischen Staatsamtes des Äußern, das wegen Kärntens nicht weniger als 28 Depeschen nach St. Germain abgehen ließ, und der deutschösterreichischen Delegation, die am 14., 26. und 29. Juni und am 9. Juli neue Noten wegen Kärntens an die Friedenskonferenz richtete, lange Zeit vergeblich. Erst als am 20. Juli der zweite Vertragsentwurf mit den näheren Bestimmungen über die Demarkationslinie und die Volksabstimmung überreicht wurde und der Rat der Vier auf Grund eines Beschlusses vom 22. Juli die Südslawen neuerdings ersuchte, das Gebiet von Klagenfurt zu räumen, verstanden sich diese am 28. Juli zu einem Übereinkommen über den genauen Verlauf der Demarkationslinie und zogen sie ihre Truppen am 31. Juli zur unaussprechlichen Freude der Bevölkerung der Zone II über die Demarkationslinie zurück, worauf diese auf österreichischer Seite durch Gendarmerie besetzt wurde. Wenige Tage zuvor war auch die Hermagoras-Druckerei von Klagenfurt nach Prävali fortgeschafft worden. Am 1. September übersiedelten die Landesregierung von Kärnten, der Landesrat und die Landesversammlung nach St. Veit, wo sie bis November 1920 blieben.

Während der ganzen Zeit der Besetzung herrschte in der Stadt Klagenfurt Ruhe und Ordnung. Die serbischen Truppen hielten unter dem Abschnittskommandanten Oberst Milenković und dem Platzkommandanten Oberstleutnant Naumović in der Stadt im allgemeinen gute Disziplin, was wohl der Hauptsache nach der Anwesenheit der interalliierten Militärmission zuzuschreiben war. Die zurückgebliebene Bevölkerung trug ihr Geschick mit Ernst und Würde. Versuche der „Klagenfurter Nachrichten“, eines von den Südslawen neugegründeten, deutsch geschriebenen Blattes, die Klagenfurter Bevölkerung durch verlockende Versprechungen für Südslawien zu gewinnen, wurden mit Verachtung zurückgewiesen. Schwer empfand sie die vollständige Absperrung vom übrigen Kärnten und die Sorge um die Zukunft. Die Lebensmittel und die sonstigen Bedarfsartikel drohten auszugehen, namentlich auch die Kohle, wodurch Tausende von Arbeitern erwerbslos geworden wären. Die Stadt selbst wurde überschwemmt von Krainer Händlern, welche die Geschäfte in Klagenfurt auskauften und sich insbesondere auf das Leder stürzten. Das Bargeld in den Kassen schwand. Die Auszahlungen der Löhne an die staatlichen Arbeiter und der Unterhaltsbeiträge war nur durch die Heranziehung der laufenden Einnahmen der Tabakfabrik möglich. Erst in den letzten Junitagen konnte mit Unterstützung der inter-

alliierten Mission die zur Auszahlung der am 1. Juli fälligen Gehälter und Pensionen nötige Summe nach Klagenfurt gebracht werden. Von Anfang Juli an ließen die Südslawen Güterzüge von St. Veit nach Klagenfurt laufen.

Um die Bevölkerung in der Umgebung von Klagenfurt für Südslawien zu gewinnen, erklärte sich das südslawische Kommando bereit, jenen Personen, welche verbilligte Lebensmittelkarten besaßen, Lebensmittel zu besonders billigen Preisen auszufolgen. Zu diesem Zwecke forderte es die Gemeinden auf, ein Verzeichnis der Bedürftigen einzusenden. Allein die Gemeinden lehnten dieses Anerbieten mit einer einzigen Ausnahme ab und verwiesen darauf, daß bereits die deutschösterreichische Regierung eine weitere Ausgestaltung der schon bestehenden Lebensmittelverbilligung eingeleitet habe; die südslawische Regierung möge jedoch dafür sorgen, daß die durch ihren Einbruch verschuldete Teuerung aufhöre.

Wurde die Stadt Klagenfurt von Ausschreitungen der Truppen im großen und ganzen verschont, so bekam das übrige besetzte Gebiet alle Schrecken eines feindlichen Einfalles zu spüren. Besonders arg hauste die südslawische Soldateska, und zwar hauptsächlich die krainische und südsteirische, in der Umgebung von Klagenfurt, im Völkermarkter Bezirk und im Lavanttale. Der Pfarrer Franz X. M e s k o, ein bei seinen Volksgenossen hochangesehener Priester und Führer der nationalen Kärntner Slowenen, klagte am 13. Juli 1919 im „Slovenec“ über die „sprichwörtlich gewordene Roheit des slowenischen Militärs, welchem nichts heilig sei, weder die Frau, noch das Mädchen, noch die Religion, noch der Herrgott selbst“. War es da verwunderlich, daß Schlösser und Bauernhäuser ausgeraubt, der kostbare Hausrat verschleppt oder zerschlagen, deutsche Lehr- und Lernmittel in den Schulen in sinnloser Weise zerstört, Männer und Frauen auf der Straße ihrer Uhren, Ringe und des Bargeldes beraubt, die Bevölkerung vielfach mißhandelt und Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden? Ungeheuer war der Schaden, der so der Bevölkerung zugefügt wurde. Ende Juni 1920 betrug die angemeldete Schadensziffer 35 Millionen Kronen und noch waren nicht alle Schäden bekannt. Vergeblich forderte die deutschösterreichische Delegation in ihren Noten an die Friedenskonferenz vom 29. Juni und 3. August Schadenersatz, vergeblich waren auch die zahlreichen Beschwerden der Betroffenen und der Landesregierung bei der interalliierten Mission.

Auch die Kommanden der südslawischen Truppen gingen hart und rücksichtslos vor. Um die Bevölkerung einzuschüchtern, wurde das Standrecht in der härtesten Form verkündet. So wurde Anfang Juni in Ferlach, Maria Rain und Gurnitz folgende Kundmachung angeschlagen:

energisches Drängen der interalliierten Kommission wurde diese Frage in einer für Klagenfurt günstigen Weise gelöst.

So waren die Bemühungen des deutschösterreichischen Staatsamtes des Äußern, das wegen Kärntens nicht weniger als 28 Depeschen nach St. Germain abgehen ließ, und der deutschösterreichischen Delegation, die am 14., 26. und 29. Juni und am 9. Juli neue Noten wegen Kärntens an die Friedenskonferenz richtete, lange Zeit vergeblich. Erst als am 20. Juli der zweite Vertragsentwurf mit den näheren Bestimmungen über die Demarkationslinie und die Volksabstimmung überreicht wurde und der Rat der Vier auf Grund eines Beschlusses vom 22. Juli die Südslawen neuerdings ersuchte, das Gebiet von Klagenfurt zu räumen, verstanden sich diese am 28. Juli zu einem Übereinkommen über den genauen Verlauf der Demarkationslinie und zogen sie ihre Truppen am 31. Juli zur unaussprechlichen Freude der Bevölkerung der Zone II über die Demarkationslinie zurück, worauf diese auf österreichischer Seite durch Gendarmerie besetzt wurde. Wenige Tage zuvor war auch die Hermagoras-Druckerei von Klagenfurt nach Prävali fortgeschafft worden. Am 1. September übersiedelten die Landesregierung von Kärnten, der Landesrat und die Landesversammlung nach St. Veit, wo sie bis November 1920 blieben.

Während der ganzen Zeit der Besetzung herrschte in der Stadt Klagenfurt Ruhe und Ordnung. Die serbischen Truppen hielten unter dem Abschnittskommandanten Oberst Milenković und dem Platzkommandanten Oberstleutnant Naumović in der Stadt im allgemeinen gute Disziplin, was wohl der Hauptsache nach der Anwesenheit der interalliierten Militärmission zuzuschreiben war. Die zurückgebliebene Bevölkerung trug ihr Geschick mit Ernst und Würde. Versuche der „Klagenfurter Nachrichten", eines von den Südslawen neugegründeten, deutsch geschriebenen Blattes, die Klagenfurter Bevölkerung durch verlockende Versprechungen für Südslawien zu gewinnen, wurden mit Verachtung zurückgewiesen. Schwer empfand sie die vollständige Absperrung vom übrigen Kärnten und die Sorge um die Zukunft. Die Lebensmittel und die sonstigen Bedarfsartikel drohten auszugehen, namentlich auch die Kohle, wodurch Tausende von Arbeitern erwerbslos geworden wären. Die Stadt selbst wurde überschwemmt von Krainer Händlern, welche die Geschäfte in Klagenfurt auskauften und sich insbesondere auf das Leder stürzten. Das Bargeld in den Kassen schwand. Die Auszahlungen der Löhne an die staatlichen Arbeiter und der Unterhaltsbeiträge war nur durch die Heranziehung der laufenden Einnahmen der Tabakfabrik möglich. Erst in den letzten Junitagen konnte mit Unterstützung der inter-

alliierten Mission die zur Auszahlung der am 1. Juli fälligen Gehälter und Pensionen nötige Summe nach Klagenfurt gebracht werden. Von Anfang Juli an ließen die Südslawen Güterzüge von St. Veit nach Klagenfurt laufen.

Um die Bevölkerung in der Umgebung von Klagenfurt für Südslawien zu gewinnen, erklärte sich das südslawische Kommando bereit, jenen Personen, welche verbilligte Lebensmittelkarten besaßen, Lebensmittel zu besonders billigen Preisen auszufolgen. Zu diesem Zwecke forderte es die Gemeinden auf, ein Verzeichnis der Bedürftigen einzusenden. Allein die Gemeinden lehnten dieses Anerbieten mit einer einzigen Ausnahme ab und verwiesen darauf, daß bereits die deutschösterreichische Regierung eine weitere Ausgestaltung der schon bestehenden Lebensmittelverbilligung eingeleitet habe; die südslawische Regierung möge jedoch dafür sorgen, daß die durch ihren Einbruch verschuldete Teuerung aufhöre.

Wurde die Stadt Klagenfurt von Ausschreitungen der Truppen im großen und ganzen verschont, so bekam das übrige besetzte Gebiet alle Schrecken eines feindlichen Einfalles zu spüren. Besonders arg hauste die südslawische Soldateska, und zwar hauptsächlich die krainische und südsteirische, in der Umgebung von Klagenfurt, im Völkermarkter Bezirk und im Lavanttale. Der Pfarrer Franz X. Mesko, ein bei seinen Volksgenossen hochangesehener Priester und Führer der nationalen Kärntner Slowenen, klagte am 13. Juli 1919 im „Slovenec" über die „sprichwörtlich gewordene Roheit des slowenischen Militärs, welchem nichts heilig sei, weder die Frau, noch das Mädchen, noch die Religion, noch der Herrgott selbst". War es da verwunderlich, daß Schlösser und Bauernhäuser ausgeraubt, der kostbare Hausrat verschleppt oder zerschlagen, deutsche Lehr- und Lernmittel in den Schulen in sinnloser Weise zerstört, Männer und Frauen auf der Straße ihrer Uhren, Ringe und des Bargeldes beraubt, die Bevölkerung vielfach mißhandelt und Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden? Ungeheuer war der Schaden, der so der Bevölkerung zugefügt wurde. Ende Juni 1920 betrug die angemeldete Schadensziffer 35 Millionen Kronen und noch waren nicht alle Schäden bekannt. Vergeblich forderte die deutschösterreichische Delegation in ihren Noten an die Friedenskonferenz vom 29. Juni und 3. August Schadenersatz, vergeblich waren auch die zahlreichen Beschwerden der Betroffenen und der Landesregierung bei der interalliierten Mission.

Auch die Kommanden der südslawischen Truppen gingen hart und rücksichtslos vor. Um die Bevölkerung einzuschüchtern, wurde das Standrecht in der härtesten Form verkündet. So wurde Anfang Juni in Ferlach, Maria Rain und Gurnitz folgende Kundmachung angeschlagen:

„Auf Befehl des Höchstkommandos wird folgendes zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kundgemacht:

1. Jene Dörfer, welche sich dem gegenwärtigen Zustande widersetzen, werden mit der gesamten Bevölkerung vollständig niedergemacht.

2. Für jeden getöteten oder verwundeten südslawischen Soldaten im Gemeinderayon werden 25 Deutsche oder Renegaten erschossen.

3. Im Gemeinderayon, wo ein Telegraphendraht zerschnitten wird, beziehungsweise Brücken, Eisenbahnstrecken usw. beschädigt werden oder versucht wird, dieselben zu beschädigen, oder auf die Eisenbahnzüge geschossen wird, wird der Bürgermeister und der ganze Gemeindeausschuß, beziehungsweise alle politisch verdächtigen Personen, unter das Standrecht gestellt und werden gegen die Bevölkerung die strengsten Repressalien vorgenommen.

4. In Häusern, in welchen nach dieser Kundmachung Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial vorgefunden werden, wird der Besitzer, beziehungsweise Verwalter, unter das Standrecht gestellt.

5. Im Dorfrayon, wo deutsche Patrouillen erscheinen, müssen diese von der Ortsbehörde entwaffnet, beziehungsweise das nächste Militärkommando sofort verständigt werden. Im entgegengesetzten Falle werden gegen die Bevölkerung die strengsten Repressalien vorgenommen werden. Desgleichen geschieht mit Dörfern und dessen Bewohnern, wenn man nachweisen kann, daß sie mit geflüchteten deutschen Soldaten in Verbindung stehen.

6. Alle Gemeinden müssen von jenen Personen, die gegen die südslawische Armee gekämpft haben, Listen anfertigen und binnen 24 Stunden dem Stationskommando übergeben und zugleich anführen, welche über die Demarkationslinie geflüchtet sind, welche sich noch zu Hause befinden, und die genaue Adresse der Angehörigen. Alle Gemeinden haben auf jeden Fall jene Personen, welche gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung arbeiten, sofort dem nächsten Militärkommando anzuzeigen. Ohne Bewilligung der Gemeinde ist Personen das Passieren aus einer Ortschaft in die andere verboten. Wenn die Gemeinde verdächtigen Leuten Bewilligungen erteilt, ist sie dafür verantwortlich. Für jeden Fall werden die Vorsteher der Gemeinden unter das Standrecht gestellt, wenn sie diese Anordnungen nicht befolgen.

7. Jedes Ansammeln in und außer den Häusern ist strengstens verboten. In der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens darf niemand auf der Straße sein. Die Fenster müssen verhängt sein. Die Gasthäuser werden geschlossen und das ganze Alkoholgetränk wird sofort versiegelt."

Schon beim Abzuge der Südslawen aus Kärnten Anfang Mai hatten sie zahlreiche Geiseln mit sich geführt. Im Juni wurden gegen 400 Deutsche und deutschfreundliche Slowenen verhaftet und nach Marburg, größtenteils aber in die feuchten und ungesunden Kerker der Laibacher Festung und der Laibacher Zwangsarbeitsanstalt verschleppt, wo sie monatelang eingesperrt waren. Allerdings waren auch von Kärntner Seite während der militärischen Operationen im Mai ungefähr 200 Personen verhaftet worden. Aber mehr als drei Viertel von ihnen wurden schon nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Im Juni waren in Kärnten nur noch 18 Personen interniert. Die Kärntner Landesregierung bemühte sich durch Vermittlung des Staatsamtes für Äußeres, einen Austausch sämtlicher Internierten zustande zu bringen. Diese Versuche scheiterten am Widerstande der Laibacher Regierung, welche die ihr politisch gefährlich erscheinenden Persönlichkeiten von Kärnten soviel als möglich fernhalten und daher nur einen Austausch Kopf gegen Kopf eingehen wollte. Erst als die interalliierte Mission sich der Sache annahm, gab die Laibacher Regierung im September ihren Widerstand auf.

Hart war auch das Los der Flüchtlinge aus der Zone I. General Majster forderte sie zwar im Juli 1919 zur Rückkehr auf und versicherte, daß keinem von ihnen etwas zuleide geschehen werde, sofern nicht ein Verstoß gegen die südslawischen Staatsgesetze vorliege. Schon der Nachsatz dieser Kundmachung war wegen seiner Dehnbarkeit bedenklich. Als einige Flüchtlinge der Aufforderung Majsters Folge leisteten, wurden sie verhaftet und nach Marburg abgeführt. Daher wagten es die übrigen nicht, in ihre Heimat zurückzukehren. So lebten Tausende über ein Jahr fern von ihrem Heim in größter Not und Bedrängnis, in banger Sorge um ihre Familien und ihren Besitz.

VIII. Schluß der Friedensverhandlungen.

(Vom 20. Juli bis 10. September 1919.)

Die Forderungen der Südslawen nach bedingungsloser Überlassung des ganzen Klagenfurter Beckens mit Einschluß von Klagenfurt und Villach, dann ihr Verlangen nach bedingungsloser Zuteilung der Zone I, endlich ihr Streben nach einer Scheinabstimmung nach dem Muster von Eupen-Malmedy waren also nicht durchgedrungen, die ungeheuren Anstrengungen, welche sie unter günstigen Bedingungen sowohl auf dem

gestellt wurde, dem Staatssekretär Dr. Renner die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erteilen, entfernten sich die Kärntner Nationalräte, gleich wie die aus Steiermark und Tirol, aus dem Saale, so daß der Antrag ohne die Vertreter dieser drei Länder angenommen wurde.

Am 10. September wurde der Friedensvertrag von St. Germain vom Staatssekretär Dr. Renner unterfertigt. Damit hatten die diplomatischen Unterhandlungen ein Ende gefunden. Nun galt es, noch einmal auszuziehen zum geistigen Kampf um das Klagenfurter Becken und die so schwer erkämpfte Volksabstimmung siegreich durchzuführen.

Vorbereitungen zur Volks-abstimmung.

(Vom September 1919 bis Juli 1920.)

I. Taktik der Südslawen.

„Weil jeder bekommt, was er aus den Leuten herauspreßt," schrieb der Laibacher „Slovenec" am 24. Juli 1919, „so ist es angezeigt, daß auch wir uns an diese Lehre halten und die Zeit rasch ausnützen, die wir in Kärnten haben. Ideen, namentlich edle, sind eine schöne Sache, aber für Apachen genügen keine Glacéhandschuhe."

Diese Grundsätze scheinen auch der verantwortlichen Leitung der südslawischen Abstimmungsorganisation in Kärnten, dem Narodni svet in Völkermarkt, vorgeschwebt zu haben, als sie im Sommer 1919 daranging, die Volksabstimmung für Südslawien vorzubereiten. Der Narodni svet bestand bis zuletzt größtenteils aus Krainern und Untersteirern, während die bisherigen Führer der Kärntner nationalen Slowenen stark in den Hintergrund traten. Den Vorsitz führte General Majster, der „Mann mit der starken Hand", der im November 1918 Marburg in die Gewalt der Südslawen gebracht hatte. Sein Programm fußte auf der rücksichtslosesten Unterdrückung des Gegners. Schon im Juli 1919 berief er eine Anzahl von Hausbesitzern und Gewerbetreibenden von Völkermarkt in das Gemeindeamt und erklärte ihnen dort: „Wer für uns ist, den werde ich stützen, der kann alles von mir haben; wer gegen uns ist, den werde ich zugrunde richten. Das Schicksal Völkermarkts ist so gut wie entschieden. Die Südslawen werden das Gebiet der Zone I bis zur Volksabstimmung und während der Volksabstimmung besetzt halten und wenn unter dieser Besetzung eine Volksabstimmung stattfindet, so kann sich jeder an den Fingern abzählen, wie sie ausfallen wird." Die Taktik, welche die Südslawen nach der ersten Besetzung im November 1918 angewendet hatten, sollte also fortgesetzt, „der Gegner mit allen zulässigen und unzulässigen Mitteln solange und so stark gedrückt werden, bis er seinen Stimmzettel aus Furcht für Südslawien abgebe". („Jugoslavija" vom 10. Oktober 1921.)

General Majster und der Narodni svet waren die eigentlichen Machthaber in der Zone I. Die politischen Behörden erster Instanz, die Bezirkshauptmannschaften Völkermarkt und Ferlach, waren nur seine gefügigen Werkzeuge, wie auch die Gemeindebehörden von den Unterausschüssen, die der Narodni svet in den größeren Orten einrichtete, beherrscht wurden. Bis zur Ankunft der Abstimmungskommission im Juli 1920, also durch mehr als 13 Monate, war die Verwaltung der Südslawen

in der Zone I ohne jede Kontrolle, da die interalliierte Mission in Klagenfurt von Paris keinerlei Weisung in Bezug auf die Verwaltung erhielt. Die zahllosen Beschwerden, welche von der Bevölkerung und von der Landesregierung über die südslawischen Gewalttaten an die interalliierte Mission ergingen, hatten nur geringen Erfolg. Die Südslawen konnten daher auch alle Mittel der Verwaltung in den Dienst ihrer Propaganda stellen. Die Laibacher Regierung suchte die Klagen über die unerhörten Drangsalierungen der nicht südslawisch gesinnten Bevölkerung der Zone I als unberechtigt und das Vorgehen der südslawischen Behörden als gesetzmäßig hinzustellen. Allein ein Jahr nach der Abstimmung, am 10. Oktober 1921, wurde die südslawische Gewaltherrschaft vor der Volksabstimmung in der „Jugoslavija“ in sehr bemerkenswerten Aufsätzen unumwunden zugegeben und scharfe Kritik daran geübt.

Unheilvoll war während der ganzen Zeit der Besetzung und insbesondere in der Abstimmungszeit der Einfluß der südslawischen Blätter, die sich gegenseitig in nationalem Chauvinismus und in der Aufpeitschung der Leidenschaften überboten und hiebei vor den ärgsten Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen nicht zurückschreckten.

Um jede Beeinflussung der Bevölkerung der Zone I von Seite des übrigen Kärntens hintanzuhalten, sperrten die Südslawen die Zone I längs der ganzen Demarkationslinie wie eine Kampffront durch eine Postenlinie und durch Drahtverhaue schärfstens ab und unterbanden vollständig den Verkehr mit dem übrigen Kärnten. Das südslawische Militär blieb im Lande und als im Jänner 1920 die nach Artikel 50 des Friedensvertrages an Ort und Stelle auszuhebende Polizeitruppe aufgestellt wurde, gab General Majster den strengen Befehl, nur verläßliche Slowenen aufzunehmen und insbesondere darauf zu sehen, daß niemand aufgenommen werde, der zu den Deutschen „in gefährlichen Beziehungen“ stehe. Ein Protest der Kärntner Landesregierung gegen die Aufstellung dieser Parteiwehr war, wie alle anderen Proteste, zunächst ohne Wirkung.*) In 34 Gemeinden (von 51) wurden die gewählten Gemeindevorsteher abgesetzt und durch Gerenten ersetzt. Die deutschen und deutschfreundlichen Lehrer und Lehrerinnen, Beamten und Angestellten wurden zum größten Teil ausgewiesen, zum Teil auch nach Laibach verschleppt. Ein Heer von südslawischen Lehrpersonen, Beamten, Finanz- und Zollangestellten, Gendarmen usw. kam ins Land. Auch südslawische Kaufleute, Händler und Gewerbetreibende fanden sich ein und erhielten in manchen Orten mit

*) Vgl. die Anfrage Dr. Angerers und Genossen in der Nationalversammlung vom 22. Jänner 1920 und die Anfrage des Abgeordneten Dr. Dörflinger in der vorläufigen Landesversammlung, „Landsmannschaft“ Nr. 35 und 40.

behördlicher Unterstützung als Geranten, Gemeindesekretäre u. dgl. entscheidenden Einfluß auf die Gemeindeverwaltung. In allen Zweigen der Verwaltung wurde der ausschließliche Gebrauch der slowenischen Sprache eingeführt. Die Schulen wurden slowenisiert und für die jugoslawische Propaganda benützt. Jedes deutsche Wort, jeder deutsche Gruß ward den Kindern von den neuen Lehrern untersagt. Die Behörden führten einen grimmigen Kampf gegen die deutschen Firmatafeln. Bald gab es in der Zone I nur mehr Tafeln mit slowenischen Aufschriften. Aber neben ihnen schimmerten vielfach noch die alten deutschen Aufschriften durch die frische Tünche.

Die österreichisch gesinnte Bevölkerung wurde auf jede mögliche Art verfolgt. „Jugoslavija" vom 10. Oktober 1921 schreibt, der Narodni svet habe nur zwei Heilmittel gekannt: Ausweisen und Einsperren; auch die schärfste Strafe habe ihm nicht genügt; mit Deutschen zu sprechen, sei gefährlich gewesen, da man sofort verdächtigt oder als Deutschgesinnter und als politisch unzuverlässig hingestellt worden sei; Internierungen, Verhaftungen und Strafen seien verhängt worden ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld, in sehr vielen Fällen auf Grund persönlicher Feindschaft; auch Überfälle aus persönlicher Rachsucht seien keine Seltenheit gewesen. Um die Gegner ausfindig zu machen, wurden wiederholt Unterschriftensammlungen und offene Probeabstimmungen vorgenommen. Deutschen und Deutschgesinnten wurden Gasthauskonzessionen und Tabaktrafiken ohne Grund entzogen, um südslawisch Gesinnten übertragen zu werden. Manchen wurden die Wohnungen beschlagnahmt. Viele Bürger und Bauern durften sich nicht frei bewegen und mußten sich täglich bei der Gendarmerie melden. Die Güter und gewerblichen Betriebe zahlreicher deutscher und deutschfreundlicher Besitzer wurden unter Staatsaufsicht gestellt, die Pachtgründe ihrer Besitzungen deutschgesinnten Pächtern genommen und südslawischen Anhängern zugewiesen. Die Zwangsverwalter erlaubten sich vielfach schwere Ungerechtigkeiten und Gewalttaten. „Jugoslavija" vom 10. Oktober 1921 erzählt, daß im Rosentale die reichen Holzlager der Gegner mit behördlicher Bewilligung von Anhängern Südslawiens geplündert worden seien. Klagen bei Gericht hatten keinen Erfolg. Die österreichisch gesinnte Bevölkerung befand sich im Zustande vollkommener Rechtlosigkeit. Auch die österreichtreuen Arbeiter wurden verfolgt, ihre Vertrauensmänner mit Waffengewalt über die Demarkationslinie geführt, der Krankenkassenverein in Ferlach aufgelöst und der Laibacher Bezirkskrankenkasse angegliedert.*) Im Frühjahr 1920 wurden Arbeitern

*) Siehe Anfrage der Abgeordneten Gröger und Genossen an den Staatssekretär für Äußeres, „Landsmannschaft" Nr. 44.

und Angestellten in Feistritz im Rosentale vom Narodni svet in St. Jakob schriftliche Erklärungen vorgelegt, worin sie sich verpflichten sollten, bis zur Volksabstimmung weder mit Worten noch mit Taten gegen den südslawischen Staat aufzutreten und am Tage der Abstimmung für den Südslawenstaat oder überhaupt gar nicht zu stimmen.

Um der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung jede Hoffnung auf die Zukunft zu nehmen, behaupteten südslawische Zeitungen und Flugschriften, Agitatoren und Angestellte immer wieder, eine Volksabstimmung werde überhaupt nicht zugelassen werden; wenn sie aber wirklich stattfinden und zugunsten Österreichs ausfallen sollte, so würden die Südslawen erst recht bleiben und jene, die für Österreich gestimmt hätten, ausweisen. Im Jänner 1920 und auch später wurde von südslawischer Seite sogar das Gerücht ausgesprengt, die österreichische Regierung unterhandle wegen der Lebensmittelnot mit Belgrad und sei bereit, auf gewisse Bezirke in Kärnten ohne Volksabstimmung gegen Lieferung von Lebensmitteln zugunsten Südslawiens zu verzichten.

Versuchte man auf diese Art, den Gegner zu Boden zu schlagen, so sollte der von Anfang an die Minderheit bildende südslawische Anhang durch einseitige Begünstigungen in seiner Gesinnung bestärkt und der schwankende Teil der Bevölkerung durch Lockmittel für den südslawischen Staat gewonnen werden. Den Bauern wurde die Verteilung des Großgrundbesitzes in Aussicht gestellt, obwohl die südslawischen Gesetze keine Handhabe dazu boten. Lebensmittel wurden in genügender Menge aus Kroatien zugeschoben, während Krain gleichzeitig darbte. Ärmere Leute erhielten Erleichterungen und Begünstigungen beim Bezuge von Lebensmitteln, wobei die nicht südslawisch gesinnte Bevölkerung ausgeschlossen war. Straßen wurden gebaut und in Völkermarkt ein Gymnasium und eine Lehrerbildungsanstalt errichtet. Um die Frauen und Mädchen zu gewinnen, wurden Frauenvereine ins Leben gerufen. Sie waren hauptsächlich das Werk der eingewanderten Krainer Lehrerinnen und suchten sich durch Spenden von Kleidern und Lebensmitteln Anhänger zu verschaffen.

Im Juli 1919 setzten die Südslawen auch schon mit einer regen Versammlungstätigkeit ein. Lärmende Feste, Tanzunterhaltungen, Theatervorstellungen und Ausflüge wurden veranstaltet. Am 15. August 1919 fand ein großer Volkstag (Tabor) in Kühnsdorf statt, bei dem General Majster, Bischof Jeglič, Grafenauer und Dr. Triller sprachen. General Majster zog seinen Säbel und erklärte, er werde ihn nicht früher versorgen, bis nicht alle Südslawen befreit wären; dann flog er in einem Flugzeug von Kühnsdorf nach Latschach, wo eine zweite große

Versammlung abgehalten wurde. Um den Eindruck der Versammlungen und Feste zu verstärken, wurde für reichlichen Zuzug von außen gesorgt. Wiederholt brachten Sonderzüge Gäste aus Krain und Untersteiermark herbei. In der Zone I selbst wurden Sonntags die Kirchgänger vom Gottesdienste weg auf Autos und ärarischen Wagen zum Versammlungsplatz oder zum Feste geführt.

Im Bewußtsein ihrer uneingeschränkten Macht glaubten die Südslawen ihrer Sache vollkommen sicher zu sein. „Laßt Kärnten nur ein Jahr in unserer Verwaltung und es wird vollkommen südslawisch sein!“ äußerte sich gelegentlich der Laibacher Landespräsident Dr. Brejc. Die Südslawen bauten vor allem darauf, daß sie auch nach Eintreffen der Abstimmungskommission die volle Gewalt in der Hand haben würden, da der Abstimmungskommission keine autoritative Macht und keine Verwaltungsfunktionen zukämen, sondern nur die Kontrolle („Mir“ vom 2. April 1920).

Im Gegensatz zu diesen Siegeshoffnungen der Südslawen betrachteten die politisch führenden Kreise Kärntens, als im Juli und August 1919 unmittelbar nach dem militärischen Rückschlage die südslawische Gewaltherrschaft in der Zone I einsetzte, die Lage des Landes zumeist als sehr ernst. Der Entwurf der Friedensbedingungen von St. Germain nahm Deutschösterreich Südtirol, das Kanaltal, das Mießtal, Marburg, Deutschböhmen. Was von Deutschösterreich übrig blieb, war ein Rumpf ohne Gliedmaßen, ein Staat, von Schulden erdrückt, ein „Bettlerstaat“, wie er gar bald von den südslawischen Propagandablättern genannt wurde. Dazu kamen in Kärnten die Klagen der Flüchtlinge und der Landsleute in der Zone I, die Schutzlosigkeit und Ohnmacht gegenüber den südslawischen Gewalttätigkeiten. Die Bevölkerung in der Zone I war der Verzweiflung nahe. Man fühlte sich von allen verlassen und einem erbarmungslosen Gegner ausgeliefert. Die Aussicht auf Wiedervereinigung der Zone I mit dem übrigen Kärnten schien gering, denn niemand wußte, unter welchen Umständen die Volksabstimmung vor sich gehen werde. So war die Lage Kärntens schwierig, die Stimmung gedrückt, als Anfang September die Kärntner Propagandatätigkeit einsetzte.

II. Die kärntnerische Propaganda bis zur Gründung des Kärntner Heimatdienstes (10. März 1920).

Die Leitung der Propaganda übernahm die Landes-Agitationsleitung, ein Ausschuß, gebildet aus Vertretern der politischen

Parteien und der maßgebendsten Behörden des Landes, der dem Nationalpolitischen Ausschusse der provisorischen Landesversammlung bis zu dessen Auflösung im März 1920 angegliedert war. In der konstituierenden Versammlung der Landes-Agitationsleitung am 22. August 1919 in Spittal an der Drau wurde Landesrat Max Burger zum Vorsitzenden und Oberleutnant Hans Steinacher zum Geschäftsführer gewählt. Der Sitz der Landes-Agitationsleitung war ab September 1919 in Sankt Veit an der Glan. Die Grundlinien der Propagandatätigkeit wurden in den periodischen Beratungen eines Beirates festgestellt. Die Leitung der Arbeitstätigkeit blieb dem Geschäftsführer überlassen.

Da die Südslawen in der Zone I jede Propagandatätigkeit mit allen Mitteln verfolgten und jede Äußerung gegen den südslawischen Staat als Hochverrat bestraften, mußten naturgemäß die ganze Tätigkeit der Landes-Agitationsleitung, ihr Dasein und ihre Organe geheim bleiben. So ist die Landes-Agitationsleitung, die Vorläuferin des Kärntner Heimatdienstes, niemals öffentlich in Erscheinung getreten, so daß die Südslawen noch im Juni 1920 über den Bestand dieser Organisation nicht im geringsten unterrichtet waren und selbst die Öffentlichkeit in Kärnten nur wenig von ihr wußte.

Die Landes-Agitationsleitung hatte alle Maßnahmen zu treffen, um durch Propaganda in der Zone I und die Sammlung der Stimmberechtigten ein günstiges Abstimmungsergebnis vorzubereiten. Vor allem galt es, den südslawischen Druck und die südslawische Agitation unwirksam zu machen und in der deutschen und deutschfreundlichen Bevölkerung die Hoffnung auf ein günstiges Abstimmungsergebnis nicht schwinden zu lassen. Zu diesem Zwecke mußte die Landes-Agitationsleitung zunächst regelmäßige Verbindungen zur abgeschnittenen heimattreuen Bevölkerung in der Zone I schaffen, um durch diese Verbindungen über alle Vorgänge in dieser Zone unterrichtet zu sein und der Gegenarbeit der Südslawen durch Flugschriften und mündliche Propaganda entgegentreten zu können.

Schon diese ersten Aufgaben waren außerordentlich schwierig. Ein Überschreiten der Demarkationslinie und eine erfolgreiche Propagandaarbeit war nur eingehend geschulten, opferwilligen Personen möglich. Die Zone I wurde in vier Abschnitte (I Rosental, II Grafenstein und westliches Jauntal, III westlicher Teil des Bezirkes Völkermarkt, IV östlicher Teil des Bezirkes Völkermarkt, Bezirk Bleiburg und Gemeinde Lavamünd) zerlegt und diese Abschnitte je einem Agitationsleiter unterstellt. Die Sitze der Abschnittsleitungen waren außerhalb der Zone I, und zwar für die Abschnitte I und II in Klagenfurt, für III in Brückl, für IV in St. Andrä. Später wurden die Unterabschnittsleitungen der Abschnitts-

Agitationsleitung I selbständig geführt und Abschnitt I in vier Teile geteilt: oberes Rosental mit dem Sitz in Villach, Gebiet südlich von Velden mit dem Sitz in Velden, Seengebiet von Keutschach mit dem Sitz in Klagenfurt und unteres Rosental mit dem Sitz in Klagenfurt.

Die Abschnittsleiter, die Verbindungsmänner und die in der Zone I gewonnenen Vertrauensleute waren der Kern jener Organisation, welche aus kleinen Anfängen nach außen unmerkbar emporwuchs und schließlich eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg bei der Abstimmung bildete.

Die ganze Organisation wurde streng zentralisiert. Die Abschnitts-Agitationsleitungen sandten regelmäßige Berichte an die Landes-Agitationsleitung. Von der Abschnitts-Agitationsleitung aus schlichen ausgesuchte Leute, welche sich fast durchwegs schon in den Abwehrkämpfen bewährt hatten, in kleinen Gruppen oder einzeln über die Demarkationslinie, brachten den Vertrauensleuten in der Zone I — meistens zu nächtlicher Stunde und an geheimen Orten — Weisungen und nahmen Berichte von ihnen entgegen. Diese Verbindungsleute haben sich die größten Verdienste erworben. Ihr Dienst forderte ungemein viel Aufopferung und besondere Schlauheit. Wo die Südslawen ihnen auf die Spur kamen, wurden sie gehetzt und verfolgt. Rasch wurde auf sie geschossen. Einige von ihnen wurden verhaftet und in den Kerker geworfen. Gleichwohl drangen sie, allen Gefahren trotzend, immer wieder über die Linie vor, um die Verbindung mit den abgeschnittenen Landsleuten in der Zone I aufrechtzuerhalten.

In der zweiten Hälfte des Monates September war die Organisation soweit fortgeschritten, daß mit dem Flugschriftenkampfe begonnen werden konnte. Die Landes-Agitationsleitung plante zunächst, wegen der Gefährdung der Verbindungsleute die Werbearbeit ausschließlich durch Mundpropaganda zu betreiben und die Flugschriften nur zum geheimen Vertrieb unter die Vertrauensleute auszugeben. Dieser Plan erwies sich bald wegen der scharfen Beobachtung durch die südslawischen Gendarmen als technisch undurchführbar. Vom 24. September an wurde nach längerer Pause die „Kärntner Landsmannschaft" als ausgesprochenes Kampf- und Propagandablatt für die Volksabstimmung wieder herausgegeben. Anfangs eine Wochenschrift, erschien sie unmittelbar vor der Volksabstimmung täglich. Neben ihr wurde auch eine Werbezeitung in slowenischer Sprache ausgegeben, der „Koroško Koroščem" („Kärnten den Kärntnern"). Die beiden Blätter waren der unterdrückten Bevölkerung der Zone I in der schwersten Zeit die treuen Boten, welche Aufmunterung, Mut und die geistigen Waffen zum Kampfe gegen die südslawische Agitation brachten. Obwohl von den Gendarmen verfolgt, gelangten sie immer

zahlreicher durch die Verbindungsmänner in die Gemeinden der Zone I. Hier wurden sie von der heimattreuen Bevölkerung mit Freude aufgenommen, heimlich gelesen, heimlich den Nachbarn zugeschoben, in die nächsten Dörfer geschmuggelt und vor den suchenden Gendarmen in den Häusern versteckt. Seit Jänner 1920 erschienen die beiden Zeitungen auch mit Bildern heimischer Künstler, wodurch ihre Wirkung wesentlich gesteigert wurde. Die „Kärntner Landsmannschaft" gibt so ein umfassendes Bild des Agitationskampfes um Kärnten.

Außer der „Kärntner Landsmannschaft" und dem „Koroško Koroščem" wurden von Fall zu Fall Flugschriften und Flugzettel im Propagandakampfe verwendet. Die Sammlung der Propagandaschriften, welche dem Museum des Geschichtsvereines übergeben wurde, bildet die notwendige Ergänzung der „Kärntner Landsmannschaft". Die Flugschriften wurden ausgegeben, um den Vertrauensleuten entweder einen kurzen Katechismus über alle Agitationsmotive zu geben oder um einzelne wichtige Fragen, wie zum Beispiel die Schulfrage, die Stellung Klagenfurts in der Abstimmungsfrage, die Verkehrsfrage oder die Währungsreform in Südslawien, für die Vertrauensleute eingehend zu behandeln. Die Flugzettel dienten auch dazu, um wichtige Nachrichten oder agitationskräftige Tatsachen der Bevölkerung in entsprechender Form bekanntzugeben. Die Agitation durch Propagandaschriften war so aufgebaut, daß bis zu den letzten Wochen vor der Volksabstimmung die beabsichtigte Wirkung planmäßig gesteigert werden konnte. In den letzten Wochen vor der Volksabstimmung nahmen die Propagandaschriften an Zahl so zu, daß sie die südslawischen Gegenmaßnahmen vollständig aus dem Felde schlugen.*) Beim ganzen Verlaufe der Agitation mit Flugschriften behielten die Kärntner die Vorhand. Fast durchwegs waren die Südslawen die Nachahmenden und in die Verteidigung gedrängt. Dies gestanden auch südslawische Blätter im Februar und Mai 1920 wiederholt zu.

Der Vertrieb der neuaufgelegten „Kärntner Landsmannschaft" begann Ende September 1919. Zugleich wurden auch die ersten zwei Werbeschriften, „Kärntens Schicksalsstunde" und „Wie wird sich die Bevölkerung des Rosentales bei der Volksabstimmung entscheiden?", verbreitet, von welchen namentlich die erste, das „grüne Büchel", einen durchschlagenden

*) Vom August 1919 bis Oktober 1920 wurden auf Kärntner Seite außer den regelmäßig erscheinenden Nummern der „Landsmannschaft" und des „Koroško Koroščem" 22 verschiedene Broschüren, 105 verschiedene Flugblätter, über 50 verschiedenartige Klebezettel und 13 verschiedene Werbeplakate ausgegeben, ungerechnet die Ankündigungen von Versammlungen.

Erfolg erzielte. Da die Verbindungen mit den Vertrauensleuten bereits hergestellt waren, war die erste Auflage des „grünen Büchels" von 10.000 Stück in einer Woche vergriffen und mußten 10.000 neue aufgelegt werden. In vielen Gemeinden wurden die Schriften nach den Weisungen von den Vertrauensleuten wohl versteckt gehalten und nur verläßlichen Leuten gegeben. In anderen Gemeinden hingegen tauchten sie bald in den Gasthäusern auf, wurden nächtlicherweile auch den verbissenen Gegnern vor die Tür gelegt, ja eines Morgens war fast ganz Völkermarkt mit den „grünen Bücheln" übersät.

Dies schreckte die Südslawen auf. Die südslawische Propagandaleitung ließ ein Gegenplakat drucken mit der Aufschrift: „Des österreichischen Staatskanzlers Dr. Renner Antwort auf die Broschüre ‚Kärntens Schicksalsstunde'". Die Bezirkshauptmannschaften Völkermarkt und Ferlach ließen Verbote der Verbreitung von Flugschriften öffentlich anschlagen und bedrohten die Verbreiter und Besitzer von Flugschriften mit Kerker und hohen Geldstrafen. Die südslawischen Grenzwachen erhielten Weisungen zur schärfsten Überwachung der Durchreisenden. Die südslawischen Gerenten wurden angewiesen, im Bereiche der Ortschaften jeden Fremden anzuhalten und zu durchsuchen. Die Ortsausschüsse des Narodni svet richteten zur Unterstützung der Gendarmen und der Geheimpolizei besondere Gemeindewachen ein, aus welchen sich später regelrechte Banden entwickelten, die von den Heimattreuen bald als „Prügelbanden" bezeichnet wurden. Trotz dieser Maßnahmen wurden auch in den folgenden Wochen und Monaten die Flugschriften und vor allem die „Kärntner Landsmannschaft" und „Koroško Korošcem" regelmäßig in die Zone I gebracht. Die südslawischen Behörden wurden infolgedessen unruhig und sichtlich unsicher.

Die sofort einsetzenden scharfen Verfolgungen der Verbindungsmänner und Vertrauensmänner hatten für die weitere Entwicklung der kärntnerischen Abstimmungspropaganda einen besonderen Einfluß, indem sich alle Organe der Landes-Agitationsleitung von Anfang an zur Arbeit unter den schwersten Verhältnissen gewöhnten. Alle gelungenen Unternehmungen gegen die Südslawen hoben das Selbstbewußtsein und das Überlegenheitsgefühl bei der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung und schwächten im gleichen Maße das Ansehen der südslawischen Behörden und des Narodni svet.

Indes hatte auch eine eifrige Werbearbeit der Südslawen begonnen. Die wichtigsten Leitgedanken der südslawischen Agitation, wie sie sich gleich von Anfang an zeigten und später immer wiederkehrten, waren: Österreich und das Deutschtum haben das slowenische Volk wirt-

schaftlich und kulturell unterjocht und unterjochen es noch; der Deutsche betrachtet den Windischen als minderwertig; Südslawien ist der nationale Befreier, der serbische Thronfolger Alexander der nationale Held.

Diesen südslawischen Leitgedanken gegenüber hat sich die kräftige Pflege des Deutsche und Slowenen einigenden Heimatgefühles als viel wirksamere Waffe erwiesen. Auch die Betonung des alten provinziellen Gegensatzes Kärntens zu Krain und der inneren Gegensätze zwischen Slowenen und Serben hat wesentlich dazu beigetragen, das südslawische Befreiungsmotiv abzuschwächen.

Viel schwieriger war der Kampf gegen das südslawische Agitationsmotiv vom „Bettlerstaat" Deutschösterreich und von dem „goldenen" Südslawien. Die wirtschaftliche Überlegenheit Südslawiens zeigte sich dem Volke sinnfällig, insbesondere im Steigen seiner Valuta. Die schwierige Lage Österreichs hingegen wurde dem Volk in der Zone I dadurch vor Augen geführt, daß Reden österreichischer Minister und Aufsätze österreichischer Zeitungen, welche die Not Österreichs nicht selten in übertriebener Weise schilderten, in eigenen Flugblättern ohne jede Bemerkung abgedruckt wurden. Die südslawischen Behauptungen wurden mit dem Hinweise bekämpft, daß nicht die Zahl der Rinder und Schweine den wahren Reichtum bilde, sondern die geistige und physische Produktionskraft des Volkes durch die höhere Bildung, das bessere Schulwesen, die bessere Schulung der Arbeiter u. a.

Eine häßliche Form der südslawischen Agitation war die planmäßige Herabsetzung und Beschmutzung der bisherigen Kärntner Führer, deren Einfluß und Ansehen untergraben werden sollte. Die Deutschen wurden wegwerfend die „Hungerleidarje" und „Latschenbergarje" genannt, um die im Volke wohnende Wertschätzung der Deutschen zu zerstören. Eine beliebte südslawische Methode, namentlich in den letzten Monaten vor der Volksabstimmung, war, über deutschen Terror zu klagen. Ebenso häufig war das Mittel der Einschüchterung. So zum Beispiel wurde behauptet, die Südslawen hätten alle „Nemčurje" (verächtliche Bezeichnung der deutschfreundlichen Slowenen) vorgemerkt, würden ihnen nach der Abstimmung den ganzen Besitz wegnehmen und sie verjagen. Die Abstimmung werde nicht geheim sein, weil herausgefunden werden würde, wer für Österreich gestimmt habe.

Bei der Verwendung aller dieser Agitationsmittel gingen die Südslawen von Anfang an in so aufdringlicher und roher Weise vor, daß auch dem einfachen Mann aus dem Volke bald offenbar wurde, wie unbegründet die südslawischen Beschimpfungen waren. Dies hat den Südslawen schließlich sehr geschadet.

Die deutschen Propagandamotive sind im wesentlichen schon in der ersten Programmschrift des Geschäftsführers der Landes-Agitationsleitung vom August 1919 zusammengefaßt und in der kleinen Broschüre „Kärntens Schicksalsstunde" etwas weiter ausgeführt. Im Vordergrunde stand die Pflege des Kärntner Volksbewußtseins: in der Vergangenheit hatten in Kärnten Deutsche und Slowenen gemeinsam ihr Schicksal getragen und waren Brüder gewesen. Dieser in der Seele von Deutschen und Slowenen schlummernde Gedanke mußte vor allem geweckt werden. Aus ihm ergab sich die weitere Folgerung: was auch das Schicksal bringen möge, die Kärntner müssen auch in Zukunft zusammenstehen. Erinnerungen an die großen Taten im Kriege, an die Leistungen während der Abwehrkämpfe trugen viel dazu bei, den Stolz und die Freude am Kärntnerlande zu heben. Mit Nachdruck wurde immer wieder auf die sinnfällige Tatsache der unzerreißbaren wirtschaftlichen und kulturellen Einheit Kärntens und auf die schweren Schäden hingewiesen, die eine Zerreißung der innigen Wirtschaftsbeziehungen der Zone I mit Klagenfurt und Villach bringen müßte. Von tiefer Wirkung waren Hinweise auf die monarchistische Verfassung, die allgemeine Wehrpflicht und den Mangel an sozialen Fürsorgemaßnahmen in Südslawien, auf die sozialen Errungenschaften und die gesetzlich gewährleistete Agrarreform in Österreich. Der Gedanke an den Anschluß Österreichs an das große Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches hat bei der Unterweisung der Vertrauensmänner eine wichtige Rolle gespielt und als fester Glaube an ein Ereignis, das kommen muß, den Blick über die wirtschaftlich trostlose Lage Österreichs hinweggelenkt.

Anfang November 1919 lagen die ersten Schätzungen der Vertrauensmänner in der Zone I nach Gemeinden vor. Nach diesen vorsichtig gehaltenen Schätzungen ergab sich eine voraussichtliche deutsche Mehrheit von rund 60%. Der Rest waren teils Schwankende, teils sichere Gegner. Der Druck, der andauernd auf der Bevölkerung lastete, hat viele Schwankende zu den Südslawen gezogen, hingegen die überzeugten Heimattreuen eng aneinandergeschlossen und im höchsten Maße arbeitsfreudig gemacht. Je mehr der südslawische Druck zunahm, desto lebendiger wurde die Widerstandskraft der heimattreuen Bevölkerung. Ungünstig wirkten die fortwährende Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrages und die Hinausschiebung der Volksabstimmung. Dadurch wurde die Bevölkerung mehr und mehr geneigt, den südslawischen Ausstreuungen zu glauben, daß es überhaupt keine Volksabstimmung geben werde.

Seit Mitte Jänner ging die Landes-Agitationsleitung daran, den Hauptteil der Propagandatätigkeit in der Zone I den Vertrauensmännern

selbst zu übertragen. Fast in allen Gemeinden bestand bereits ein dichtes Netz von Vertrauensmännern. Diese hatten schon im Auftrage der Abschnitts-Agitationsleiter besondere Unternehmungen durchgeführt. So waren im Februar für eine große Zahl von Gemeinden die Stimmlisten ausgearbeitet, eine außerordentlich hoch zu bewertende Leistung der Vertrauensmänner, wenn man bedenkt, daß diese Tätigkeit im geheimen durchgeführt werden mußte und doch fast ganz verläßliche Angaben lieferte. Ebenso lagen von vielen Gemeinden schon Bittschriften mit zahlreichen Unterschriften an die interalliierte Militärmission bezüglich der Durchführung der Volksabstimmung vor.

Die Tätigkeit der Landes-Agitationsleitung bildet den entscheidenden Abschnitt in der Vorbereitung der Volksabstimmung. Die kärntnerisch gesinnten Kreise der Bevölkerung wurden rechtzeitig von der kärntnerischen Propaganda erfaßt und in der Hoffnung auf die Zukunft und im Glauben an den Sieg gestärkt. So blieben sie fest und beugten sich nicht vor dem südslawischen Staate.

Die Zeit der Landes-Agitationsleitung ist gekennzeichnet durch Sammlung der Kräfte im Kärntner Lager. Der Kampf war noch im allgemeinen Verteidigung, aber nicht außerhalb, sondern innerhalb der Zone I.

III. Von der Gründung des Kärntner Heimatdienstes bis zum Eintreffen der Abstimmungskommission (21. Juli 1920).

In der vertraulichen Sitzung der Kärntner Landesversammlung vom 10. März 1920 wurden der Nationalpolitische Ausschuß und die Landes-Agitationsleitung aufgelassen. Nach Vereinbarung der politischen Parteien des Landes wurde mit ähnlichem Wirkungskreise der Kärntner Heimatdienst geschaffen. Die Leitung desselben oblag einem vierzehngliedrigen Beirate, der aus Landesräten und Landtagsabgeordneten bestand, ferner einem aus diesen gewählten dreigliedrigen Vorstande (Landesrat Vinzenz Schumy, Dr. Franz Reinprecht und Ing. Franz Pichler) und der Geschäftsführung. Durch den Beirat, im späteren Verlaufe nur durch den Vorstand, wurden die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit festgelegt, durch den Vorstand die Aufsicht über die Geschäftsgebarung ausgeübt. Der Vorstand war auch die Vertretung des Kärntner Heimatdienstes nach außen hin. Durch die Wahl des Landesrates Vinzenz Schumy zum Vorsitzenden des Vorstandes war auch die notwendige Ver-

bindung zur Landesregierung und zum Landesrate geschaffen. Der Sitz des Heimatdienstes wurde im April 1920 nach Klagenfurt verlegt.

Die Geschäftsführung, die Abschnittsleiter, die Vertrauensmänner in der Zone I und auch die gesamte Richtung der Arbeitstätigkeit gingen von der Landes-Agitationsleitung auf den Heimatdienst über, so daß die Arbeit fast gar keine Unterbrechung erlitt und der Wechsel unmerklich in Erscheinung trat.

Der wesentliche Gewinn der Umbildung der Landes-Agitationsleitung in den Kärntner Heimatdienst war die Herstellung der notwendigen innigen Verbindung zur Kärntner Landesregierung.

Die Aufgaben, welche sich der Kärntner Heimatdienst stellte, lassen sich durch folgende Schlagworte kennzeichnen: Organisierung der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung in Gemeinde, Bezirk und Abstimmungsgebiet; Vertretung dieser Bevölkerung nach außen hin, insbesondere gegenüber der Abstimmungskommission; Sammlung von Nachrichten über Vorgänge im Abstimmungsgebiete, welche die Echtheit, Freiheit und Geheimhaltung der Abstimmung in Frage stellten; Erstattung von Berichten über solche Vorgänge an die Abstimmungskommission, die Landes- und Staatsregierung; Mitwirkung bei der Anlage der Stimmlisten; Organisierung der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung zur Stimmenabgabe; Sammlung der Stimmberechtigten außerhalb des Abstimmungsgebietes und Vorsorge, daß diese ihre Stimme abgeben können; Anregungen zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen, welche geeignet waren, auf das Abstimmungsergebnis günstig einzuwirken, endlich die gesamte Propaganda für die Erhaltung des Abstimmungsgebietes bei Kärnten und Österreich, sowie die Überwachung und Bekämpfung der Gegenpropaganda.

Die Arbeiten, welche im Abstimmungsgebiete selbst zu erfüllen waren, führten die „Heimaträte" durch, die zum Teile schon in der letzten Zeit der Landes-Agitationsleitung gegründet worden waren und nunmehr weiter ausgebaut wurden. In jeder Gemeinde wurde ein Gemeinde-Heimatrat geschaffen, dessen 6 bis 25 Mitglieder nicht von oben herab ernannt wurden, sondern nach den Weisungen des Heimatdienstes ohne Unterschied des Standes und Besitzes, der Partei, des Alters und Geschlechtes aus den erprobtesten Leuten von den Vertrauensmännern zu wählen waren. Es sollte getrachtet werden, daß womöglich alle Ortschaften, alle Parteien, Stände und Geschlechter vertreten seien.

Trotz des über der Zone I lastenden Druckes schritt der Ausbau der Heimaträte rüstig vorwärts. Die Vertrauensmänner in der Zone I fürchteten nicht mehr die südslawischen Verbote, arbeiteten aber nach wie

vor im geheimen. Der Heimatrat in der Gemeinde Diex wurde zum Beispiel bei einer Besprechung im Walde gegründet, der von Haimburg bildete sich bei einer geheimen Zusammenkunft auf einer der Felskuppen, genannt „Felskögele", in der Nähe von St. Stefan bei Haimburg. Der Heimatrat Waisenberg wurde bei einer nächtlichen Zusammenkunft in St. Margareten gebildet.

Die Südslawen hatten bei ihren Versuchen, die Tätigkeit des Kärntner Heimatdienstes unmöglich zu machen, fast nur Mißerfolge. Wohl wanderten einzelne Vertrauensmänner für Wochen und Monate in den Kerker, aber es gelang den Südslawen nicht, den Aufbau der Organisation und die geheime Propagandaarbeit wesentlich zu stören. Die Abschnittsleitungen ersannen immer neue Mittel, um den südslawischen Verfolgungen zu entgehen. Vor allem aber halfen die Vertrauensmänner in der Zone I mit größter Bereitwilligkeit und ausgezeichnetem Geschick mit. Verräter gab es trotz der von den Südslawen angebotenen Belohnung keine. Gefangene Verbindungs- oder Vertrauensmänner schwiegen und ertrugen lieber die Kerkerhaft, als daß sie andere Vertrauensmänner verrieten. Als zum Beispiel einer der rührigsten Verbindungsleute der Abschnitts-Agitationsleitung III mit Ketten gefesselt durch die Dörfer nach Völkermarkt abgeführt wurde, reckte er seine gefesselten Hände empor und rief trotz der ihn begleitenden südslawischen Gendarmen der Bevölkerung zu: „Seht, so sieht die südslawische Freiheit aus! So würden sie euch behandeln!"

Seit Anfang März wurde der Kampf zwischen Verbindungsmännern und südslawischer Polizei mit besonderer Erbitterung geführt. Die Grenzwachen schossen ohne Anruf auf jede Person, welche sie nachts in der Nähe der Demarkationslinie erblickten. Im Laufe des März und April führte diese Verschärfung des Propagandakampfes zu mehreren Todesfällen.

Die Südslawen ließen sich, als sie die deutschen Flugschriften nicht fernhalten konnten, teilweise zu blinder Wut hinreißen und schürten unter der Bevölkerung der Zone I Haß. Der Pfarrer in St. Jakob im Rosental erklärte offen in einer Versammlung: „Siegen wir auch nicht bei der Volksabstimmung, so werden wir siegen durch Schwert und Schlag!" Die südslawische Verwaltung wurde immer gewissenloser und einseitiger nach den Bedürfnissen der südslawischen Agitation eingestellt.*)

General M a j s t e r hat gelegentlich auch versucht, den Ton der Versöhnung anzuschlagen, fand aber nach den vorausgegangenen südslawi-

*) Siehe die Entschließung der Kärntner Landesversammlung, „Landsmannschaft" Nr. 42, und die amtliche Entgegnung auf die Laibacher Ableugnungsversuche, ebenda Nr. 50.

schen Gewaltmethoden wenig Anklang. So schrieb Bezirkshauptmann Kakl am 26. Februar 1920 an die Heimwehrkompagnie Völkermarkt einen Brief mit der Aufforderung, in die Zone I zurückzukehren, die aber mit Entrüstung zurückgewiesen wurde.

Mit dem herannahenden Frühling wurde die Lage der Flüchtlinge außerhalb der Zone I nach und nach unerträglich, weil die Frühjahrsbestellung ihrer in der Zone I gelegenen Besitzungen unmöglich zu werden drohte. Ihrem Drängen bei der interalliierten Mission in Klagenfurt und den Schritten des Wiener Staatsamtes für Äußeres bei der Friedenskonferenz und beim Außenministerium in Belgrad war es zu danken, daß in der Osterwoche 1920 tatsächlich ein Teil der Flüchtlinge in die Zone I zurückkehren konnte. Ausgeschlossen von der Heimkehr blieben auch weiterhin Lehrer und Beamte und jene Personen, welche sich am Abwehrkampf oder politisch gegen Südslawien besonders betätigt hatten. Die Flüchtlinge kehrten in die Zone I nicht als Bettelnde zurück, sondern mit ungebrochenem Mut und mit dem festen Willen, alles für die Befreiung der Heimat einzusetzen. Die landesüblichen Osterfeuer am Karsamstag abends gaben Gelegenheit, die Heimkehr der Flüchtlinge offen und begeistert zu feiern.

Die Südslawen hatten während des Winters bis in das Frühjahr hinein in steigendem Maße in der Zone I die Lüge verbreitet, daß auch Klagenfurt und die Zone II südslawisch gesinnt seien. Um diese Lügen zu zerstreuen, hatte der Gemeinderat der Landeshauptstadt Klagenfurt schon am 18. November 1919 eine scharfe Entschließung gegen die unwahren Ausstreuungen der Südslawen gefaßt. Ähnliche Entschließungen faßten auch sämtliche anderen Gemeinden der Zone II, die berufenen politischen und wirtschaftlichen Körperschaften und eine Reihe von Versammlungen in dieser Zone. Der Kärntner Heimatdienst mußte jedoch bei der systematischen Lügenarbeit der Südslawen über die Zone II der da und dort schon zweifelnden Bevölkerung der Zone I eine klare Antwort geben. Die beabsichtigte Wirkung wurde voll und ganz durch die am 11. April 1920 auf dem Neuen Platz in Klagenfurt abgehaltene große Volksversammlung erzielt.

Von günstigem Einflusse war das erfreuliche Ergebnis der Volksabstimmung in der südlichen Zone des Abstimmungsgebietes in Schleswig. Vielen wurden die Augen durch die Unruhen in Laibach Anfang Mai und deren blutige Niederwerfung geöffnet. Von besonderer Wirkung war auch die Erinnerung an die Heldentaten während der Abwehrkämpfe anläßlich der Jahrestage im Mai, aber auch die Erinnerung an die südslawischen Gewalttaten bei der letzten Besetzung. Die Stimmung der Be-

völkerung der Zone I war um diese Zeit ohne Zweifel schon so weit gehoben, daß ein günstiges Ergebnis der Volksabstimmung bei einer halbwegs freien Abstimmung sicher war.

Ende Juni konnte bei der in der Zone I herrschenden guten Stimmung zum erstenmal an eine größere Kundgebung der Heimattreuen geschritten werden. Der Heimatdienst gab den Vertrauensleuten in der Zone I die Weisung, am Abend des 23. Juni die gebräuchlichen Sonnwendfeuer zu entzünden. Der Erfolg war ein glänzender. Trotz dem Verbote durch die südslawischen Behörden flammten unzählige Feuer in der Zone I auf als Zeichen, daß die Treue der schwergeprüften Bevölkerung unerschüttert sei. Und diesseits der Demarkationslinie grüßten ebensoviele Feuermale hinüber zu den Brüdern in der Zone I. Ganz Kärnten zeigte sich als einheitlich fühlendes Land, das ungeteilt bleiben will. Die südslawische Gegendemonstration der Höhenfeuer anläßlich des Cyrill- und Methodtages (5. Juli) konnte die Wirkung der heimatlichen Feuer am 23. Juni nicht abschwächen, denn jedermann wußte, daß die Cyrillfeuer zum großen Teile von südslawischen Gendarmen und Finanzorganen abgebrannt wurden, die dazu kommandiert worden waren.

Um diese Zeit wurde das Kärntnerlied immer mehr eine Form zum Ausdrucke des Kampfes. Bei jeder Gelegenheit, wo heimattreue Kärntner zusammentraten, sangen sie ihr Lied. Im Liede sangen sie von ihrem Trotze gegen die Fremdherrschaft, im Liede drückten sie die Hoffnung auf baldige Befreiung aus. Das Kärntnerlied war im vollsten Sinne des Wortes Trutz- und Kampflied geworden.

Die heimatliche Agitation konnte immer siegessicherer auftreten. In überlegenen Tönen wurden alle die südslawischen Maßnahmen ironisch und lächerlich gemacht. Durch die „Landsmannschaft“ war es gelungen, die südslawischen Propagandablätter „Korošec“, „Draupost“ und den „Mir“ vollständig in Verruf zu bringen. Starke seelische Kräfte für die Agitation lösten die vom Kärntner Heimatdienste veranlaßten Kundgebungen der Kärntner in der Fremde (Hamburg, Graz) aus, ebenso auch das glänzende Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen (12. Juli), das als begeisterndes Vorbild wirkte.

Der südslawischen Propagandaleitung in Völkermarkt gelang in der Nacht zum 24. Juni 1920 ein schwerer Schlag gegen die Organisation des Kärntner Heimatdienstes. In dieser Nacht wurde in Abwesenheit des Abschnitts-Agitationsleiters von südslawischen Agenten die Kanzlei der Abschnitts-Agitationsleitung III in Brückl erbrochen, das geheime Schriftenmaterial entwendet und der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt überbracht. Durch diesen Schriftenraub war die Organisation im

Abschnitte III den Südslawen zum erheblichen Teile verraten. Wertvolle Mitarbeiter in diesem Abschnitte hatten für ihre Freiheit zu fürchten, einige von den um Ostern Heimgekehrten wurden tatsächlich in den Kerker geworfen.

Der Brückler Aktendiebstahl drückte vorübergehend die Stimmung in diesem Abschnitt erheblich herab. Die bevorstehende Ratifikation des Friedensvertrages und das Eintreffen der interalliierten Abstimmungskommission gaben jedoch in der Zone I den Heimattreuen die Gewißheit, daß die Volksabstimmung sicher sei. Alles stellte sich nun ein auf den letzten Kampf.

In der Periode von der Gründung des Kärntner Heimatdienstes bis zum Eintreffen der interalliierten Abstimmungskommission wurde sich die heimattreue Bevölkerung der Zone I ihrer Kräfte bewußt. Diese wurden an jenen des Gegners bereits bei verschiedenen Anlässen gemessen und als überlegen befunden. Die Organisationsarbeit hatte sich durchgesetzt. Alle Vertrauensmänner in der Zone I hatten eine harte Erziehung hinter sich und waren für den Endkampf gründlich geschult. Außerhalb der Zone I blieben die Organisation und die Zentrale des Kärntner Heimatdienstes noch unbeachtet und ungekannt. Die ganze Arbeit erfolgte im stillen und auch die Südslawen wußten über die eigentliche Organisation und die Pläne des Heimatdienstes noch immer nur wenig Bescheid.

IV. Diplomatische Vorbereitungen.

In der Zeit von der Unterfertigung des Friedensvertrages durch Österreich bis zum Eintreffen der Abstimmungskommission blieben auch die Kärntner Landesregierung und das Wiener Staatsamt des Äußern nicht untätig. Schon im September 1919 wurde als Vermittlungsstelle zwischen der Landesregierung in St. Veit und der interalliierten Mission in Klagenfurt eine „Vertretung der Landesregierung" in Klagenfurt gebildet, welche insbesondere sämtliche an die Mission gerichteten Beschwerden und Eingaben zu übernehmen und gegebenenfalls an die Mission weiterzuleiten hatte. Sie bestand aus dem Rechtsanwalt Doktor Jakob Reinlein, dem Fregattenkapitän Albert Peter-Pirkham, dem die wichtige Aufgabe zufiel, mit den Mitgliedern der interalliierten Mission Fühlung zu nehmen, und dem Bezirkshauptmann Dr. Viktor Kometter.

Als dringendste Notwendigkeit betrachtete die Landesregierung die Entfernung des südslawischen Militärs und die Beseitigung und Abkürzung der südslawischen Gewaltherrschaft in der Zone I. Um dies leichter zu erreichen, verzichtete sie auf die ihr nach dem Friedensvertrage zustehende militärische Besetzung der Zone II und erklärte sich in einer Zuschrift an die interalliierte Mission vom 7. September 1919 bereit, sich in der Zone II jeglicher Beschränkung ihrer Hoheitsrechte zu unterwerfen und sogar ihre sämtlichen Zivilverwaltungsbehörden mehrere Wochen vor der Volksabstimmung aus dem Gebiete des Klagenfurter Beckens zurückzuziehen, falls die gleichen Maßnahmen auch in der Zone I durchgesetzt werden könnten. Zugleich bat sie die Mission, bei der Friedenskonferenz Schritte zu unternehmen, auf daß das gesamte Abstimmungsgebiet sobald als möglich, mindestens aber drei Wochen vor der Abstimmung, durch Ententetruppen besetzt und von sämtlichen Truppen und Sicherheitsorganen des südslawischen Staates, beziehungsweise des deutschösterreichischen Staates, geräumt werde.

Da die im Artikel 50 des Friedensvertrages vorgesehene Abstimmungskommission erst nach der Ratifikation des Vertrages durch drei alliierte und assoziierte Hauptmächte in Tätigkeit treten konnte und die Ratifikation noch in weiter Ferne stand, so richtete das Staatsamt für Äußeres am 18. September 1919 unter Hinweis auf die Verfolgung der mit Österreich sympathisierenden Bevölkerung in der Zone I an die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte das Ersuchen, die interalliierte Mission in Klagenfurt bis zum Zusammentreten der Abstimmungskommission mit den notwendigen Weisungen zu versehen, damit diese die Versuche der Südslawen, die im Artikel 50 gegebenen Garantien für die Freiheit der Volksabstimmung unwirksam zu machen, einschränken könne. Weiters wurde im Februar 1920 versucht, bei der Botschafterkonferenz durchzusetzen, daß die interalliierte Mission, die mit den Verhältnissen bereits vertraut war, mit den Vollmachten der Abstimmungskommission ausgestattet und in die größeren Orte der Zone I Ententeoffiziere entsendet werden. Dadurch wäre der interalliierten Mission die Möglichkeit geboten worden, die österreichisch gesinnte Bevölkerung in der Zone I gegen die südslawische Gewaltherrschaft zu schützen.

Da alle diese Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, so beschloß die vorläufige Landesversammlung am 11. März 1920 einen Protest gegen die unhaltbaren Zustände in der Zone I. Zugleich richtete sie an den Staatskanzler Dr. Renner die Bitte, diesen Protest der Botschafterkonferenz vorzulegen und sie zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Abstimmungskommission sogleich und noch vor der Ratifikation des

Friedensvertrages gebildet werde. Daraufhin konnte der österreichische Vertreter in Paris am 22. März berichten, daß die französische und englische Delegation bereits ernannt sei; sollte das Inkrafttreten des Friedensvertrages sich wider Erwarten verzögern, so käme die antizipative Entsendung der Abstimmungskommission in Betracht und würde die französische Delegation in naher Zeit nach Klagenfurt reisen.*) Chef der englischen Sektion der Abstimmungskommission war Oberst Capel Peck, Chef der französischen Graf Chambrun.

Anfang April wurde der Vorsitz in der Abstimmungskommission Oberst Capel Peck übertragen. Auch der Vertreter Italiens war in der Person des Prinzen Borghese bereits ernannt. Trotzdem verzögerte sich die Abreise der Abstimmungskommission bis zur Ratifikation im Juli.

Wenn auch die zahlreichen Beschwerden der Kärntner Landesregierung und der Bevölkerung bei der interalliierten Mission, die Vorstellungen des deutschösterreichischen Staatsamtes für Äußeres und des österreichischen Gesandten in Paris bei den alliierten und assoziierten Hauptmächten, sowie die Berichte, welche die interalliierte Mission in Klagenfurt ohne Zweifel an die Verbündeten erstattete, im einzelnen Falle den angestrebten Zweck nur ausnahmsweise, wie zum Beispiel in der Frage der Rückkehr eines Teiles der Flüchtlinge, erreichten, so blieben sie doch nicht ohne Wirkung. Die Staatsmänner der alliierten und assoziierten Hauptmächte mußten durch sie den Eindruck erhalten, daß bei derartigen Zuständen in der Zone I von einer Freiheit der Abstimmung, wie sie im Friedensvertrage verbürgt war, nicht die Rede sein könne. Die Fernhaltung des größten Teiles der Flüchtlinge, die Sequestrierungen, die Art und Weise, wie die Polizeitruppen ausgehoben wurden, die Absperrung der Demarkationslinie, die Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung, die Unterdrückung der österreichisch gesinnten Bevölkerung usw. waren Maßnahmen, die zum Geiste des Friedensvertrages in krassem Widerspruche standen und beseitigt werden mußten, wenn die Abstimmung auch nur einigermaßen frei und unbeeinflußt sein sollte. Äußerungen einzelner südslawischer Blätter, zum Beispiel des „Naprej" vom 6. Juli 1920 oder der „Jugoslavija" vom 10. Oktober 1921, zeigen, daß man sich sogar in südslawischen Kreisen des Unrechtes und der Unhaltbarkeit des in der Zone I geschaffenen Zustandes bewußt war. Ferner war zu erwarten, daß die Bestimmungen des Artikels 50, wonach das österreichische Mitglied der Abstimmungskommission nur an den Beratungen über die Zone II, das serbische Mitglied nur an denen über die Zone I teilnehmen

*) Vergleiche die Antwort des Staatssekretärs für Äußeres auf die Anfrage des Abgeordneten Gröger, „Kärntner Landsmannschaft" Nr. 49.

dürfe, zu großen Schwierigkeiten führen werde, nicht nur, weil der Ausschuß infolge des Ausbleibens des amerikanischen Vertreters nur aus vier Mitgliedern bestand und sich daher bei der Abstimmung mitunter Stimmengleichheit ergeben hätte, sondern auch, weil es in Wirklichkeit kaum eine Frage gab, die nicht beide Zonen mittelbar oder unmittelbar berührt hätte. Da weiters die interalliierten Mächte die Entsendung von interalliierten Truppen in das Abstimmungsgebiet ablehnten, so war vorauszusehen, daß die Abstimmungskommission infolge des Mangels an den nötigen Machtmitteln Schwierigkeiten haben werde, um ihre Verfügungen gegen den Widerstand der einen oder anderen Partei durchzusetzen. Dies schien um so bedenklicher, als die nach dem Friedensvertrag an Ort und Stelle auszuhebende Polizei nur aus ungeschulten und unerfahrenen Leuten gebildet werden konnte. Endlich brauchten gewisse Maßregeln Zeit zu ihrer Durchführung und war der Zeitraum von drei Monaten, innerhalb welchem die Abstimmung durchgeführt werden sollte, knapp bemessen.

Diese Erwägungen waren es offenbar, welche die Botschafterkonferenz veranlaßten, auf Vorschlag der Vertreter der interalliierten Mächte in der Abstimmungskommission noch vor deren Abreise einige Durchführungsbestimmungen zu erlassen, um die Garantien für eine freie und unbeeinflußte Abstimmung zu erhöhen und gewisse, für eine solche Abstimmung notwendige Maßnahmen mit der Autorität der Botschafterkonferenz zu decken.

Die Entscheidung über einige dieser Fragen fiel schon im April und Mai und wurde unterm 1. Juni 1920 durch folgendes Schreiben des damaligen Präsidenten der Friedenskonferenz, Millerand, dem österreichischen Vertreter in der Abstimmungskommission mitgeteilt:

„Da die Klagenfurter Plebiszitkommission ihre Tätigkeit in allernächster Zeit aufnehmen wird, erscheint es der Friedenskonferenz notwendig, die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf einige Fragen zu lenken, an deren Lösung ihr sehr gelegen ist:

1. Die Mächte sind im Einvernehmen mit den Mitgliedern der alliierten Kommission der Ansicht, daß den gemäß Artikel 50 des Friedensvertrages von St. Germain stimmberechtigten Personen, welche seit dem 3. November 1918, aus welchem Grunde immer, sei es aus der Zone I, sei es aus der Zone II, ausgewiesen wurden, jede Erleichterung geboten werden müsse, sofort mit ihren Familien in ihre Wohnstätten zurückzukehren. Zu diesem Zwecke wäre es wichtig, daß sie von den Lokalbehörden ein offizielles Dokument erhalten, welches ihnen alle nötigen Garantien für ihre Sicherheit bietet.

Anderseits muß die Kommission, damit sie imstande sei, die oberwähnten Maßnahmen zu kontrollieren, innerhalb 14 Tagen nach ihrer Ankunft in Klagenfurt von den Lokalbehörden folgende Dokumente erhalten: a) ein Verzeichnis der seit 3. November 1918 ausgewiesenen Personen; b) ein Verzeichnis jener Personen, welche seit demselben Zeitpunkte das Abstimmungsgebiet freiwillig verlassen haben und bisher noch nicht in ihre Wohnstätten zurückgekehrt sind.

2. Alle seit 3. November 1918 von der österreichischen oder der südslawischen Regierung getroffenen Verfügungen zwecks Konfiskation oder, sei es zeitweiser, sei es definitiver, Untersequesterstellung des in einer der beiden Zonen gelegenen Eigentums stimmberechtigter Personen werden sofort aufgehoben. Dieses Eigentum wird unverzüglich den Eigentümern zurückgestellt.

3. Innerhalb dreier Tage nach der Ankunft der alliierten Kommission werden sowohl die österreichischen als auch die südslawischen Lokalbehörden detaillierte Auskünfte über Stärke und Zusammensetzung der in den Zonen I und II dislozierten Truppen, sowie über die besetzten Örtlichkeiten geben.

4. Es wäre zweckmäßig, wenn der Kommission gleichzeitig darüber Auskunft erteilt würde, ob die im Artikel 50 des Friedensvertrages von St. Germain vorgesehene Polizeitruppe, deren Organisation in Angriff genommen ist, an Ort und Stelle rekrutiert wurde, so wie es der Vertrag vorschreibt, und zu welchem Zeitpunkte. Falls Personen in diese Polizei aufgenommen wurden, welche nicht zum Abstimmungsgebiete gehören, so müßten der alliierten Kommission detaillierte Auskünfte über deren Zuständigkeit und die Umstände, welche ihre Aufnahme in die Polizei veranlaßten, erteilt werden.

5. Damit die Kommission ihre Aufgaben voll erfüllen könne, ist es endlich unerläßlich, daß sowohl das südslawische als auch das österreichische Mitglied der Kommission von seiner Regierung Vollmachten erhält, welche es diesen Mitgliedern ermöglichen, zu handeln, ohne gezwungen zu sein, in jedem einzelnen Falle hierüber nach Belgrad oder Wien zu berichten. Diese Vollmachten müssen sie ganz besonders ermächtigen, die Anordnungen der Kommission sowohl durch die zivilen als militärischen Lokalbehörden zur Ausführung zu bringen. Jeder andere Vorgang würde zur Folge haben, daß die Tätigkeit der alliierten Vertreter paralysiert wird.

Die Maßnahmen, welche ich oben aufgezählt habe und welche die Konferenz für unerläßlich hält, verfolgen einzig den Zweck, die Kommissäre instand zu setzen, voll dem Vertrauen zu entsprechen, welches

die am Plebiszit interessierten Regierungen in sie gesetzt haben. Die Mächte zweifeln nicht daran, daß Ihre Regierung in Würdigung der Erwägungen, welche diesen Forderungen zugrunde liegen, ohne Verzug die nötigen Vorkehrungen treffen werde, um ihnen nachzukommen."

Eine Ergänzung dazu bildet das Schreiben des Generalsekretariats der Friedenskonferenz vom 8. Juni 1920. Es lautet:

„Im Verfolge des an den Herrn Präsidenten der österreichischen Delegation am 1. Juni gerichteten Schreibens des Herrn Präsidenten der Konferenz beehrt sich das Generalsekretariat, der genannten Delegation gewisse ergänzende Entscheidungen mitzuteilen, deren Annahme den Mächten notwendig erschienen ist:

1. Um die unparteiische Durchführung des Plebiszits zu gewährleisten, hält es die Konferenz für unumgänglich notwendig, daß sofort, nachdem die Kommission ihre Funktionen aufgenommen hat, der freie Verkehr zwischen den Zonen I und II sichergestellt werde. Die Wachposten müssen beiderseits zurückgezogen und die Handelsfreiheit zwischen beiden Zonen hergestellt werden.

2. Die Kommissionen der Alliierten haben die Instruktion erhalten, die Lokalpolizei in jedem ihnen notwendig erscheinenden Ausmaße zu verstärken. Es dürfen ohne ausdrückliche Ermächtigung der Botschafterkonferenz keinerlei Truppen in das Abstimmungsgebiet verlegt werden.

3. Schließlich ist es der Botschafterkonferenz notwendig erschienen, die Bestimmung des Artikels 50 des Vertrages von St. Germain, derzufolge das österreichische und das südslawische Mitglied an den Beratungen unter bestimmten Bedingungen teilnehmen sollen, in dem Sinne auszulegen, daß die Vertreter der beiden am Plebiszit interessierten Staaten an den Sitzungen mit bloß beratenden Stimmen teilnehmen sollen. Mangels einer solchen Entscheidung würde, solange als die Regierung der Vereinigten Staaten im Schoße der Kommission der Alliierten nicht vertreten ist, die Zahl der Kommissionsmitglieder, die zur Teilnahme an den Abstimmungen in den meisten Fällen ausersehen sind, nur vier betragen. Die Kommission würde sich infolgedessen oft in einer schwierigen Lage befinden, um die Entscheidungen, die mit Stimmenmehrheit getroffen werden sollen, fällen zu können."

Den in diesen Schreiben niedergelegten Forderungen konnte von österreichischer Seite um so leichter nachgekommen werden, als die österreichische Verwaltung in der Zone II durchwegs einwandfrei gewesen war. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Zone II betrug nur 36, von welchen jedoch nur 18 abstimmungsberechtigt waren. Ausgewiesen waren nur zwei Personen worden, von welchen die eine wiederholt vorbestraft war,

während die andere gegen die Ausweisung rekurriert hatte und sich tatsächlich noch in der Zone II befand. Die einzige in der Zone II verhängte Aufsicht über einen Privatbetrieb wurde sofort aufgehoben und das Militär war seit Juni 1919 abgezogen. Die Öffnung der Demarkationslinie zwischen den beiden Zonen I und II war eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gerechte Volksabstimmung und nur ein Akt der Gerechtigkeit. Berührte doch die Volksabstimmung die wichtigsten geistigen und materiellen Lebensinteressen b e i d e r Zonen, so daß die Aufrechterhaltung der Demarkationslinie und die Verhinderung einer Aussprache der Bevölkerung beider Zonen über ihre Zukunft hart und ungerecht gewesen wäre!

Dagegen fühlten sich die Südslawen durch diese Durchführungsbestimmungen sehr betroffen. Die Zahl der noch nicht heimgekehrten Flüchtlinge aus der Zone I betrug 3335, die der Ausgewiesenen 148. 56 größere und etwa 25 kleinere Betriebe waren sequestriert oder unter Staatsaufsicht gestellt. Die Polizei war in vertragswidriger Weise aufgestellt worden, das Militär befand sich noch immer in der Zone I. Am meisten Widerstand rief aber die Forderung nach Öffnung der Demarkationslinie hervor. Schon im Juni wurde diese Anordnung von den Laibacher Blättern heftig bekämpft. Man fürchtete die deutsche Agitation, die man bisher möglichst unterdrückt hatte, und behauptete, die deutsche Agitation würde in der Zone I Zustände schaffen, wie sie damals im Teschener Gebiete herrschten, wo die Deutschen Unruhen und Ausschreitungen hervorgerufen hätten, was übrigens gar nicht richtig war. Die südslawische Regierung erhob daher gegen einzelne der Durchführungsbestimmungen Einwendungen, die jedoch von der Botschafterkonferenz zurückgewiesen wurden.

Die Durchführungsbestimmungen vom 1. und 8. Juni stellten ein Mindestmaß dessen dar, was an Voraussetzungen für eine freie und unbeeinflußte Volksabstimmung erfüllt werden mußte. Außer den in den beiden Noten berührten Unzukömmlichkeiten gab es in der Zone I noch eine Menge anderer, die beseitigt werden mußten, wenn die Abstimmung wirklich frei sein sollte. So wurde kärntnerseits insbesondere verlangt: strenge Überwachung der südslawischen Verwaltungsbehörden, Beseitigung der Gerenten und Einsetzung der alten Gemeindevorstehungen, freie Meinungsäußerung, Preßfreiheit, Schutz gegen willkürliche Verhaftung, Amnestie für Teilnahme an den Abwehrkämpfen und für politische Vergehen, Freilassung aller Internierten und Konfinierten, Aufhebung der Wohnungsbeschlagnahmen, Rückgabe der entzogenen Gasthauskonzessionen, Abschaffung der Briefzensur u. a. Auch die Zuerkennung des Stimmrechtes an jene Personen, die am 1. Jänner 1919 in der Zone nicht

wohnhaft waren, den übrigen Bedingungen aber entsprachen, wurde angestrebt, doch ohne Erfolg.

Am 21. Mai wurde Fregattenkapitän Peter, der schon wiederholt wichtige Missionen für Kärnten durchgeführt hatte, vom Staatssekretär für Äußeres auf Vorschlag des Kärntner Landesrates zum österreichischen Mitgliede der Abstimmungskommission ernannt. Peter zur Seite standen die Mitglieder der früheren „Vertretung der Landesregierung", in der arbeitsreichsten Zeit ergänzt durch einige Dolmetsche und Kanzleikräfte.

Die Belgrader Regierung ernannte zu ihren Vertretern den Professor der Geographie an der Universität in Belgrad, J. Cvijić, und den bisherigen Gesandten in London, Jovan Jovanović, letzteren als bevollmächtigten Minister.

Die Durchführung der Volks-abstimmung.

I. Die Tätigkeit der Abstimmungskommission.

Am 16. Juli 1920 wurde das Protokoll der Ratifikationsurkunden in Paris hinterlegt und trat der Friedensvertrag endlich in Kraft. Von diesem Tag an begannen alle Fristen zu laufen, also auch die Frist für die Volksabstimmung. Wenige Tage später traf die interalliierte Abstimmungskommission in Klagenfurt ein. Am 21. Juli fand die konstituierende Sitzung im Hauptquartier in der sogenannten landschaftlichen Burg in Klagenfurt statt.

Schon in den ersten Sitzungen zeigte es sich, daß die Verhandlungen nicht ganz glatt verlaufen werden. Wenn die Übergriffe der südslawischen Verwaltung in der Zone I auch nur einigermaßen abgestellt und die Volksabstimmung vom südslawischen Drucke befreit werden sollten, so konnte das südslawische Propagandasystem, das auf Einschüchterung, Gewalt, unwahre, einseitige Darstellung usw. aufgebaut war, nicht aufrechterhalten werden. Da nun die Abstimmungskommission ernstlich gewillt war, eine freie, unbeeinflußte und geheime Abstimmung nach Möglichkeit zu sichern, so kamen ihr die Südslawen von Anfang an mit einer gewissen Abneigung entgegen. Der Vertreter Englands war ihnen wegen seiner Objektivität wenig sympathisch. Dem Italiener mißtrauten sie als ihrem vermeintlichen Feinde, der ihnen Görz, Triest, Istrien genommen und nun auch Kärnten nicht gönnen wolle. Nur im Franzosen erblickten sie, wie dies aus jugoslawischen Blättern, zum Beispiel aus der „Jugoslavija" vom 14. November 1920 und vom 10. Oktober 1921, hervorgeht, einen Freund.

Dazu kam, daß man die nach außen hin zur Schau getragene Siegeszuversicht durchaus nicht allgemein teilte, namentlich auch nicht im Schoße der südslawischen Sektion. In gewissen Kreisen dieser Sektion wurde daher der Plan erwogen, sich mit Österreich freundschaftlich auseinanderzusetzen, um so die Abstimmungskommission möglichst auszuschalten.

Das innere Widerstreben, welches die Südslawen von Anfang an der Abstimmungskommission entgegenbrachten, steigerte sich bald zu verstecktem und gelegentlich auch zu offenem Widerstande. Die südslawische Sektion versuchte, ihr unangenehme Beschlüsse der Abstimmungskommission zu verschleppen, indem der südslawische Vertreter forderte, die Botschafterkonferenz zu befragen, obwohl der Friedensvertrag und die Weisungen der Botschafterkonferenz die Abstimmungskommission mit

allen notwendigen Vollmachten ausgestattet hatten, oder indem er erklärte, von der Belgrader Regierung keine Vollmacht zu haben und daher erst die Genehmigung von Belgrad einholen zu müssen, obgleich die Weisungen der Botschafterkonferenz vom 1. Juni gerade auf ausreichende Vollmachten gedrungen hatten.

Der Widerstand der Südslawen ging hauptsächlich vom Narodni svet und General Majster aus, der selbst den Anordnungen der südslawischen Sektion der Abstimmungskommission nicht immer Folge leistete. Dadurch kam der südslawische Delegierte Professor Cvijić sehr bald in eine schiefe Lage. Aber auch die Abstimmungskommission geriet in eine schwierige Stellung. Sie hatte keine ausübende Gewalt, sondern nur die Oberaufsicht. Die südslawischen Bezirkshauptmannschaften, gestützt auf die Gemeindegerenten und die Gendarmerie, konnten die einfachste Verfügung der interalliierten Kommission durchkreuzen. Dabei war es den Südslawen nicht bloß darum zu tun, nicht genehme Anordnungen nur halb oder gar nicht durchzuführen, sondern sie wollten auch ihr eigenes Ansehen in den Augen der Bevölkerung heben und das der Abstimmungskommission untergraben. Die Durchführung der Aufträge zu erzwingen, dazu fehlte es der interalliierten Kommission an Machtmitteln, infolgedessen war ihr ein energisches Vorgehen sehr erschwert.

Im Gegensatze zur Unsicherheit der Südslawen herrschte auf österreichischer Seite das Gefühl ruhigen Vertrauens auf das gute Recht, die Treue und Standhaftigkeit der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung in der Abstimmungszone. Die Aufträge der interalliierten Kommission wurden schnell und genauestens durchgeführt.

Die Abstimmungskommission selbst war gewiß ernstlich bemüht, vollkommen unparteiisch vorzugehen, und brachte dies auch am 21. Juli 1920 in einer Proklamation zum Ausdruck, in der es am Schlusse hieß: „(Die Kommission) verbürgt die Freiheit und Aufrichtigkeit der Ausübung des Stimmrechtes. Sie kann weder vorherigen Druck, noch nachfolgende Vergeltungsmaßnahmen zulassen. Sie wird kein unredliches Manöver dulden, das zu einem falschen Wahlergebnisse führen könnte. Sie wird ihre Sendung unparteiisch erfüllen und volle Gerechtigkeit in diesem Augenblicke walten lassen, wo die Ereignisse von euch verlangen, durch eure Stimmenabgabe nach bestem Wissen und Gewissen jenen Staat zu bezeichnen, dem ihr in Hinkunft angehören werdet."

In der konstituierenden Sitzung der Abstimmungskommission wurden der Stellvertreter des Chefs der englischen Sektion, Sir Roland Bryce, zum Generalsekretär der Kommission und ein interalliierter Grenzbestimmungsausschuß bestellt, der die Grenzen der beiden Abstimmungszonen

gemäß den Grenzbestimmungen des Friedensvertrages genau festzusetzen hatte. Der Vorsitzende der Kommission, Oberst Peck, legte ein von der englischen Sektion ausgearbeitetes Memorandum vor, das die Grundzüge für die Durchführung der Abstimmung enthielt und in der Sitzung vom 22. Juli einstimmig angenommen wurde. Auf Grund dieses Memorandums setzte die Kommission einen aus einem britischen, französischen und italienischen Mitgliede bestehenden beratenden Verwaltungsausschuß ein, der mit der Überwachung und Berichterstattung über die gesamte Verwaltung betraut war. Seine Berichte und Gutachten waren für die Beschlüsse der Kommission von grundlegender Bedeutung. Er war somit eine der wichtigsten Körperschaften innerhalb der Kommission.

Im Laufe des Augusts erließ die Kommission die näheren Durchführungsbestimmungen für die Volksabstimmung. Das ganze Gebiet wurde in sechs Distrikte*) eingeteilt, von welchen jeder eine bestimmte Anzahl von Gemeinden umfaßte. In jeder Gemeinde wurde ein Abstimmungsausschuß gebildet, für welchen von jeder Partei drei Mitglieder namhaft zu machen waren. An die Spitze eines jeden Distrikts trat ein interalliierter Distriktsausschuß, der aus je einem britischen, französischen und italienischen Offizier bestand. Die Distriktsausschüsse hatten die Weisungen der Abstimmungskommission weiterzuleiten, für deren Durchführung zu sorgen und die Verwaltung der Bezirke zu beaufsichtigen, insbesondere in der Richtung, daß es den Lokalbehörden unmöglich gemacht werde, ihre Stellung und Betätigung zur Beeinflussung der Stimmberechtigten auszunützen. Ferner hatten sie die Gemeinde-Abstimmungsausschüsse zu bilden und deren Vorsitzende und Schriftführer zu ernennen, und zwar so, daß der Vorsitzende stets der einen Partei, der Schriftführer der anderen angehörte und die Gesamtzahl der Vorsitzenden und Schriftführer, welche die österreichischen, beziehungsweise die südslawischen Interessen vertraten, in jedem Distrikt die gleiche war. Endlich hatten sie über Beschlüsse der Gemeinde-Abstimmungsausschüsse, welche mit Stimmengleichheit gefaßt waren, zu entscheiden, Berufungen gegen Zurückweisung von der Eintragung in die Stimmlisten und Einsprüche gegen Eintragungen in die Stimmlisten zu erledigen und die Gemeinde-Abstimmungsausschüsse zu überwachen.

Die Aufgaben der Gemeinde-Abstimmungsausschüsse waren die Zusammenstellung der Stimmlisten und die Entscheidung erster Instanz über Anmeldungen zur Eintragung in die Listen und über Einwendungen gegen irrtümliche oder unrichtige Eintragungen, ferner die Ausgabe und

*) Distrikt A Rosegg-Velden, B Ferlach, C Bleiburg, D Völkermarkt, E Klagenfurt-Land, F Klagenfurt-Stadt. Vergleiche Beilage 14.

Beglaubigung der Abstimmungslegitimationen, die Auswahl und Einrichtung der Abstimmungsräume und die Entgegennahme der in Umschlägen verschlossenen Stimmzettel bei der Abstimmung.

Die Eintragung in die Stimmlisten erfolgte auf Grund von Gesuchen, die mit den entsprechenden Dokumenten versehen sein mußten. Zu diesem Behufe wurden die staatlichen, kirchlichen und Gemeindebehörden angewiesen, in die öffentlichen Register, Matriken usw. Einsicht nehmen zu lassen.

Zur Ahndung von Verstößen oder Ungehorsam gegen die Anordnungen und Proklamationen der Abstimmungskommission wurde ein interalliierter Gerichtshof eingesetzt, der aber nie in Tätigkeit trat. Als Abstimmungstag wurde der 10. Oktober festgesetzt. Die Zählung und das Skrutinium hatten vom Distriktsausschusse, wenn gewünscht, im Beisein eines österreichischen und eines jugoslawischen Vertreters, zu geschehen.

Die südslawische Vertretung war bemüht, einzelne der Durchführungsbestimmungen einseitig zu ihren Gunsten abzuändern, drang aber mit diesen Bestrebungen nicht durch. So wünschte sie, daß für die Gemeindeabstimmungsausschüsse vier Mitglieder von den Südslawen und nur zwei von den österreichisch Gesinnten namhaft gemacht und die Stimmzettel ins Haus zugestellt werden. Wozu das geführt hätte, ist leicht einzusehen.

Seit den Weisungen der Botschafterkonferenz vom 1. und 8. Juni waren Wochen vergangen, ohne daß die wesentlichen Punkte derselben von den Südslawen erfüllt worden wären. Auch nach Ankunft der Abstimmungskommission dauerte die Gewaltherrschaft in der Zone I fort. Ausweisungen, Verhaftungen, Strafen wegen Verbreitung von deutschen Flugschriften usw. standen nach wie vor auf der Tagesordnung. In der Zeit vom 16. Juli bis 16. August wurden zum Beispiel 52 Personen wegen österreichischer Propaganda, Singen von deutschen Liedern, Heilrufen und dergleichen oder infolge grundloser Beschuldigungen verhaftet oder durch die drohende Verhaftung zur Flucht gezwungen.

Die Südslawen machten auch keine Miene, die Demarkationslinie zwischen den beiden Abstimmungszonen zu öffnen. Vielmehr nahmen sie in heftigster Weise dagegen Stellung. Die südslawischen Blätter verlangten, daß die Regierung in dieser Frage nicht um ein Haar nachgebe. Am 25. Juli veranstaltete der Narodni svet Protestversammlungen in Völkermarkt und Ferlach gegen die Öffnung der Linie. „Slovenski Narod“ drohte am 1. August, das slowenische Volk werde gegen den Willen der Regierungskreise in Belgrad, wenn notwendig mit Waffengewalt, die bisherige Demarkationslinie zu schützen wissen.

Die interalliierte Kommission setzte in der Sitzung vom 27. Juli nach längerem Zuwarten als Tag der Öffnung einstimmig den 3. August fest.

Als aber Oberst Peck an diesem Tage die Demarkationslinie besichtigte, fand er die südslawischen Schranken noch vor und die südslawischen Wachposten verstärkt, während die österreichische Gendarmerie auftraggemäß abgezogen war. Hunderte von Flüchtlingen standen erregt vor der Linie und begehrten vergeblich Einlaß. Ein südslawischer Zollbeamter hielt sogar einen englischen Kraftwagen an und verlangte von dem englischen Offizier einen größeren Betrag als Zoll für Lebensmittel, welche das Fahrzeug für die britische Sektion aus der Zone I nach Klagenfurt bringen sollte. Desgleichen wurde ein italienischer Kraftwagen von den Südslawen an der Demarkationslinie angehalten und zollämtlich untersucht. Diese offene Widersetzlichkeit wurde in der Sitzung der Abstimmungskommission vom 4. August von allen stimmberechtigten Mitgliedern verurteilt. Daraufhin teilte der südslawische Vertreter mit, seine Regierung mache die Öffnung der Demarkationslinie von gewissen Bedingungen abhängig. Als die Südslawen auch am 5. August die Demarkationslinie noch nicht geöffnet hatten, erklärte der Vorsitzende der Kommission in einer außerordentlichen Sitzung, nicht weiter unterhandeln zu können, bevor nicht die Schranken entfernt seien. Dies wirkte. Noch am selben Tage wurden die Schranken beseitigt und das Überschreiten der Linie gestattet, wenn auch die südslawische Gendarmerie noch an der Linie blieb und erst Anfang September im Auftrage der Kommission 1000 Meter hinter die Linie zurückgezogen wurde.

Um unliebsame Elemente fernzuhalten, hatte die Kommission schon einige Zeit vorher angeordnet, das ganze Gebiet mit einem Grenzkordon zu umgeben, gegen Österreich zu durch österreichische, gegen Südslawien zu durch südslawische Gendarmen. Die Distriktsausschüsse wurden beauftragt, Bericht zu erstatten, sobald in ihrem Distrikt eine nicht gewünschte Persönlichkeit wahrgenommen werde.

Die Öffnung der Demarkationslinie war ein schwerer moralischer und sachlicher Mißerfolg der Südslawen. Sie hatten geglaubt, der Abstimmungskommission und der Botschafterkonferenz ihren Willen aufzwingen zu können, und immer wieder erklärt, die Demarkationslinie werde nie und nimmer beseitigt werden. Daß sie tatsächlich fiel, gab dem Ansehen der Südslawen in der Zone I einen argen Stoß. Es hatte sich gezeigt, daß die Abstimmungskommission doch stärker war als die südslawische Verwaltung, die bisher als allmächtig erschienen war, und daß auf die Großsprechereien der südslawischen Presse nicht viel zu geben sei. Ferner konnte sich jetzt in der Zone I die von den Südslawen so sehr gefürchtete kärntnerische Propaganda erst so recht entfalten. Dazu war die Rückkehr von mehr als 3000 Flüchtlingen für den Geist in der Zone I von ausschlag-

gebender Bedeutung. Mit den Flüchtlingen kamen ebensoviele aufrechte und überzeugungstreue Bekenner und Verfechter des Kärntner Einheitsgedankens in die Zone I zurück. Dadurch erhielt die kärntnerische Propaganda eine Stütze, welcher die Südslawen nichts Ähnliches entgegensetzen konnten. Die südslawischen Blätter schreiben die Niederlage am 10. Oktober in erster Linie der Öffnung der Demarkationslinie zu. War doch die Abschließung der Zone I vom übrigen Kärnten eine der wichtigsten Voraussetzungen ihres Propagandasystems!

Die nächste Folge der südslawischen Niederlage in der Frage der Demarkationslinie war, daß der bisherige südslawische Vertreter, Professor Cvijić, von seinem undankbaren und mit soviel Schwierigkeiten verbundenen Amte zurücktrat und dem Minister Jovanović Platz machte, der in der Sitzung vom 10. August zum erstenmal als alleiniger Vertreter Südslawiens erschien.

Die Südslawen versuchten nun, die Öffnung der Demarkationslinie durch Gegenmaßnahmen unwirksam zu machen. Zunächst wollten sie zeigen, daß sie der Abstimmungskommission zum Trotze noch immer freie Hand gegenüber den Flüchtlingen hätten. Im Bezirke Völkermarkt wurde mehreren Heimkehrern der Auftrag gegeben, die Zone I wieder zu verlassen, und im Bezirke Ferlach wurden zwei von den Heimkehrenden, welche sich an den Abwehrkämpfen besonders beteiligt hatten, im Auftrage der Bezirkshauptmannschaft Ferlach verhaftet und nach Laibach abgeführt. Der Fall hatte grundsätzliche Bedeutung und war um so schlimmer, als der österreichische Vertreter vor der Rückkehr der Flüchtlinge im Auftrage des Vorsitzenden der Kommission in einer Flüchtlingsversammlung in Klagenfurt mitgeteilt hatte, daß die persönliche Sicherheit der Flüchtlinge nach ihrer Heimkehr gewährleistet sei. Das Vorgehen der Südslawen schuf in der Kommission neuerdings eine gespannte Lage. Oberst Peck berief daher abermals eine außerordentliche Sitzung der Kommission ein, in welcher einhellig die sofortige Rückbeförderung der zwei Verschleppten gefordert und beschlossen wurde, daß niemand aus den Abstimmungszonen ohne Zustimmung der Kommission entfernt werden dürfe. Die beiden Verschleppten wurden hierauf wenige Tage später in die Heimat zurückgebracht.

Um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen, beschloß die Kommission auf Antrag des österreichischen Vertreters, der österreichischen und südslawischen Regierung zu empfehlen, im Sinne des Artikels 92 des Friedensvertrages eine allgemeine Amnestie für alle vor dem 16. Juli geschehenen Straffälle, ausgenommen solche wegen Raubes und Mordes, zu erlassen, welcher Aufforderung die beiden Regierungen auch nachkamen.

Ferner verlangte der südslawische Vertreter, daß die Giltigkeit der von der Abstimmungskommission für die Bewohner des gesamten Abstimmungsgebietes eingeführten Identitätskarten auf drei Tage beschränkt und das Reiseziel angegeben werde. Wäre diesem Verlangen stattgegeben worden, so hätten die Inhaber der Identitätskarten, die zum Übertritte von einem Distrikt in den anderen und somit von einer Zone in die andere berechtigten, diese Karten bei den zuständigen Gemeinde-Abstimmungsausschüssen immer wieder aufs neue lösen müssen, was eine starke Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit zur Folge gehabt hätte. Die Kommission ging jedoch auf diese Forderung nicht ein, sondern erstreckte die Giltigkeit der Identitätskarten bis zur Abstimmung und bestimmte, daß Personen, welche ihren Aufenthalt von einem Distrikt in den anderen für länger als zwei Tage verlegen wollten, ihre Identitätskarten dem Distriktsausschusse zur Unterfertigung vorzulegen hätten.

Endlich forderte der südslawische Vertreter, daß die Propaganda nur Personen gestattet werde, die in der Zone I stimmberechtigt wären. Dadurch wäre die mündliche Propaganda aus der Zone II in die Zone I unmöglich gemacht worden. Die Abstimmungskommission lehnte auch diese Forderung ab, weil sie den Standpunkt einnahm, daß die Abstimmung die Bevölkerung beider Zonen berühre und daher für beide Teile die gleiche Agitationsfreiheit bestehen müsse. Doch schränkte sie die Agitationsfreiheit insofern ein, als sie öffentlichen Funktionären und Angestellten (ausgenommen Geistlichen) und Personen, die in der Zone I nicht stimmberechtigt waren, das Sprechen in öffentlichen Versammlungen verbot.

Schwierig war die Regelung des Warenverkehres über die Demarkationslinie. Er war von der Botschafterkonferenz ohne jeden Vorbehalt freigegeben worden, schuf aber die Möglichkeit, daß Waren, welche vom südslawischen Staatsgebiet in die Zone I kamen, von hier in die Zone II und von da zollfrei nach Österreich gebracht werden und umgekehrt. Die österreichische Vertretung erklärte sich bereit, die Aufstellung von gemischten Zollstellen an der Nordgrenze der Zone II zuzulassen, wenn auch an der Südgrenze der Zone I solche Zollstellen errichtet würden. Aber der südslawische Vertreter ging darauf nicht ein, sondern forderte, daß gewisse Waren vom Verkehr ausgenommen würden. Das hätte aber bedingt, daß an der Demarkationslinie eine Kontrolle eingeführt werde, wodurch die Sperre wieder aufgelebt wäre. Die Kommission beschloß am 20. August, daß für den Warenverkehr zwischen den beiden Zonen solange keine Beschränkung gelten solle, als der Kommission durch statistische Belege nicht unzweifelhaft bewiesen werde, daß solche Beschränkungen notwendig seien. In Wirklichkeit behinderten die südslawischen Behörden die

Ausfuhr größerer Mengen von Lebensmitteln aus der Zone I in die Zone II.

Wie mit der Beseitigung der Sperre an der Demarkationslinie, so zögerten die Südslawen auch mit der Aufhebung der Sequestrierungen, ja es wurden sogar neue verhängt. Das österreichische Mitglied der Kommission überreichte daher am 10. August der Kommission ein Verzeichnis der in der Zone I sequestrierten Besitzungen und ersuchte, Schritte zu tun, daß diese Verfügungen aufgehoben werden. Um nun die Sequestrierungen aufrechtzuerhalten, konstruierte die südslawische Sektion einen Unterschied zwischen „Sequestrierung" und „Staatsaufsicht" und erklärte, die Südslawen hätten nur „Staatsaufsichten" verhängt; diese seien notwendig, um die Zahlung der Abgaben und Steuern sicherzustellen und als vorbereitende Schritte zu der in Südslawien geplanten Agrarreform; sie hätten mit der Abstimmung nichts zu tun, da jede stimmberechtigte Person, deren Besitz unter Staatsaufsicht gestellt sei, das Stimmrecht ausüben könne. In Wirklichkeit gab es keinen Unterschied zwischen den beiden Begriffen und hatte die südslawische Regierung wohl kaum das Recht, eine derartig einschneidende Reform, wie eine Agrarreform, in einem ihr noch gar nicht zugesprochenen Gebiete durchzuführen. Nach langen Verhandlungen beschloß die Kommission am 14. September, daß jede Staatsaufsicht im Abstimmungsgebiete bis zur Vollendung der Abstimmung aufgehoben sein soll, daß aber niemand von seinem Pachtgute vor Beendigung der Volksabstimmung entfernt werden dürfe. Der Beschluß war ein Kompromiß. Die verhaßten südslawischen Sequester, die von den Eigentümern der sequestrierten Besitzungen bezahlt werden mußten und dazu noch meist eine arge Mißwirtschaft führten, verschwanden, aber die südslawischen Pächter blieben.

Auch gegen die Zurückziehung des Militärs leisteten die Südslawen hartnäckigen Widerstand. In der Sitzung vom 16. August mußte die Verhandlung über diesen Gegenstand abgebrochen werden, da der südslawische Vertreter erklärte, seine Regierung könne die Truppen solange nicht zurückziehen, als die Westgrenze des südslawischen Königreiches und die an Kärnten anstoßenden Gebiete von italienischen Truppen besetzt seien. Die Anwesenheit der italienischen Truppen war jedoch lediglich eine Angelegenheit der Kabinette von Wien, Rom und Belgrad und gehörte nicht vor die Abstimmungskommission. Zudem hatte die Botschafterkonferenz bereits zweimal Einwendungen der südslawischen Regierung gegen die Abberufung des südslawischen Militärs abschlägig beschieden. Die Kommission bestand daher auf der militärischen Räumung der Zone I und setzte hiefür zwei Termine fest, den 1. und 10. September. Trotzdem blieben

südslawische Truppen bis über den 10. in der Zone I und wurden diese erst am 13., nachdem Minister Jovanović sich persönlich mit Belgrad in Verbindung gesetzt hatte, abgezogen. Aber auch nachher wurden noch zahlreiche Soldaten als Telephonisten und Telegraphisten in der Zone I beschäftigt und hielten sich andere als Landarbeiter verkleidet oder als Urlauber in der Zone auf.

Die Polizei in der Zone I bestand nach den Ausweisen, welche die südslawische Sektion der Abstimmungskommission vorlegte, aus 1014 Gendarmen, während die österreichische Verwaltung in der Zone II mit 69 Gendarmen auskam. Von den 1014 Gendarmen waren nur 425 Kärntner. Chef der Gendarmerie war General Majster, von dem man sich gewiß keine unparteiische Haltung versprechen konnte. Die Offiziere waren mit Ausnahme von zweien sämtlich Nichtkärntner. Das Vorgehen der Gendarmerie war meist höchst parteiisch. Der Vorsitzende der Abstimmungskommission stellte selbst fest, daß die südslawischen Gendarmen sich weigerten, südslawische Agitatoren, welche österreichisch gesinnte Personen mit Stöcken bedrohten, zu verhaften. Der südslawische Vertreter erklärte, daß 800 Gendarmen notwendig seien, um die Kärntner „Bolschewiki" niederzuhalten. Der österreichische Vertreter verlangte hingegen vor allem, daß die Gendarmerie unter das Kommando der Abstimmungskommission und der Distriktsausschüsse gestellt und Anhänger beider Parteien in die Gendarmerie aufgenommen werden. Die Kommission beschloß nur, die südslawische Sektion anzuweisen, innerhalb einer kurzen Frist allen Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Polizei zu entsprechen. Doch wurde, als sich weitere Unzukömmlichkeiten zeigten und der österreichische Vertreter die Angelegenheit neuerdings zur Sprache brachte, in der Sitzung vom 20. September für die Distrikte Klagenfurt, Völkermarkt und Ferlach und in der Sitzung vom 5. Oktober auch für die Distrikte Bleiburg und Rosegg aus dem Stabe der Abstimmungskommission je ein Kontrolloffizier bestellt, der die Gendarmerie in den betreffenden Distrikten zu überwachen hatte. Besonders hervorzuheben ist, daß General Majster in der zweiten Hälfte September aus dem Abstimmungsgebiete verschwand. Aus welchem Grunde und über wessen Veranlassung dies erfolgte, ist nicht bekannt geworden.

Es war nun allerdings nicht leicht, den fehlenden Teil der von den Südslawen für notwendig erachteten 800 Mann Polizeitruppen an Ort und Stelle aufzubringen. Allein die Südslawen hätten Zeit genug dazu gehabt. Sie wußten sich nun dadurch zu helfen, daß sie Mitglieder der „Prügelbanden" in die Gendarmerie einteilten, die dadurch nur um so parteiischer wurde.

Die Beschlüsse der interalliierten Kommission über die Aufhebung der Sequestrierungen, die Zurückziehung der südslawischen Truppen und die Umgestaltung der Polizei im Sinne des Friedensvertrages riefen in Laibach geradezu Bestürzung hervor. Zu sehr hatte man sich hier in den Gedanken eingelebt, daß es schließlich doch gelingen werde, sich über die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Botschafterkonferenz hinwegzusetzen. Die Empörung richtete sich gegen die Abstimmungskommission, die nun von den südslawischen Zeitungen in der heftigsten Weise angegriffen wurde, sowie gegen Belgrad, dem man den Vorwurf machte, daß es sich für die „unerlösten" südslawischen Gebiete zu wenig einsetze. Das Laibacher Korrespondenzbureau schrieb am 16. September: „Mit diesen Beschlüssen hat die Abstimmungskommission offen und klar den Friedensvertrag verletzt (!) . . . und es sich zur Aufgabe gemacht, unter den Augen der Belgrader Regierung den Strick zu drehen, mit dem unsere politische Freiheit erdrosselt werden soll." Am selben Tage gab die Laibacher Landesregierung ihre Demission. Aber die Demission wurde von der Belgrader Regierung nicht angenommen. Abgeordneter Smodej griff im Belgrader Parlament die Beschlüsse der Abstimmungskommission heftig an, erhielt jedoch vom Ministerpräsidenten Vesnić die Antwort, daß an der Gewissenhaftigkeit und dem Willen der Kommission, ihre Aufgaben im Geiste und nach dem Wortlaute der Vereinbarungen durchzuführen, nicht gezweifelt werden dürfe und daß kein Grund zur Befürchtung vorhanden sei, daß die Verbündeten irgend etwas unternehmen würden, was gegen den Geist und den Wortlaut der Vereinbarung und zum Schaden der Südslawen wäre.

Um der Bevölkerung die Vorbringung von Wünschen und Beschwerden zu erleichtern, wurden jedem Distriktsausschusse je ein österreichischer und südslawischer Vertreter, außerdem je ein österreichischer und südslawischer Dolmetsch zugeteilt. Diese Maßnahme hat sich sehr gut bewährt. Die kärntnerisch gesinnte Bevölkerung fand an den österreichischen Vertretern kräftige Anwälte, die nötigenfalls sofort einschreiten konnten. Allerdings ließen die Distriktsausschüsse viele Beschwerden unerledigt. Die Tätigkeit der österreichischen Vertreter war den Südslawen ein Dorn im Auge. Insbesondere zog sich der österreichische Vertreter in Rosegg, Dr. Kaltenegger, den Haß der Südslawen zu. Er wurde wiederholt von südslawischen Banden überfallen, einmal sogar in Gegenwart von interalliierten Offizieren blutig geschlagen.

Am 20. August hob die Abstimmungskommission die Briefzensur auf. Dies hinderte die Südslawen nicht, den Briefverkehr auch weiterhin zu hemmen und Postsendungen zu unterschlagen. Auch wurden österreichische

Zeitungen von den südslawischen Behörden beschlagnahmt. Die Kommission beschloß, daß keine Zeitung ohne ihre vorherige Genehmigung verboten werde dürfe.

Schon die bisherigen Beschlüsse der Abstimmungskommission waren erst nach langen und schwierigen Verhandlungen zustande gekommen und von den Südslawen mit Widerwillen und fast nie vollständig durchgeführt worden. Gegen Schluß der Abstimmungszeit wurde die Lage immer kritischer.

Je näher der Abstimmungstag kam, desto stärker wurde der südslawische Terror. Es entsprach dies ganz dem Aktionsprogramm der Südslawen, das bereits im Mai bekanntgeworden war. (Vgl. unten, S. 170.) Da der österreichische Vertreter dieses Aktionsprogramm in der Abstimmungskommission zur Sprache brachte, beauftragte diese den südslawischen Vertreter, die Ortsbehörden entsprechend anzuweisen, daß jeglicher Zwang oder Terror unmittelbar vor und während der Abstimmung unbedingt verhindert werde. Der Vorsitzende machte dabei die Bemerkung, daß er im Falle von Terror bei der Abstimmung diese für ungiltig erklären würde.

Um das Eindringen größerer Menschenmengen in das Abstimmungsgebiet zu verhindern, verbot die Abstimmungskommission am 14. September die Einleitung von Sonderzügen. Doch konnte sie nicht verhindern, daß ganze Scharen von Krainern und Untersteirern zu Fuß vom Mießtale her und über den Seeberg und Loibl in die Zone I marschierten oder mit den regelmäßigen Eisenbahnzügen dahin fuhren.

Eine Intervention des österreichischen Vertreters wegen der südslawischen „Prügelbanden" hatte zur Folge, daß die Kommission am 29. September beschloß, die Gendarmerie habe die energischesten Schritte zur Unterdrückung der Banden zu unternehmen. Obgleich die südslawische Vertretung hernach versicherte, daß die Prügelbanden aufgelöst worden seien, blieben sie doch fast überall bestehen, soweit ihre Mitglieder nicht in die Gendarmerie eingereiht wurden. Das Waffenverbot, das die Kommission am 7. Oktober verfügte, verminderte wohl die Gefahr blutiger Zusammenstöße, aber die ständige Bedrohung der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung blieb schon durch die bloße Anwesenheit der „Prügelbanden" aufrecht.

Kurz vor der Abstimmung zeigte sich eine neue unerwartete Schwierigkeit. Von den zahlreichen Stimmberechtigten, die nicht in der Zone I wohnten, hatte etwa die Hälfte keine Abstimmungslegitimation erhalten, offenbar durch Sabotage der südslawischen Post. Um diesen Personen zu ihrem Rechte zu verhelfen, verfügte die Kommission am 5. Oktober, daß stimmberechtigten Personen, die noch keine Legitimationen erhalten

hätten, auf Wunsch durch Vermittlung der österreichischen oder der südslawischen Sektion eigene Legitimationen auszufolgen seien, die vom Generalsekretär der Kommission auszufertigen waren.

In den letzten Wochen schien die Lage außerordentlich ernst. Die Befürchtung lag nahe, daß die Südslawen durch die systematische Steigerung des Terrors ihr Ziel: Fernhaltung der kärntnerisch Gesinnten von der Abstimmung, schließlich doch erreichen würden. Das einzige Mittel, dem südslawischen Terror mit Erfolg zu begegnen, schien die Besetzung des Abstimmungsgebietes durch interalliierte oder neutrale Truppen zu sein, was seit dem Einbruche der Südslawen im Jahre 1918 kärntnerseits schon so oft vergeblich verlangt worden war und auch der Vorsitzende der Abstimmungskommission vor seiner Abreise von Paris gewünscht hatte. Dieses Verlangen schien um so berechtigter zu sein, als seit Ende September bestimmte Nachrichten einliefen, daß auf südslawischem Gebiete nächst der österreichischen Grenze Truppenansammlungen stattfinden, und südslawische Zeitungen andeuteten, daß eine Besetzung des Abstimmungsgebietes durch südslawische Truppen unmittelbar vor oder nach der Abstimmung erfolgen werde.

Schon am 30. August erhielt der österreichische Gesandte in Paris, Eichhoff, vom Staatsamte für Äußeres den Auftrag, vorbereitende Schritte zu unternehmen, um die Botschafterkonferenz auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, daß die Entsendung von interalliierten Truppen notwendig werden könnte. Am 9. und 17. September stellte Gesandter Eichhoff im Auftrage des Staatsamtes beim Präsidenten der Friedenskonferenz und bei der Botschafterkonferenz den formellen Antrag auf Besetzung des Abstimmungsgebietes durch interalliierte Truppen. Im selben Sinne war der österreichische Vertreter bei der Abstimmungskommission tätig und intervenierte das Staatsamt für Äußeres bei den Vertretungen der interalliierten Mächte in Wien. Auch die Abstimmungskommission wendete sich am 26. September, als der Obmann des Distriktsausschusses in Bleiburg, Oberstleutnant Navarini, von einem Südslawen überfallen wurde, telegraphisch an die Botschafterkonferenz um Entsendung von interalliierten Truppen.

Am 5. Oktober überreichte Kapitän Peter dem Präsidenten der Kommission eine Verbalnote der österreichischen Regierung mit der nachdrücklichen Forderung, noch im letzten Augenblicke von der Botschafterkonferenz die sofortige Entsendung der zur Überwachung einer freien und unbeeinflußten Abstimmung unbedingt erforderlichen Truppen zu verlangen. Unmittelbar darauf traf jedoch eine Eröffnung der Botschafterkonferenz vom 4. Oktober ein, daß man leider nicht in der Lage sei, dem

Verlangen stattzugeben, und hoffe, daß es der Abstimmungskommission gelingen werde, auch in anderer Weise die Freiheit der Abstimmung zu sichern. Ebensowenig ging die Botschafterkonferenz auf die Forderung nach Besetzung des Abstimmungsgebietes durch Truppen neutraler Mächte ein.

Dagegen hatte der Vorschlag des österreichischen Vertreters, am Abstimmungstag einem jeden Gemeinde-Abstimmungsausschuß interalliierte Offiziere beizugeben, um einen nichtinteressierten Zeugen bei der Abstimmung zu haben, vollen Erfolg, wenn auch der südslawische Vertreter dies als unnötig erklärte. Der Vorschlag wurde von der Kommission einstimmig angenommen und von der Botschafterkonferenz gebilligt. Knapp vor dem Abstimmungstage traf eine größere Anzahl von interalliierten Offizieren, die den Kommissionen der interalliierten Mächte in Wien und Budapest angehörten, ein, so daß in jede Gemeinde ein, in besonders unruhige Gemeinden auch mehrere Offiziere abgehen konnten.

Für den 9. und 10. Oktober wurde der Verkehr über die Demarkationslinie auf jene Personen beschränkt, welche mit Legitimationen versehen waren.

Drei Tage vor der Abstimmung erließ die Kommission noch einmal eine feierliche Proklamation an die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, in der sie zur Ruhe und Ordnung mahnte und erklärte: „Die Abstimmung ist frei, das heißt, daß ihr nur der Stimme eures Gewissens folgen sollt; die Abstimmung ist unbeeinflußt, das heißt, daß ihr frei von jedem Einfluß euch durch kein früher gegebenes Versprechen gebunden fühlen dürft; die Abstimmung ist geheim, das heißt, daß niemand auf der Welt wissen wird, wie Ihr abgestimmt habt."

Damit waren die Maßnahmen der Kommission zur Durchführung der Abstimmung beendet. Die Nerven auf beiden Seiten waren aufs äußerste gespannt und diese Spannung hatte alle Teile der Bevölkerung ergriffen. Auf österreichischer Seite fürchtete man, daß die Südslawen die Abstimmung der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung verhindern könnten, auf südslawischer Seite hoffte die breite Öffentlichkeit auf sicheren Sieg.

II. Die Propaganda des Heimatdienstes und seines Gegners.

In der kärntnerisch gesinnten Bevölkerung der Zone I rief die Ankunft der interalliierten Kommission die Hoffnung auf eine nahende Er-

lösung von dem auf ihr lastenden südslawischen Drucke wach. Die Proklamation vom 21. Juli wurde wie ein Evangelium der Gerechtigkeit gelesen. Es gab Bauern, welche die Proklamation Wort für Wort auswendig wußten.

Viel Freude und Begeisterung erweckte auch das erste Kärntner Heimatfest, welches die Kärntner Landsmannschaft gerade in den Tagen, als die ersten Mitglieder der Abstimmungskommission in Kärnten eintrafen, am 16. und 17. Juli in Klagenfurt veranstaltete. Obwohl die Bevölkerung der Zone I davon fast gänzlich ausgeschlossen war, so zeigte das Fest doch der Zone II und der interalliierten Kommission ein eindrucksvolles Bild eines einigen und geschlossenen Volkstums, das den festen Willen hat, seine Einheit zu erhalten. Es trug dazu bei, auch die Zone II und namentlich die Landeshauptstadt, die bis dahin von dem bereits durch zehn Monate in der Zone I tobenden Propagandakampfe nur wenig berührt worden waren, auf den Plan zu rufen. Dies war um so bedeutungsvoller, da sich vierzehn Tage später, nach dem Falle der Demarkationslinie, auch Klagenfurt, als Herz Kärntens, auf eine nachhaltige, namentlich moralische Unterstützung des Entscheidungskampfes in der Zone I vorbereiten mußte.

Die neue Lage nach dem Eintreffen der interalliierten Abstimmungskommission erforderte eine Neuordnung des Kärntner Heimatdienstes, die am 1. August in Kraft trat. Innerhalb der Zentralleitung wurden infolge des riesenhaft anschwellenden Umfanges der Arbeit fünf Referate gebildet (I Organisation innerhalb des Abstimmungsgebietes, II Organisation außerhalb des Abstimmungsgebietes, III Presse, IV Agitation und V Wirtschaftsabteilung). Über dem Ganzen standen die Geschäftsleitung und der Vorstand. So wurde einerseits eine planmäßige Arbeitsteilung ermöglicht, anderseits blieb die Arbeit zentralisiert. Die bisherigen Agitationsleitungen wurden aufgelöst oder blieben, wie die in Velden, nur als Umschlagsstellen für den Flugschriftenverkehr bestehen. Für die Leitung der Organisation in der Zone I wurden drei Abschnitte gebildet: I Klagenfurt Süd (Rosental und Seengebiet), II Klagenfurt Südost (Grafenstein, Mieger, Radsberg; Gerichtsbezirke Eberndorf und Eisenkappel), III Klagenfurt Ost (Gerichtsbezirke Völkermarkt und Bleiburg; Lavamünd).

Die Leitung aller nötigen Maßnahmen in der Zone II wurde einer einzigen bewährten Kraft übertragen.

In der Zone I wurden unter Leitung der drei Abschnittsleiter mehrere Gemeinden zusammengefaßt und einer ständigen „Arbeitsstelle" unterstellt. Die Arbeitsstellen hatten ihren Sitz in den Verkehrsmittelpunkten,

standen in unmittelbarer Verbindung einerseits mit dem Heimatdienst, anderseits mit den Heimaträten und waren für die gewissenhafte Tätigkeit der letzteren verantwortlich. Sie hatten insbesondere auch die Versammlungstätigkeit zu organisieren. Ihnen zur Seite standen die Bezirks-Heimaträte. In der zweiten Hälfte des Augusts konnten die Leiter des Heimatdienstes schon überall die persönliche Fühlung aufnehmen, wodurch die Arbeit wesentlich vorwärtskam

Eine wichtige Tätigkeit des Heimatdienstes war in der ersten Hälfte des Monates August die richtige Auswahl der Kärntner Vertreter für die Gemeinde-Abstimmungsausschüsse. Sie ging mit Hilfe der Heimaträte leicht und rasch vonstatten, während die Südslawen in der Zone II bei der Aufstellung ihrer Vertrauensmänner sehr große Schwierigkeiten hatten, da sie in den Gemeinden dieser Zone entweder überhaupt keinen oder nur einen sehr geringen Anhang besaßen.

Im allgemeinen plante der Heimatdienst, die Organisation nach Öffnung der Demarkationslinie nochmals gründlich aufzubauen, dann mit großen öffentlichen Versammlungen zu beginnen und damit die Propaganda im wesentlichen zu Ende zu führen. Nebenher sollte die Agitation durch Flugschriften, Plakate, Broschüren u. dgl. unterstützt werden.

Der Heimatdienst mußte auch darauf bedacht sein, die im Volke vorhandene Stimmung in allen möglichen Formen nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen. Daher wurde die Bevölkerung in der Zone I angewiesen, die Häuser zu beflaggen. Die Südslawen kämpften mit allen Mitteln dagegen und sperrten verschiedene Heimattreue wegen Aushängung der weiß-roten Fahne ein. Schließlich gestattete die interalliierte Kommission das Beflaggen der Häuser bis zum 10. September. Von dieser Erlaubnis machten die Heimattreuen ausgiebigsten Gebrauch. Die geschlossenen Ortschaften zeigten fast durchwegs nur Kärntner Fahnen. Überall wurden auch weiß-rote Bändchen oder andere Kärntner Abzeichen getragen. Dadurch hob sich das Selbstgefühl der eigenen Bevölkerung ungeheuer und wurde die Autorität der Südslawen geschwächt. Daß auch die Zone II und Klagenfurt in gleichem Maße beflaggt waren und hiedurch ebenfalls den Kärntner Einheitsgedanken nach außen hin bezeugten, war von großer Wichtigkeit, da die Bevölkerung der Zone I nach Öffnung der Demarkationslinie nunmehr mit eigenen Augen das unverfälschte Bekenntnis der Stadt Klagenfurt sehen konnte.

Der Empfang der interalliierten Offiziere gelegentlich der von ihnen vorgenommenen Konstituierung der Abstimmungsausschüsse gestaltete sich in den meisten Gemeinden geradezu zu einem Triumph der Heimattreuen. Wo die heimattreue Bevölkerung irgendwie verständigt werden konnte,

versammelte sie sich, geschmückt mit Kärntner Abzeichen, zum größten Ärger der Südslawen in möglichst großer Zahl, um die interalliierten Offiziere zu empfangen, wobei Lieder gesungen und Begrüßungsansprachen gehalten wurden.

Die südslawische Propaganda baute sich hauptsächlich auf Terrorismus auf Schon im Mai war dem Heimatdienste die Abschrift des südslawischen Propagandaplanes für den politischen Bezirk Ferlach in die Hände gefallen. Danach war das ganze Gebiet dieses Bezirkes in neun Agitationskreise eingeteilt und wurden den südslawischen Ortsausschüssen besondere Agitatoren beigegeben, welche die verläßlichsten Anhänger durch Vorträge und Kurse für die Agitation bei den durch die Probeabstimmung festgestellten Wankelmütigen und Gegnern vorzubereiten hatten. Außerdem waren Manifestationsversammlungen und eine genaue und heimliche Überwachung der Gegner, um sie bei den Behörden anzeigen zu können, vorgesehen. In den letzten drei Wochen sollten noch „weitere Agitatoren“ kommen, welche im Vereine mit den Leuten, die mit der südslawischen Verwaltung nach Kärnten gekommen waren, die Gegner „teils mit freundlichen Worten, am letzten Tag aber mit Terror anzugehen hatten“. Die Agitation der letzten Tage sollte auf die Drohung zugespitzt sein: „Bleiben Sie zu Hause oder Sie haben empfindliche Folgen nach der Volksabstimmung zu gewärtigen!“

Der im Propagandaplane für die letzten Tage vor der Volksabstimmung in Aussicht genommene Terror setzte schon viel früher ein. Von einer Zulassung der freien Meinungsäußerung war trotz der Anordnungen der Abstimmungskommission keine Rede. Plakate, Zeitungen und Flugschriften wurden beschlagnahmt, Versammlungen gewaltsam gestört. Am 29. August wurde in Griffen, am Sonntag darauf in Feistritz im Rosental eine Massenversammlung der heimattreuen Bevölkerung durch die mit Stöcken bewaffneten Südslawen trotz der Anwesenheit der Vorsitzenden der zuständigen interalliierten Distriktsausschüsse in tumultuarischer Weise verhindert, wobei kärntnerisch gesinnte Personen geschlagen, beschimpft und bespuckt wurden. Beidemal waren Südslawen mit Sonderzügen aus Krain, beziehungsweise Untersteier herbeigebracht worden. Die „Prügelbanden“ hausten in manchen Gemeinden so arg, daß sich die heimattreue Bevölkerung fast nicht mehr aus dem Hause wagte. „Slovenski Narod“ vom 11. Oktober 1921 erzählt selbst, daß deutschfreundliche Ortschaften mit Bauernburschen aus südslawisch gesinnten Orten Kärntens geradezu kolonisiert wurden. Im September griffen die südslawischen Blätter auf die alte Drohung zurück, daß die Südslawen auch im Falle einer für sie ungünstigen Abstimmung die Zone I nicht ver-

lassen werden. Auch Gerüchte tauchten auf, General Maister plane einen Putsch nach Art d'Annunzios in Fiume. Die maßgebenden Kreise in Kärnten sahen sich daher bemüßigt, für diesen Fall Gegenmaßregeln zu treffen. Im Rahmen des Heimatdienstes wurde eine eigene Abteilung „Heimatschutz" geschaffen, welche alle Vorbereitungen traf, um gegebenenfalls mit starken Kräften jede Bandenbewegung sofort im Keim ersticken zu können.

Unter dem Eindrucke des südslawischen Terrors und des südslawischen Widerstandes gegenüber den Anordnungen der Abstimmungskommission hatte die Hoffnungsfreudigkeit, die sich unmittelbar nach Öffnung der Demarkationslinie bei der heimattreuen Bevölkerung gezeigt hatte, stark gelitten. Es wurden daher Maßnahmen getroffen, um die Stimmung wieder zu heben.

Von mächtigster Wirkung auf die ganze Zone I war in dieser Hinsicht die Protestversammlung im Landhaushofe zu Klagenfurt am 8. September, vor allem aber die große Kundgebung auf dem Zollfeld am 12. September, durch welche auch den Bewohnern der Zone I in überzeugender Weise vor Augen geführt wurde, daß das gerade in letzter Zeit wieder verbreitete südslawische Märchen von dem „südslawisch gesinnten Klagenfurt" mit den Tatsachen im schreiendsten Widerspruche stehe. Die Zollfeld-Kundgebung hat Kärnten im Geiste der nahenden Volksabstimmung vollständig einig gezeigt und der Geist vom 12. September hat auch in der Zone I weitergewirkt und zum Siege geführt.

In der Zone I selbst verzichtete der Heimatdienst nach den Vorfällen in Griffen und Feistritz auf die Veranstaltung weiterer großer Versammlungen. Dafür verlegte er sich auf §-2-Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt waren, und auf Vereinsversammlungen. Diese Versammlungen wurden an den noch zur Verfügung stehenden Sonntagen fast in allen Gemeinden der Zone I in steigender Zahl veranstaltet. So fanden am 26. September nicht weniger als 110 solche Versammlungen statt. Viele von diesen wurden gestört. Die Redner schwebten oft in Lebensgefahr. Aber die Bevölkerung strömte doch in großer Zahl heran. Charakteristisch sind die Vorgänge in der §-2-Versammlung in St. Kanzian am 19. September, wo südslawische Gendarmerie und ein südslawischer Regierungsvertreter die Versammlung zu verhindern suchten, aber schließlich zugeben mußten, im Unrechte zu sein, und der Versammlung als stille Zuhörer beiwohnten.

Erhebend war die Einigkeit im Lager der Kärntner. Es gab keinen Parteiunterschied, alle Parteien und Vertreter sprachen einig für die Zukunft der Heimat.

Entscheidendes Gewicht wurde auf die mündliche Propaganda und die Flugschriftenpropaganda gelegt. Die Organisation der Heimaträte war schließlich so ausgebaut, daß auf je zehn Stimmberechtigte schon ein Vertrauensmann kam. Die Flugschriften gelangten in riesigen Mengen auf Automobilen und auf anderen Wagen in die Zone I und wurden vom Netze der Vertrauensmänner in musterhafter und opferwilliger Weise in die entlegensten Ortschaften verbreitet. Die schon in den vorausgegangenen Wochen und Monaten verteilten Schriften hatten alle Gründe für ein ungeteiltes Kärnten eingehend dargelegt. Nun galt es, alle Waffen noch einmal zu schärfen und alles nochmals den Stimmberechtigten einzuprägen, aber nicht mehr in langen Schriften und Aufsätzen, sondern in kurzen Schlagworten durch kleine Zettel und Plakate. Mochten auch die südslawischen Gendarmen und Agitatoren die Flugschriften mit fieberhaftem Eifer sammeln und vernichten, in der Nacht fanden sich immer wieder Hände, die die Flugschriften neu ausstreuten. Besonders wirksam waren kleine, grüngefaßte Klebezettel, welche bald überall wie Heuschreckenschwärme auftauchten und wegen des guten Klebestoffes von den südslawischen Gendarmen nur zum geringen Teil abgekratzt werden konnten.

Die südslawische Gegenarbeit mit Flugzetteln leistete zweifellos sehr Gutes und brachte einzelne, von ihrem Standpunkt aus ganz vorzügliche Flugzettel heraus. Aber es zeigte sich, daß die südslawische Organisation im letzten Augenblicke nicht mehr nachkommen konnte. Die Überlegenheit der Propaganda war sowohl praktisch als auch geistig entschieden auf kärntnerischer Seite. Die Kärntner Propaganda wurde mit mächtigem, überlegenem Schwunge geführt. Bei den Südslawen aber fehlten meist die idealen, durchschlagenden Momente der Propaganda. Ihre Hauptargumente waren zuletzt nur mehr der Terror und ein plumpes Schimpfen auf das Hungerland Österreich.

Um die eigene Bevölkerung der Zone I, die gerade jetzt infolge der ungleichmäßigen und parteiischen Beteilung mit Lebensmitteln schwer litt, von der südslawischen Lebensmittelpropaganda unabhängig zu machen, wurden Lebensmittel gekauft und in die Zone I gebracht, um dort verteilt zu werden. Kaum waren diese jedoch über die Demarkationslinie gebracht, so wurden sie von den Südslawen beschlagnahmt und zum Teil auch verschleppt. Die Entscheidung der interalliierten Kommission lautete trotz des Protestes des österreichischen Vertreters gegen die Beschlagnahme dahin, daß derartige Verteilungen aufhören und Maßnahmen zu deren Abstellung getroffen werden sollen; verderbliche Waren sollen den Eigentümern zurückgegeben, die anderen bis nach der Volks-

abstimmung eingelagert werden. Diese Entscheidung wirkte auf die heimattreue Bevölkerung sehr entmutigend.

Dies und die schweren täglichen Übergriffe der südslawischen Prügelbanden, die Störung der Versammlungen in Griffen, Feistritz, St. Jakob, St. Kanzian usw. und das Ausbleiben des erhofften interalliierten Militärs drückten in den letzten acht bis zehn Tagen vor der Volksabstimmung die Stimmung der Bevölkerung in der Zone I wieder stark herab. Dieser pessimistischen Stimmung konnte nur damit begegnet werden, daß der Heimatdienst unter Hinweis auf die bisherigen Erfolge auch für den Endkampf lediglich auf die eigenen Kräfte verwies. Die letzten Weisungen des Heimatdienstes hatten daher zum Ziele: Befreiung vom südslawischen Terror, Ermutigung der Schwankenden und Zaghaften, nochmalige Werbung von Mann zu Mann und Frau zu Frau, Festigung der Siegeszuversicht, Maßnahmen zur restlosen Aufbringung der kärntnerisch gesinnten Stimmberechtigten, Sicherung eines pünktlichen Nachrichtendienstes und — Vorbereitungen zu Siegesfeiern.

In der letzten Woche vor der Volksabstimmung wurden die auswärts wohnenden Stimmberechtigten in die Zone I gebracht. Die Ausforschung dieser Stimmberechtigten, deren Transport in die Zone I und Eintragung in die Stimmlisten, die Vermittlung ihrer Abstimmungslegitimationen, von Freifahrtscheinen, von Verpflegs- und Unterkunftsmöglichkeiten während der Reise und während des Aufenthaltes in der Zone I erforderten eine außerordentlich umfangreiche Arbeit. Eingeleitet wurde die Sammlung der Stimmberechtigten schon durch Aufrufe des Nationalpolitischen Ausschusses und fortgesetzt durch den Kärntner Heimatdienst. Stimmberechtigte Kärntner gab es in Deutschland, in der Tschecho-Slowakei, in allen Ländern Österreichs, in Italien und in der Schweiz. Ihre Zahl betrug samt den im freien Kärnten wohnenden Stimmberechtigten weit über tausend. Sie haben fast vollständig ihre Pflicht für die Heimat erfüllt und die Reise durchgeführt. Alle Kosten wurden ihnen vergütet. Zur Erfassung der stimmberechtigten Kärntner waren in vielen Städten Österreichs und Deutschlands landsmannschaftliche Verbände gegründet worden, welche als Hilfsstellen dem Kärntner Heimatdienst untergeordnet waren und auch bei der Sammlung von Spenden ganz erhebliche Verdienste sich erworben haben. Solche Ausschüsse gab es in Österreich in Graz, Hartberg, Köflach, Bruck, Leoben, Knittelfeld, Wien, Linz, Steyr, Salzburg, Innsbruck, Villach, St. Veit an der Glan und Wolfsberg. In Deutschland wurden die Stimmberechtigten durch die Zweigstellen des Deutschen Schutzbundes gesammelt. Der Schutzbund betreute die aus dem Reiche stammenden Kärntner Stimmberechtigten in gleicher Weise wie die für die reichs-

deutschen Abstimmungsgebiete. Die Ankunft der vielen Stimmberechtigten von auswärts war für die Stimmung in den letzten Tagen vor der Abstimmung von wesentlicher Bedeutung. Sie haben nicht nur die Zahl der kärntnerisch Gesinnten vermehrt, sondern auch den Willen und das Vertrauen gestärkt, weil sie durch den Propagandakampf seelisch noch unverbraucht waren und sich so durch den künstlichen Zauber der gegnerischen Propaganda nicht täuschen ließen, sondern ihm mit aller Macht entgegentraten.

Der Deutsche Schutzbund hat auch das große Verdienst, die Reise der namhaftesten deutschen Journalisten zu Anfang September nach Klagenfurt veranlaßt zu haben, welche die Verhältnisse in Kärnten selbst beobachten und der großen deutschen Öffentlichkeit zum erstenmal ein Bild von Kärnten geben konnten. Außer den reichsdeutschen kamen auch viele Journalisten aus Wien, Graz und Innsbruck, dann auch einige Vertreter großer Blätter in Italien, Frankreich, der Schweiz, Holland und Spanien nach Kärnten. Sie alle konnten, zum Teil allerdings nur von der Demarkationslinie aus, da die Südslawen ihnen den Eintritt in die Zone I verwehrten, durch eigene Anschauung die Zustände in beiden Zonen kennen lernen und trugen viel dazu bei, daß die wahren Verhältnisse in Kärnten im In- und Auslande bekannt wurden. Besonders tatkräftig und in sehr geschickter Weise wurde die Tätigkeit des Kärntner Heimatdienstes durch die Kärntner Blätter unterstützt.

Die letzten Propagandamaßnahmen der Südslawen brachten eine Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in großem Stile — „Slovenski Narod“ vom 25. November 1920 spricht von Millionenwerten, die von Belgrad zur Verfügung gestellt und auf Autos nach Kärnten gebracht worden seien —, einen Hirtenbrief des für die Zone I ernannten geistlichen Generalvikars, welcher zugunsten Südslawiens Stellung nahm und einen scharfen Protest des Fürstbischofs Dr. Adam Hefter zur Folge hatte, endlich verwirrende Gerüchte und Fälschungen. So berichtete „Slovenec“ vom 5. Oktober, die englische Regierung sei mit der französischen darin übereingekommen, daß die Volksabstimmung in Kärnten so durchzuführen sei, daß Österreich weder die Zone I noch die Zone II zufalle, denn sonst würde Österreich mit Deutschland und Italien ein militärisches Abkommen schließen, welches gegen die Entente gerichtet sei und einen neuen Weltkrieg herbeiführen würde; die englische Regierung habe ihre diesbezüglichen Weisungen der Botschafterkonferenz in Paris bereits erteilt; man rechne mit den Kärntner Slowenen und vertraue auf sie, daß sie ausnahmslos zur Wahlurne schreiten und die Deutschen überwinden werden. Und am 7. Oktober wurde in der Zone I ein Flugzettel

mit der Unterschrift des Heimatdienstes verbreitet, welcher die heimattreue Bevölkerung aufforderte, am Abstimmungstage zu Hause zu bleiben, da der südslawische Terror eine freie Abstimmung unmöglich mache und nur durch Enthaltung von der Abstimmung der Welt bewiesen werden könne, daß das Plebiszit vom 10. Oktober nicht der Ausdruck des Volkswillens und daher nichtig sei. In demselben Sinne war eine gefälschte Ausgabe der „Landsmannschaft" gehalten. Glücklicherweise wurden beide Fälschungen rasch genug bekannt, so daß die Bevölkerung überall noch rechtzeitig aufgeklärt werden konnte. Ihre Wirkung war daher gerade das Gegenteil von dem, was sie bezweckten.

Das rasche Eingreifen des Heimatdienstes in diesen und ähnlichen Fällen wurde dadurch möglich, daß sein Nachrichtendienst ausgezeichnet arbeitete. Der Heimatdienst erhielt nicht nur schnelle und sichere Kenntnis von den Vorgängen in den entlegensten Dörfern, sondern auch Einblick in so manche Maßnahme der südslawischen Verwaltungsbehörden und Agitationsstellen.

III. Der 10. Oktober und seine Ergebnisse.

Bereits am 23. September hatte „Slovenski Narod" der Abstimmungskommission mit einer Selbsthilfe der Slowenen gedroht. Worin diese bestehen sollte, zeigte sich, als ab 3. Oktober einige tausend Sokoln — „Slovenski Narod" vom 2. November 1920 spricht von 3000 , ferner zahlreiche Orli (klerikale Turner) und andere, eigens gedungene Leute in größeren und kleineren Abteilungen teils über den Loibl und den Seeberg, teils mit der Bahn über Rosenbach und Bleiburg, zuletzt in nächtlichen Sonderzügen, in die Zone I strömten und hier über das ganze Gebiet und in den letzten Tagen insbesondere auch an den Zufahrtsstraßen in die Zone I in der Gegend von Viktring und Ebental verteilt wurden. Dazu kamen noch zahlreiche beurlaubte Offiziere, Soldaten und Gendarmen in Zivil, die der Bevölkerung der Zone I schon von der Zeit der Besetzung her bekannt waren. Das waren offenbar jene „anderen Agitatoren", welche nach dem südslawischen Agitationsplane vom Mai für die letzten Wochen vor der Abstimmung vorgesehen waren. Angesichts dieser vielen unwillkommenen Gestalten überkam die kärntnerisch gesinnte Bevölkerung bange Sorge für den Abstimmungstag. Immer dringender wurden ihre Rufe um Hilfe. In den letzten Nächten vor der Abstimmung gingen südslawische Agitatoren von Haus zu Haus und brachten insbesondere gegenüber Frauen schwere Drohungen vor. Im Jauntale

wurden die Häuser der Heimattreuen in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober mit drei grünen Kreuzen bezeichnet und mit Zetteln beklebt, welche Aufschriften trugen, wie: „To je švabska hiša!“ („Das ist ein Schwabenhaus!“) oder „Tod, wenn du deutsch stimmst!“ Das sollte die Vorbereitung sein für den Einmarsch der südslawischen Truppen, der von den südslawischen Agitatoren für die Zeit unmittelbar nach der Abstimmung angekündigt wurde.

Die Anwesenheit der Prügelbanden und Sokoln, die Parteilichkeit der Gendarmerie, das Ausbleiben der interalliierten und neutralen Truppen, die Ohnmacht der aller militärischen Hilfsmittel baren Abstimmungskommission gegenüber den südslawischen „Prügelbanden“ zwangen den Heimatdienst, geeignete Abwehrmaßnahmen zu treffen, um am Tage der Abstimmung die heimattreue Bevölkerung auf ihrem Gange zur Urne zu schützen und durch eigene Kraft den Kampf zu einem guten Ende zu führen.

Schon in den letzten Wochen waren von der heimattreuen Bevölkerung in der Zone I auf Weisung des Heimatdienstes aus den jungen Männern Ordnungsabteilungen gebildet worden. Zahlreiche Versammlungen konnten nur unter dem Schutze dieser eigenen Leute vorgenommen werden. Infolge des Zuschubes südslawischer Sokoln usw. mußten aber die heimischen Kräfte durch Zuzug aus der Zone II verstärkt werden. Zu diesem Zwecke wurden in Klagenfurt und in den der Zone I benachbarten Gemeinden in aller Eile unter Führung ruhiger und besonnener Männer unbewaffnete Fähnlein gebildet, die sich in Klagenfurt nach den Vereinen (Sportvereinen, Turnvereinen, Gesangvereinen, Arbeiterorganisationen), auf dem Lande nach den einzelnen Gemeinden gliederten. Alle Parteien, alle Stände: Beamte, Lehrer, Studenten, Bauern, Gewerbetreibende, Handelsangestellte und nicht zuletzt Arbeiter, nahmen in vorbildlicher Eintracht daran teil. Die Schutzfähnlein wurden streng angewiesen, den Gegner auf keinen Fall irgendwie herauszufordern oder sich selbst durch ihn herausfordern zu lassen.

Knapp vor der neuerlichen Sperrung der Demarkationslinie am 9. Oktober zogen die Schutzgruppen unauffällig und im großen und ganzen ohne Reibungen in die ihnen zugewiesenen Gemeinden und Orte. Besonders schutzbedürftig war das obere Rosental, wo die wohlgeordneten Prügelbanden in den Gemeinden St. Jakob, Ledenitzen und Latschach durch Zuzug durch den Karawankentunnel beliebig verstärkt werden konnten. Dieses Terrorgebiet breitete sich auch über die Gemeinden Feistritz und Weizelsdorf aus. Noch schlimmer stand es mit dem Raume um Bleiburg und Eisenkappel, wo die Verhältnisse infolge des Zuzuges mit der Bahn

aus Untersteier ähnlich standen und der Druck so groß war, daß manche heimattreuen Führer ständig zur Flucht bereit sein mußten.

Die Fähnlein aus den Gemeinden Velden, Pörtschach, Moosburg, Krumpendorf, St. Martin bei Klagenfurt und eines aus Klagenfurt zogen in das obere Rosental und in das Gebiet zwischen Wörthersee und Drau ab. Den Schutz im mittleren und unteren Rosental übernahm die Arbeiterschaft von Klagenfurt und St. Ruprecht. Die Gemeinden am östlichen Ufer der Gurk wurden von den Nachbargemeinden am westlichen Ufer: Hörtendorf, St. Thomas, Pischeldorf und Brückl, betreut, die Gegend östlich von Völkermarkt von Studenten und einem Fähnlein aus Annabichl und St. Peter bei Klagenfurt. In den Raum um Bleiburg zogen Klagenfurter Vereine, ehemalige Offiziere und Soldaten, sowie Studenten.

Die Wirkung, welche das Erscheinen der Schutzfähnlein auslöste, war eine ausgezeichnete. Die heimattreue Bevölkerung atmete auf, die Furcht vor dem drohenden Terror begann zu weichen. Als der Heimatdienst für den Freitag vor der Abstimmung die Weisung ergehen ließ, durch Höhenfeuer das Bekenntnis zur Heimat zu bezeugen, loderten wie in der Sonnwendnacht Hunderte von Feuern auf, insbesondere an den Hängen und Spitzen der Petzen, des Obirs und der Saualpe. Sie gaben den Heimattreuen in den entlegensten Dörfern wieder Mut und Kraft, trotz der Anwesenheit der Sokoln an den Sieg zu glauben. Am Tage der Abstimmung hatte die Furcht fast überall einer ruhigen Zuversicht Platz gemacht.

Die Abstimmung begann bereits um 7 Uhr früh. In der Mehrzahl der Gemeinden schritten die Heimattreuen in festlicher Stimmung und geschmückt mit Kärntner Abzeichen zur Wahlurne. In den entfernteren Ortschaften brachen sie schon zeitig am Morgen, Lieder singend, auf. Erhebend wirkte es, diese geschlossenen Züge der Heimattreuen in Sonntagskleidern zu beobachten. Männer schützten den Zug, Frauen, Kranke und Greise wurden wohl auch auf Wagen mitgeführt. Die Jugend und die Schutzabteilungen bewachten indes zu Hause Hab und Gut. In einzelnen Abstimmungsorten waren Triumphbögen mit Kränzen errichtet und die Kärntner Plakate mit Blumen geschmückt. Die Straßen und Wege waren an vielen Stellen wie übersät mit Kärntner Flugzetteln. Den Südslawen sank in vielen Gemeinden der bisher so kühne Mut. Die Zahl und Begeisterung der Heimattreuen, von welchen viele sich jetzt zum erstenmal öffentlich zu Kärnten bekannten, da sie es früher infolge des südslawischen Druckes nicht gewagt hatten, machten auf sie einen niederschlagenden Eindruck. Die bloße Anwesenheit der Schutzabteilungen verhinderte in den meisten Orten Ausschreitungen der Südslawen.

Nördlich der Drau wurden die südslawischen Banden fast überall in

Schach gehalten. Ausnahmen bildeten hier die Gemeinde Radsberg, wo etwa 200 Sokoln ungehindert ihr Unwesen treiben konnten, da es infolge der südslawischen Sperre bei Ebental unmöglich war, den Heimattreuen Hilfe zu bringen, ferner die Gegend von Augsdorf—Ludmannsdorf, wo eine Kärntner Schutzgruppe von den Südslawen in einer Scheune interniert wurde. Südlich der Drau hielt der südslawische Druck im oberen Rosental und in der Gegend von Eisenkappel und Bleiburg trotz der Gegenvorkehrungen an. Die Gemeinden Feistritz im Rosental und Weizelsdorf waren von Hunderten von Sokoln besetzt, so daß auf Kärntner Seite an Schutzmaßnahmen gar nicht gedacht werden konnte. Andere Sokoln überschritten bei Suetschach die Drau, gelangten nach Keutschach und rückten bis Viktring vor, wo sie bei einem Zusammenstoße mit kärntnerisch Gesinnten durch Unterstützung der südslawischen Gendarmerie eine Zeitlang die Oberhand behielten. Im mittleren Rosentale fanden die Arbeiterschutzgruppen die Hollenburger Brücke durch südslawische Sokoln und Gendarmen gesperrt, so daß nur einzelne Gruppen auf Kähnen und Flößen unterhalb der Hollenburger Brücke auf das südliche Ufer gelangen konnten; die übrigen mußten im Laufe des Abstimmungstages zurück gegen den Wörthersee. In der Gegend von Bleiburg wurde in Einersdorf ein Kärntner Schutzfähnlein in der Nacht von Sokoln und Prügelbanden gefangen, nach Prävali abgeführt und erst auf Intervention des österreichischen Vertreters in der Abstimmungskommission freigegeben. Infolgedessen war hier die Lage am Abstimmungstage sehr ungünstig, namentlich in der Gemeinde Moos. In Einersdorf konnte man die heimattreuen Frauen und Mägde in den Morgenstunden des 10. Oktobers weinend in den Häusern finden, weil sie sich fürchteten, zur Abstimmung zu gehen. In der Gemeinde Feistritz bei Bleiburg schlugen die Kärntner Abteilungen in der Nacht südslawische Angriffe zurück. Am Abstimmungstage selbst hinderte nur das Dazwischentreten eines englischen Offiziers einen scharfen Zusammenstoß bei Penk. Der Druck der Sokoln und Prügelbanden war hier tagsüber sehr groß. Die Südslawen bildeten vor den Abstimmungsräumen Spalier, welches die Stimmberechtigten durchschreiten mußten. In die Gemeinden Schwabegg und Leifling konnten Schutzfähnlein nicht verlegt werden, weil die Überfuhr bei Lavamünd und der Zugang von Bleiburg her durch südslawische Abteilungen gesperrt waren. Die beiden Gemeinden waren daher dem Terror der Sokoln und Prügelbanden vollkommen ausgeliefert. Im Bezirk Eberndorf waren die Heimattreuen, unterstützt durch die Schutzfähnlein, den Südslawen gewachsen. In Eisenkappel, das gleichfalls nicht geschützt werden konnte, waren die Zugänge durch Sokoln besetzt, welche für Südslawien agitierten

und die kärntnerisch Gesinnten von der Teilnahme an der Abstimmung abzuhalten suchten.

Abgesehen von den erwähnten Zusammenstößen der Schutzgruppen mit den Sokoln verlief der Abstimmungstag in vollster Ruhe. Die Kärntner Fähnlein bewahrten getreu ihren Weisungen strengste Ruhe und Ordnung. Die interalliierten Offiziere verhielten sich vollkommen unparteiisch und korrekt und nahmen besonders die Gendarmerie unter ihre Kontrolle. Ihre Anwesenheit hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Abstimmung ruhig verlief und die Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen konnten. Es kam vor, daß Leute, die von den Südslawen verhindert wurden, zur Abstimmung zu gehen, von interalliierten Offizieren, namentlich englischen, unter persönlichen Schutz genommen wurden. Die Chefs der drei Delegationen fuhren den ganzen Tag über im Abstimmungsgebiete herum.

Im Laufe des Abstimmungstages steigerte sich die ruhige Zuversicht der Heimattreuen zu sicherer Siegeshoffnung. Die Befürchtung, daß infolge des südslawischen Druckes nicht alle Heimattreuen zur Abstimmung gehen würden, hatte sich nicht erfüllt. In vielen Gemeinden hatten die Heimattreuen bis um die Mittagsstunde restlos abgestimmt. Säumige waren wenige zu holen. Die bloße Tatsache der Stimmbeteiligung schien eine Bürgschaft des Sieges zu sein.

Aber auch die Südslawen waren noch immer siegesgewiß. Wenige Tage vor der Abstimmung hatten die Laibacher Regierung und die südslawischen Nationalräte in Kärnten von Dr. Jovanović, der am Ausgange der Abstimmung Zweifel hegte und sie noch in letzter Stunde hintertreiben wollte, auf das entschiedenste verlangt, daß sie am 10. Oktober stattfinde, weil eine Mehrheit für Südslawien sicher zu erwarten sei („Slovenski Narod" vom 31. Oktober 1920). Diese Siegeszuversicht hielt bis zum 11. Oktober an, obwohl selbst nach einer Sonderausgabe der „Jugoslavija" von diesem Tage der Hundertsatz der südslawischen Stimmen schätzungsweise nur 48·6 betrug (vgl. „Carinthia I", S. 72). In Laibach wurden sogar schon zur Feier des Sieges Fahnen ausgesteckt. Um so größer war die Enttäuschung, als im Laufe des 12. und 13. Oktobers die Ergebnisse allmählich bekannt wurden.

Am 13. Oktober abends wurde das Gesamtergebnis veröffentlicht. Der südslawische Vertreter nahm es zur Kenntnis und unterfertigte das Schlußprotokoll gleich wie alle anderen Mitglieder der Abstimmungskommission. Doch bemerkte er, Südslawien werde niemals auf die 15.279 Slowenen vergessen, welche für dasselbe gestimmt hätten. Tags darauf trat Jovanović zurück.

Das Schlußergebnis war wie folgt:

Stimmberechtigte Personen	39.291	
Abgegebene giltige Stimmen	37.304	94·94%
davon Stimmen für Österreich . . .	22.025 =	59·04%
„ „ „ Südslawien . . .	15.279 =	40·96%
Zahl der Gemeinden	51	
davon mit österr. Stimmenmehrheit . .	33	
„ „ südslawischer „ . . .	18	

Von den rund 22.000 für Österreich abgegebenen Stimmen stammten etwa 12.000 von Stimmberechtigten mit deutscher Umgangssprache und 10.000 von Stimmberechtigten mit slowenischer Umgangssprache. Von den 33 Gemeinden mit österreichischer Mehrheit sind der Umgangssprache nach 21 überwiegend slowenisch, 12 überwiegend deutsch. Die Einzelheiten sind dem Anhang und den Beilagen 13 und 14 zu entnehmen.

Die Kartenbeilage 14 stellt die in den einzelnen Gemeinden abgegebenen Stimmen nach der Umgangssprache der Abstimmenden dar. Als Schlüssel für die Feststellung der Umgangssprache wurde der Hundertsatz der Bewohner mit deutscher, beziehungsweise slowenischer Umgangssprache nach dem Stande von 1910 benützt. Die Karte zeigt, daß der Hundertsatz der Stimmen für Österreich nahezu in allen Gemeinden den Hundertsatz der deutschen Umgangssprache weit übertrifft. Nur in einigen deutschen Grenzgemeinden (Viktring, Pustritz, Lavamünd), in einigen deutschen Sprachinseln (Ferlach, Eisenkappel und Bleiburg) und in der gemischtsprachigen Grenzgemeinde Ebental ist er kleiner. Die Erklärung hiefür ist darin zu suchen, daß in diesen Gemeinden auch ortsfremde, südslawisch gesinnte Gendarmen, Finanzorgane und andere Angestellte mitstimmten, die von den südslawischen Verwaltungsbehörden dorthin entsendet worden waren und am Abstimmungstage daselbst Dienst taten. In Eisenkappel stimmte außerdem ein Teil der rein slowenischen Umgebungsgemeinde Dellach ab.

Im allgemeinen nehmen die südslawischen Stimmen mit der Entfernung von Klagenfurt zu. Die Gemeinden mit südslawischer Mehrheit bilden zwei Gruppen, eine im Westen und eine im Osten. Die westliche hat zum Mittelpunkt St. Jakob im Rosental und wurde durch den Rosenbachtunnel von Oberkrain her beeinflußt. Die östliche zieht sich längs des Ostrandes der Zone I von der Drau bis an die Karawanken und stand unter dem Einflusse des nahen Untersteier, mit dem sie durch die Südbahn, und des angrenzenden Krain, mit dem sie durch die Seebergstraße zusammenhängt. Beide Gruppen sind auf der Karte durch einen Streifen mit südslawischer Mehrheit verbunden. Die Verbindung ist jedoch nur

eine scheinbare, denn die verbindenden Gemeinden sind abgelegene Gebirgsgemeinden, welche weder zu der westlichen noch zu der östlichen Gruppe nähere Beziehungen haben.

Das Gebiet südlich der Drau weist infolge des starken südslawischen Druckes in Ost und West eine geringe Mehrheit für Südslawien auf (10.405 südslawische Stimmen 50·8% gegen 10.083 österreichische). Hätte sich die Abstimmung hier ohne Druck vollziehen können, so hätte auch dieses Gebiet eine österreichische Mehrheit erhalten. Diese geringe südslawische Mehrheit von 322 Stimmen veranlaßte die Belgrader Regierung auf Betreiben Laibachs, am 26. März 1921 an die Botschafterkonferenz das Ersuchen zu stellen, daß gelegentlich der Grenzregelung zwischen Österreich und Südslawien die Drau als Grenze festgelegt werde. Dies wäre ein offener Bruch des Friedensvertrages gewesen, da Artikel 50 desselben ausdrücklich sagt, daß das Ergebnis durch Stimmenmehrheit in einer jeden Zone, diese als Ganzes genommen, bestimmt wird. Die Botschafterkonferenz lehnte daher dieses Verlangen Anfang Juni 1921 ab.

Bei Beurteilung des Ergebnisses der Volksabstimmung muß man sich vor Augen halten, daß die Schwierigkeiten in Kärnten ungleich größer waren, als in Schleswig, Ostpreußen und in gewisser Hinsicht auch in Schlesien. Die Zone I war nicht wie die deutschen Abstimmungsgebiete einem interalliierten Ausschusse zur Verwaltung übergeben, sondern dem einen Bewerber ausgeliefert worden. Dieser hatte sie über ein Jahr lang ohne Kontrolle vergewaltigen und auch nach der Ankunft der Abstimmungskommission die ganze Propaganda auf seine Verwaltung stützen können. Die Kärntner Werbearbeit war daher viel schwieriger, als in den Abstimmungsgebieten im Norden. Kärnten mußte auch bei der Volksabstimmung im Gegensatze zu den deutschen Abstimmungsgebieten durch den Ausschluß der im Abstimmungsgebiete geborenen und heimatberechtigten Kärntner, welche am 1. Jänner 1919 auswärts wohnten, auf viele Tausende treuer Kärntner verzichten, deren Zahl und moralischer Einfluß im entscheidenden Augenblicke sehr schwer ins Gewicht gefallen wären. Endlich darf auch die ungeheuer schwierige Wirtschaftslage, in welche Österreich durch den Frieden von St. Germain versetzt wurde, nicht vergessen werden.

Wenn daher trotz alledem eine Mehrheit von 59% für Österreich stimmte, so kommt darin eine durch nichts zu erschütternde Überzeugung zum Ausdrucke, daß das Glück der Zukunft nicht bei Laibach, sondern bei Klagenfurt, nicht im slawischen Süden, sondern im deutschen Norden zu suchen sei.

Mit Recht erblickt der slowenische Abgeordnete und ehemalige Mi-

nister Dr. Ravnikar in einem kurz nach der Abstimmung im „Slovenski Narod" erschienenen Aufsatze im Ergebnisse der Abstimmung einen Beweis für die unwiderstehliche Kraft des Deutschtums, das durch die Überzahl seiner Gegner, durch Hunger und Entbehrungen zwar unterlegen, jedoch nicht besiegt worden sei; die Volksseele in Kärnten aber, sagt Ravnikar weiter, habe es instinktiv erkannt, auf welcher Seite die mächtigere innere Kraft wohne.

Daß übrigens ein großer Teil der für Südslawien abgegebenen Stimmen tatsächlich nur auf den südslawischen Druck zurückzuführen ist, ergibt sich aus dem Ergebnisse der Nationalratswahl vom 19. Juni 1921, bei der die slowenischnationale Partei trotz ihrer von der Abstimmung herstammenden strammen Organisierung und trotz des heftigen Parteikampfes auf Seite ihrer Gegner in der ehemaligen Zone I nur mehr 8548 Stimmen, das sind 56% der bei der Volksabstimmung abgegebenen südslawischen Stimmen, erhielt.

Vom 10. Oktober bis zur Übergabe der Verwaltung (18. November 1920).

Der 10. Oktober befreite Kärnten von einem schweren Alpdrucke, der fast zwei Jahre auf ihm gelastet hatte, und brachte der schwergeprüften kärntnerisch gesinnten Bevölkerung der Zone I die heißersehnte Erlösung von unerträglichem Leid. Kärntens Sieg, unter den schwierigsten Verhältnissen errungen, war ein Sieg bewunderungswürdiger Heimattreue und eine glänzende Rechtfertigung des Standpunktes, den Kärnten stets eingenommen hatte: daß es hart und ungerecht wäre, die Grenze allein auf Grund der sprachlichen Verhältnisse zu ziehen, ohne Rücksicht auf die geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge und ohne die Bevölkerung selbst zu befragen.

Unbeschreiblich war der Jubel, der in den nächsten Wochen die Herzen aller erfüllte, die treu kärntnerisch gesinnt waren. Schon am Tage der feierlichen Verkündigung des Abstimmungsergebnisses auf dem in einem Lichtmeere prangenden Neuen Platze in Klagenfurt kam er zum Ausdrucke. Höhenfeuer, Pöllerschießen und allgemeines Glockengeläute im ganzen Lande verkündeten das frohe Ergebnis. In den Tagen vom 23. bis 25. Oktober beging Kärnten in Klagenfurt unter der Leitung der Kärntner Landsmannschaft sein großes Dankfest, das durch eine symbolische Versöhnungsfeier eingeleitet wurde und den Höhepunkt in einem glänzenden, von der Kärntner Landsmannschaft veranstalteten Trachtenzuge fand. Völkermarkt, Bleiburg, Eberndorf, Griffen, Ferlach und fast alle Bauerngemeinden der Zone I folgten mit erhebenden Feiern nach.

Dankerfüllt gedachte man überall des Heimatdienstes, der die Heimattreuen trotz allem südslawischen Drucke durch seine ausgezeichnete Organisation, die Tatkraft seiner Führer, die Zusammenfassung und zielbewußte Leitung aller Kräfte und durch den unerschütterlichen Glauben an den endlichen Erfolg zum Siege geführt hatte. Auch der Gegner mußte seiner Tätigkeit Lob und Anerkennung zollen.

In Laibach löste die Nachricht von der Niederlage einen Sturm der Empörung hervor. Eine erregte Volksmenge demonstrierte schon am 13. Oktober vor dem Stadthause und beschloß eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wurde, in die Zone I sofort Militär einmarschieren zu lassen. Tatsächlich fand tags darauf der lang vorbereitete militärische Einmarsch statt, obwohl Jovanović nach Zeitungsberichten erklärt hatte, daß kein Grund dazu vorliege. Nach dem „Slovenec“ und der „Jugoslavija“ vom 14. Oktober sollte dadurch der südslawischen Diplomatie ein Mittel in die Hand gegeben werden, um Kärnten auf

andere Weise als durch eine Volksabstimmung zu gewinnen. In Wirklichkeit scheint dieser Rechtsbruch den Zweck verfolgt zu haben, die aufgeregte Bevölkerung in Slowenien zu beruhigen. Als Vorwand wurde angegeben, daß die südslawischen Anhänger geschützt werden müßten, was jedoch ganz unnotwendig war, da es — abgesehen von kleinen und ganz unbedeutenden Reibereien — nirgends zu Ausschreitungen kam und überdies die interalliierte Kommission sofort dagegen eingeschritten wäre.

Aber diese neuerliche militärische Besetzung der Zone I war von kurzer Dauer. Zwar lehnte der südslawische Außenminister Dr. Trumbić die Entgegennahme eines Protestes des österreichischen Gesandten in Belgrad ab, aber schon am 16. Oktober beschloß die Botschafterkonferenz, an die jugoslawische Regierung die Aufforderung zu richten, die Zone I sofort zu räumen. Zwei Tage darauf unternahmen die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens eine gemeinsame Demarche bei der Regierung in Belgrad. Die südslawische Regierung zog hierauf die Truppen zurück und erklärte, daß die Besetzung nur eine provisorische Maßregel gewesen sei. Zugleich ernannte sie einen neuen Vertreter bei der Abstimmungskommission mit dem Auftrage, die Verwaltung der Zone I der Abstimmungskommission zu übergeben. Bis zum 5. November war die Verwaltung der Zone in die Hände der Kommission überantwortet und am 18. November wurde sie in der feierlichen Schlußsitzung der Kommission dem österreichischen Vertreter übertragen. Dies wurde in einem Protokoll niedergelegt und der Bevölkerung durch eine von allen fünf Mitgliedern der Kommission unterfertigte Proklamation kundgemacht. Am 19. November traten die österreichischen Gesetze wieder in Kraft und nahmen die österreichischen Behörden ihre freie Tätigkeit wieder auf.

In Laibach entbrannte nun ein heftiger Streit über die Schuld an der Niederlage. Die einen schoben sie auf die Landesregierung und deren Präsidenten Dr. Brejc, die anderen auf die südslawische Delegation und die Belgrader Regierung. Alle aber behaupteten, daß auf deutscher Seite große Betrügereien und Gewalttaten vorgekommen und die Abstimmungskommission parteiisch vorgegangen sei. „Jugoslavija“ vom 30. Oktober verzeichnete sogar die Nachricht, daß in Ferlach am Abstimmungstag ein preußischer Offizier als Engländer verkleidet seine Hand im Spiele gehabt habe, und „Slovenski Narod“ vom 10. November brachte einen Bericht des Pariser „Radical“ aus Belgrad, wonach die professionellen Wähler der Abstimmungszonen aus den deutschen Ebenen — man sage aus Allenstein — in die slowenischen Berge nach Kärnten übergesiedelt seien, um hier mitzustimmen!

Aber schon in der Belgrader „Politika" vom 28. Oktober 1920 erschien ein von Dr. Jovanović inspirierter Aufsatz, in dem ausdrücklich betont wird, daß Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung nicht in größerem Ausmaße vorgekommen seien, als dies bei jeder Wahl der Fall sei, daß die Kommission, soweit es überhaupt in Menschenmacht stehe, unparteiisch gewesen sei und von französischer und englischer Seite der südslawischen Sache sogar Sympathien entgegengebracht worden seien. Und der Pariser „Eclair" stellte kurz nach der Volksabstimmung gegenüber den südslawischen Behauptungen, daß von österreichischer Seite Pressionsmittel angewendet worden seien, fest, daß die interalliierte Kommission bei ihrer Ankunft nur mit Druck genügende Bewegungsfreiheit durchsetzen konnte und von diesem Zeitpunkt an das gesamte Gebiet gemäß Artikel 50 der Kontrolle der Kommission unterstellt war, weshalb die Behauptung, daß die Österreicher in der Lage gewesen seien, die Abstimmung auch nur irgendwie zu beeinflussen, eine offenbare Unwahrheit und eine der interalliierten Kommission zugefügte Beleidigung sei.

Später suchte man die Hauptschuld in den Gewalttaten des südslawischen Militärs, in der südslawischen Verwaltung in Kärnten, ihrer Willkür, Härte und Korruption, in der plötzlichen radikalen Slowenisierung, der eigenen Unduldsamkeit, der verfehlten, auf Terror, viel Lärm und wenig Kleinarbeit aufgebauten Propaganda des von einem General und nicht von einem Politiker geleiteten Narodni svet. Gewiß, diese Mißgriffe haben den Südslawen sehr geschadet und die Mißstimmung gegen sie vermehrt. Sie haben auch, wie das Belgrader Blatt „Samouprava" nach „Slovenski Narod" vom 28. Oktober 1920 sagt, der Bevölkerung gezeigt, daß Südslawien „ein noch ungeordneter Staat mit vollkommen verschlagenem Rechtsgefühle sei, in welchem die Sicherheit der Person und des Eigentums außerordentlich schlecht geschützt sei, während Österreich trotz seiner Kriegsverluste doch das Bild eines in Ordnung gebrachten Rechtsstaates gezeigt habe".

Aber diese Mißgriffe der Verwaltung und Propaganda reichen nicht hin, um das Ergebnis des 10. Oktobers zu erklären. Bei einem Volke, das um seine Freiheit so hartnäckig gekämpft hat und bereit war, Leben und Gut zu opfern, hätte sich auch durch eine Verwaltung ohne Druck eine Mehrheit für Südslawien nicht gewinnen lassen. Die Grundtatsachen: das starke Kärntner Heimatgefühl, die von vornherein gegebene Abneigung gegen ein fremdes Staatswesen, das vielen wegen seiner monarchistischen Staatsform, anderen wieder wegen seiner orthodoxen Führung höchst unsympathisch war, die Nachwirkungen einer vielhundertjährigen Geschichte, der wirtschaftliche Zusammenhang mit dem übrigen

Kärnten und dem deutschen Norden, die Durchdringung durch deutsche Kultur, die trennende Kraft der Karawanken, die Nähe und Bedeutung Klagenfurts, die weite Entfernung Laibachs und Marburgs u. a., hätten sich nie aus der Welt schaffen lassen. Und eine ungehinderte deutsche Propaganda hätte noch mehr als eine gehemmte und unterdrückte dafür sorgen können, daß diese treibenden Kräfte voll zur Geltung kommen. Diese auf unabänderlichen geographischen und geschichtlichen Tatsachen beruhenden Kräfte mißachtet und allen Gegengründen zum Trotze den Versuch gemacht zu haben, ein Volk gegen seinen klar erkannten Willen gewaltsam zu unterjochen, ist die schwere, tragische Schuld der Laibacher Politiker, die sich so bitter an ihnen gerächt hat.

Schluß.

Der Kampf um Kärnten war zu Ende. Kärnten hat diesen Kampf um Sein oder Nichtsein mit Erfolg bestanden, weil es nicht auf schöne Versprechungen und wohlklingende Lehrsätze baute, sondern seine Rettung in eigener Kraft und in eigener Tat suchte. Es hatte das Glück, Männer zu besitzen, die die innersten Gedankengänge, Regungen und Wünsche des Volkes kannten und es verstanden, die in diesem Volke schlummernden Kräfte zu sammeln und trotz widerstrebenden Einflüssen von außen auf ein großes Ziel einzustellen. So wurde die drohende Zerstückelung von ihm abgewendet und blieb ihm das Schicksal erspart, zu einem bloßen geographischen Begriffe herabzusinken.

Allerdings, zwei Täler wurden Kärnten durch den Gewaltfrieden von St. Germain entrissen, das Kanaltal durch Italien, das Mießtal mit Unterdrauburg durch Südslawien. Nehmen auch beide zusammen nur ein Fünfzehntel seines ursprünglichen Flächenraumes ein,*) so sind beide doch durch Natur, Geschichte und Volkstum urkärntnerischer Boden und reich an Naturschätzen und landschaftlichen Schönheiten. Und um so schmerzlicher und unvergeßlicher ist für Kärnten dieser Verlust, als die bodenständigen Bewohner beider Täler in ihrer überwiegenden Mehrheit treu kärntnerisch gesinnt sind und eine Volksabstimmung auch im Mießtale, obwohl es 1910 15.000 Slowenen und 3000 Deutsche zählte, ohne Zweifel für Österreich günstig ausgefallen wäre, ganz zu schweigen vom Kanaltale, das 1910 von 5300 Deutschen, 1500 Slowenen und nicht einem einzigen dort einheimischen Italiener bewohnt war.

Der zweijährige Kampf hat sich tief in die Kärntner Volksseele eingeprägt und dichterisch unter anderem durch Josef Friedrich Perkonigs ergreifendes Drama „Heimsuchung" und Primus Lessiaks tief empfundene „Reim- und Plepperliadlan" Ausdruck gefunden. Vielen ist die Liebe zur Kärntner Heimat und zum Kärntner Volkstum, die früher in ihnen unbewußt geschlummert hat, erst in dieser Zeit der Not so recht im Herzen aufgegangen, viele haben den unschätzbaren Wert der Freiheit erst unter der südslawischen Herrschaft erkannt. Das Bewußtsein der Einheit und untrennbaren Zusammengehörigkeit, die Überzeugung, in Zeiten der Ge-

*) Der Flächeninhalt von Kärnten ist durch die Abtretung des Mieß- und des Kanaltales und der Gemeinde Seeland von 10.326 km² auf beiläufig 9550 km², die Zahl der einheimischen Bewohner von 381.000 auf 366.589 gesunken. Von letzteren gehören ungefähr 66.000 (= 18%) der slowenischen Umgangssprache an. — Das Kanaltal umfaßt rund 331 km², das Mießtal mit Unterdrauburg 354 km².

fahr füreinander einstehen zu müssen, drängten sich allen und jedem mit unbezwinglicher Gewalt auf. Nie war die deutsche und deutschfreundliche slowenische Bevölkerung so einig und stark, wie in diesen zwei Jahren der Prüfung. So würde sie auch in Zukunft stets dastehen, wenn es jemals gelten sollte, einen Angriff von außen abzuwehren. Die 22.000 Stimmen, die in der ehemaligen Zone I aus innerster Überzeugung für Österreich abgegeben wurden, stellen einen festen, unüberwindlichen Block dar, an dem alle südslawischen Umtriebe abprallen werden. Südslawien mag sich über den Verlust der Zone I trösten. Es wäre nie imstande gewesen, diese durch die lange Leidens- und Probezeit gestählten 22.000 Kärntner mit der Fremdherrschaft zu versöhnen. Sie wären in seinem Staats- und Volkskörper mit Naturnotwendigkeit stets Fremde geblieben und hätten sich nie in einen Staat eingefügt, dessen Schwerpunkt jenseits der Karawanken liegt. Kärnten schaut nicht nach Süden, sondern nach seinem deutschen Mutterland im Norden, mit dem es durch unzerreißbare Bande der Natur und Geschichte, der Kultur und Wirtschaft verbunden ist.

Und doch haben die letztvergangenen Jahre für das Kärntner Volkstum insofern schwerwiegende Folgen gehabt, als der Gegensatz zwischen der kärntnerisch und der südslawisch gesinnten Bevölkerung durch die südslawische Agitation künstlich vergrößert wurde. Dem Lande Kärnten harrt nun die schwere Aufgabe, diese Wunde wieder zu heilen. Auf deutscher Seite herrscht der aufrichtige Wunsch nach Versöhnung. Anders verhalten sich die leidenschaftlichen Gefühlspolitiker jenseits der Karawanken und ihr kleiner Anhang in Kärnten. Die Laibacher Blätter und nationalen Vereine halten die Verbindung mit ihren Anhängern diesseits der Karawanken aufrecht und fahren in gewohnt skrupelloser Weise fort, Haß und Zwietracht zu säen und Kärnten zu verleumden. Triumphierend schrieb „Slovenski Narod" vom 11. Oktober 1921, daß es den Deutschen in Kärnten trotz aller Mühe nicht geglückt sei, den Abgrund zwischen den nationalen Slowenen und den Deutschgesinnten zu überbrücken. Nichtsdestoweniger wird Kärnten gemäß den unmittelbar nach der Abstimmung vom Heimatdienste gegebenen Richtlinien dem einen Ziele vor allem zustreben: „durch kulturelle, wirtschaftliche und erziehliche Förderung der Bevölkerung und durch Milderung der nationalen Leidenschaften das Bekenntnis der Kärntner im gemischtsprachigen Gebiete zur Heimat und zum Staate zu festigen und auch die bisher südslawisch gesinnte Bevölkerung für das Bekenntnis zur Kärntner Heimat zu gewinnen".

Anhang.

Distrikt A, Rosegg.

Gemeinde	Umgangsspr. 1910		Volksabstimmung 1920					
			Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen				Ungiltige und nicht abgegebene Stimmen
	deutsch	slow.		für Österreich		für Südslawien		
	%	%		absolut	%	absolut	%	
Augsdorf . .	5·4	94·6	651	262	43·2	344	56·8	45
Drau . . .	50·6	49·4	389	252	64·1	141	35·9	4
Latschach. . .	36·6	63·4	663	228	35·7	410	64·3	25
Ledenitzen .	3·2	96·8	591	233	41·6	327	58·4	31
St. Jakob . .	10·2	89·8	1893	816	45·8	968	54·2	109
Rosegg . . .	28·5	71·5	321	189	59·6	128	40·4	4
Summe . .	17·6	82·4	4508	1980	46·3	2318	53·7	210[1])

Distrikt B, Ferlach.

Gemeinde	deutsch	slow.	Stimmberechtigte	für Österreich absolut	%	für Südslawien absolut	%	Ungiltige und nicht abgegebene Stimmen
Ebental . . .	74·5	25·5	245	165	67·3	80	32·7	—
Feistritz i. R. .	44·5	55·5	947	410	45·1	500	54·9	37
Ferlach . . .	89·8	10·2	1708	1235	72·5	468	27·5	5
Keutschach . .	7·4	92·6	598	304	52·6	274	47·4	20
Köttmannsdorf	42·6	57·4	794	449	62·3	272	37·7	73
Ludmannsdorf	3·9	96·1	438	86	20·6	331	79·4	21
Maria Rain .	69·8	30·2	607	428	75·1	142	24·9	37
Maria Wörth .	57·7	42·4	375	248	68·1	116	31·9	11
Mieger . . .	3·8	96·2	522	383	78·5	106	21·5	33
Oberdörfl . .	9·6	90·4	214	63	31·2	139	68·8	12
Radsberg . .	29·9	70·1	383	181	49·0	188	51·0	14
St. Margareten	7·5	92·5	607	291	51·1	279	48·9	37
Schiefling . .	5·7	94·3	664	354	55·3	286	44·7	24
Unterferlach .	34·2	65·8	558	315	58·3	225	41·7	18
Unterloibl . .	49·8	50·2	916	558	63·9	315	36·1	43
Viktring . . .	84·5	15·5	910	703	82·3	152	17·7	55
Weizelsdorf .	11·3	88·7	516	166	34·1	321	65·9	29
Wind.-Bleiberg	3·5	96·5	375	71	20·5	276	79·5	28
Zell	1·3	98·7	566	17	3·2	511	96·8	38
Summe . .	40·4	59·6	11943	6427	56·4	4981	43·6	535[2])

[1]) Davon 50 ungiltig. [2]) Davon 125 ungiltig.

Distrikt C, Bleiburg.

Gemeinde	Umgangsspr. 1910		Stimmberechtigte	Volksabstimmung 1920				
				Abgegebene Stimmen				Ungiltige und nicht abgegebene Stimmen
	deutsch	slow.		für Österreich		für Südslawien		
	%	%		absolut	%	absolut	%	
Bleiburg	88·2	11·8	562	414	75·3	136	24·7	12
Eberndorf	21·4	78·6	1625	985	66·1	505	33·9	135
Eisenkappel	73·6	26·4	612	381	67·8	181	32·2	50
Feistritz	0·9	99·1	1070	355	35·3	653	64·7	62
Gallizien	2·0	98·0	559	391	71·5	156	28·5	12
Globasnitz	1·6	98·4	708	314	46·2	366	53·8	28
Leifling	7·5	92·5	704	290	42·9	387	57·1	27
Loibach	11·9	88·1	681	286	45·1	348	54·9	47
Moos	2·2	97·8	807	115	15·0	650	85·0	42
Rückersdorf	5·5	94·5	997	607	65·0	327	35·0	63
St. Kanzian	14·0	86·0	701	358	54·6	298	45·4	45
Schwabegg	1·1	98·9	260	61	25·0	183	75·0	16
Sittersdorf	11·1	88·9	796	474	59·9	317	40·1	5
Vellach	3·2	96·8	1507	281	21·5	1029	78·5	197
Summe	15·5	84·5	11589	5312	49·0	5536	51·0	741[3])

Distrikt D, Völkermarkt.

Gemeinde	deutsch %	slow. %	Stimmberechtigte	für Österreich absolut	%	für Südslawien absolut	%	Ungiltige und nicht abgegebene Stimmen
Diex	12·3	87·7	904	507	65·0	273	35·0	124
Grafenstein	50·1	49·9	968	832	88·1	112	11·9	24
Griffen	26·8	73·2	1786	1290	77·2	380	22·8	116
Haimburg	22·9	77·1	795	443	58·8	310	41·2	42
Lavamünd	96·9	3·1	768	717	92·9	55	7·1	4
St. Peter	5·6	94·4	627	347	58·0	251	42·0	29
Poggersdorf	45·4	54·6	726	574	81·1	134	18·9	18
Pustritz	99·7	0·3	674	634	96·8	21	3·2	19
Ruden	13·3	86·7	823	505	63·9	285	36·1	33
Tainach	24·7	75·3	324	269	85·9	44	14·1	11
Völkermarkt	80·6	19·4	1424	1154	83·5	229	16·5	41
Waisenberg	35·0	65·0	1423	1026	74·6	349	25·4	48
Gefängnis	—	—	9	8		1	–	–
Summe	43·6	56·4	11251	8306	77·2	2444	22·8	501[4])
Gesamtsumme der Zone A	31·4	68·6	39291	22025	**59·04**	15279	**40·96**	1987

[3]) Davon 87 ungiltig. [4]) Davon 70 ungiltig.

Literaturnachweis (Auswahl).

Apih Jos. (slow.-nat.). Die Slowenen und die Märzbewegung von 1848. Österr. Jahrbuch 1890, 79 f. (I).
— Die slowenische Bewegung im Frühjahr und Vorsommer 1848. Ebenda 1892, 175 f. (II).
— Die Slowenen und der konstituierende Reichstag 1848/9. Ebenda 1894, 15 f. (III).
— Die Slowenen und das österreichische Verfassungswerk von 1848/9. Ebenda 1896. 119 f. (IV).

Austriacus. Von Laibach bis Belgrad. Serbische Umtriebe in Südösterreich. Cilli 1909.

Bericht über die Tätigkeit der deutschösterr. Friedensdelegation in St. Germain en Laye. Nr. 379 der Beilagen der konstituierenden Nationalversammlung. Wien 1919.

Brunngereuth Jos. Wie das Reich zerfiel (Klagenfurter Zeitung vom 24., 27. und 28. Oktober 1920).

Carinthia, Jahrgänge 1848—1851.

Celovec (Klagenfurth).*) Ljubljana 1919.

(**Erlih** L.)*) La Carinthie. Paris 1919. (La Question du Prekmurje, de la Styrie et de la Carinthie. Etudiée et presentée par M. Brezigar, L. Erlih, J. Žolger, N. Zupanič).

Fischel Alfred, Dr. Das österreichische Sprachenrecht. Brünn 1901.

Fürnschlief Anton, Oberstleutnant. Der Kärntner Freiheitskampf im Lavanttal 1918/19. XXXV. Jb. des Stiftsgymnasiums St. Paul, 1919/20.

Graber Georg, Dr. Der Einritt des Herzogs von Kärnten am Fürstenstein zu Karnburg. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien. 199. Bd. 1919.

Gumplowicz Ludwig, Dr. Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich. Innsbruck 1879.

Jaksch August, Dr. Über Ortsnamen und Ortsnamenforschung mit besonderer Rücksicht auf Kärnten. Klagenfurt 1891.
— Eine offene Antwort auf die vom Kathol.-politischen und wirtschaftlichen Verein für die Slowenen Kärntens herausgegebene anonyme Schrift „Zur Ortsnamenforschung in Kärnten". Klagenfurt 1891.
— Kaiser Franz Joseph und Kärnten. Carinthia I 1917, S. 97 f.
Besprechung von Grabers Herzogseinritt. Carinthia I 1919, 86 f.

Jarnik Urban (slow.-nat.). Andeutungen über Kärntens Germanisierung. Carinthia 1826.

Klagenfurter Zeitung. Jahrgänge 1848, 1849.

Krebs Norbert, Dr. Länderkunde der österr. Alpen. Stuttgart 1913.

Landsmannschaft, Kärntner. Herausgegeben vom Nationalpol. Ausschuß, dann vom Kärntner Heimatdienst. Klagenfurt 1919/1921.

Lessiak Primus, Dr. Alpendeutsche und Alpenslawen in ihren sprachlichen Beziehungen. Germanisch-romanische Monatsschrift II, 274 ff.
— Die Einheit Kärntens im Lichte der Namenkunde und Sprache. Klagenfurt 1919.

Mandl L. Die Habsburger und die serbische Frage. Wien 1918.

Morawski, Slovenski Korotan.*) V Celovcu 1919.

---

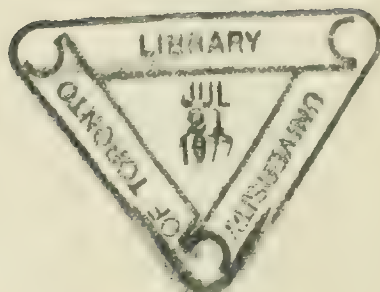
*) Slowenischnationale Propagandaschrift.

Oblak Jos., Dr. Koroška Slovenija.*) V Ljubljani 1919.
Pirker Max, Dr. Die Zukunft der deutschösterr. Alpenländer. Amaltheaverlag 1919.
Programm,*) Das südslawische. Agram. (übersetzt von Josef Brunngereuth.)
Simonič Franz, Dr., Die slowenische Literatur bei Schuman, Die Slowenen. Wien 1881.
Sphère économique Celovec – Maribor (Klagenfurt – Marburg).*) Ljubljana 1919.
Springer Anton. Protokolle des Verfassungsausschusses im österr. Reichstage 1848 bis 1849. Leipzig 1885.
Stimmen aus Innerösterreich. Herausgegeben von Andreas Einspieler. Klagenfurt 1861 2 (slow.-nat.).
Südland L. v. Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Wien 1918.
Wahrheit über Kärnten, Die. Klagenfurt 1914.
Wilajet, Aus dem Kärnten.*) Klagenfurt 1913
Wutte Martin, Dr. Die sprachlichen Verhältnisse in Kärnten auf Grundlage der Volkszählung von 1900. Carinthia I 1906, 153 f. Mit einer Sprachenkarte.
- Deutsche und Slowenen in Kärnten. Ebenda 1919, 1. Mit einer Sprachenkarte. (Auch selbständig erschienen.)
- Die Kärntner Landesgrenze und ihre geschichtliche Entwicklung. Ebenda 1920, 26 f.
- Zur Kärntner Grenzfrage. S.-A. aus der Kärntner Landsmannschaft 1919.
- Slowenische Kampfschriften Carinthia I, 1919, 55 f.
- Zur Geschichte des deutschen Handwerks in Klagenfurt. Ebenda 1920, 8 ff.
- Die utraquistische Volksschule in Kärnten. Klagenfurt 1919.
- Das Kärntner Abstimmungsgebiet. Klagenfurt 1920.

(Wutte Martin, Dr.) Klagenfurt. Eine Entgegnung. Herausgegeben vom Nationalpol. Ausschuß der prov. Landesversammlung von Kärnten. Spittal 1919.
Zur Ortsnamenforschung von Kärnten. Klagenfurt 1891 (slow.-nat.).

*) Slowenischnationale Propagandaschrift.

Personenverzeichnis.


LIBRARY
JUL
UNIVERSITY
OF TORONTO

Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 nach den Gemeinden.



- je 30 Stimmen für Österreich, abgegeben von Stimmberechtigten mit deutscher Umgangssprache.
- je 30 Stimmen für Österreich, abgegeben von Stimmberechtigten mit slowenischer Umgangssprache.
- je 30 Stimmen für Südslawien, abgegeben von Ortsfremden und Stimmberechtigten mit deutscher Umgangssprache.
- je 30 Stimmen für Südslawien, abgegeben von Stimmberechtigten mit slowenischer Umgangssprache.
- je 30 nicht abgegebene oder ungiltige Stimmen.

Grenzen der Zone A.
Grenzen der Abstimmungsdistrikte.
Grenzen der Gerichtsbezirke.
Grenzen der Ortsgemeinden.
Die Sitze der Distriktsausschüsse sind unterstrichen.

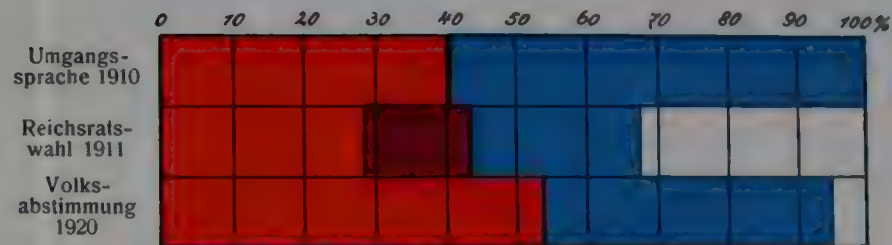
Städte.
Märkte.
Ortsgemeinden.

Verhältnis zwischen Umgangssprache 1910, Reichsratswahl 1911 und Volksabstimmung 1920.

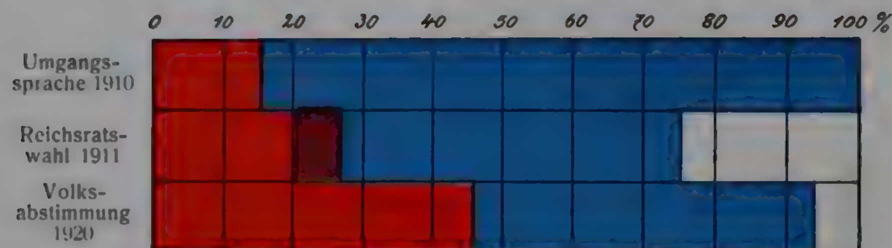
Distrikt A Rosegg



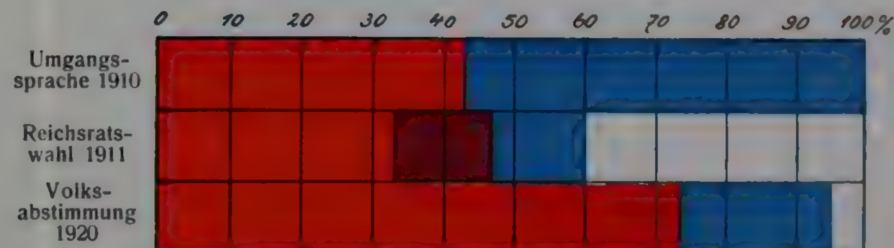
Distrikt B Ferlach



Distrikt C Bleiburg



Distrikt D Völkermarkt



Zone A



Zeichenerklärung



Beilage 1.

Sprachenkarte von Kärnten

auf Grundlage der Volkszählung von 1910.



Militärische Lage Mitte Jänner 1919.

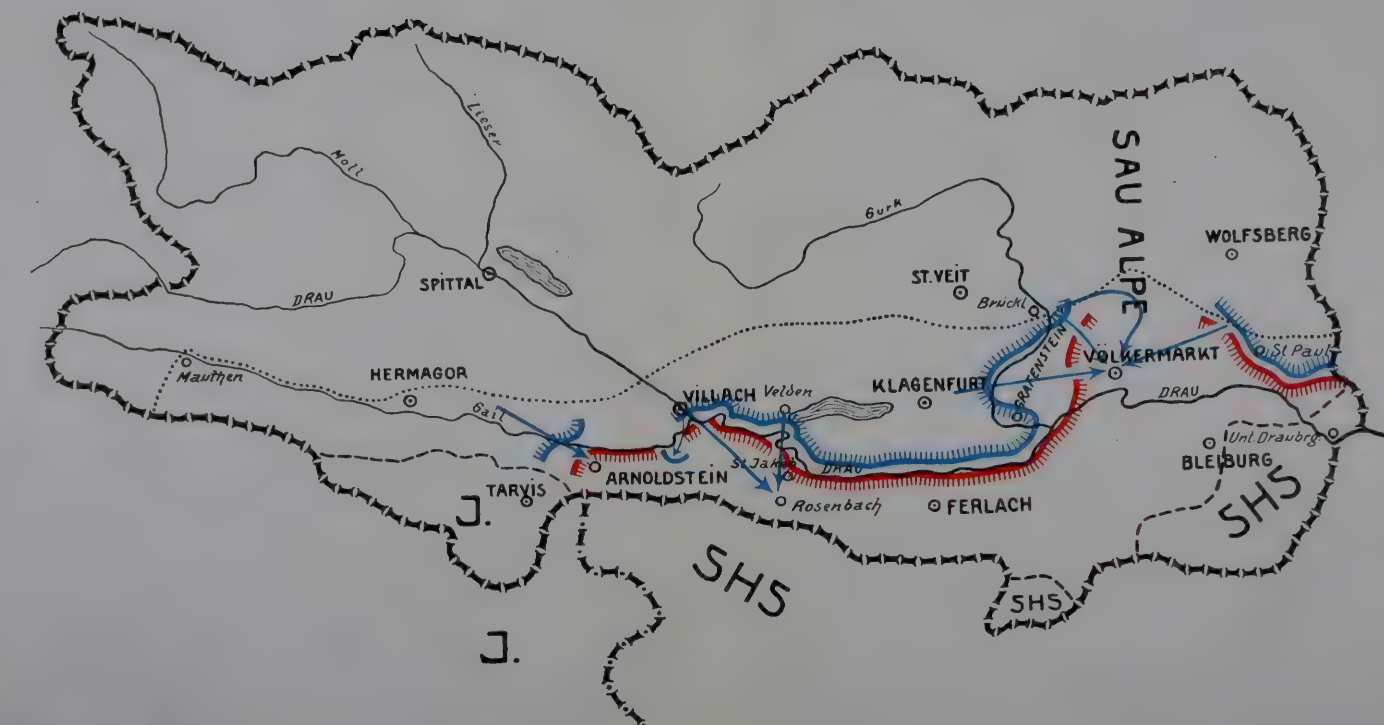
1 : 750.000



Kärntner Front. SHS-Front.

Angriffsplan für die Nacht vom 1. auf den 2. I. 1919.

1 : 750.000



Kärntner } Front zu Neujahr 1919.
SHS- }

Beabsichtigte Angriffsrichtungen in der Nacht vom 1. auf den 2. I. 1919.

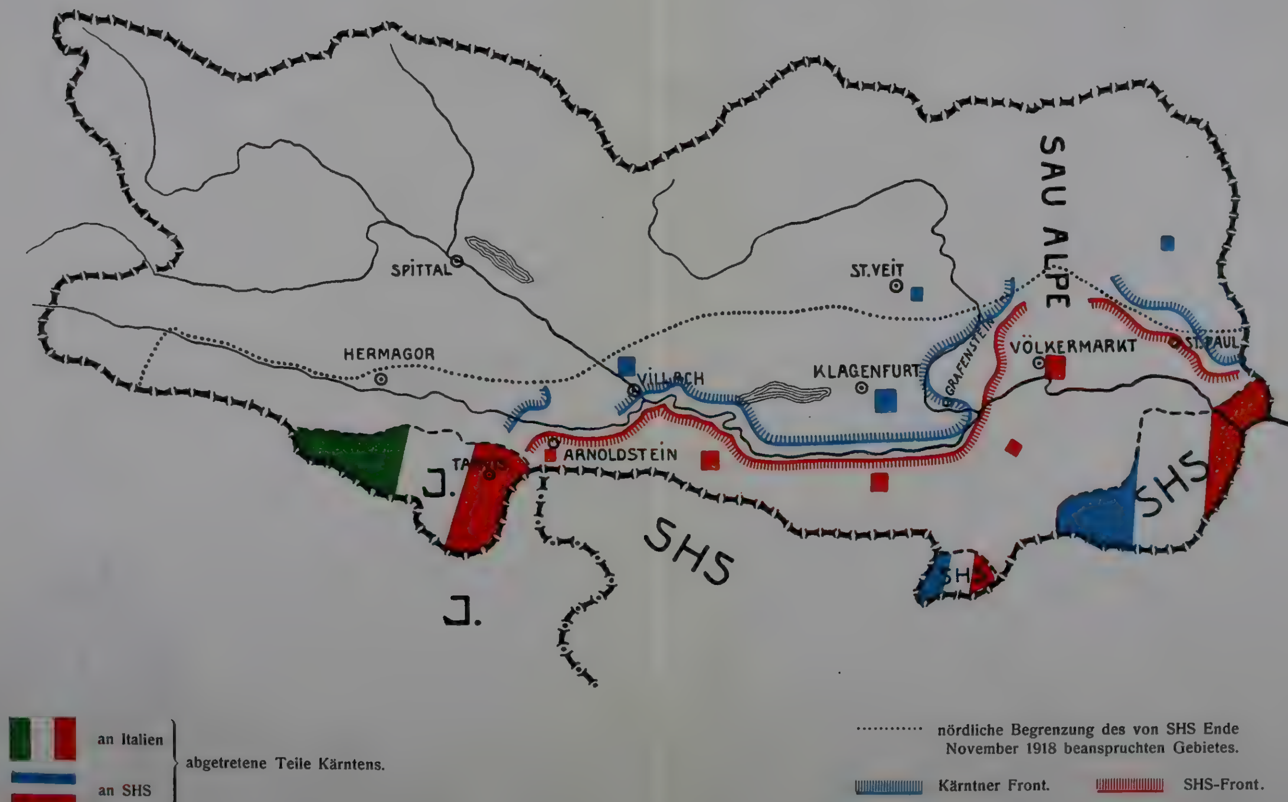


2 Komp
VWZ
Schl. Rain
Pirk
Grafenstein
St. Peter
15/
Gurk
Gurk
DRAU
14. XII. 7h N von Völkermarkt
Anna Brücke
25/
GEFECHT BEI GRAFENSTEIN
15. XII. 1918.
Besatzung am 14. u. 15. XII.
Angriffstruppen am 15. XII.
1 : 75.000

Beilage 2.

Militärische Lage in der ersten Hälfte Dezember 1918.

1 : 750.000



Gliederung der Kärntner- und SHS Streitkräfte im April 1919.

Kärnten:

Landesbefehlshaber Oberstleutnant Hülgerth
Leiter der Operationsabteilung Hauptmann Kohla
Artilliereferent Oberstleutnant Schindler

	Kompagnien	MG	Geschütze
1. Abschnitt Arnoldstein. Kommandant Hauptmann Mahr			
Volkswehrbataillon Gailtal Nr 5	2	4	
3 Feldkanonen und 1 Feldhaubitze			4
Zusammen . .	2	4	4
Außerdem waren Heimwehrkompagnien gebildet in Arnoldstein, Gailitz, Pöckau und Seltschach			
2. Abschnitt Rosenbach. Kommandant Hauptm. Eglseer			
Volkswehr Marinekompagnie	1	4	1
Volkswehrkompagnie Velden	1	7	
Volkswehr Sturmkompagnie Maria Gail	1	3	
Tiroler Volkswehrbataillon Hauptmann Dragoni	2	6	
3 Gebirgskanonen, 4 Feldkanonen, 3 Feldhaubitzen und 2 schwere Feldhaubitzen	–		12
Zusammen . . .	5	20	13
Außerdem war in Rosenbach eine Heimwehrkompagnie gebildet			
3. Abschnitt Klagenfurt. Kommandant Oberstl Schenk Adjutant Major Ligotzky Artilleriereferent Oberstl. Weißel.			
a) Unterabschnitt **Ferlach.** Kommandant Major Perko			
Volkswehrbataillon Klagenfurt Nr 1 (ehemals GbSch 1)	3	15	
2 Gebirgs- und 2 Feldkanonen			4
Zusammen . . .	3	15	4
Außerdem waren Heimwehrkompagnien in Ferlach, Weizelsdorf und Maria Rain gebildet			
b) Unterabschnitt **Grafenstein.** Kommandant Hauptm. Treu.			
Volkswehrbataillon Klagenfurt Nr 3 (ehemals KFrSchR)	2	9	
2 Gebirgs- und 1 Feldkanone, 1 schwere Feldhaubitze			4
Zusammen . . .	2	9	4
Außerdem war in Grafenstein eine Heimwehrkompagnie gebildet			
c) Unterabschnitt **Venedigerhof.** Kommandant Oberstleutnant Kreipner			
Volkswehrbataillon Klagenfurt Nr 2 (ehemals JR. 7)	3	21	
2 Feldkanonen, 2 schwere Feldhaubitzen und 1 10·4 cm Kanone			5
Zusammen . . .	3	21	5
Außerdem war eine Heimwehrkompagnie in Pischeldorf gebildet.			
4. Abschnitt Trixen. Kommandant: Major Michner.			
Volkswehrbataillon St. Veit Nr 8	3	21	
1 Gebirgs- und 6 Feldkanonen, 1 Feldhaubitze und 1 10·4 cm Kanone		—	9
Zusammen . . .	3	21	9
Außerdem waren in Friesach, Treibach, St. Veit, Waisenberg, im Gurktal, Glantal und im Görtschitztal Heimwehrkompagnien gebildet.			
5. Abschnitt Lavanttal. Kommandant: Oberstl. Umfahrer Adjutant Oberleutnant Mikl.			
a) Unterabschnitt **Griffen.**			
Vom Volkswehrbataillon Wolfsberg Nr 10	1	2	–
Von der Volkswehrkompagnie Jäger Nr. 8	1	2	–
Vom Volkswehrbataillon Spittal Nr 6	2	4	–
2 Gebirgs- und 5 Feldkanonen, 1 Feld- und 3 schwere Feldhaubitzen	—	—	11
Zusammen . . .	4	8	11
Außerdem waren Heimwehrkompagnien in St. Paul, Rojach, Haimburg, St. Andrä, Granitztal, Griffen und Pustritz gebildet.			
b) Unterabschnitt **St. Paul.** Kommandant Major Fürnschlief.			
Vom Volkswehrbataillon Wolfsberg Nr 10	1	2	–
Die Volkswehrkompagnie „Soldatenwache"	1	4	
4 Gebirgs und 4 Feldkanonen, 3 Feld-, eine Gebirgs- und 1 schwere Feldhaubitze und 1 10·4 cm Kanone		—	14
Zusammen . . .	2	6	14
Außerdem waren Heimwehrkompagnien in Lavamünd, Ettendorf, St Stefan, St. Georgen, Legerbuch und Eis gebildet			
Zur Verfügung des Landesbefehlshabers standen:			
in **Villach:**			
Volkswehrbataillon Villach Nr. 4	3	12	
in **Klagenfurt:**			
2 Gebirgskanonen, 2 schwere Feldhaubitzen, 1 10·4 cm Kanone und 2 Autokanonen			7
2 Panzerautomobile, 1 improvisierter geschützter Eisenbahnzug, 10 Flugzeuge.			
Zusammen . . .	3	12	7
Außerdem waren Heimwehrkompagnien in Klagenfurt, Maria Wörth, Keifnitz, Viktring, Ebental, Feldkirchen, Reichenau, Sirnitz, Glanegg, Himmelberg und Villach gebildet			
Alles zusammen . . .	27	116	71

Kopfstärke der Kompagnien 35 100 Mann.

SHS:

	Kompagnien	MG	Geschütze
Im Raume Wurzenpaß Ratschach Kronau von der „heiligen Legion"	2	unbekannt	unbekannt
Vom Laibacher Infanterieregiment (Nr 17)	1		
„ serbischen „ Nr 26	?		
Zusammen	3?	?	?
Am Nordausgang des Karawankentunnels und in Aßling			
Vom Laibacher Infanterieregiment (Nr. 17)	2	?	
Von der „heiligen Legion"	2	?	
Vom serbischen Infanterieregiment Nr 26	2	?	
An Feld- und Gebirgsartillerie			10
Infanteriegeschütze		—	3
Zusammen . . .	6	40*	13*

* Diese Zahl wurde bei der Erstürmung am 4 Mai erbeutet

	Kompagnien	MG	Geschütze
Im Raume Barnsattel Loiblpaß Zellpfarre			
Von der „heiligen Legion"	3	10	
2 Feld- und 2 Infanteriegeschütze			4
Bei Neumarktl			
Von der „heiligen Legion"	4	?	?
Bei St Margareten und Abtei im Rosentale.			
Vom Laibacher Infanterieregiment (Nr 17)	2	10	
Zusammen . . .	9	20	4
Im Raume Annabrücke Dullacherbrücke			
Vom Laibacher Infanterieregiment (Nr. 17)	2 3	4 6	
Artillerie wenigstens	–		6
Zusammen . . .	2 3	4 6	6
Im Brückenkopf von Völkermarkt und im Raume Kühnsdorf Ebersdorf:			
Das Cillier Infanterieregiment (JR 87) } Das Marburger Infanterieregiment (SchR. 26) }	16 24	?	30
Beide lösten sich bataillonsweise ab.			
Davon standen im Brückenkopf von Völkermarkt	1000 1200 Mann	24	8 10
Im Raume Bleiburg Leifling, südlich der Drau und in Unterdrauburg:			
Vom Laibacher Gebirgsregimente (GbSch. 2)	6	?	—
Artillerie			6 8
Im Raume Roßhütte Sobot:			
Vom Triester Infanterieregimente (JR. 97)	1 2	?	
Zusammen . . .	7 8	?	6 8
Alles zusammen . .	34 44	120	56

Kopfstärke der Kompagnien 100 200 Mann.

Anmerkung Der größte Teil der Volkswehrkompagnien war seit Beginn der Kämpfe ununterbrochen im Dienste gestanden und bedurfte dringend einer Ablösung und Retablierung. Die Heimwehrkompagnien St Paul St Andrä, Lavamünd, Ettendorf, St Georgen Haimburg und Granitztal standen mit beiläufig halbem Mannschaftsstande ununterbrochen im Dienste und lösten sich innerhalb der Kompagnien ab. Die übrigen Heimwehrkompagnien rückten erst im Alarmfalle ein, jedoch waren nie alle gleichzeitig und mit vollem Mannschaftsstande eingerückt. Auch die Dauer ihres Dienstes war sehr verschieden, einzelne Kompagnien gingen schon nach zwei bis drei Tagen wieder heim oder verringerten ihren Stand ganz wesentlich. Andere wieder blieben auch bis zu drei Wochen vollzählig im Dienste, dies waren jedoch Ausnahmen

Übersicht der Heimwehrorganisation im April und Mai 1919.

1 : 750.000

SAU ALPE
WOLFSBERG
Gurk
Lieser
Moll
ST. VEIT
Brückl
SPITTAL
DRAU
St. Paul
VÖLKERMARKT
HERMAGOR
Mauthen
GRAFENSTEIN
KLAGENFURT
VILLACH
Velden
Gail
Unt. Drauburg
BLEIBURG
St. Jakob
ARNOLDSTEIN
TARVIS
Rosenbach
FERLACH
J.
SHS
SHS
SHS
J.



Abstimmungsgebiet im April 1919 von SHS { nicht besetzt. / besetzt.



Heimwehrkompagnie { im April / im Mai } aufgestellt.

Der SHS-Überfall am 29. April und die Kärntner Gegenangriffe am 29. und 30. April 1919.

1 : 200.000.



Ereignisse vom 2. bis 7. Mai 1919 in Unterkärnten.

Sturm auf Völkermarkt am 2. Mai, Einnahme der Hochfläche von Abtei am 4. Mai und weiterer Vormarsch an die Landesgrenze.

1 : 200.000.



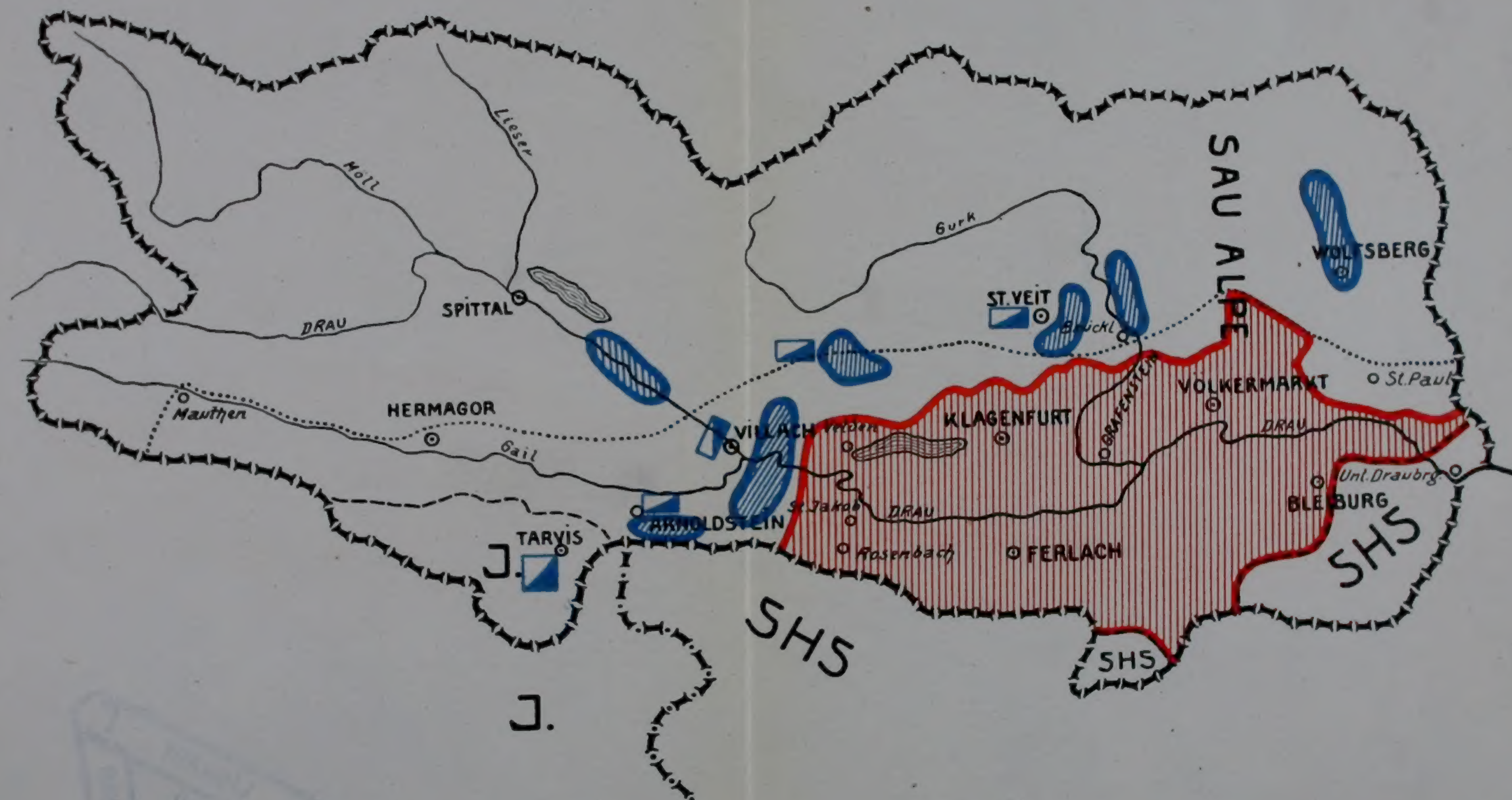
Verlauf der Kämpfe vom 28. Mai bis 4. Juni 1919.

1 : 200.000.



Allgemeine Lage Mitte Juni 1919.

1 : 750.000



Standorte der Truppen des kgl. ital. XXII. Armeekorps.

.... von den Südslawen im November 1918 verlangte Grenzlinie.

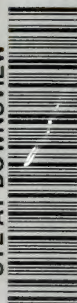
das, der Entscheidung der Entente vorbehaltene, Becken von Klagenfurt.

Unterkunftsräume der Kärntner Truppen.

Kämpfe bei Arnoldstein, Rosegg und Rosenbach am 5. und 6. I. 1919.

1 : 200.000




UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 07 18 09 005 0